

Judith Dellheim, Günter Krause (Hrsg.)

# Sichtbare Hände – Staatsinterventionismus im Krisenkapitalismus

Manuskripte

Rosa-Luxemburg-Stiftung  
Manuskripte 86



Rosa-Luxemburg-Stiftung

JUDITH DELLHEIM, GÜNTER KRAUSE (HRSG.)

**Sichtbare Hände –  
Staatsinterventionismus  
im Krisenkapitalismus**

Karl Dietz Verlag Berlin

Rosa-Luxemburg-Stiftung, Reihe: Manuskripte, 86

ISBN 978-3-320-02226-6

Karl Dietz Verlag Berlin GmbH 2010

Satz: Elke Sadzinski

Druck und Verarbeitung: Mediaservice GmbH Druck und Kommunikation

Printed in Germany

# Inhalt

<i>Judith Dellheim, Günter Krause</i> Einleitung	7
<i>Joachim Bischoff</i> Rückbesinnung auf die »sichtbare Hand« und die Chance einer Systemtransformation	12
<i>Lutz Brangsch</i> Die »sichtbare Hand« – Regulierung als Einstiegsprojekt?	24
<i>Richard Rosen</i> Wie sollte die Wirtschaft reguliert werden?	35
<i>Xinhua Zhang</i> China als Global Player: Leistungen und Herausforderungen einer »sichtbaren Hand«	48
<i>Günter Krause</i> Über »Hände« in der Ökonomie	60
<i>Catherine Sifakis-Kapetanakis</i> Fortschritt und Rückschritt der Europäischen Union	75
<i>Peter Custers</i> Rüstungskeynesianismus heute – ein innovativer Diskurs über einen Fall von »sichtbarer Hand«	93
<i>Jürgen Leibiger</i> Politische Ökonomie des post-fordistischen Staates. Zur Wandlung der »sichtbaren Hand«	114
<i>Jörg Huffs Schmid †</i> Finanzmarktkrise – das Ende des finanzmarktgetriebenen Kapitalismus?	123

<i>Jörg Goldberg</i> Government Matters – »sichtbare Hand« und »unsichtbare Hand« in der Peripherie	132
<i>Asbjørn Wahl</i> Was können wir von der »sichtbaren Hand« im nordischen Modell lernen?	145
<i>Frieder O. Wolf</i> Welche Qualität von »sichtbarer Hand« erfordert sozialökologischer Umbau?	167
<i>Christian Felber</i> Neue Werte für die Wirtschaft	175
<i>Judith Dellheim</i> Einige Schlussfolgerungen für sozialistische Wirtschaftspolitik	186
<b>Exkurs</b>	
<i>Tadeusz Kowalik</i> Zur Niederlage der sozialdemokratischen Alternative	199
Autorinnen und Autoren	230

## Einleitung

Es scheint unübersehbar: Die jüngsten Entwicklungen in Ökonomie und Politik des globalen Krisenkapitalismus sind mit einer widersprüchlichen Aufwertung des Staates verbunden – und haben damit neue ernsthafte politische wie wissenschaftliche Debatten über »The State of the State« (Zürn, Leibfried 2008, 7 ff.), über das Verhältnis von Staat und Markt bzw. »sichtbarer Hand« des Staates und »unsichtbarer Hand« des Marktes, über pro und contra von »Markt«- bzw. »Staatsgläubigkeit«, über »Marktradikalismus« versus »Staatsintervention«, »Marktversagen« oder »Staatsversagen« sowie über die »Rückkehr des Staates?« (Heinze 2009) provoziert.

Der Beginn der globalen Finanzmarktkrise im Frühjahr 2007 führte zu einer Vielzahl von Rettungsaktionen von Staat und Politik, ließ Krisenintervention und -regulierung »von oben« zu einem unabdingbaren politischen Alltagsgeschäft dieser Tage werden. So bringen dann die erkennbaren Konsequenzen der Mitte September 2008 erfolgten Insolvenz der US-amerikanischen Investmentbank Lehman Brothers den hessischen Ministerpräsidenten Roland Koch zu der Aussage: »Der Staat ist jetzt als Katastrophenschützer tätig ... Ein Übergreifen der Finanzkrise auf die Realwirtschaft würde zu Unternehmenspleiten, Millionen von Arbeitslosen allein in Deutschland und zu einem Zerfall des staatlichen Steueraufkommens mit allen Folgen für die Stabilität einer modernen Demokratie führen. In dieser Lage kann nur der Staat den Rückweg zu einem funktionierenden Markt ebnen« (2008). Und in einem unter dem Titel »Die sichtbare Hand des Staates: Soziale Marktwirtschaft« laufenden Streitgespräch zwischen Norbert Lammert, Präsident des Bundestages, und Paul Kirchhof, Ex-Bundesverfassungsrechtler und Professor für Finanz- und Steuerrecht, wird als zentrale Frage thematisiert »Wie viel Staat verträgt die soziale Marktwirtschaft?« (Die sichtbare Hand 2009). Dabei betont Lammert: »Mein Verständnis von sozialer Marktwirtschaft ist gerade nicht, dass der Staat Märkte zulässt und damit glaubt, seine Pflicht getan zu haben. Die Verselbständigung von Marktmechanismen, wie wir sie gerade auf den internationalen Finanzmärkten erleben, passt ganz und gar nicht zu Ludwig Erhards sozialer Marktwirtschaft ...« Der Staat müsse vielmehr »gesetzliche Rahmenbedingungen« zum »Erhalt« des »Wettbewerbs« schaffen und zugleich »Einfluss auf die Verteilungsergebnisse nehmen. Und da sind wird dann wieder bei dem entscheidenden Thema: In welchem Umfang sollte er das tun? In welchem Umfang er das tun? Und von wo an wird das für die Eigendynamik eines Marktsystems wieder kontraproduktiv?« (ebenda).

Politisch eingreifendes Denken emanzipativer Akteure hat im Kontext dieser Debatten mindestens drei Aspekte herauszuarbeiten. *Erstens*, dass die Ausgangsfrage selbst – ob es nun um »mehr Markt?«, also ein Mehr an »unsichtbarer Hand?«, oder »mehr Staat?«, also ein Mehr an »sichtbarer Hand?«, gehen würde

– vom Kern her falsch formuliert ist. Denn fraglos sind beide Institutionen – das zeigt gerade die Wirtschaftsgeschichte des Kapitalismus sehr anschaulich – seit langem unmittelbar miteinander verwoben, sind feste integrale Bestandteile des Funktions- und Regulierungsmechanismus der kapitalistischen Ökonomie und verkörpern keinen unauflösbaren Gegensatz. Ihnen kommen – gerade auch in Abhängigkeit von den Spezifika historischer Entwicklung sowie von dem inhärenten Potential der entsprechenden Institution – jeweils ganz bestimmte Aufgaben im Lenkungs- und Ordnungsgefüge einer Volkswirtschaft zu. Dabei dürfte die spannende und zugleich auch forschungsleitende Frage sein, wie »Markt« und »Staat« den enormen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts begegnen werden, kurz: wie zukunftsfähig sie also sind?! Das sind vor allem Fragen nach *welchem* Markt und *welchem* Staat – und damit nach den Akteuren.

*Zweitens* wäre also kategorisch sichtbar zu machen, dass »Markt« wie »Staat« spezifische Mechanismen bzw. Institutionen zur Regulierung, Strukturierung und Befriedigung unterschiedlicher, widerstreitender ökonomischer, sozialer und politischer Interessen, Bedürfnisse und Kräfteverhältnisse in der kapitalistischen Gesellschaft sind. Völlig zu Recht stellt Jörg Goldberg fest: »Es ging und geht nicht um das Verhältnis von Staat und Markt, um den Rückzug des Staates aus der Wirtschaft, um die Freiheit der Märkte, sondern um soziale Inhalte« (2009). Und insofern ist heute auch ein Mehr an Staatsinterventionismus, eine Ausweitung staatlichen Einflusses keineswegs gleichzusetzen mit einem Mehr an progressiver Politik, es ist damit nicht per se eine zukunfts- und problemorientierte Antwort auf die immensen Herausforderungen des Krisenkapitalismus verbunden.

*Drittens* gilt es zu erkennen, dass gerade Markt und Staat, ihr spezifisches Verhältnis seit langem Gegenstand von ökonomischer Legendenbildung und ideologischer Mystifikation sind – aus der Geschichte der Wirtschaftstheorie sind hierfür zahlreiche Beispiele bekannt. So sind seit mehr als zweihundert Jahren – ursprünglich vor allem mit dem Namen von Adam Smith verbunden – die Begriffe bzw. Metaphern von der »unsichtbaren Hand« des Marktes und der »sichtbaren Hand« des Staates fester Bestandteil der Theoriebildung der ökonomischen Wissenschaft des Bürgertums (vgl. Streminger 1995). Dies vor allem deshalb, weil sie bis in unsere Gegenwart hinein als paradigmatische Größen über eine beträchtliche normative Bindungskraft, über ein erhebliches sozialphilosophisches Mobilisierungspotential verfügen (vgl. Kühne 1997). Insofern verdient es wirklich große Aufmerksamkeit und nachhaltige Problematisierung, wenn heute im globalen Kapitalismus vor sich gehende Veränderungen und Modifikationen im Verhältnis von Markt und Staat, also Neujustierungen in seinem Funktionsmechanismus ideologisch vordergründig unter dem Label des massiven Wirkens, der besonderen Rolle der »unsichtbaren« bzw. »sichtbaren Hand« breiten Kreisen der Bevölkerung als ein dafür probates Erklärungsraster angeboten werden. Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang, daß die verwandte Begrifflichkeit im Grunde eine Entweder-Oder-Betrachtungsweise enthält und in dieser ist dann

wahrlich kein Platz für differenzierte und komplexe Zuordnungsverhältnisse von staatlichen und marktlichen Regulierungen.

Dass nicht einfach »entweder oder« gefragt werden kann bzw. sollte, zeigt exemplarisch die gegenwärtig stattfindende Diskussion zu »Exitstrategien«. So erklärt die Europäische Kommission Mitte Oktober 2009: »Frühere Erfahrungen zeigen, dass Krisen – indem sie die Notwendigkeit und Dringlichkeit von Strukturereformen vor Augen führen – eine Chance darstellen, die Regierungen nutzen können, um bei Strukturereformen entscheidende Durchbrüche zu erzielen. Finanzpolitische Ausstiegsstrategien zur Rückkehr zu ehrgeizigen und realistischen mittelfristigen Zielen müssen jetzt festgelegt und auf koordinierte Weise umgesetzt werden, sobald die wirtschaftliche Erholung greift, wobei den spezifischen Gegebenheiten in den einzelnen Ländern Rechnung zu tragen ist. Um die nötigen Reformen zu unterstützen und die Haushaltskonsolidierung – die sich unweigerlich über mehrere Jahre erstrecken wird – glaubhafter zu machen, werden die Mitgliedstaaten möglicherweise auch ihre eigenen stabilitätsfördernden institutionellen Regelungen ausbauen müssen. Im Rahmen des Stabilitäts- und Wachstumspakts sollte die langfristige Tragfähigkeit der öffentlichen Schulden in den Überwachungsverfahren eine deutlich hervorgehobene und explizite Rolle einnehmen« (Europäische Kommission 2009, 12).

»Strukturereformen« sollen den EU-Binnenmarkt vervollkommen, ihn besser funktionieren und damit regulieren lassen. Das heißt, dass die Interessen der am Markt Stärkeren bzw. Stärksten weiterhin staatliche Wirtschaftspolitik bestimmen sollen. Sie soll dafür sorgen, dass möglichst wenig staatlich interveniert werden muss, um »die Wirtschaft« prosperieren zu lassen. Dafür sollen Krisen genutzt werden.

Wirtschaftswissenschaftler/innen und -politiker/innen des emanzipativen Spektrums sind gefordert, daran mitzuwirken, dass die Richtung sowie die Art und Weise gesellschaftlicher und damit wirtschaftlicher Entwicklung verändert werden.

Dafür sollte auch der internationale Workshop der Rosa-Luxemburg-Stiftung »Die ›sichtbare Hand‹ – vor uns ein neuer Staatsinterventionismus? Wer beherrscht die Zukunft? Hintergründe, Inhalte und Fragen einer aktuellen Debatte« Unterstützung geben. Diese dritte Veranstaltung der im Jahre 2006 begonnenen Reihe »Ist eine andere Wirtschaft möglich? Konzepte alternativer Ökonomie« fand vom 21. bis 23. November 2008 in Berlin statt. Mit dem hier vorgelegten Band werden nun *zum einen* auf dem Workshop gehaltene und für die Druckfassung erweiterte Beiträge präsentiert. Dazu gehört auch der im Exkurs aufgeführte Aufsatz »Zur Niederlage der sozialdemokratischen Alternative« eines Zeitzeugen. *Zum anderen* enthält er Beiträge einer Reihe von Autorinnen und Autoren, die speziell eingeladen wurden, zur Thematik dieser Publikation Aufsätze zu verfassen.

Zum Zeitpunkt der Themenformulierung rief die obige Frage bei Manchem und Manchem Verwunderung hervor, doch im Spätherbst 2008 gab es zu dieser Problematik bereits zahlreiche Artikel, Bücher und Veranstaltungen – und deren Zahl

ist weiter gewachsen. Natürlich steht damit die Frage: Warum noch eine weitere Arbeit zum Staatsinterventionismus? Und vor allem: Wodurch unterscheidet sie sich von der Mehrzahl bisher veröffentlichter Schriften?

Ein *erster* Teil der Antwort betont die besondere Aufmerksamkeit der Behandlung des gegenwärtigen Staatsinterventionismus sowie der Neujustierung des Verhältnisses von Markt und Staat aus der Perspektive der Bilder bzw. Metaphern von der »unsichtbaren Hand« des Marktes bzw. der »sichtbaren Hand« des Staates. Dabei geht es vor allem um ihre Relevanz und Erklärungskraft.

Ein *zweiter* Teil der Antwort ist gegeben, wenn auf die Einordnung des Workshops in die oben genannte RLS-Reihe »Ist eine andere Wirtschaft möglich?« verwiesen wird. Uns interessiert hier nicht, was zu tun ist, damit es »der« Wirtschaft »gut gehe«, weil es nur »dann auch uns gut gehen könne«. Vielmehr geht es uns um Antworten auf die Frage, wie das wirtschaftliche Leben der Gesellschaft verändert werden kann und soll, damit die Menschen zunehmend selbstbestimmt in Würde, in solidarischem Miteinander und in intakter Natur leben können.

Dabei ist der Ausgangspunkt ein anderes Verständnis von Markt und Staat, von Politik und Gesellschaft und von Wirtschaftspolitik: Die Aufmerksamkeit wird auf Verhältnisse zwischen Menschen sowie zwischen den Menschen und der Natur gelenkt, auf die Auseinandersetzung von Menschen mit diesen Verhältnissen. Die Menschen verfolgen besondere Interessen und verändern im Ringen um deren Realisierung sowohl ihre Stellung in der Gesellschaft als auch sich selbst als gesellschaftspolitische Akteure.

»Bestimmter Markt« ist ... das gleiche, wie »bestimmtes gesellschaftliches Kräfteverhältnis in einer bestimmten Struktur des Produktionsapparates«, garantiert durch eine bestimmte juristische Superstruktur« schreibt Antonio Gramsci (1993, 1015). »Markt« gilt in der Alltagssprache und im wirtschaftswissenschaftlichen Mainstream als Handelsplatz, wo sich Käufer und Verkäufer gegenüber stehen. Die aber sind nicht gleich mächtig, sind sozial ungleich und verfügen über unterschiedliche Ressourcen und Rechte sowohl am konkreten Warenmarkt als auch im wirtschaftlichen Leben der Gesellschaft und in dieser selbst. Die »Superstruktur« meint insbesondere den regelnden Staat.

»Die »Kritik« der Wirtschaftswissenschaft« – so Gramsci weiter – »geht aus vom Begriff der »Geschichtlichkeit« des »bestimmten Marktes« und von dessen »Automatismus« ..., sie analysiert die Kräfteverhältnisse, die den Markt bestimmen, beurteilt ihre »Modifizierungsmöglichkeiten«, die mit dem Auftreten neuer Faktoren und mit deren Stärkerwerden zusammenhängen ...« (1993, 1015). Folgen wir diesem Gedanken, steht immer die Frage, wer am Markt als Käufer/in und/oder Verkäufer/in welcher besonderen Ware auftritt, welche Rolle sie und er in der Wirtschaft und in der Gesellschaft spielen, welche konkreten Funktionen sie ausführen und wie sie sich in Bezug auf den Staat verhalten.

Die aktive Auseinandersetzung mit diesen Kräfteverhältnissen und so mit der Stellung konkreter Akteure in der Wirtschaft bzw. Gesellschaft – das ist Politik

und genau aus dieser Perspektive thematisiert der vorliegende Band die Frage nach der »sichtbaren Hand«, nach einem »neuen Staatsinterventionismus« und der »Berherrschaft der Zukunft«.

Judith Dellheim, Günter Krause

## Literatur

- Die sichtbare Hand des Staates: Soziale Marktwirtschaft. Streitgespräch mit N. Lammert und P. Kirchhof. In: [www.bundestag.de/blickpunkt/101\\_Themen/0904/0904019.htm](http://www.bundestag.de/blickpunkt/101_Themen/0904/0904019.htm) (vom 09.10.2009)
- Europäische Kommission (2009), Langfristig tragfähige öffentliche Finanzen für eine sich erholende Volkswirtschaft. Mitteilung an das Europäische Parlament und den Rat, 14.10., KOM (2009) 545 endgültig.
- Goldberg, J. (2009), Eine formale Trennung – auch im Kapitalismus. In: Neues Deutschland vom 24. April.
- Gramsci, A. (1993), Gefängnishefte. Kritische Gesamtausgabe auf der Grundlage der von V. Gerratana im Auftrag des Gramsci-Instituts besorgten Edition, Herausgegeben vom Deutschen Gramsci-Projekt unter der Leitung von K. Bochmann und W. F. Haug, Bd. 5, Hamburg, Berlin.
- Heinze, R. G. (2009), Rückkehr des Staates. Politische Handlungsmöglichkeiten in unsicheren Zeiten. Wiesbaden.
- Koch, R. (2008), Versagt hat nicht die Marktwirtschaft. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 22. Oktober.
- Kühne, U. (1997), Wie erklärt man mit unsichtbaren Händen? In: Krause, U./Stöckler, M. (Hrsg.), Modellierung und Simulation von Dynamiken mit vielen interagierenden Akteuren. Bremen.
- Streminger, G. (1995), Der natürliche Lauf der Dinge. Marburg.
- Zürn, M.; Leibfried, S. (2008), The State of the State. In: WZB-Mitteilungen, Heft 121, September.

## **Rückbesinnung auf die »sichtbare Hand« und die Chancen einer Systemtransformation**

Das Ende der Finanzkrise und der Krise der Globalökonomie ist noch nicht absehbar. Wie sollte es auch: Wir haben es mit einer Jahrhundertkrise zu tun. Seit Mitte des Jahres 2008 ist offenkundig: Die Krise der Globalökonomie kann nicht mehr aufgehalten, sondern bestenfalls abgemildert werden. Verhindert werden kann allerdings, dass sich aus der schweren Rezession eine langjährige Depression – vergleichbar der Weltwirtschaftskrise im ersten Drittel des 20. Jahrhunderts – entwickelt. Die Finanz- und Wirtschaftskrise entwickelt eine ungeheure Dynamik, weil alle Kontinente und Länder in den Schrumpfungsprozess einbezogen sind. Die gegenwärtige Weltwirtschaftskrise ist mehr als eine folgenreiche, langwierige Schrumpfung und Reportionierung der gesellschaftlichen Sphären. Sie ist das Ende des finanzmarktgetriebenen Kapitalismus und stellt somit auch die bisherige Form der Globalisierung in Frage. Logischerweise wird bei allen gesellschaftlichen Strömungen diese umfassende Gesellschaftskrise mit ihrem harten ökonomischen Kern zum Thema.

In zahllosen Artikeln werden die Freveltaten angeprangert, die habgierige Kapitalisten mit dem Segen von marktwirtschaftlich denkenden Ökonomen, Philosophen und anderen »Reaktionären« begangen haben. Besonders verbreitet ist die moralisierende Kapitalismuskritik: Die »Gier« der Manager sei Schuld am Problem. Dies wird meist kombiniert mit einem Verweis auf deren extrem hohe Gehälter.

Diese vordergründige Kritik an der Gier und damit dem Versuch der Rückführung der Krisenursachen auf menschliche Unzulänglichkeit hat im Medienbereich einige Überzeugungskraft. Kritischere Bewertungen stützen sich bei der Krisenerklärung auf die Immobilienkrise, vorwiegend in den USA. Die vergleichbaren Fehlentwicklungen bleiben in Europa ausgeblendet. Sicher kann man auch sagen, dass mit den langfristig durchgesetzten Schritten der Deregulierung die Instabilität der kapitalistischen Marktökonomie gefördert wurde; auch der Verweis auf die Potenzierung der Instabilität durch das Verbriefungs- und Schattenbankensystem geht selbstverständlich nicht ins Leere. In vielen Darstellungen bleibt freilich der Zusammenhang zwischen der Krise realer Ökonomie und dem Finanzsystem ausgeblendet.

Nachfolgend soll skizziert werden, dass sich seit den siebziger Jahren des 20. Jahrhunderts eine chronische oder strukturelle Überakkumulation herausgebildet hat, die in den letzten Konjunkturzyklen durch massiven Einsatz des Leih- und Kreditkapitals in eine Bewegungsform gebracht wurde. Die darin einge-

schlossene massive Zuspitzung der Widersprüche in den Verteilungsverhältnissen deutete stets an, dass eine größere Bereinigung in einer weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise heranwuchs.

Unbeschadet des neoliberalen Grunddogmas, dass der Staat als Steuerungs- und Regulierungsinstanz obsolet geworden sei, greifen die wirtschaftlichen Eliten und die politischen Klassen der kapitalistischen Länder in der Krise auf die »sichtbare Hand«, auf die Staatsintervention zurück. Mit diesem Paradigmenwechsel wird – zumindest für einen längeren Zeitraum – die Praxis beendet, möglichst alle Bereiche des öffentlichen Lebens der Marktsteuerung zu unterwerfen. Dass die Strategie einer umfassenden Deregulierung, Privatisierung und Flexibilisierung letztlich an der systemischen Krise des Kapitalismus gescheitert ist, heißt jedoch nicht, dass die Auseinandersetzung um die politisch-gesellschaftliche Hegemonie beendet ist. Im Laufe eines langjährigen Krisenprozesses geht es darum, gegenüber der obsoleten Kapitalherrschaft die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen für eine gesellschaftliche Steuerung und eine solidarische Ökonomie durchzusetzen.

## **Krise der Globalökonomie**

Längere Zeit hielt sich auch innerhalb der politischen Linken folgende These: Die Finanzkrise würde die reale Ökonomie nur unwesentlich tangieren; man müsste bestenfalls mit einer Verschärfung des normalen konjunkturellen Abwärtstrends rechnen. Mittlerweile ist diese theoretische Kontroverse durch die wirkliche Entwicklung der ökonomischen Entwicklung entschieden: Die Finanzmarktkrise nahm ihren Anfang in den USA; dass parallel auch etliche andere kapitalistische Länder in Europa (Irland, Großbritannien, Spanien etc.) gleichermaßen eine spekulative Stresskonstellation in den Immobilien- und Kreditmärkten aufwies, wurde meist übersehen; mit dem Ausbruch der Krise im Hypothekensegment wurde eine umfassende Krise im Kredit- und Finanzüberbau ausgelöst; diese Krise wurde zum Auslöser einer weltweiten Überakkumulationskrise. Die Finanzmarktkrise hat eine Krise in der Realwirtschaft ausgelöst und beide verstärken sich wechselseitig.

Auf dem Terrain der empirisch-wissenschaftlichen Betrachtung ist die Position verstärkt worden, dass sich die Weltwirtschaft im Übergang in eine schwere Depression befindet. Die Wirtschaftshistoriker Barry Eichengreen und Kevon H. O'Rourke kommen in einer empirischen Studie zu dem Schluss: »Die Welt durchlebt derzeit einen wirtschaftlichen Schock, der genau so groß ist wie der Schock der Großen Depression von 1929-1930« (2009). Die Bewegung der wichtigen Indikatoren zeige einen massiven Absturz an; die Fallgeschwindigkeit übertreffe in etlichen Indikatoren den Schrumpfungprozess der Globalökonomie in der Weltwirtschaftskrise der dreißiger Jahre.

Gegen die These vom Übergang in eine Depression gibt es auch unter kritischen Ökonomen Vorbehalte. Paul Krugman (2009) geht beispielsweise nicht davon aus, dass die aktuelle Krise die Ausmaße der Großen Depression annehmen wird. Damals sorgten insbesondere der Kollaps der Finanzmärkte und eine Welle von Bankenzusammenbrüchen im Jahr 1931 für eine weltweite Panik. Allerdings teilt er auch nicht den Optimismus des Vorsitzenden der amerikanischen Notenbank Federal Reserve (Fed), Ben Bernanke, der bereits für 2009 ein Ende der Rezession erwartet.

Die drastischeren Zukunftsaussichten der Globalökonomie für die Jahre 2009 und 2010 zwingen zu einer veränderten Einschätzung der Entwicklungslinien. Fest steht dass angesichts der neuen Einschätzung die Arbeitslosigkeit im Jahresschnitt um bis zu einer Million Menschen nach oben schnellen wird. Zudem wird die Schrumpfung der gesellschaftlichen Wertschöpfung riesige Löcher in die Staatskassen reißen. Die Schätzungen über die Auswirkungen der Rezession auf die öffentlichen Haushalte sind bedrückend. Die Kosten der bisherigen Maßnahmen zur Stützung des Finanz- und Wirtschaftssystems haben das Haushaltsdefizit der G-20-Länder im Jahr 2008 um 0,5 Prozent des BIP erhöht und werden es im laufenden und nächsten Jahr um 1,5 bzw. 1,1 Prozent steigen lassen. Nimmt man die Kosten der Finanzmarkt-Stabilisierung und der Konjunkturstimulierungs-Maßnahmen sowie die Wirkung der automatischen Stabilisatoren zusammen, so errechnet der IWF eine Erhöhung der laufenden Staatsdefizite in den entwickelten Ländern der G-20 für 2008 und 2009 um rund 6 Prozent des BIP. Im darauf folgenden Jahr dürften die Fehlbeträge nochmals etwas steigen, um danach allmählich zu sinken.

Auch die ökonomischen Fundamente der sozialen Sicherungssysteme geraten erneut in eine massive Schiefelage. Beispiel: Der Bundesagentur für Arbeit (BA) in Nürnberg wird schon im Herbst 2009 das Geld ausgehen. Die bisherigen Reserven der BA sind früher als erwartet aufgebraucht. Angesichts der Ausgaben der BA für steigende Arbeitslosigkeit und vor allem für Kurzarbeit geht es künftig weniger darum, ob die Beiträge steigen, sondern nur noch darum, um wie viel. Für eine starke Krise wie derzeit sind die Finanzen der BA nicht ausgelegt.

Deutschland erhält mithin die Quittung für die zögerliche Politik in Sachen Konjunkturstützung. Mit der hiesigen Konjunktur geht es so steil bergab wie noch nie in den vergangenen sechs Jahrzehnten. Ein Schrumpfen des Bruttoinlandprodukts um mindestens 5 Prozent ist realistisch. Bisher hat die Wirtschaftskrise noch keine Insolvenzwellen ausgelöst, und auch am Arbeitsmarkt beginnt die Arbeitslosenquote erst allmählich zu steigen.

## **Paradigmenwechsel beim Staat?**

In der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise sind wir mit einem Paradigmenwechsel konfrontiert. Mindestens für Deutschland lässt sich auch ein Zeitraum für

den Kurswechsel angeben. Anfang März 2008 fasste Josef Ackermann, Chef der Deutschen Bank und damit qua Amt einer der wichtigsten Verfechter des Kapitalismus hier zu Lande, zusammen: »Ich glaube nicht mehr an die Selbstheilungskräfte der Märkte.« Ob er das wirklich so gemeint habe, fragte ein Genfer Privatbankier in der Debatte vorsichtig. Ackermann legte nach: »Es ist illusorisch zu glauben, dass wir warten können, bis der Markt wieder ins Gleichgewicht findet.« Unbeschadet von dem langjährigen neoliberalen Grunddogma, dass der Staat als Steuerungs- und Regulierungsinstanz obsolet geworden sei, greifen die wirtschaftlichen Eliten und die politischen Klassen der kapitalistischen Länder auf staatsinterventionistische Methoden zurück.

»Dass jetzt konservative Zentralbanker die Verstaatlichung des gesamten Bankensystems diskutieren, zeigt den ganzen Irrsinn des Systems: Erst nehmen die Banken die Bürgerinnen und Bürger aus, indem sie wahnwitzige Renditen erzwingen und sich unglaubliche Gehälter leisten. Und am Ende ist der Staat gezwungen, einzugreifen, damit diese Spielsüchtigen nicht das ganze System zugrunde richten« (Flassbeck 2008, 39).

Die Mehrheit der politischen Klasse ist gleichsam blitzartig von der über Jahrzehnte vertretenen Deregulierungs-, Privatisierungs- und Flexibilisierungspolitik zu einem Staatsinterventionismus zurückgekehrt. Aber die für den Neoliberalismus charakteristische Geschichtsblindheit hat sich nicht verflüchtigt. Insofern hat der Nobelpreisträger für Wirtschaft, Paul Krugman (2009), Recht: »Wir zahlen jetzt den Preis für unsere vorsätzliche Amnesie. Wir haben es vorgezogen, zu vergessen, was in den dreißiger Jahren passiert ist. Und weil wir uns geweigert haben, aus der Geschichte zu lernen, wiederholen wir sie jetzt.«

Die Einsicht, die die Mehrheit der Bevölkerung unter dem Einfluss des Neoliberalismus verdrängt hat, lautet: Unregulierte, unbeaufsichtigte Finanzmärkte versagen katastrophal. Im Zusammenspiel von neoliberal geprägter Ökonomie und Politik wurden die Bürgerinnen und Bürger in den zurückliegenden Jahrzehnten in der Auffassung bestärkt, dass man künftig nicht mehr allein von Lohnarbeit existieren könne und dass eine zusätzliche Sicherung der Existenz durch Finanzmarktprodukte unvermeidlich sei. »Lassen Sie ihr Geld arbeiten!« hieß die Parole, was in der Konsequenz zur Deregulierung wesentlicher sozialer Sicherungssysteme führte. So wurde das System der Alterssicherung untergraben, indem den Bürgerinnen und Bürgern eine höhere Rendite auf ihre kapitalgedeckten Rentenansprüche versprochen wurde.

Die Konzeption eines »finanzmarktgetriebenen Kapitalismus« erhielt seine Ausstrahlungskraft durch den vereinfachten oder erleichterten Zugang zu Krediten (sei es für Immobilien, Autos, Kreditkarten oder Studiengebühren), durch die Deregulierung der sozialen Sicherungssysteme und durch eine die höheren Einkommen und Vermögen begünstigende Steuersenkungspolitik. Insofern läuft die Alternative zur finanzmarktgetriebenen Kapitalakkumulation nicht einfach nur auf die gesellschaftliche Kontrolle des Banken- und Finanzsystems hinaus, son-

dern unterstellt einen weitreichenden Prozess gesellschaftlicher Reformen von der sozialen Sicherheit bis hin zur Steuer- und Vermögenspolitik.

## **Rückblick auf die neoliberal geprägte Entwicklung**

Die öffentliche Meinung zum Bereich öffentlich-staatlicher Funktionen hatte sich in den letzten Jahrzehnten radikal verändert und sich in veränderte politische Kräfteverhältnisse umgesetzt. Die Privatisierungspolitik war ein wesentlicher Teil der neoliberalen Umgestaltung des gegenwärtigen Kapitalismus. Neoliberalismus war die Ideologie des entfesselten Kapitalismus. Der Neoliberalismus bildete die ideologische Grundlage der finanzmarktgetriebenen Kapitalakkumulation. Der Neoliberalismus zielte auf die Legitimation der Vormachtstellung der Reichen – der reichen Nationen und der reichen Klasse der kapitalistischen Hauptländer. Wie jede Ideologie war auch der Neoliberalismus darauf angelegt, die von ihm legitimierten Interessen und politischen Handlungsvorgaben als dem Gemeinwohl entsprechend, im Interesse aller liegend zu deklarieren. Mit dem in der Krise offenkundig gewordenen Scheitern der finanzmarktgetriebenen Kapitalakkumulation ist auch dem Neoliberalismus die gesellschaftliche Geschäftsgrundlage entzogen.

Eine wesentliche Konsequenz der neoliberalen Politik war, dass der überlieferte Sozialstaat und der öffentliche Sektor vor dem Hintergrund der Auflösung der hierarchischen Arbeitsorganisation, der gewerkschaftlichen Organisation der Lohnarbeit und eines asymmetrischen korporatistischen Klassenkompromisses permanent so umgebaut werden sollten, dass die nationalstaatlichen Ökonomien unter den Bedingungen des Widerspruchs von Überfluss an Kapital (vor allem auch Geldkapital) und chronischer Massenarbeitslosigkeit auch weiterhin ein stetig zunehmendes gesellschaftliches Gesamtprodukt liefern sollten. Durch die neoliberale Staatsintervention wurde der charakteristische Zusammenhang von hoher Produktivitätsentwicklung, sozialstaatlicher Modifikation der Verhältnisse und der Entwicklung pluralistischer Lebensverhältnisse aufgelöst. Schon in den 1970er Jahren ging die Ära des »sozial regulierten Kapitalismus« zu Ende. Dieses je nach nationalstaatlich-historischen Besonderheiten moderierte System schlug sich in einer Erweiterung von sozialen Rechten und in der Einrichtung eines sozialen Eigentums (Sicherungssysteme mit Ansprüchen) nieder; eine Außerkraftsetzung der kapitalistischen Akkumulationsdynamik und der Verteilungsprozeduren war damit nicht verbunden.

Seit Mitte der 1970er Jahre ist in allen Hauptländern eine neoliberale Konzeption der Gesellschaftspolitik mehrheitsfähig geworden. Ein sozialer Block unter politischer Führung von neoliberalen Parteien sorgte für eine Zuspitzung der Verteilungauseinandersetzungen. Das Wirtschaftswachstum und die Zuwächse der Arbeitsproduktivität sind deutlich geringer; die gesellschaftlichen Kräfteverhält-

nisse hatten sich so verschoben, dass die ökonomischen und politischen Eliten alle Elemente des Statuts der Lohnarbeit (Einkommen, Arbeitszeit, tarifvertragliche Regelungen, soziale Sicherheit) zur Disposition stellten. Die Konsequenz dieser Entwicklung: Das globale Anlagevolumen der Finanzmärkte hat in den letzten 20 Jahren enorm zugenommen. Institutionelle Anleger wie Banken, Pensionsfonds, Versicherungen, Hedge-Fonds und Private-Equity-Gesellschaften verwalten nicht nur ein riesiges Volumen von Eigentumstiteln, die der Sache nach Ansprüche auf künftig zu produzierenden gesellschaftlichen Reichtum darstellen. Die enorm gewachsene Rolle institutioneller Anleger und Vermögensverwalter drückte sich in einem Umbau der Unternehmenslandschaft aus. Die Ausweitung des Anteils von leistungslosen Einkommen am gesellschaftlichen Reichtum korrespondiert mit dem Rückgang der Anteile der Arbeits- und Sozialeinkommen.

Wir hatten es in den kapitalistischen Hauptländern in den letzten Jahrzehnten mit einer finanzgetriebenen Akkumulation – einer finanzmarktgetriebenen Akkumulation oder einer Bubble-Economy – zu tun. Der Akkumulationsprozess der zurückliegenden Konjunkturzyklen ist durch die »asset-based, wealth-driven economy« geprägt. Durch die neoliberale Wirtschaftspolitik sollten die Tendenz der Erhöhung der Marktpreise von Vermögenswerten und die einseitige Vermögenspolitik stabilisiert werden. Diese Dominanz der Interessen von Finanzinvestoren, Aktionären oder Vermögensbesitzern ist Ausdruck einer politisch verstärkten Fehlentwicklung der kapitalistischen Akkumulation. Die finanzgetriebene Akkumulation ist auf mittlere Sicht kapitalzerstörend, investitions- und innovationsfeindlich. Statt konsequenter Steigerung der Wertschöpfung und schrankenloser Entwicklung der Produktivkräfte wurde mehr und mehr eine Fehlallokation von Kapital zugunsten unproduktiver Verwendung marktwirtschaftlich hervorgebracht: Der Verwertung der Eigentumstitel wird in der Weltwirtschaftskrise produktive Aktivität der Volkswirtschaft geopfert.

Das Unbehagen an dieser finanzgetriebenen Akkumulation und der korrespondierenden Wirtschaftspolitik eines so genannten stock market- oder asset price Keynesianismus speist sich daraus, dass die Schwerkraftgesetze der Ökonomie zeitweilig relativiert wurden. Vermögenseffekte sind letztlich Resultat der gesellschaftlichen Wertschöpfung und können nur begrenzt als Impuls zur Konjunkturstabilisierung eingesetzt werden. Durch die wachsenden Ansprüche der Finanzmarktakteure auf den gesamtgesellschaftlichen Mehrwert bleibt weniger für Realinvestitionen übrig. Sicherlich: Der Gesamtsurplus wird erhöht, wenn die Fonds und Beteiligungsgesellschaften die Unternehmen zur Reorganisation der Produktion disziplinieren, das Kapital neu und nur noch an die profitableren Firmen verteilen, sich an der Verbreitung von Technologien über die Sektoren hinweg beteiligen und die Liquidität bereitstellen, um neue Betriebe mit Risikokapital zu versorgen. Dies sind neue Impulse für den Wertschöpfungs- und Verwertungsprozess. Allerdings gilt auch, dass die Finanzialisierung zu einer Wirtschaft tendiert, in der Schneeballsysteme zur Erzielung immer höherer Spekulationsgewinne hervorgebracht

werden. Wenn die Blase auf den Immobilien- oder Finanzmärkten platzt, werden die Schwächen der Ökonomie mit einem Male offenkundig.

Die in Fonds oder Vermögensverwaltungsgesellschaften zusammengefassten Wertpapierbesitzer wirken auf den eigentlichen, in den Unternehmen stattfindenden Wertschöpfungsprozess ein. Die Orientierung der Unternehmensentscheidungen am Ziel einer Maximierung des Börsenwerts des Unternehmens nennt man »Shareholder Value-Prinzip«. Der Übergang zur aktiven Interessenvertretung der Vermögensbesitzer markiert eine Machtverschiebung von den fungierenden Kapitalisten (in der Regel das Management) hin zu den Rentiers. Im Finanzmarkt-Kapitalismus findet eine Verschiebung der Machtverhältnisse zugunsten der neuen Eigentümer statt. Auch die Politik übernimmt die Philosophie, den Marktpreis von Vermögenstiteln beständig zu überhöhen. Das Wachstum der Realwirtschaft wird zum nachgeordneten Ziel, insofern durch die Expansion der Eigentumstitel und deren Preissteigerung eine Ausweitung des Konsums stimuliert wird. Zumindest zeitweilig kann aus einer politisch beförderten Preissteigerung für Vermögenswerte auch eine Akkumulationsdynamik stimuliert werden. Gleichwohl bleibt richtig: Durch Investitionen in bebaute Grundstücke oder in die Fruchtbarkeit von Böden kann eine Verbesserung der ökonomischen Verwertung erzielt werden. Aber dauerhafte Kapitalgewinne aus Immobilienpreissteigerungen sind Schwindel. Ein selbstgenutztes Haus produziert keine Einnahmen, nur weil es im Preis steigt.

Die Jahrhundertkrise der vermögengetriebenen Akkumulation eröffnet die unvermeidbare Korrektur der verselbständigten Prozesse: Die Ansprüche auf künftig zu produzierenden Reichtum haben sich weit von den realen Wertschöpfungs- und Verwertungsprozessen verselbständigt. Die entscheidende Frage ist also nicht, wann nach einer Phase der Abschwächung (Rezession) der untere Wendepunkt erreicht ist und ein neuer Konjunktur- oder Wirtschaftszyklus eröffnet wird. Die Frage ist, in welchem Umfang die unverzichtbare Entwertung der übersteigerten Eigentumstitel oder die hohen Preise von Wertpapieren korrigiert werden und damit eine Ankoppelung an das Potenzial des realwirtschaftlichen Verwertungsprozesses möglich wird. Grundsätzlich gilt für die Kritik der politischen Ökonomie: Es sind die Krisen, die dem Schein der Selbständigkeit der verschiedenen, gegeneinander verknöcherten Elemente des gesellschaftlichen Wertschöpfungsprozesses ein Ende bereiten. Es gibt freilich nicht immer die Krise als das mehr oder minder gewaltsame Geltendmachen der inneren Einheit.

### **In der Krise die Tendenz zum Markt-Staat umkehren?**

Der von den Finanzmärkten bewirkte Akkumulationsmodus veränderte die Konsumtionsbedingungen der Arbeitskraft und die Verteilungsverhältnisse zwischen den Klassen. Die Ausrichtung am Shareholder Value und die dahinter steckende

Begünstigung der leistungslosen Kapital- und Vermögenseinkommen schlugen sich in einer gesamtgesellschaftlich fallenden Quote der Arbeitseinkommen nieder. Die weitreichendste Folge dieser Entwicklung war die Herausbildung einer gespaltenen Ökonomie – der Sektor von tariflich geregelten Normalarbeitsverhältnissen wird mehr und mehr unter Druck gesetzt durch den Bereich der ungeschützten, marginalisierten Arbeit, letztlich der Erwerbsverhältnisse in dem anwachsenden Sektor der informellen Ökonomie. Es bleibt allerdings nicht bei der Herausbildung einer neuartig zusammengesetzten »underclass«, sondern die Einkommensverluste und Verschlechterungen des sozialen Status erfassen nach und nach die Mehrheit der Lohnabhängigen: Wir haben es mit einer Destabilisierung der Lohnarbeitsgesellschaft zu tun, die wie eine Druckwelle vom Zentrum ausgehend die ganze Gesellschaft erfasst, mit unterschiedlichen Auswirkungen auf verschiedenen Ebenen – soziale Spaltung, Funktionswandel der Öffentlichkeit (Richard Sennett), Untergrabung des politischen Systems und wachsende Distanzierung und Gleichgültigkeit gegenüber Staatsbürgerrechten und deren aktiver Wahrnehmung.

Der finanzmarktorientierte Akkumulationsmodus veränderte nicht minder grundsätzlich die über staatliche Ausgaben und Regulierung bestimmten Lebensverhältnisse, vor allem durch die rigorose Beschneidung der Dienstleistungen von allgemeinem Interesse. Die neoliberale Politik versprach, durch Steuersenkungen – vor allem für die Unternehmer- und Vermögenseinkommen – die Akkumulationsdynamik zu revitalisieren; faktisch wurde damit der Weg in die Fiskalkrise der öffentlichen Institutionen vorangetrieben. Auf den so erzeugten »Sachzwang« wurde die radikale Privatisierung öffentlichen Eigentums und öffentlicher Unternehmen als Ausweg angeboten.

Die Erosion der finanziellen Fundamente der öffentlichen und Sozialkassen wurde durch eine Steuersenkungs- und Steuerverlagerungspolitik zugunsten der Kapital- und Vermögenseinkommen verschärft. Diese Politik der Verschlinkung des Staates ist mit der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise zusammengebrochen. Schlagartig wird die Rückkehr zur Intervention des Staates gefordert. Die eigentliche Herausforderung liegt darin, dass die schwere Kreditkrise der Auftakt zu einer harten Rezession ist. Für die politische Linke sind daran zwei Fragen gekoppelt: Ist die Wiederherstellung eines normalen Akkumulationsprozesses möglich und können wir uns mit einer Wiederherstellung des bürgerlichen Akkumulationsprozesses zufrieden geben?

Einen solchen Umschlag im Verhalten zum Staat konnte man auch in der Weltwirtschaftskrise des 20. Jahrhunderts feststellen. In der Folge einer schockartigen Vermögensvernichtung flüchtet die Masse der Kleinsparer von den Vermögensmärkten hin zu Staatsanleihen oder mindestens staatlich garantierten Formen der Kapitalanlage. Schon Antonio Gramsci stellte fest: »Man kann sagen, dass die Masse der Sparer jede direkte Verbindung mit dem Gesamt des privatkapitalistischen Systems abrechnen will, jedoch dem Staat sein Vertrauen nicht entzieht: sie

möchte an der Wirtschaftstätigkeit teilhaben, aber vermitteltst des Staates, der einen mäßigen, aber sicheren Zins garantieren soll ...Daraus folgt, dass der Staat theoretisch seine gesellschaftlich-politische Basis bei den ›kleinen Leuten‹ und bei den Intellektuellen zu haben scheint, in Wirklichkeit aber bleibt seine Struktur plutokratisch, und es gelingt unmöglich, die Verbindungen mit dem großen Finanzkapital abzubrechen« (1999, 2096 ff.). In der Tat ist auch zu Beginn des 21. Jahrhunderts in der Krise charakteristisch, dass der Staat einerseits sich in Abhängigkeit von den Geld- und Leihkapitalisten bewegt, auf der anderen Seite die künftigen Steuereinnahmen der kleinen Leute als Kompensation für die enormen Vermögensverluste auf alle Sorten von Wertpapieren einsetzt. Aber weitergehend als in der Weltwirtschaftskrise von 1929-32 ist dieses Mal der Konflikt zwischen Wiederherstellung von Vermögenswerten und der Masse der Steuereinnahmen sichtbar. Es kann daher über die Forderung, staatliche Beteiligungen und Bürgerschaften müssten von entsprechenden Kontrollrechten begleitet sein, verdeutlicht werden, dass es nicht nur bei Kontrolle bleiben kann, sondern dass die Intervention ordnungspolitisch in die Schaffung von Rahmenbedingungen für eine solidarische oder programmierte Ökonomie münden muss. »Es geht in der Tat nicht nur darum, den Produktionsapparat so zu bewahren, wie er in einem gegebenen Moment beschaffen ist; es geht darum, ihn so zu reorganisieren, um ihn parallel zum Wachstum der Bevölkerung und der Gemeinschaftsbedürfnisse zu entwickeln« (ebenda) Weil der Widerspruch zwischen dem Eingebunden-Sein in die Interessen der Vermögenden und der großen Mehrheit der Steuerzahler deutlich hervortritt, ergibt sich in der aktuellen Wirtschaftskrise die Chance einer Transformation von bürgerlichem Staat und kapitalistischer Ökonomie.

### **Vor einer neuen Ära der Regulation ?**

Zunächst geht es in der aktuellen Krise um die Vermeidung eines Kollapses der nationalen Bankensysteme, des Überschlagens in einen Abwertungswettlauf unter den Währungssystemen sowie um die Verhinderung von faktischer Handlungsunfähigkeit im Zustand eines Staatbankrotts. Diese kurzfristige Stabilisierung der Finanz- und Währungsverhältnisse muss mit weiterreichenden Veränderungen sowohl im Bereich Kredit und Währung als auch in der Realökonomie einhergehen. Entscheidend für die Entwicklung der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse wird sein, ob es gelingt, in den Vernichtungsprozess von Wertpapieren oder Anweisungen auf gesellschaftlichen Reichtum einzugreifen oder ob sich der Entwertungsprozess weiterhin naturwüchsig vollzieht. Das globale Anlagevolumen der Finanzmärkte hatte in den letzten 20 Jahren enorm zugenommen. Institutionelle Anleger wie Banken, Pensionsfonds, Versicherungen, Hedge-Fonds und Private-Equity-Gesellschaften verwalten nicht nur ein riesiges Volumen von Eigentumstiteln, die der Sache nach alle Ansprüche auf künftig zu produzierenden

gesellschaftlichen Reichtum darstellen. Die enorm gewachsene Rolle institutioneller Anleger und Vermögensverwalter drückt sich heute in einem Umbau der Unternehmenslandschaft aus. Der Ausweitung des Anteils von leistungslosen Einkommen am gesellschaftlichen Reichtum korrespondiert mit dem Rückgang der Anteile bei den Arbeits- und Sozialeinkommen. Vor dem Hintergrund dieser veränderten Machtverhältnisse in den Unternehmen und der Verteilung der gesellschaftlichen Wertschöpfung kann die Krise im Immobilien- und Kreditbereich nur durch eine umfassende Entwertung von Eigentumstiteln auf eine neue Grundlage gestellt werden. Die unvermeidliche Verteilung der Verluste wird sich noch eine ganze Zeit lang hinziehen. Sicherlich werden die aktuellen Interventionen mit der Zielsetzung verbunden, den massiven Entwertungsprozess von Eigentumstiteln abzuschwächen, um nach einer Übergangszeit den Anschluss an die finanzmarktgetriebene Kapitalakkumulation wiedergewinnen zu können. Dies wird sich als Illusion herausstellen, denn die Stichworte von einem neuen New Deal, einem zweiten Bretton Woods, einer neuen Architektur des globalen Finanzsystems machen klar, dass es um weit mehr als um bloße Reparaturen eines heißgelaufenen Systems geht.

## **Kredit und Krise**

Angesichts der schwersten Wirtschaftskrise seit den 1930er Jahren, die durch einen Zusammenbruch des kapitalistischen Kreditsystems ausgelöst worden ist, stehen die Abwehr des Systemrisikos und die Ansätze zu einer neuen Regulierung des Finanzsektors im Zentrum der aktuellen Politik. Sicherlich ist die These zutreffend: Ohne eine Stabilisierung des Finanzsektors wird eine dauerhafte wirtschaftliche Erholung ausbleiben. Umgekehrt gilt aber auch: Ohne eine erfolgreiche Bekämpfung der wirtschaftlichen Talfahrt und eine Stabilisierung des gesellschaftlichen Gesamt-reproduktionsprozesses wird es keine neue Regulierung der nationalstaatlichen sowie des internationalen Finanz- und Währungssystems geben.

Die Kritik an den bisherigen politischen Interventionen ist demzufolge: Beim Einsatz der Ressourcen steht das Finanzsystem im Zentrum. Durch öffentliche Einschüsse und Garantien lässt sich freilich die unvermeidliche Reportionierung des Finanzsektors nicht aufhalten. Bei den Rettungsoperationen stehen zudem zu sehr einzelne angeschlagene Finanzinstitute im Mittelpunkt und es fehlt an einer Gesamtkonzeption. Schließlich sind die meisten Stützungsprogramme der Realökonomie unzureichend dimensioniert. Vor allem führt die Konzentration auf die gesellschaftliche Infrastruktur (gesellschaftliches Fixkapital) zu einer Vernachlässigung der Arbeitsmarktpolitik und zu einer Ausblendung von Programmen gegen soziale Spaltung und Armut.

Der Crash im Bereich der Hypothekenkredite enthüllte die scheinbare Prosperität, die sich in den zurückliegenden Jahrzehnten – den industriellen oder konjunk-

turellen Zyklus übergreifend – im Kontext der chronischen Überakkumulation ausgebildet hatte. Infolge der Krise reißen weitere Zahlungsketten. Die Geldkrise, bestimmt als besondere Phase jeder allgemeinen Produktions- und Handelskrise, ist wohl zu unterscheiden von jener speziellen Sorte von Krise, die man auch Geldkrise nennt, die aber selbständig auftreten kann, so dass sie auf Industrie und Handel nur rückschlagend wirkt. Es sind diese Krisen, deren Bewegungszentrum das Geldkapital ist, und daher sind Banken, Börsen und sonstige Finanzinstitute das eigentliche Terrain der Verwüstung.

Für den hinter der eigentlichen Finanzkrise stehenden, jetzt zusammengebrochenen Kreditboom gilt: »In einem Produktionssystem, wo der ganze Zusammenhang des Reproduktionsprozesses auf dem Kredit beruht, wenn da der Kredit plötzlich aufhört und nur noch bare Zahlung gilt, muss augenscheinlich eine Krise eintreten, ein gewaltsamer Andrang nach Zahlungsmitteln. Auf den ersten Blick stellt sich daher die ganze Krise nur als Kreditkrise und Geldkrise dar« (Marx 1964, 507).

Ausgangspunkt war eine Kreditkrise, die eine durch den Kredit bewirkte Ausdehnung des gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses ausdrückt. Rückschlagend verstärkt die Diskontinuität den Krisenprozess. Es werden bloße Schwindelgeschäfte sichtbar, »ferner mit fremdem Kapital getriebene, aber verunglückte Spekulationen; endlich Warenkapitale, die entwertet oder gar unverkäuflich sind, oder Rückflüsse, die nie mehr einkommen können. Das ganze künstliche System gewaltsamer Ausdehnung des Reproduktionsprozesses kann natürlich nicht dadurch kuriert werden, daß nun etwa eine Bank, z. B. die Bank von England, in ihrem Papier allen Schwindlern das fehlende Kapital gibt und die sämtlichen entwerteten Waren zu ihren alten Nominalwerten kauft. Übrigens erscheint hier alles verdreht, da in dieser papiernen Welt nirgendwo der reale Preis und seine realen Momente erscheinen, sondern nur Barren, Hartgeld, Noten, Wechsel, Wertpapiere« (ebenda).

Die Krise der Finanzmärkte und der Konjunktur verstärken einander negativ, daher die Wucht der wirtschaftlichen Talfahrt. Eine Bodenbildung und Selbststabilisierung der Konjunktur sind nicht in Sicht. Anders als in früheren Krisen gibt es keine bedeutenden Wirtschaftsräume und Sektoren in der Welt, die eine Aufwärtsentwicklung beim Wachstum verzeichnen und als Gegengewicht zum Abschwung wirken könnten. Jetzt ist die Weltwirtschaft buchstäblich im freien Fall. Einige Länder stemmen sich gegen diese wirtschaftliche Talfahrt. Der europäische Raum hinkt bei der Krisenbekämpfung hinterher.

Der praktikable Ausweg aus dieser Konstellation ergibt sich aus dem Doppelcharakter des Kreditsystems. Das Kreditsystem ist einerseits Haupthebel der Überproduktion und Überspekulation, weil der gesellschaftliche Reproduktionsprozess mit Hilfe des Kredits bis zur äußersten Grenze getrieben wird. Das Kreditwesen beschleunigt die materielle Entwicklung der Produktivkräfte und die Herstellung des Weltmarkts. Gleichzeitig beschleunigt der Kredit die gewaltsa-

men Ausbrüche dieses Widerspruchs, die Krisen, und damit die Elemente der Auflösung der alten Produktionsweise. Einerseits die Triebfeder der kapitalistischen Produktion, Bereicherung durch Ausbeutung fremder Arbeit, zum reinsten und kolossalsten Spiel- und Schwindelsystem zu entwickeln und die Zahl der den gesellschaftlichen Reichtum ausbeutenden Wenigen immer mehr zu beschränken; andererseits aber die Übergangsform zu einer neuen Produktionsweise zu bilden – diese Doppelseitigkeit ist es, die es zu verstehen und zu nutzen gilt.

## **Literatur**

- Eichengreen, B./O'Rourke, K. H. (2009), A tale of two depressions, 6. April. [www.voxeu.org](http://www.voxeu.org)
- Gramsci, A. (1999), Gefängnishefte. Herausgegeben v. K. Bochmann u. W. F. Haug. Bd. 9, Hamburg.
- Flassbeck, H. (2008), Die Panik im Finanzcasino und ihre Folgen. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 11.
- Krugman, P. (2009), Die neue Weltwirtschaftskrise. Frankfurt/M..
- Marx, K. (1964), Das Kapital. Dritter Band. In: Marx, K./Engels, F., Werke (MEW), Bd. 25, Berlin.

## Die »sichtbare Hand« – Regulierung als Einstiegsprojekt?

In der Diskussion über die »sichtbaren« und die »unsichtbaren« Hände bündeln sich wenigstens zwei Ebenen von Widersprüchen. Ohne staatliche Regulierung sind moderne Gesellschaften nicht lebensfähig – aber jede Regulierung stellt den Herrschaftsanspruch des Kapitals sichtbar in Frage. Linke Bewegungen sind in ihrem Handeln und in ihrer Konzeptbildung beständig wiederum mit dem Widerspruch konfrontiert, dass der Staat ihnen Handlungsräume schafft, gleichzeitig aber als Repressionsapparat gegenüber tritt. Regulierung wird daher vor allem als Moment von Repression, im besten Falle von Inkorporation bzw. Korruption bestimmter Schichten verstanden.

Bietet diese Widerspruchskonstellation Ansätze für die Entwicklung von alternativen Praxen, für die Schaffung von Spielräumen für Gesellschaftsveränderung? Kann staatliche Regulierung Einstiege liefern in weitergehende Veränderungsprozesse? Unter welchen Bedingungen ist das möglich?

Diese Fragen sollen hier aus dem Gesichtspunkt der Stellung der Regulierungspolitik im Kontext des Vergesellschaftungsprozesses, des Widerspruchs zwischen dem gesellschaftlichen Charakter des Reproduktionsprozesses und dem engen Rahmen der Produktions-, besonders der Aneignungsverhältnisse diskutiert werden. Dabei soll ausdrücklich auf das Marxsche Herangehen an die Rolle des Staates bei der Formierung des Kapitalismus und der Entfaltung des Verhältnisses von Kapital und Arbeit Bezug genommen werden. Dabei wird von den globalen Aspekten abstrahiert werden müssen, wie auch von der Wechselwirkung von Parlament und Staat.

Bereits auf einer frühen Stufe der Darlegung der Reproduktion des Kapitalverhältnisses beschreibt Marx die unbedingte Notwendigkeit, man könnte sagen die Selbstverständlichkeit staatlicher Intervention in die Auseinandersetzungen von Kapital und Arbeit. Sei es die Regulierung der Länge des Arbeitstages, sei es die Gestaltung der Arbeitsbedingungen oder sei es auch eine andere Ebene der Gewährleistung der Stabilität der Kooperationsbeziehungen zwischen den Kapitalisten oder die Entwicklung des Kreditwesens – an allen Stellen sieht Marx die staatliche Gewalt als notwendige Grundlage kapitalistischer Entwicklung.

Er entwickelt dies nachdem er die formale Gleichheit der beiden Agenten Kapitalist und Arbeiter auf dem Markt konstatiert hat. Eine Gleichheit, die übrigens bereits auch einen gewissen Charakter der gegebenen Staatlichkeit voraussetzt. Es muss ein Staat da sein, der nicht nur die Trennung des Arbeiters von den Produktionsmitteln, sondern auch dessen persönliche Freiheit garantiert. Wie ist aber unter diesen Bedingungen die Produktion von Mehrwert möglich, wie kann der Ar-

beiter gezwungen werden, mehr zu arbeiten, als es für die Reproduktion seiner Arbeitskraft nötig ist?

In der Konkurrenz dieser beiden formal Gleichen vor allem um die Arbeitszeit entscheidet die Gewalt – die von Seiten der Kapitalbesitzer, wie auch die der Arbeiter – so Marx. Der Klassenkampf ist kein Ausfluss von Neid und Gier, sondern ein nüchternes Produkt der ökonomischen Gegebenheiten und der aus diesen resultierenden unterschiedlichen Interessen zwischen Arbeitern und Kapitalisten, die aus dem gleichen Recht, dem Recht des Warenbesitzers, erwachsen. Davon ausgehend kommt Marx zur Natur der staatlichen Regulierung, die diesem Verhältnis dann einen Rahmen gibt. Er schreibt zur Rolle der englischen Fabrikgesetzgebung: »Diese Gesetze zügeln den Drang des Kapitals nach maßloser Ausausgung der Arbeitskraft durch gewaltsame Beschränkung des Arbeitstags von Staats wegen, und zwar von seiten eines Staats, den Kapitalist und Landlord beherrschen. Von einer täglich bedrohlicher anschwellenden Arbeiterbewegung abgesehen, war die Beschränkung der Fabrikarbeit diktiert durch dieselbe Notwendigkeit, welche den Guano auf die englischen Felder ausgoß. Dieselbe blinde Raubgier, die in dem einen Fall die Erde erschöpft, hatte in dem andren die Lebenskraft der Nation an der Wurzel ergriffen. Periodische Epidemien sprachen hier ebenso deutlich als das abnehmende Soldatenmaß in Deutschland und Frankreich« (Marx 1962, 253).

Die »täglich bedrohlicher anschwellende Arbeiterbewegung« und reale Macht des Kapitals und eine relative Autonomie des Staates gegen die Sonderinteressen des einzelnen Kapitalisten bilden hier das Spannungsverhältnis, in dem sich staatliche Regulierung entwickelt. Gestaltwandel, Charakter und Handeln der Regulierung als »sichtbare Hand« auf der einen Seite und die Möglichkeiten der Eingriffe in die Gestaltung der Regulierungsinstrumente müssen aus diesem Spannungsverhältnis abgeleitet werden. Regulierung, so zeigt Marx in diesem Sinne dann etwas später, bedarf des Widerstands, der praktischen Aktion.

»Man muß gestehn, daß unser Arbeiter anders aus dem Produktionsprozeß herauskommt, als er in ihn eintrat. Auf dem Markt trat er als Besitzer der Ware ›Arbeitskraft‹ andren Warenbesitzern gegenüber, Warenbesitzer dem Warenbesitzer. Der Kontrakt, wodurch er dem Kapitalisten seine Arbeitskraft verkaufte, bewies sozusagen schwarz auf weiß, daß er frei über sich selbst verfügt. Nach geschlossenem Handel wird entdeckt, daß er ›kein freier Agent‹ war, daß die Zeit, wofür es ihm freisteht, seine Arbeitskraft zu verkaufen, die Zeit ist, wofür er gezwungen ist, sie zu verkaufen, daß in der Tat sein Sauger nicht losläßt, ›solange noch ein Muskel, eine Sehne, ein Tropfen Bluts auszubeuten‹. Zum ›Schutz‹ gegen die Schlange ihrer Qualen müssen die Arbeiter ihre Köpfe zusammenrotten und als Klasse ein Staatsgesetz erzwingen, ein übermächtiges gesellschaftliches Hindernis, das sie selbst verhindert, durch freiwilligen Kontrakt mit dem Kapital sich und ihr Geschlecht in Tod und Sklaverei zu verkaufen. An die Stelle des prunkvollen Katalogs der ›unveräußerlichen Menschenrechte‹ tritt die bescheidne

Magna Charta eines gesetzlich beschränkten Arbeitstags, die ›endlich klarmacht, wann die Zeit, die der Arbeiter verkauft, endet und wann die ihm selbst gehörige Zeit beginnt‹(ebenda, 319/320).

Das Arrangement mit dem bürgerlichen Staat ist so zwingend wie der Kampf mit der bürgerlichen Ordnung, das »Zusammenrotten« – ein in der Tat dialektischer Widerspruch, der sich nach Marx aus der konstatierten formalen Gleichheit herleitet. Die Wege, auf denen sich dieses Verhältnis dann konkret entfaltet, sind damit aber nicht bestimmt. Letztlich entscheidet, wie die Arbeiter »die Köpfe zusammenrotten«, ob sie »ein Staatsgesetz erzwingen« können und wie dieses dann aussieht. So kann dieses darin bestehen, dass bestimmte Rahmenseetzungen für die Entwicklung sozialer Sicherungssysteme geschaffen werden, die dann durch unmittelbare Kompromisse zwischen UnternehmerInnentum und ArbeiterInnenenschaft ausgehandelt werden, oder eben dass unmittelbar staatliche Systeme der Absicherung geschaffen werden. Die entstehende konkrete Regulierungsweise schafft gleichzeitig dem »Zusammenrotten« selbst neue, mehr oder weniger enge Spielräume. Selbst Niederlagen der ArbeiterInnenbewegung, wie etwa 1952 bei den Auseinandersetzungen um das Betriebsverfassungsrecht schaffen neue Bedingungen durch den Akt des Widerstandes selbst. Auch der Staat selbst und die Eigenheiten der Kapitalseite sind letztlich in bestimmten Grenzen historische Variablen.<sup>1</sup>

Regulierung stellt auf dieser Ebene erst einmal die Gewährleistung der elementaren Reproduktionsfähigkeit des Kapitalverhältnisses in seiner zentralen Form, im Verhältnis von Kapital und Arbeit dar. Der Schutz der Arbeitskraft als Ressource, als »Humankapital« nimmt naturgemäß einen besonderen Platz ein. Generell war das durchaus auch eine Sichtweise, die Adam Smith teilte. Schon hier ist Regulierung aber in sich widersprüchlich.

Diese Widersprüchlichkeit zeigt sich in noch stärkerem Maße, wenn man das Wirken staatlicher Regulierung durch die Bereitstellung »allgemeiner gemeinschaftlicher Bedingungen der Produktion« betrachtet. Marx schreibt dazu: »Die allgemeinen, gemeinschaftlichen Bedingungen der Produktion – solange ihre Herstellung durch das Kapital als solches, unter seinen Bedingungen noch nicht geschehen kann – werden daher bestritten aus einem Teil der Revenue des Landes – der Regierungskasse« (Marx 1983, 439). Der entscheidende Punkt ist nach Marx also das »solange« – für Marx gibt es also keine übergeschichtliche Unmöglichkeit der Herstellung der »gemeinschaftlichen Bedingungen der Produktion« durch das Kapital selbst. Diese Aussage hat aber weitreichende Konsequenzen. Die Rolle des Staates ist dementsprechend auch wandelbar in dem Maße, in dem sich die Fähigkeit des Kapitals zur Herstellung dieser gemeinschaftlichen Bedingungen wandelt. Die Grenzen dieser Fähigkeit fordern dementsprechend eine Wandlung des Staates heraus. Herstellung der gemeinschaftlichen Bedingungen

1 Marx (1964, 793) geht darauf an anderen Stellen ein und betont die Unterschiede, die sich aus der Art der Durchsetzung der kapitalistischen Produktionsweise ergeben.

der Produktion in diesem Sinne bedeutet aber gleichzeitig die Monopolisierung dieser Bedingungen entsprechend den Maßstäben der Reproduktion des Kapitalverhältnisses. Der Ausschluss mehr oder weniger großer Teile der Menschheit von der Nutzung der gemeinschaftlichen Bedingungen gibt ihr grundsätzlich politischen Charakter, fordert so weitere staatliche Intervention heraus, soweit die Menschen ihre »Köpfe zusammenrotten«. Gleichzeitig steht das Gemeinschaftliche der »gemeinschaftlichen Bedingungen« mit seinem Bezugspunkt, dem Kapital, in Widerspruch. Wir haben es hier mit einem klassischen Konflikt zwischen dem kapitalistischen Einzelinteresse und dem Gesamtinteresse des Kapitals zu tun. Das Gemeinschaftliche ist durch die Reproduktion des Gesamtkapitals erzwungen und es wird durch die Konkurrenz der Einzelkapitale gleichzeitig immer wieder in Frage gestellt. Deregulierung und Regulierung bedingen sich so gegenseitig. Die Ergebnisse dieser notwendigen vielfältigen Kompromisse müssen sich schließlich in der Gewährleistung der Stabilität der Beziehungen zwischen den ökonomischen Subjekten bzw. den politischen Akteuren niederschlagen.

Eine Warenwirtschaft ist letztlich in diesem Sinne nur regulierbar, wenn dem Staat eigene finanzielle Ressourcen zur Verfügung stehen, die »Regierungskasse«. Die Steuern als ökonomische Daseinsweise des Staates (Marx) und die Staatsschuld als entscheidende Bindung an die Reproduktion der kapitalistischen Aneignungsweise bilden letztlich die Muskeln, die die »Hand« beweglich halten, während das Gewaltmonopol das Skelett darstellt. Im 19. Jahrhundert liegen diese Verhältnisse noch sehr sichtbar zutage, daher soll hier noch einmal auf Marx verwiesen werden. Er analysiert diese Zusammenhänge u. a. bezüglich der Klassenkämpfe in Frankreich in den Jahren 1848–1850: »Also ohne gänzliche Umwälzung des französischen Staats keine Umwälzung des französischen Staatshaushaltes. Mit diesem Staatshaushalt notwendig die Staatsverschuldung, und mit der Staatsverschuldung notwendig die Herrschaft des Staatsschuldenhandels, der Staatsgläubiger, der Bankiers, der Geldhändler, der Börsenwölfe.« Dies führt aber zu Widersprüchen zwischen den Kapitalen. Er setzt daher fort: »Nur eine Fraktion der Ordnungspartei war direkt am Sturze der Finanzaristokratie beteiligt, die Fabrikanten. Wir sprechen nicht von den mittleren, von den kleineren Industriellen, wir sprechen von den Regenten des Fabrikinteresses, die unter Louis-Philippe die breite Basis der dynastischen Opposition gebildet hatten. Ihr Interesse ist unzweifelhaft Verminderung der Produktionskosten, also Verminderung der Steuern, die in die Produktion, also Verminderung der Staatsschulden, deren Zinsen in die Steuern eingehen, also Sturz der Finanzaristokratie« (Marx 1960, 78). Wenig später kommt er aber natürlich auf die Widersprüchlichkeit der temporären Radikalität der Großindustriellen zurück und vermerkt, dass natürlich für diese die Schmälerung des Profits durch die Praktiken der Finanzaristokratie nichts sei im Vergleich zur Aufhebung des Profits durch das Proletariat (ebenda, 79).

Die oft als homogen und eindimensional betrachtete Regulierung durch die »sichtbare Hand« ist also keinesfalls so glatt und harmonisch als »Durchkapitali-

sierung« in einfachem Sinne zu verstehen. Es ist die »Durchkapitalisierung«, die beständig neue Eingriffsmöglichkeiten hervorbringt – soweit, und hier kommen wir wieder zu einem unserer Ausgangspunkte zurück, die Linken fähig sind »ihre Köpfe zusammenzurotten«.

Wirtschaftsgeschichtlich ist diese Sichtweise bestätigt – die Vision des »Nachtwächterstaates« oder auch die der »Entstaatlichung« sind eher ideologische Gestaltungen, um die Kapitalherrschaft in ihrer direkten Form bzw. den universellen Herrschaftsanspruch zu unterstreichen und die Funktionsweise der Machtverteilung zu verdecken. Propaganda der Machtlosigkeit des Staates bedeutet nicht zuletzt, bestimmte Bereiche der Machtausübung zu mystifizieren bzw. Veränderungen als technische Probleme erscheinen zu lassen. Letzteres gilt in hohem Maße etwa für die Reformen der öffentlichen Verwaltungen in den letzten Jahren.

Sehen wir von der Grundqualität der Aneignungsweise ab, ist Stabilität aber nicht das Wesen des Kapitalismus – sein Wesen ist die Veränderung. Die »sichtbare Hand« muss Entwicklungsmöglichkeiten schaffen. Letztendlich muss sich also Regulierung als Erschließung gesellschaftlicher Produktivkraft und der Schaffung der Bedingungen, sie in privatkapitalistisch monopolisierte Produktivkraft zu verwandeln, zeigen – gewissermaßen eine Modifikation des Salto Mortale, den die Ware zu vollziehen hat. Aber ob dieser Salto Mortale glückt, ist eben, wie bei der Ware auch, die Frage. Hier liegen wichtige Ansatzpunkte für die Verwandlung von Regulierungsmaßnahmen in Einstiegsprojekte von gesellschaftlicher Transformation.

Die »sichtbare Hand« muss also konservativ und innovativ gleichzeitig sein, muss der Selbstorganisation der verschiedenen sozialen Kräfte (als der »unsichtbaren Hand«) Raum geben, sie aber gleichzeitig beschränken. Die Vermittlung zwischen Bewahren und Erneuern prägt die Eigenarten des Staates und der Regulationsinstrumente. Daraus resultiert, dass der Staat als Staatsapparat natürlich ein Eigeninteresse entwickeln muss und er somit nicht als willenloses Instrument dieser oder jener Klasse oder Schicht verstanden werden kann. Um letztendlich vermitteln zu können, muss er vielmehr diese relative Autonomie bewahren können. Die damit verbundene Tendenz zur Verselbständigung des Staatsapparates kleidete Max Weber in drei Fragen: »1. Wie ist es angesichts dieser Übermacht der Tendenz zur Bürokratisierung überhaupt noch möglich, irgendwelche Reste einer in irgendeinem Sinn ›individualistischen‹ Bewegungsfreiheit zu retten? ... 2. Wie kann, angesichts der steigenden Unentbehrlichkeit und der dadurch bedingten steigenden Machtstellung des uns hier interessierenden staatlichen Beamtentums, irgendwelche Gewähr geboten werden, dass Mächte vorhanden sind, welche die ungeheure Übermacht dieser an Bedeutung stets wachsenden Schicht in Schranken halten und sie wirksam kontrollieren? 3. Wie wird Demokratie auch nur in diesem beschränkten Sinn überhaupt noch möglich sein?«. Die dritte Frage schließlich betrifft die Stellung der Beamten im Kampf um die Macht – wie also kann gewährleistet werden, dass der Staatsapparat »außerhalb des Kampfes um

eigene Macht« (im Unterschied zu PolitikerIn«) verbleibt (1980, 836 f.). Zweifellos widerspiegelt diese Problemstellung durchaus Fragen, die auch heute noch stehen und die sich in gewisser Weise weiter verschärfen. An dieser Stelle dazu nur soviel, dass diese Tendenz eben eine mögliche, aus den oben entwickelten Gründen aber nicht nachhaltig produktive Tendenz, darstellen dürfte.

Regulierung bedeutet also Vermittlung sowohl politischer wie auch ökonomischer Interessen zwischen Staat und Ökonomie, aber genauso zwischen den verschiedenen Klassen und Schichten der Gesellschaft. Gleichzeitig stellt sie die Gestaltung von Übergängen dar, die Vermittlung zwischen verschiedenen Stadien von Entwicklung. In diesem Sinne besteht eine Analogie von Regulierung und Einstiegsprojekten: Einstiegsprojekte sind politische Handlungsstrategien, die im Rahmen der gegebenen Grundqualität gesellschaftlicher Verhältnisse auf die Entwicklung von NEUEM gerichtet sind. Dieses NEUE zeichnet sich dadurch aus, dass es dazu beiträgt, Bedingungen für den Übergang zu einer anderen Gesellschaft zu schaffen und gleichzeitig Ansätze für das ANDERE in diesen neuen gesellschaftlichen Zusammenhängen erlaubt. Einstiegsprojekte sind in diesem Sinne nicht geschlossen, sondern müssen als bewusste Schaffung neuer Möglichkeitsfelder verstanden werden, die zwangsläufig bisherige Akteure und Handlungsstrategien in Frage stellen. Es geht um die Praxis von Emanzipation unter antiemanzipatorischen Bedingungen. Es geht um »praktizierte Dialektik«, um bewusste Bewegung in Widersprüchen, als Umgang mit dem eigentlich Unmöglichen. Im Mittelpunkt steht nicht die konkrete Aktion, sondern die durch sie geschaffenen, vorher nicht gekannten Möglichkeiten (vgl. ausführlicher Brangsch 2009).

Es handelt sich um einen komplexen Prozess, der eigentlich nur dann gefasst bzw. als bewusste politische Aktion gestaltet werden kann, wenn man sich die vermittelnden Elemente genauer betrachtet. Sie sind es, die darüber entscheiden, ob Regulierung in ein Einstiegsprojekt fortgetrieben werden kann oder nicht. Aber diese Elemente sind immer historisch konkret. Es sind die realen Instrumente staatlichen Handelns, die Verwaltungsabläufe, die konkreten Entscheidungsprozesse, die Gesetze und Verordnungen, das praktische Verhalten der Angestellten des Staates, die Steuern und die Staatsschuld, die auch das Eigeninteresse der »sichtbaren Hand« tragen. Diese Faktoren wiederum werden natürlich in erheblichem Maße von den Aktivitäten der Parlamente geprägt, was wir aber in diesem Beitrag nicht weiter verfolgen wollen.

Bevor dies weiter diskutiert werden kann, sollte allerdings noch einmal gefragt werden, wie sich der Körper, der die Hand führt, eigentlich verändert hat. Gemeinhin werden die letzten zwanzig Jahre als Zeit der »Deregulierung« bezeichnet – in der Tat ein irreführender Begriff, wie schon oft von verschiedener Seite angemerkt. Es ist eine Zeit der Neuregulierung – dies betrifft sowohl den sozialen Bereich wie auch den wirtschaftlichen Bereich, dies betrifft den öffentlichen Dienst und die Organisation der Erbringung öffentlicher Leistungen. Viele dieser Prozesse sind faktisch in der Öffentlichkeit unsichtbar verlaufen (bzw. verlaufen

bis heute als solche von der Öffentlichkeit unbemerkt), wie etwa die Verwaltungsreformen, die Einführung der doppelten Buchführung in die öffentlichen Verwaltungen (Doppik), die Föderalismusreformen (vgl. dazu auch Fisahn 2006 sowie Entschließungsantrag) oder die Veränderung der Stellung der Sparkassen und Landesbanken, die Veränderung der Geschäftspolitik der Stadtwerke und anderen öffentlichen Unternehmen. Diese Prozesse wurden eine Zeit lang auch unter der bezeichnenden Überschrift »Konzern Stadt« zusammengefasst. Im Einzelnen sollen hier folgende Prozesse hervorgehoben werden:

- Privatisierung öffentlicher Leistungen,
- die Verwaltungsreformen, ausgehend von einer neoliberal inspirierten »Staatsaufgabenkritik«,
- Einführung der doppelten Buchführung als »Doppik« in die Verwaltungen,
- Föderalismusreformen I und II,
- Veränderung des Charakters der wirtschaftlichen Betätigung von Bund, Ländern und Kommunen,
- Veränderung des Charakters der Arbeitsmarktpolitik, vor allem mit den Hartz-Gesetzen,
- Ausbau repressiver innenpolitischer Regelungen unter dem Banner des »Kampfes gegen den Terrorismus«,
- strikte Orientierung der Migrationspolitik auf »ökonomische Verwertbarkeit« von MigrantInnen,
- Neuregulierung der Finanzmärkte in mindestens 43 Gesetzen und einer entsprechend noch höheren Zahl von Verordnungen (seit 1990).

Diese Spuren, die der Neoliberalismus hier hinterlassen hat, sind Bedingungen für die Entwicklung der Regulierungsweise in den kommenden Jahren. Das betrifft auch die dort handelnden Personen und ihr Verhalten. Es haben sich nicht nur die rechtlichen Rahmenbedingungen verändert, sondern auch die organisatorischen und kulturellen. Das hat Rückwirkungen auf wirtschaftliche Entscheidungen. Dies fällt zusammen mit verschiedenen kontinuierlichen Tendenzen der Oligarchisierung, vor allem bei Übergängen von Personen aus der Politik in die Wirtschaft (jüngste bzw. spektakuläre Fälle wie Fischer, Schröder, Müller, Clement) bzw. beständig wirkende Schnittstellen, vor allem über Anwaltskanzleien (Merz, Diepgen u.a.). Dies setzt sich fort in der Inanspruchnahme von Beratungsleistungen durch Kommunen und die Auslagerung der Erarbeitung relevanter politischer Entscheidungen. Im Jahre 2002 sollen Bund, Länder und Kommunen etwa 1 Milliarde Euro für externe Beratung ausgegeben haben (vgl. Am Pranger 2004, 20). Dies mag in bestimmten Fällen durchaus gerechtfertigt gewesen sein, auch wenn immer eine nicht zu unterschätzende Korruptionsanfälligkeit bzw. die Tendenz zu Gefälligkeitsgutachten zu beobachten sein wird (ebenda). In Fällen, die bspw. die Verwaltungsreform oder die Privatisierung öffentlicher Aufgaben betreffen, erhält aber die beratende Tätigkeit unmittelbar politische Relevanz. Beratungsunternehmen bringen Sichtweisen und Werte in ihre Vorschläge ein, die

meist ungebrochen Machtverhältnisse in Unternehmen zum Ausgangspunkt haben. Die Diskussion zur Staatsaufgabenkritik ist auch in diesem Zusammenhang zu sehen.

Die »Partnerschaften Deutschland – ÖPP Deutschland AG« als Unternehmen<sup>2</sup>, dessen Zweck eine von Staat und Privaten betriebene gemeinsame Förderung von PPP darstellt, ist eine andere Form exekutiv vermittelter Beförderung bestimmter Entwicklungsrichtungen, in diesem Falle der faktischen Privatisierung öffentlicher Daseinsvorsorge über PPP. In ähnliche Richtung, jedoch auf andere Weise, wirkt die KGSt, die »Kommunale Gemeinschaftsstelle zur Verwaltungsvereinfachung«.<sup>3</sup> Das ist mit bloßem Lobbyismus nicht zu fassen und letztendlich auch viel wirkungsvoller als dieser. Das bloße Offenlegen der aktuellen finanziellen Abhängigkeiten von Abgeordneten erfasst die daraus entstehenden Interessenlagen natürlich nicht. Die Inkorporation verläuft differenzierter.

Dem stehen aber auch Tendenzen gegenüber, die beständig die intendierte Richtung der Veränderung in Frage stellen. Das betrifft die entstandenen Formen »bürgerschaftlichen Engagements« und anderer Formen gesellschaftlicher Selbstorganisation (als BürgerInneninitiativen, Vereine, Verbände usw.) und die Notwendigkeit, in bestimmtem Maße in einem wohlverstandenen Eigeninteresse mehr Transparenz zu sichern. Dies betrifft Akteneinsichtsrechte genauso wie verschiedene Formen der Corporate Governance, der ČSR und so weiter, die notwendige Kehrseite der neoliberalen Zurichtung der Gesellschaft sind. Das Agieren der staatlichen »sichtbaren Hand« kann weniger denn je von diesen Tendenzen, die teilweise durch den Staat unmittelbar gefördert werden oder die präventiv ergriffen werden, um staatlichem Handeln zuvorzukommen, getrennt werden. Die »sichtbare Hand« bedient sich also auch zunehmend indirekter Formen der Regulierung – besser gesagt, es kommt zu einer Veränderung des Charakters der Regulierung, die mit dem Bild der Hand nicht mehr zu fassen ist. Allerdings basieren diese Veränderungen auch immer auf entwickelter Staatlichkeit. Hier muss angemerkt werden, dass die hier angesprochene »unsichtbare Hand« der Selbstorganisation sich natürlich auch selbst verändert hat. Teilweise sind sie in staatliche Entscheidungsprozesse integriert und damit entschärft worden, teils haben sie sich in Nischen zurückgezogen, teils in anderen, neuen Bewegungen aufgegangen. Ein Blick auf die Realität des bürgerschaftlichen Engagements im Verständnis der 2000er (vgl. Otto et al. 2003) macht deutlich, dass hier vor allem solche Projekte gefördert werden, in denen BürgerInnen aus der Sicht von Politik oder Verwaltung Aufgaben »übertragen« werden. Keines der analysierten Länderkonzepte nimmt den (auch in Deutschland präsenten) demokratietheoretischen Diskurs auf und verbindet die Förderung ehrenamtlichen Engagements mit neuen Formen demokratischer Einflussnahme. Dies ist, aus den bereits genannten Gründen, keine

2 Siehe <http://www.partnerschaften-deutschland.de/>

3 Vgl. <http://www.kgst.de/>

»Fehlfunktion« bestehender Staatlichkeit. Das normale Funktionieren des Staates fordert permanent die Suche nach neuen Formen demokratischen Handelns, von Selbstorganisation heraus. Gleichzeitig versucht er, sie zu domestizieren. Die AutorInnen der angesprochenen Publikation referieren den »zivilgesellschaftlichen Diskurs« zum bürgerschaftlichen Engagement dahingehend, dass »das Beziehungsgefüge zwischen Zivilgesellschaft, Demokratie und Staatsmodernisierung ... geradezu durch mehr Mitbestimmung und Partizipation der Bürgerinnen und Bürger zusammengehalten« werde (ebenda). Auch wenn zu guter letzt BürgerInnen konstatieren müssen, dass Beteiligungsprozesse selten tatsächlich in ihren Ergebnissen ihren Interessen folgen (oder gute Vorhaben wegen der Haushaltslage nicht realisierbar sind), bleibt als wichtiges Ergebnis Lernen und Erfahrung.

Wie dem auch sei – die Prozesse haben das Nervensystem der »sichtbaren Hand«, die Entscheidungsprozesse, verändert, haben so neue Möglichkeiten geschaffen, in Regulierungsfragen einzugreifen.

Die entstanden und immer wieder auch auf Initiative der Verwaltungen entstehenden Initiativen oder Projekte des Engagements von BürgerInnen sollte man nicht als bloße Formänderung abtun – Form und Inhalt stehen in Wechselwirkung, hier geht es also um mehr. Man könnte dies Regulierung durch die Schaffung von bestimmten Handlungsmöglichkeiten nennen. Oder auch gezielte Abschöpfung von Wissen der BürgerInnen, von gesellschaftlicher Produktivkraft (vgl. dazu Herzberg, Cuny 2007, 22 ff.). Die Teilnahme an Beteiligungsverfahren, z. B. Raumordnungsverfahren, ist ja nicht einfach nur Artikulation von Interessen der einzelnen BürgerInnen. Sie ist gleichermaßen Instrument zur Optimierung von Standortentscheidungen. Im Falle des Bürgerhaushaltes geht es um eine Optimierung öffentlicher Ausgaben. Die Frage ist auch hier – wer hat die Hoheit über die Bestimmung dessen, was als optimal bezeichnet wird und wer bestimmt über den Zugang der Prozesse. Je nachdem, wie dieses Verhältnis gestaltet wird, werden Inhalt und Richtung der damit verbundenen Regulierungsprozesse zu werten sein. Dies sind aber politische und politisch zugängliche Faktoren.

Dies kreuzt sich nun mit der spezifischen Reaktion auf den 2008 stattfindenden Umschlag der Finanz- in eine Wirtschaftskrise. Genauer gesagt – ein anderer Staat reagiert auf diese Krise, ein Staat, der sich selbst von dem der 1980er Jahre grundlegend unterscheidet. In diesem Sinne kann man sagen, dass die Krise eine ist, die auf neuer, durch den neoliberalen Umbau selbst geschaffener Grundlage verläuft. Der Staat scheint dabei den von Weber befürchteten Schub an Verselbständigung erfahren zu haben – eingefangen wird er aber in der Tat von der Staatsverschuldung werden. Ein gerade veröffentlichtes »Manifest zum öffentlichen Haushalts- und Rechnungswesen in Deutschland« (vgl. Budäus 2009, 282 ff.) stellt konsequent die weitere Stärkung betriebswirtschaftlicher Normen in der öffentlichen Verwaltung in den Mittelpunkt. Demgegenüber fehlen Aussagen zu der Frage, wie diese Instrumente als Teil einer demokratischen Gestaltung von Politik genutzt werden können, völlig. Hinter diesem Konzept für den weiteren Umbau

des staatlichen Handelns in diesem zentralen Feld stehen die bereits erwähnte KGSt und die Bertelsmann Stiftung.

Die Haushaltspolitik erweist sich so wiederum als zentrales Feld der Auseinandersetzungen, auf dem a) sich letztlich alle Widersprüche bündeln und b) entscheidende regulierende Schritte unabdingbar sind. Mehr noch – das Eingreifen in diese Regulationsprozesse durch Initiativen zur Demokratisierung von Haushaltspolitik bedeutet Aneignung eines Zugangs zum Kern staatlicher Regulierung. Die Forderung nach Transparenz in der Haushaltspolitik und die Entwicklung selbstorganisierter Formen der Erarbeitung von Kriterien für Haushaltspolitik (Beteiligungshaushalte im Sinne des Modells von Porto Alegre) verbinden zudem auf nach wie vor einzigartige Weise direktdemokratische Formierung von Interessen und entsprechenden politischen Forderungen mit Instrumenten, die ein Eingreifen in staatliche Entscheidungsprozesse erlauben. Dies wäre ein erstes Einstiegsprojekt, das an Regulierungsnotwendigkeiten anknüpft. Ein zweites Projekt müsste die Regulierenden betreffen – in erster Linie diejenigen, die Regulierung in ihrer täglichen Arbeit realisieren müssen. Es ginge um eine neue Diskussion zum Öffentlichen Dienst der Zukunft, der eine Basis für ein Bündnis mit den Beschäftigten in diesem Sektor schafft. Drittens schließlich wäre ein Schritt zur Umsetzung von Regulierung in Einstiegsprojekte die Entwicklung eines eigenen Konzeptes der »inneren Sicherheit«.

Kehren wir also zu unserer Ausgangsfrage zurück. Wenn man staatliches Handeln als politisches Handeln begreift und nicht auf technische Abläufe reduziert, zeigt sich tatsächlich, dass Regulierung, also das Wirken der »sichtbaren Hand« durchaus Möglichkeiten zu Einstiegen in andere Entwicklungsrichtungen schafft. Freilich – es werden so Prozesse der Schaffung von neuen Entwicklungsmöglichkeiten angestoßen, möglich gemacht. Die Nutzung dieser Möglichkeiten ist die zweite Seite politischen Handelns linker Bewegungen. Die skizzierten Veränderungen der »sichtbaren Hand«, ihre funktionale Verschmelzung mit den »unsichtbaren Händen« erweitern diese Möglichkeiten. Mindestens werden die Möglichkeiten sozialen Lernens erweitert – und auch das ist politisches Potenzial. Natürlich erfordert dies, dass sich linke Bewegungen in ihrer Organisation und vor allem in ihrer Organisationskultur auch verändern. Es mag sein, dass mit dem Sturz des Staates die kapitalistische Herrschaft, wie wir sie heute kennen, in sich zusammenfällt, wie manche glauben. Aber das heißt nicht zwangsläufig, dass sich damit die Voraussetzungen für eine emanzipatorische Alternative verbessern würden. Wenigstens sprechen die Erfahrungen derzeit eher dagegen, wenn man langfristige Trends betrachtet. Dem kann entgegengehalten werden, dass die Selbstorganisationspotenziale heute bereits so groß seien, dass die staatliche Form der Organisation der Gesellschaft ihnen keinen Raum mehr geben können. Dies ist aber nun keine theoretische Frage mehr, sondern eine praktische. Die ungelöste Frage ist, egal, von welcher Seite man die Sache angeht die, wie der Umschlag von verschiedenen Formen der Selbstorganisation im Rahmen von Staatlichkeit

zu Selbstorganisation ohne Staatlichkeit erfolgen kann. Bisher scheinen die Formen der Selbstorganisation nachhaltige Veränderungen bewirken zu können, die mit denen der repräsentativen Demokratie verschränkt sind.

## Literatur

- Am Pranger der Nation. Das Consulting-Geschäft im öffentlichen Dienst ist in die Kritik geraten. In: Wirtschaftswoche vom 5. Februar 2004.
- Brangsch, L. (2009), »Der Unterschied liegt nicht im Was, wohl aber im Wie.« Einstiegsprojekte als Problem von Zielen und Mitteln im Handeln linker Bewegungen. In: Brie, Michael (Hrsg.), Radikale Realpolitik. Plädoyer für eine andere Politik. Berlin.
- Budäus, D. (2009), Manifest zum öffentlichen Haushalts- und Rechnungswesen in Deutschland – Mehr Transparenz, Effektivität und Effizienz in Politik und Verwaltung durch ein einheitliches doppisches Haushalts- und Rechnungswesen. In: Zeitschrift für öffentliche und gemeinwirtschaftliche Unternehmen. 32. Jg., Heft 3.
- Fisahn, A. (2006), Ergebnisse der »Föderalismusreform«. In: UTOPIE kreativ, Heft 193, November. Entschließungsantrag aus der Linksfraktion zur Föderalismusreform II, <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/16/132/1613231.pdf> (Stand 13.10.09).
- Herzberg, C.; Cuny, C. (2007), Herausforderungen der technischen Demokratie: Bürgerhaushalte und die Mobilisierung von Bürgerwissen. Eine Untersuchung von Beispielen in der Region Berlin-Brandenburg, Oktober. <http://www.buergerhaushalt.org/wp-content/uploads/2007/10/herzberg-cuny2007.pdf> (Stand 10.10.09)
- Marx, K. (1960), Die Klassenkämpfe in Frankreich von 1848 bis 1850. In: Marx, K.; Engels, F., Werke (MEW), Bd. 7. Berlin.
- Marx, K. (1962), Das Kapital. Erster Band. In: MEW, Bd. 23. Berlin
- Marx, K. (1964), Das Kapital. Dritter Band. In: MEW, Bd. 25. Berlin.
- Marx, K. (1983), Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie. In: MEW, Bd. 42. Berlin
- Otto, U. et al. (2003), Bürgerschaftliches Engagement. Förderung durch die Bundesländer. Ziele, Instrumente, Strategien im Vergleich. Opladen.
- Weber, M. (1980), Wirtschaft und Gesellschaft. Tübingen.

## Wie sollte die Wirtschaft reguliert werden?

Wenn wir darüber nachdenken, wie die Wirtschaft zu regulieren wäre, sollten wir einen vollständigen Neustart wagen. Das liegt daran, dass in den letzten Jahrzehnten nur wenig kreative Überlegungen zu diesem wichtigen Thema angestellt wurden. Doch gerade die gegenwärtige Wirtschaftskrise macht uns den engen Zusammenhang zwischen den überholten Regulierungsstrukturen und der gegenwärtigen Struktur und Funktionsweise der Finanzwirtschaft deutlich, auch wenn die Probleme der Finanzwirtschaft nicht die einzige und nicht einmal die wichtigste Ursache der umfassenden Wirtschaftskrise sind. Aber auch ohne Krise wäre ein Überdenken der Grundlagen für die Regulierung der Wirtschaftstätigkeit längst überfällig.

Ein generell aus den Fugen geratenes Regulierungssystem wieder zusammenzuführen, würde sowohl in den USA als auch international keine ausreichende Lösung bringen. Wir brauchen für einen grundsätzlich neuen Regulierungsansatz neue Prinzipien, anhand derer die Unternehmer ihre Investitionsentscheidungen ausrichten und die Führungskräfte Praktiken und Vorgaben umsetzen können, die bedeutend besser als die vorhandenen geeignet sind, die vor uns liegenden sozialen und ökologischen Herausforderungen zu bewältigen. Glücklicherweise sind die im Rahmen des Projekts »Corporation 20/20« (vgl. [www.corporation2020.org](http://www.corporation2020.org)) bereits entwickelten sechs Prinzipien auch überaus relevant für ein Überdenken von Regulierungsmodellen und -prozessen. Diese Prinzipien verdeutlichen, dass die entscheidenden sozialen, wirtschaftlichen und ideologischen Herausforderungen der Welt – die oft unter der Rubrik »nachhaltige Entwicklung« zusammengefasst werden – einen zielgerichteten Einsatz neuer Kapitalinvestitionen erfordern. Leider kann sich die Welt nicht allein auf die traditionellen Kapitalmärkte verlassen, wenn es darum geht, die notwendigen Prioritäten für den künftigen Kapitalbedarf der wichtigsten Industriebranchen festzulegen. Könnten wir weiterhin darauf vertrauen, dass der Einsatz der Investitionen in geeigneter Weise durch die Kapitalmärkte bestimmt wird, würden wir jetzt nicht in dieser mehrfachen Krise stecken. Auf alle Fälle brauchen wir eine starke Form der »Lenkung« des Kapitalismus, um Unternehmen und Einrichtungen zu gesellschaftlich vorteilhaften Entscheidungen zu bewegen.

Eine Regulierung der »Wirtschaft« bedeutet die Regulierung aller Wirtschaftsbranchen der Gesellschaft im weiten Sinne, und nicht nur des Finanzsektors, der heute am stärksten im Licht der Öffentlichkeit steht. Das setzt die Einbeziehung nahezu aller Gesellschaftsbereiche voraus, in denen Geld oder Dienstleistungen zirkulieren, was im Prinzip auch die Regierung selbst einschließt. Die Wirtschaft setzt sich aus unterschiedlichen institutionellen Einheiten zusammen. Dazu

gehören u. a. gewinnorientierte öffentliche Körperschaften, gewinnorientierte Unternehmen, gemeinnützige Einrichtungen unterschiedlicher Couleur wie Krankenhäuser oder Universitäten, kleine Einpersonenernehmen, im Besitz der Arbeitnehmerschaft befindliche Unternehmen sowie Genossenschaften. Die Wirtschaftssektoren, die ein unterschiedliches Maß an Regulierung erfordern, sind Einzelhandel, Großhandel, Finanzdienstleistungen, produzierendes Gewerbe, Bergbau, Landwirtschaft, Bildung, Gesundheitsfürsorge, Wohnungsbau und vieles mehr.

Angesichts der vielen Varianten und Kombinationen all der Unternehmensformen und Wirtschaftsbranchen ergibt sich eine Vielzahl an Situationen, in denen Regulierung gebraucht wird, um die gesellschaftlichen Aufgaben im weitesten Sinne zu erfüllen. Für jede Kombination aus Unternehmensform und Wirtschaftsbranche ergibt sich die folgende Schlüsselfrage: Welches Ausmaß und welche Form der Regulierung sind erforderlich und in wessen Verantwortung sollen sie erfolgen?

## **Beteiligte Akteure und Einrichtungen**

Wenn wir darüber nachdenken, wie die Wirtschaft reguliert werden kann, sollten wir zunächst die wichtigen Zusammenhänge zwischen den drei großen »Säulen« betrachten, nämlich den Unternehmen/gemeinnützigen Vereinigungen, der Regierung und der Zivilgesellschaft. Insbesondere die wichtige Rolle der Zivilgesellschaft ist bei der Regulierung im Allgemeinen oft vernachlässigt worden, was zum Teil daran lag, dass selbst die Verfechter einer starken Regulierung nicht die bedeutenden Demokratievorteile erkannten, die sich aus einer aktiveren Beteiligung der Zivilgesellschaft an den Regulierungsprozessen ergeben können.

Da die Wirtschaft als weit gefasster Begriff verschiedene Arten von Einrichtungen umfasst, von denen viele nur teilweise am Markt beteiligt sind, muss eine angemessene Regulierung in den einzelnen Branchen und Marktsegmenten sehr unterschiedlich erfolgen. »Regulierung« bedeutet auch nicht notwendigerweise nur Regulierung durch staatliche Behörden, selbst wenn der größte Teil der Regulierung sicherlich in rechtlicher Hinsicht von einer Regierungsbehörde oder Quasi-Regierungskommission beaufsichtigt werden sollte. Die Regierungsfunktionen untergliedern sich natürlich selbst wiederum in den exekutiven, legislativen und rechtlichen Bereich, wodurch sich das Bild noch komplizierter gestaltet.

Weiterhin ist zu beachten, dass eine optimale Regulierung der verschiedenen Wirtschaftsbereiche auch den Einfluss externer Faktoren berücksichtigen muss. So erfordern zum Beispiel Unternehmen mit stärkeren Auswirkungen auf die Gesellschaft und Umwelt eine stärkere Regulierung als kleine Unternehmen, deren diesbezügliche Auswirkungen vergleichsweise gering sind. Ein höheres Potenzial für gesamtgesellschaftliche Auswirkungen und Risiken sollte ebenfalls Anlass für

eine strengere und umfassendere Regulierung sein. Insofern müssen Finanzinstitutionen anders reguliert werden als die Hersteller gängiger Haushaltsartikel. Schließlich würde z. B. der Bankrott selbst eines großen Geschirrherstellers das Wirtschaftssystem insgesamt nur wenig beeinflussen. Hinzu kommen aber auch Aspekte der potenziellen Kräfteverhältnisse auf dem Markt (Quasi-Monopole), die bei der Abschätzung eines angemessenen Regulierungsbedarfs in Betracht gezogen werden müssen. Zahlreiche weitere Aspekte kommen weiter hinzu, so wie die Situation der Arbeitskräfte, Löhne und Gehälter, Renten, Krankenversicherungen, Gesundheits- und Sicherheitsbelange. Kurzum, es ergibt sich als klare Schlussfolgerung, dass es keine einheitliche Regulierung geben kann, die auf alle Wirtschaftsbereiche gleichermaßen anwendbar wäre.

### **Wozu brauchen wir überhaupt Regulierung?**

Was ist in einer kapitalistischen Marktwirtschaft eigentlich Hauptzweck der Regulierung? Zunächst einmal soll eine gut funktionierende Regulierung verhindern, dass zahlreiche Probleme überhaupt erst auftreten. Dazu gehört als neuer Aspekt die Vermeidung fehlgeleiteter finanzieller Ressourcen. Eine stärkere Regulierung der in den letzten 20 Jahren neu angebotenen Finanzprodukte hätte den durch die jetzige Finanzkrise verursachten schweren Schaden für Unternehmen und Investoren teilweise oder zum größten Teil verhindern können. Im weiteren Sinne sind neue Regulierungsformen erforderlich, um die Einhaltung notwendiger Prinzipien der unternehmerischen Tätigkeit – wie »Corporation 20/20« – wirklich zu gewährleisten. Diese Prinzipien fordern, dass private Interessen dem öffentlichen Interesse untergeordnet werden. Ein Teil des öffentlichen Interesses besteht darin, dass alle Beteiligten einen gerechten Anteil am erwirtschafteten Reichtum der Unternehmen erhalten (vgl. »Corporation 20/20«, Prinzipien Nr. 1 und 2 unter [www.corporation2020.org](http://www.corporation2020.org)). In diesem Sinne muss das Hauptanliegen jeglicher Regulierung darauf ausgerichtet sein, das öffentliche Interesse in allen Aspekten durchzusetzen.

Der zweite wichtige Zusammenhang zwischen Regulierung und Finanzen ergibt sich bei Investitionsentscheidungen jeglicher Art. Die Notwendigkeit von Regulierungsmechanismen zur Stärkung demokratischer Kontrolle über eine breite Palette von Investitionsentscheidungen, auch bei privaten gewinnorientierten Unternehmen, wird weitgehend unterschätzt. Ohne größere demokratische Kontrolle über ein breites Spektrum relevanter Investitionsentscheidungen kann das öffentliche Interesse nicht gewährleistet werden. Es geht nicht an, dass die Mehrheit der durch die Gesellschaft getätigten Investitionen lediglich von privaten Interessen kontrolliert wird, denn in einem solchen Falle würden höchstwahrscheinlich weder die Unternehmen noch die Gesellschaft nachhaltig funktionieren. Der Reichtum und andere durch neue Investitionen erreichte Vorteile würden nicht gerecht

verteilt werden (vgl. diesbezüglich insbesondere »Corporation 20/20«, Prinzipien Nr. 3, 4 und 5 unter [www.corporation2020.org](http://www.corporation2020.org)).

Ein anderes Problem, das durch die Regulierung gelöst werden soll, ist die Machtausübung auf den verschiedenen Märkten. Wenn auf den Märkten kein vernünftiger Wettbewerb herrscht, ist eine zeitweilige oder fortlaufende Regulierung dieser Märkte gerechtfertigt, um das öffentliche Interesse an einer gerechten Preisbildung für Waren und Dienstleistungen zu gewährleisten. Durch faire Preise könnte auch die Umsetzung der Prinzipien Nr. 2 und 4 der »Corporation 20/20« erreicht werden, nämlich dass der Reichtum und die Wertschöpfung der Unternehmen unter den beteiligten Akteuren – in diesem Falle insbesondere unter den Verbraucher/innen – gerecht verteilt werden.

Die Regulierung kann einen erheblichen Einfluss darauf ausüben, wie die Gesellschaft ihre finanziellen Ressourcen ausgibt bzw. investiert, und was sie für ihre Produkte und Dienstleistungen bezahlt. Die Märkte bringen nicht notwendigerweise optimale Gesamtinvestitionsmodelle hervor. Das liegt an fehlenden Informationen, an der Nichtberücksichtigung äußerer Faktoren und zahlreicher sozialer Ziele, aber auch an fehlenden ethischen Überlegungen. Sie können dazu beitragen, dass die Kapitalflüsse zu gesellschaftlich wünschenswerten Zwecken eingesetzt werden.

Wie zuvor dargestellt wurde, kann und sollte die Regulierung ein Instrument zur Gewährleistung demokratischerer Entscheidungsprozesse sein. Eine solche Demokratisierung kann erreicht werden,

- indem die zu regulierenden Entscheidungen und Aspekte einer stärkeren Überprüfung durch die Öffentlichkeit unterzogen werden;
- wenn eine höhere Transparenz und öffentliche Zugänglichkeit der Informationen gewährleistet werden, auf deren Grundlage die Regulierungsentscheidungen getroffen werden;
- wenn eine Plattform für ein breites Spektrum an Akteuren geschaffen wird, über die Informationen für Regulierungsentscheidungen weitergegeben werden;
- wenn auf diese Entscheidungen, einschließlich Investitionen, nachhaltig eingewirkt werden kann (vgl. Prinzip Nr. 6 der »Corporation 20/20«, mit dem das Selbstbestimmungsrecht natürlicher Personen betont wird, das auch das Recht beinhalten soll, demokratisch mit zu entscheiden, wie die finanziellen Ressourcen der Gesellschaft eingesetzt werden, um die gesellschaftliche Ziele zu erreichen.).

Im Gegensatz zu diesen Gründen für die Regulierung von Institutionen, Märkten, Dienstleistungen und Produkten gibt es allgemein bekannte Argumente dagegen. Ein Argument ist die Behauptung, die Regulierung sei in vielen Situationen ökonomisch uneffizient. Dahinter verbirgt sich die Ansicht, dass ökonomische Effizienz der wichtigste zu berücksichtigende Faktor sei, wenn es darum geht, die Wirtschaft zu regulieren. In der Tat ist die ökonomische Effizienz jedoch nur ein Kriterium, womit die Leistung einer Volkswirtschaft oder Gesellschaft bewertet

werden kann. Das Ausmaß demokratischer Entscheidungsprozesse ist ein weiteres Kriterium, das vielleicht noch wichtiger ist. Kein Ansatz für Investitionsentscheidungen wird zu perfekten Ergebnissen führen, weil mit keinem Ansatz eine absolut sichere Voraussage getroffen werden kann. Wenn also eine stärkere demokratische Beteiligung an den Entscheidungsprozessen gegeben ist, sollte dies auch etwas die Kritik entschärfen, wenn Investitionsprojekte letztlich nicht die erwarteten Ergebnisse erzielen, was mit keinerlei Regulierungs- oder Marktstrukturen gänzlich auszuschließen ist.

Oft wird als weiteres Argument gegen die Regulierung angeführt, dass sie im Verhältnis zu ihren potenziellen Vorteilen zu kostspielig sei. Dieses Argument steht in direktem Zusammenhang zu dem oben geschilderten Argument wirtschaftlicher Effizienz, denn eine Kosten-Nutzen-Analyse der Regulierung ist Bestandteil der Messung ökonomischer Effizienz. Natürlich ist ein solches Argument oftmals nicht aufrichtig, denn die Risiken unregulierter Prozesse werden in der Regel nicht vollständig (oder nicht einmal teilweise) in solche Kosten-Nutzen-Analysen einbezogen. Dies geschieht teilweise, weil die Analysten eine künstliche Trennung zwischen den so genannten öffentlichen und privaten Kosten vollziehen, so als wären private finanzielle Verluste nicht auch gesellschaftliche Kosten und umgekehrt.

Schließlich wird die Regulierung manchmal mit der Begründung angegriffen, dass sie die Handlungsfreiheit bestimmter Wirtschaftsakteure beschneiden würde. Unternehmer halten üblicher Weise zum Beispiel ihre unbeschränkte Entscheidungsfreiheit für ihnen zukommendes Recht. Dahinter verbirgt sich offensichtlich die Annahme, dass die Menschen bestimmte »Rechte« zur Ausübung ihrer Geschäftstätigkeit haben, ohne dass sie deren Auswirkungen zu berücksichtigen hätten, so als würde ihre Tätigkeit irgendwo im Weltall ablaufen. Dabei wird oft die Tatsache außer Acht gelassen, dass ohne das Vorhandensein vieler gesellschaftlicher Einrichtungen – zu denen nicht zuletzt die Gerichte, Regulierungsbehörden und der Rechtsstaat gehören –, eine Geschäftsausübung unmöglich wäre. Dabei tendiert eine unternehmensfreundliche Ideologie dazu, die Bedeutung der Rechtsstaatlichkeit zum Schutz des Eigentums hervorzuheben. Sie zeigt sich jedoch weniger enthusiastisch, wenn die Rechtsstaatlichkeit herangezogen wird, um den Rest der Gesellschaft vor den negativen Folgen unternehmerischer Tätigkeit zu schützen.

## **Bessere Regulierungsprozesse**

Welche neuen Regulierungseinrichtungen und -prozesse sollten geschaffen werden, um das öffentliche Interesse besser zu wahren und gleichzeitig verantwortungsbewusst handelnden Unternehmen gute Entwicklungschancen zu bieten? Innerhalb der Zivilgesellschaft sollte weitaus stärker als bisher über eine aktivere

Rolle in künftigen Regulierungsbehörden nachgedacht werden. Schließlich gehören zu ihr alle Organisationen von Bürgerinnen und Bürgern, die sich auf der Basis bestimmter Themen freiwillig zusammenschließen. Normalerweise sind dies gemeinnützige Organisationen mit einem weltanschaulichen Hintergrund. Es können auch Gewerkschaften, Umweltgruppen oder Eltern-Lehrer/innen-Vereinigungen sein.

Regulierung bedeutet oft, dass neben den Einrichtungen auch die darin stattfindenden menschlichen Tätigkeiten reguliert werden, was vielfach für die so genannten freien Berufe zutrifft. Verschiedene Berufsgruppen unterliegen häufig einer Regulierung durch Genehmigungsinstanzen, die auf eine Erhöhung der Qualität und Sicherheit von Dienstleistungen zielen. Ein solcher Regulierungsansatz trifft u. a. auf Ärztinnen und Ärzte oder auf Steuerberater/innen zu. Sicherlich sollten auch andere berufliche Tätigkeiten, z. B. in der Finanzbranche, stärker reguliert werden. Dass Steuerberater/innen als Einzelpersonen eine Genehmigung brauchen, bedeutet natürlich nicht, dass Steuerberatungsunternehmen, in denen mehrere zugelassene Steuerberater/innen tätig sind, nicht auch einer Regulierung ihrer Tätigkeit unterliegen sollten. Hier handelt es sich eindeutig um einen Ausgleich, der in dem Beispiel zwischen der Effizienz der Regulierung einzelner Mitarbeiter/innen und der Regulierung von Einrichtungen, in denen diese tätig sind, hergestellt werden muss.

### **Das Modell der Aufsichtsbehörden für öffentliche Versorgungsbetriebe**

Es gibt zumindest ein wenngleich auch unklares, aber potenziell wirksames Modell für einen Regulierungsprozess, über den ein großer Teil der Wirtschaft reguliert werden könnte in dem mittlere und große Unternehmen die Hauptakteure sind. Das ist das US-amerikanische Modell der Aufsichtsbehörden für öffentliche Versorgungsbetriebe (Public Utility Commissions, PUC). PUC sind bestens dafür bekannt, dass sie in den Bereichen Energieversorgung, Telekommunikation und Wasserwirtschaft gute Vorgaben setzen. Aber noch wichtiger ist ihre weniger bekannte Rolle bei der Bestätigung aller größeren *Betriebsinvestitionen* und aller *Betriebsprodukte*, für die sie Tarife vorgeben. Die Tatsache, dass die PUC zur Bestätigung von Investitionen befugt sind, verleiht ihnen eine besondere Stellung. Diese Befugnis kommt ihnen aus dem einfachen Grund zu, dass ein großer Teil der Kosten der für die Öffentlichkeit bereitgestellten Versorgungsdienstleistungen durch die Abzahlung von Kapitalinvestitionen in Anlagen und Ausrüstungen entsteht.

Außerdem hängen von den Investitionen, die von den PUC genehmigt werden, oftmals viele andere Kosten für die Bereitstellung verschiedener Versorgungsdienstleistungen über einen sehr langen Zeitraum ab. Wenn eine PUC zum Beispiel ein größeres Investitionsprojekt für ein Kohlekraftwerk anstatt für ein neues Erdgaskraftwerk bestätigt, dann hat dies zur Folge, dass die Stromverbraucher

über die gesamte Laufzeit des Kraftwerks, die sich über 50 Jahre oder länger erstrecken kann, für den Brennstoff Kohle und nicht für den Brennstoff Erdgas zahlen. Es leuchtet ein, dass diese Entscheidung viele langfristige Folgen für die Wirtschaft und die Umwelt hat.

Eins der attraktivsten Merkmale gut funktionierender einzelstaatlicher PUC (auf Bundesebene gibt es kein genaues Pendant) ist die Tatsache, dass alle Entscheidungen auf entsprechenden Nachweisen oder Gutachten beruhen, die zu allen Aspekten zusammengetragen werden, zu denen die PUC entscheiden muss. Dies erfolgt in formellen Anhörungen, die nach verwaltungsrechtlichen Bestimmungen ablaufen müssen. Da das Verwaltungsrecht für den gesamten Anhörungsprozess der PUC gilt, können die Entscheidungen der PUC auch gerichtlich angefochten werden. Die Gutachten werden den PUC-Mitgliedern von Personen vorgetragen, die bei den Anhörungen unter Eid aussagen. Dies sind oft technische Expertinnen und Experten aus dem jeweiligen Bereich, um den es bei der Anhörung geht. Aber auch andere Akteure werden häufig bei der Anhörung konsultiert, um eine umfangreiche Beteiligung der Öffentlichkeit in allen Entscheidungsprozessen, die oft grundlegende politische Entscheidungen sind, zu gewährleisten. Wichtig ist auch, dass alle Befragten von den Anwälten der beteiligten Rechtsparteien ins Kreuzverhör genommen werden können, um genauer festzustellen, welches Gewicht den einzelnen Aussagen beigemessen werden kann – genauso, wie es bei den meisten Gerichtsverfahren der Fall ist.

Bei den PUC-Verhandlungen haben alle an dem Fall beteiligten Parteien das Recht, formelle Fragen zur Klärung des Sachverhaltes (Informationsanfragen) bezüglich des zu regulierenden Unternehmens zu stellen, damit alle beteiligten Parteien auf verlässliche und vollständige Informationen zurückgreifen können. Auf Grund dieses Untersuchungsprozesses verringert sich der Informationsvorteil enorm, den nicht regulierte Unternehmen meist gegenüber der allgemeinen Öffentlichkeit haben, die sich um ein Verständnis unternehmerischer Entscheidungen bemüht.

Ein wichtiger Aspekt ist, dass verschiedene Organisationsformen, seien es Unternehmen, staatliche Stellen oder die Zivilgesellschaft, als Rechtsparteien bei PUC-Entscheidungen auftreten können. Dadurch werden sehr unterschiedliche Meinungen und Positionen vertreten, die normalerweise von Rechtsberaterinnen und -beratern unterstützt werden. In bestimmten Fällen ordnet eine PUC auch an, dass das regulierte Unternehmen für die Kosten der rechtlichen Vertretung und der Expertenaussagen seitens der Interessenvertreter/innen aufkommen muss. Das ist der Fall, wenn beteiligte Akteure nicht über solche Einkünfte verfügen, die es ihnen gestatten, die Kosten selbst zu tragen. Dieses Element des PUC-Prozesses sichert eine faire und relativ gleichberechtigte Vertretung aller Interessen. Schließlich sollten die Mitglieder und Mitarbeiter/innen der PUC selbst aus verschiedenen Interessengruppen stammen, um den demokratischen Entscheidungsprozess stärker befördern.

Ein Ergebnis der Anwendung des PUC-Modells über Versorgungsunternehmen hinaus wäre, dass die Entscheidungsprozesse zur Regulierung weitaus transparenter und für die Öffentlichkeit besser zugänglich wären als dies normalerweise der Fall ist. So wird beispielsweise in vielen bundesweiten Behörden gegenwärtig lediglich die Einreichung von Stellungnahmen zu den vorgeschlagenen Bestimmungen zugelassen. Aber öffentlich zugängliche Anhörungen zwecks Offenlegung des internen Entscheidungsprozesses finden nicht statt. (Dies betrifft in den USA u. a. die Aufsichtsbehörde für den Wertpapierhandel, die Umweltschutzagentur, die Bundeskommission zur Regelung von Energiefragen oder auch die Bundesfermeldekommissionen). Undemokratische Geschäftsabschlüsse im «Hinterzimmer» wären bei einem PUC-ähnlichen System viel schwieriger, denn die PUC müssen auch formelle Auftragsschreiben verfassen, in denen ihre Entscheidungen und die in den einzelnen Nachweisen aufgeführten Grundlagen für diese Entscheidungen genau erläutert werden müssen. Natürlich kann kein Regulierungsprozess jemals garantieren, dass die Entscheidungsträger/innen im Regulierungsprozess alle relevanten Argumente und gesellschaftlichen Interessen in vernünftiger Weise mit den vorgelegten Nachweisen in Einklang bringen und dass das wirkliche «öffentliche Interesse» realisiert wird. Aber dieses Risiko trifft erst recht auf die privaten unternehmerischen Entscheidungsprozesse in den Vorständen und Chefetagen der Firmen zu, bei denen eher nicht oder nur selten Sichten der interessierten Seiten zu Entscheidungen mit langfristigen sozialen und ökologischen Folgen für die Öffentlichkeit eingeholt werden.

### **Branchenspezifische Regulierungsbehörden und die demokratische Kontrolle von Investitionen**

In einer früheren Veröffentlichung habe ich die Einrichtung von branchenspezifischen Regulierungsbehörden (Industrial Regulatory Boards, IRB) für alle bedeutenden Industriezweige entsprechend den Grundsätzen des oben beschriebenen PUC-Regulierungsmodells vorgeschlagen (Rosen/Schweickart 2006). Jede IRB würde aus Regierungsbeauftragten sowie technischem Personal mit branchenspezifischen Kenntnissen bestehen. Je nach dem Regulierungsbedarf des jeweiligen Industriezweiges hätten die IRB unterschiedliche Aufgaben und Kompetenzen, um die verschiedenen Themenbereiche im Sinne des öffentlichen Interesses zu bearbeiten. Umfang und Intensität der Regulierung würden je nach Art und Ausmaß der ökologischen und sozialen Folgen der Tätigkeit des jeweiligen Industriezweiges variieren. Verschiedene Interessengruppen würden auf allen Stufen des IRB-Regulierungsprozesses vertreten sein.

Die einzelnen IRB sollten in erster Linie gewährleisten, dass finanzielle Investitionen der Branchen mit den wichtigsten sozialen und ökologischen Zielen der nächsten Jahrzehnte in Einklang gebracht werden, wobei die Abschwächung des Klima-

wandels als Hauptziel zu betrachten ist. Angesichts der knappen Zeit, die der Welt noch bleibt, um neben anderen Problemen dem Klimawandel, der Wasserknappheit und den damit einhergehenden Migrationsströmen entgegenzuwirken, ist es völlig unverständlich, wie die Wirtschaft der Welt mit unregulierten und ungesteuerten Investitionsentscheidungen auch nur annähernd auf einen sicheren und soliden Kurs zur Klimastabilisierung und nachhaltigen Entwicklung gebracht werden kann.

Das IRB/PUC-Modell könnte folgendermaßen funktionieren: Wenn ein Unternehmen von signifikanter Größe mehr als eine bestimmte Mindestsumme (z. B. 10 Million US-\$) in eine neue Produktionsanlage für ein bereits existierendes Produkt oder in den Aufbau einer neuen Produktionsstätte bzw. Dienstleistung investieren möchte, müsste es bei der zuständigen IRB einen Antrag auf Genehmigung dieser Investition stellen. Die IRB würde bei Bedarf weitere Auskünfte über die Investition einholen. Wenn die geplante Investition relativ klein und unumstritten ist, hätte die IRB die Befugnis, einen Bescheid über die Genehmigung bzw. Modifizierung der Investition ohne formale Anhörung zu erlassen. Betroffene Interessengruppen würden jedoch trotzdem informell befragt. Wenn der Antragsteller den Bescheid akzeptiert, kann die Investition getätigt werden. Wenn jedoch die beantragte Investition sehr umfangreich bzw. umstritten ist, würde die IRB formale Anhörungen anordnen. Dies würde mit einer vollständigen Überprüfung aller für die Genehmigung, Ablehnung bzw. Modifizierung des Antrags notwendigen Sachverhalte und politischen Gesichtspunkte einhergehen.

An dieser Stelle ist anzumerken, dass die Initiative zur Investition im Allgemeinen von einer Körperschaft privaten oder öffentlichen Rechts, jedoch nicht von der Regulierungsstelle oder der Regierung ausgeht. Folglich würde üblicherweise keine Regierungseinrichtung von Unternehmen neue Investitionen verlangen. Dennoch könnten einzelne Branchen-IRB in besonderen Situationen eine bestimmte gesetzliche Verpflichtung zur Absicherung von sozialen Funktionen haben, beispielsweise die Aufrechterhaltung der Stromversorgung. In solch einem Fall könnte die IRB genötigt sein, eine Körperschaft privaten oder öffentlichen Rechts zu finden, die bereit wäre, die erforderlichen Investitionen zur Erfüllung dieser sozialen Zielstellung zu tätigen. Wenn sich kein vorhandenes Unternehmen dazu bereit erklärt, müsste zu diesem sozialen Zweck eine neue Körperschaft des öffentlichen Rechts mit finanzieller Unterstützung der Regierung gegründet werden. Ein Beispiel für einen solchen, häufig auftretenden sozialen Bedarf ist fehlender erschwinglicher Wohnraum für einkommensschwache Bevölkerungsgruppen und für die untere Mittelschicht.

Folglich ist die wichtigste Motivation für die erweiterte (oder neue) Regulierung bedeutender Investitionsentscheidungen von Firmen (und der Regierung) die Absicherung dessen, dass das begrenzte Kapital der Gesellschaft nicht fehlgeleitet wird, insbesondere während der kommenden kritischen Jahrzehnte, in denen neben anderen Investitionsvorhaben ein umfassendes »grünes« Reformprogramm erforderlich sein wird, um die weltweit dringlichen sozialen und ökologischen Aufgaben zu lösen.

## Verschiedene Auswirkungen, verschiedene Regulierungsmechanismen

Wie weiter oben erörtert, hat jeder Industriezweig spezifische Strukturen, Technologien und Auswirkungen auf die Gesellschaft und die Umwelt. Davon ausgehend muss eine Abstufung der «Regulierungsintensität» entwickelt werden, um gesellschaftliche Nachhaltigkeitsziele zu erfüllen. Zur Veranschaulichung betrachten wir vier Wirtschaftszweige:

*1. Landwirtschaft (patentiertes Saatgut):* In den USA wurde das ganze Ausmaß der sozialen und ökologischen Folgen des neuen patentierten Saatguts nicht in einem offenen, methodischen Prozess nach dem Muster der PUC debattiert, obwohl einige Aspekte starke Besorgnis und Kritik bei zahlreichen NGO hervorriefen. Beispielsweise hat zumindest in den USA keine Regulierungseinrichtung das Recht, die Auswirkungen des teuren patentierten Saatgutes auf die finanzielle Situation der Bäuerinnen und Bauern zu berücksichtigen, um ausgehend davon, die Produktion oder Züchtung neuer Saatgutsorten zu beschränken. Schon jetzt hat das patentierte Saatgut im In- und Ausland zu heftigen Kontroversen hinsichtlich seiner sozialen und biologischen Auswirkungen geführt.

Wenn es eine Regulierungsbehörde für die Landwirtschaft gäbe, müsste sie also untersuchen, wie die Unternehmen, die bestimmte Saatgutsorten patentieren, ihre Preise bilden. Vor allem aber führt das patentierte Saatgut zur Einschränkung des Wettbewerbs unter den Saatgutherstellern, so dass die Funktionsfähigkeit der Marktkräfte überprüft werden müsste. Möglicherweise ist eine Preiskontrolle für patentiertes Saatgut erforderlich, damit ein fairer Anteil relevanter Investitionskosten über den Preis an die Kunden weitergegeben wird. Ebenso müssten mögliche soziale und ökologische Negativfolgen des Einsatzes von patentiertem Saatgut berücksichtigt werden, bevor eine IRB die Produktion einer neuen Saatgutsorte genehmigt.

*2. Chemische Industrie:* Gegenwärtig werden in den USA Tausende von chemischen Erzeugnissen hergestellt, die niemals auf ihre Sicherheit hin untersucht worden sind. Dazu würde es erst gar nicht kommen, wenn es eine IRB für die chemische Industrie gäbe. Die IRB könnte der Garant dafür sein, wenn sie das Recht hätte, die Genehmigung neuer chemischer Produkte abzulehnen, wenn sie nicht im öffentlichen Interesse sind. In Anbetracht dessen, dass die meisten chemischen Erzeugnisse heutzutage aus fossilen Brennstoffen und anderen Mineralien hergestellt werden, könnte die IRB auch die Hersteller zwingen, den Verbrauch dieser Rohstoffe zugunsten des Einsatzes von erneuerbaren Energien und Biomasse zu reduzieren. Viele, wenn nicht die meisten Produkte der organischen Chemie können tatsächlich aus Biomasse hergestellt werden. Außerdem könnten chemische Erzeugnisse aus nicht nachhaltigen Rohstoffen schrittweise aus der Produktion genommen werden, wenn sie durch andere Produkte aus nachhaltigen Grundstoffen vollständig ersetzt werden können.

Eine IRB für die chemische Industrie sollte auch Anhörungen durchführen, um zu überprüfen, ob die Herstellung eines chemischen Erzeugnisses weiterhin ge-

nehmigt werden kann, sobald neue Gutachten über die Auswirkungen dieses Produkts auf die Umwelt vorliegen. Die Möglichkeit des Recyclings oder der Rückgewinnung verschiedener chemischer Stoffe würde ebenfalls von der Behörde in Betracht gezogen werden. Eine solche Behörde würde hierbei sicherlich das Prinzip der Vorsicht walten lassen. Ebenso wie beim patentierten Saatgut müsste eine Preisregulierung eingeführt werden, wenn ein neues chemisches Erzeugnis sowohl patentiert als auch so einzigartig ist, dass es höchstwahrscheinlich in diesem Marktsegment eine monopolähnliche Stellung erringen würde. Eine IRB der Chemiebranche würde natürlich auch die Umweltauswirkungen des Standortes neuer Chemiebetriebe und Raffinerien gründlich regulieren. Schließlich könnte eine solche IRB auch die nationalen Produktionsmengen aller chemischen Erzeugnisse überprüfen, um den Bedarf der gegenwärtig produzierten Produkte zu ermitteln.

*3. Pharmazeutika:* Obwohl in den USA Medikamente durch die Lebensmittel- und Medikamentenbehörde (FDA) reguliert werden, weist diese viele Schwachpunkte im Vergleich zu einer vollständig entwickelten IRB-Regulierungsbehörde auf. Zunächst einmal könnte eine IRB nachgemachte patentierte Medikamente untersagen, wenn diese durch Generika ausgetauscht werden können, um innerhalb der Branche vermeidbare Investitionen zu reduzieren. Auch könnten die Prüfungs- und Zulassungsverfahren für alle neuen Medikamente durch einen öffentlichen Anhörungsprozess, zu dem in den meisten Fällen alle Leitungsgremien verpflichtet wären, wesentlich demokratisiert werden. Dadurch hätten die Bürgerinnen und Bürger sowie die Zivilgesellschaft die Möglichkeit, sich in alle Entscheidungsprozesse auf eine Weise einzubringen, wie es gegenwärtig bei der Überprüfung von Anträgen zur Medikamentenherstellung nicht möglich ist. Gruppen von Bürgerinnen und Bürgern könnten so ihre eigenen Expertinnen und Experten hinzuziehen, die bei den Anhörungen neben den Aussagen der Industrie und der Behörde berücksichtigt werden. Dies würde dazu beitragen, die gegenwärtige Abhängigkeit von Agenturen wie der FDA von jenen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern zu durchbrechen, deren Tätigkeit direkt von der Industrie finanziert wird, die die FDA regulieren will/soll. Dies wird in jüngster Zeit intensiv diskutiert.

Wenn nun wiederum nachgewiesen werden kann, dass ein Unternehmen aufgrund seiner besonderen Merkmale mit hoher Wahrscheinlichkeit eine marktbeherrschende Stellung erlangen wird, würde die IRB den Preis für dieses Produkt regulieren. Zu einer solchen Maßnahme ist die FDA gegenwärtig nicht befugt. Weder die Bundeshandelskommission noch das Justizministerium sehen in den US-amerikanischen Kartellamtsbestimmungen Regeln für Fälle erforderlicher Preiskontrolle für Pharmazeutika vor (bzw. solche Bestimmungen gibt es nur sehr selten). Außerdem würde eine Pharma-IRB dort, wo staatliche Forschungsmittel zur Entwicklung eines neuen Medikaments beigetragen haben, den entsprechenden Hersteller zwingen, seine Gewinne aus dem Verkauf des Medikaments mit der Regierung zu teilen.

4. *Finanzdienstleistungen*: Infolge der Wirtschaftskrise ist ein breiter Konsens zu der Forderung entstanden, die Finanzdienstleistungen neu zu regulieren. Aber abgesehen von diesem allgemeinen Anliegen steht eine Einigung zu detaillierten Regulierungsstrukturen noch aus. Zum Beispiel setzt sich fast niemand dafür ein, die Beratungen der Aufsichtsbehörde für den Wertpapierhandel, des Zentralbankrates oder des Finanzministeriums transparenter und demokratischer zu gestalten. Aber gerade diese Institutionen sind für ihre recht geheimniskrämerischen Beratungen und Verhandlungen zur Politikgestaltung bekannt, bei denen nur bestimmte Insider aus der Wirtschaft befragt werden. Derartige Prozesse müssen jedoch durch offene Anhörungen ersetzt werden, bei denen sowohl die Meinungen von Expertinnen und Experten als auch die von Laien eingeholt werden. Die Regulierung von Finanzentscheidungen sollte nicht anders als alle anderen Regulierungsfälle auf der Grundlage transparenter und nachvollziehbarer Prozesse erfolgen. Eine Ausnahme könnten vielleicht extreme Krisenzeiten darstellen, die sich aber hoffentlich mit einer besseren Regulierung weitestgehend vermeiden lassen. Potenzielle Auswirkungen müssen ebenfalls berücksichtigt werden, wenn eine IRB der Finanzbranche die Entscheidung darüber fällt, welche Finanzprodukte für eine Freigabe ausreichend sicher sind. Das Risikoprofil der einzelnen Produkte sollte allen Akteuren der Branche gegenüber deutlich gemacht werden. Außerdem sollte sich eine IRB des Finanzsektors genau wie alle anderen IRB aus den unterschiedlichsten Expertinnen und Experten der Branche zusammensetzen, die alle politischen Positionen zu den einschlägigen Themen vertreten. Dasselbe sollte für die Kommissionsmitglieder der Finanz-IRB selbst gelten. Die Leitungsmitglieder dürfen nicht nur Insider der Finanzbranche sein. Schließlich wäre von der Annahme auszugehen, dass andere interessierte Seiten nicht unbedingt alle entscheidenden Themen in ausreichendem Maße verstehen könnten. Ferner müsste die Regulierung des Finanzwesens auf Bundesebene mit der Regulierung auf bundesstaatlicher und auf lokaler Ebene abgestimmt oder wie im Falle der Versicherungsindustrie auf Bundesebene entschieden werden.

## **Schlussfolgerungen**

Die Struktur und Funktion aller bestehenden und künftigen Regulierungsbehörden müssen von Grund auf neu überdacht werden. Die meisten Regulierungsbehörden sollten mit einem stärkeren Fokus auf spezifische Branchen oder Dienstleistungen mit dem Ziel umstrukturiert werden, innerhalb dieser Behörden geeignete Kompetenzzentren aufzubauen, mit deren Hilfe Entscheidungen gefällt werden. Alle grundlegenden Branchen und Sektoren der Wirtschaft, einschließlich der staatlichen Agenturen, sollten durch erweiterte Regulierungsprozesse abgedeckt werden.

Mit wenigen Ausnahmen sollten die Verfahren und Debatten vollständig öffentlich sein und auf umfassenden Informationen aller relevanten beteiligten Sei-

ten und strenger Anwendung des Verwaltungsrechts beruhen. Die Regulierungsbehörden sollten generell für die Bearbeitung der Anträge öffentlicher und staatlicher Unternehmen zur Genehmigung von Investitionen bzw. neuen Produkten zuständig sein. Vertreter der Zivilgesellschaft sollten zur Teilnahme an der Gestaltung der Finanzierungsmechanismen berechtigt sein, um eine breit gefächerte Beteiligung der Zivilgesellschaft zu ermöglichen. Dies setzt voraus, dass die Regulierungsbehörden der einzelnen Branchen gegebenenfalls auch die Preise für viele Produkte und Dienstleistungen regulieren und die ökologischen und sozialen Auswirkungen dieser Produkte und Dienstleistungen berücksichtigen müssen. Das gilt insbesondere dann, wenn in bestimmten Branchen eine Marktdominanz einzelner Anbieter festgestellt wird. Diese kann entstehen, wenn infolge des technischen Wandels und der Strukturentwicklung der Branche bestimmte Anbieter von Waren oder Dienstleistungen eine dominierende Position auf den jeweiligen Märkten erringen, wodurch die Preisgestaltung für diese Leistungen nicht mehr dem Wettbewerb unterliegt. Schließlich sollte die Frage, ob größere neue Investitionen oder neue Produkte und Dienstleistungen dem breiten »öffentlichen Interesse« entsprechen, das leitende »Grundkriterium« sein, auf dem letztendlich alle Entscheidungen zur Regulierung beruhen.

Regulierung wurde lange Zeit dahingehend definiert, dass sie die bestmögliche Schadensbegrenzung gewährleisten soll – insbesondere durch die Einschränkung negativer Verhaltensweisen der Unternehmen, um den Schutz des öffentlichen Interesses zu gewährleisten. Dieser Gedanke der Schadensbegrenzung sollte zu einem gewissen Grad beibehalten werden, aber es wäre an der Zeit, diese Schadensbegrenzung durch positive vorausgreifende Regulierungsprinzipien zu ergänzen, mit denen spezifische gesellschaftliche Zwecke erreicht werden können. Angesichts des breiten Spektrums der vor uns stehenden dringenden sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Probleme bieten erweiterte Regulierungsstrukturen und -prozesse eine entscheidende Möglichkeit zur Mobilisierung aller gesellschaftlichen Ressourcen zur Lösung dieser Probleme, wobei gleichzeitig demokratische Prozesse und demokratisches Bewusstsein weiterentwickelt werden können. Es ist die ausgewogene Mischung aus Schadenskontrolle, voraussehbaren Prinzipien und entsprechendem Handeln, um die gesellschaftlichen Ziele zu erlangen, die den Zweck und die Struktur der Regulierung in den kommenden Jahrzehnten bestimmen sollten.

## Literatur

Rosen, R., Schweickart, D. (2006), Visions of Regional Economies in a Great Transition World, <http://greattransitions.org/documents/PDFFINALS/4Economy.pdf>

## **China als Global Player: Leistungen und Herausforderungen einer »sichtbaren Hand«**

### **Grundlegende Feststellungen**

Die traditionelle (klassische) Wirtschaftstheorie geht davon aus, dass Marktakteure rational handelnde wirtschaftliche Personen sind. Das System des Marktes wird durch einige »unsichtbare Hände« betrieben, die von Wirtschaftswissenschaftler/innen, Geschäftsleuten und Politiker/innen als universelle Gesetze in Begriffe gefasst werden. Gleichzeitig nimmt dieselbe theoretische Tradition an, dass dieses Grundprinzip Grenzen hat. Das soll bedeuten, dass es abgesehen von den »unsichtbaren Händen« noch andere Kräfte braucht, um das Handeln der »unsichtbaren Hände« zu regulieren oder zu lenken. Das erklärt die Existenz all der unterschiedlichen wirtschaftswissenschaftlichen Lehren, angefangen von der angebotsorientierten Wirtschaftstheorie der Michigananer Schule über die Geldtheorien bis hin zu Keynes' Theorien des staatlichen Eingreifens. In der Praxis haben sich währenddessen ganz konkrete, teilweise unverantwortliche politische Strategien entwickelt.

Wir haben festgestellt, dass die oben genannten Theorien und Praktiken immer widersprüchlich sind. Daher sind die Debatten über das Thema »Markt versus Regulierung« in den vergangenen 200 Jahren auch nie verklungen.

Meiner Meinung nach gibt es zwei Gründe, warum sich weder ein Konsens noch universelle Gesetze entwickelt haben: Erstens, weil die »unsichtbaren Hände« in ihrer Reaktion auf Marktsignale immer zeitlich hinterher hinken und weil die vermeintlich rational handelnden wirtschaftlichen Personen häufig zu kurzfristig denken, um mit dem Wandel umzugehen. Sie möchten ihr Kapital zu möglichst hohen Profiten bei möglichst wenig Risiko und zu geringen Kosten nutzen und vernachlässigen oder opfern dabei soziale und andere Aspekte wirtschaftlicher Aktivität. Zweitens agieren die »unsichtbaren Hände«, d. h. die öffentliche oder staatliche Regulierung, immer voreingenommen und zufällig (oder sogar unanständig) und können leicht von Partikularinteressen beeinflusst werden. Dies wiederum führt zu Funktionsstörungen im Wirtschaftssystem, Profitstreben, Korruption usw.; das Endergebnis ist das gleiche.

Gemäß der Komplexitätstheorie sind Wirtschafts- und Sozialsysteme sich selbst regulierende Systeme. Der Mechanismus der Selbstregulierung beinhaltet mindestens zwei wesentliche Aspekte. Einer betrifft die technologische Innovation und eine Management-Revolution. Der andere bezieht sich auf kontinuierli-

che institutionelle Reformen (einschließlich der internationalen Regimes wie Bretton Woods oder der WTO).

Diese beiden Gruppen von Aktivitäten können philosophisch als »Schaffung menschlichen Raums« beschrieben werden: Technologie ist der wichtigste menschliche Raum für materielle Welten, während Institutionen und Kulturen menschliche Räume für spirituelle Welten sind.

Das kapitalistische System ist auf ernsthafte Probleme gestoßen. Die derzeitige weltweite Finanzkrise folgt nicht den normalen Konjunkturschwankungen. Sie kündigt eine neue Phase struktureller Anpassung und institutionellen Wandels an – einen Restrukturierungsprozess mit neuen technologischen Durchbrüchen. Es bedarf sozialer Anpassungen.

Eine Gesellschaft bestimmt den Weg der Entwicklung und damit ihr Schicksal in erster Linie durch den Staat. Alternativ kann sie sich – wiederum vor allem durch staatliches Eingreifen – für einen beschleunigten Prozess technologischer Modernisierung einsetzen, der in wenigen Jahren in der Lage ist, das Schicksal der Volkswirtschaften, der militärischen Macht und des gesellschaftlichen Wohlergehens zu verändern oder auch die gesellschaftliche Entwicklung insgesamt zum Stillstand zu bringen. Die dabei wirkenden Kräfte sind die Rolle des Staates und seine institutionellen Faktoren; dessen Grundlage ist wiederum die politische Kultur einer Gesellschaft.

Für unser Forschungsziel sind zwei Lehren aus dieser grundlegenden Erfahrung der unterbrochenen technologischen Entwicklung von Bedeutung: Einerseits kann der Staat – und das ist er in der Geschichte auch gewesen – eine Triebfeder technologischer Innovation sein. Andererseits, wenn der Staat sein Interesse an der technologischen Entwicklung zurücknimmt oder unfähig wird, dieses unter neuen Bedingungen fortzusetzen, führt ein statisches Innovationsmodell zu Stagnation, weil zuvor der Gesellschaft ihre autonome innovative Energie, Technologie zu schaffen und anzuwenden, genommen wurde. Die gleiche Kultur kann ganz unterschiedliche technologische Entwicklungen herbeiführen, je nach Gestalt der Beziehung zwischen Staat und Gesellschaft.

Daher ist die Schlüsselfrage hier nicht die Rolle des Staates an sich, sondern die vorherrschende politische Kultur, welche die Beziehung zwischen Staat und Gesellschaft verkörpert.

Durch das Bremsen, Anstoßen oder Anführen technologischer Innovation ist die Rolle des Staates ein entscheidender Faktor im Gesamtprozess, da sie den zu einem bestimmten Zeitpunkt und an einem bestimmten Ort dominierenden sozialen und kulturellen Kräften Ausdruck verleiht und diese organisiert. Technologie drückt weitgehend die Fähigkeit einer Gesellschaft aus, sich selbst durch die Institutionen der Gesellschaft, einschließlich des Staates, zu technologischer Meisterschaft zu führen. Der historische Prozess, durch den eine solche Entwicklung der Produktivkräfte stattfindet, bestimmt die Charakteristika der Technologie und ihre Einbindung in die gesellschaftlichen Beziehungen.

## China als Global Player

Ich habe zwei Kriterien formuliert, an denen gemessen werden kann, ob ein Land oder eine Volkswirtschaft ein Global Player ist:

1. Ein Land oder eine Volkswirtschaft verfügt über gute Haushaltungsfunktionen und Leistungsfähigkeit im Umgang mit den eigenen Angelegenheiten und erzielt täglich Fortschritte in der eigenen sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung.

2. Ein Land oder eine Volkswirtschaft übernimmt Verantwortung für globale Angelegenheiten und trägt in vergleichsweise hohem Maß zu internationaler Stabilität und weltweiter Entwicklung bei (makro- und mikroökonomische Entwicklung).

Wenn wir diese beiden Kriterien auf China anwenden, können wir mit ziemlicher Sicherheit sagen, dass China ein Global Player geworden ist und im kommenden Jahrzehnt eine immer wichtigere Rolle spielen wird.

*Erstens* ist seine wirtschaftliche Leistung in Bezug auf seine innerstaatlichen Haushaltungsfunktionen beeindruckend:

- seit 15 Jahren weist China beispiellose und spektakulär hohe Wachstumsraten mit einem Durchschnittswert von 10,6 Prozent pro Jahr auf
- es gab 11,4 Prozent Wachstum im Jahr 2007, das fünfte Jahr in Folge mit zweistelligen Wachstumsraten
- das Gesamt-BIP hat sich von 2002 bis 2007 beinahe verdoppelt (Zuwachs um 95 Prozent)
- im Jahre 2007 war die Wirtschaftsleistung 3,2 Billionen US-Dollar; damit wird China wahrscheinlich bald Deutschland als drittgrößte Volkswirtschaft ersetzen
- gemessen an der Kaufkraftparität ist China die zweitgrößte Volkswirtschaft nach den USA
- im Ranking der Weltbank findet man China inzwischen unter den Ländern mit mittleren oder niedrigen Einkommen (LMIC)
- laut Vorhersagen von Goldman Sachs wird China bis 2035 die größte Wirtschaftsmacht der Welt sein.

*Zweitens* spielt China global folgende Rolle bzw. nimmt folgende Positionen ein:

- durch den Erhalt hochwertiger internationaler Industrietransfers in großem Maßstab führt China als eines der fortschrittlichsten Fertigungszentren der Welt einen neuen Zyklus der weltweiten Geschäftsentwicklung an,

- durch den Aufbau eines grenzüberschreitenden Produktionsnetzwerks in seiner Kapazität als Montage-Plattform spielt China bei der Integration von regionaler und globaler Wirtschaft eine dominierende Rolle und wird ein wichtiges Zentrum für internationalen Handel an der Westküste des Pazifik,

- aufgrund der sich aus der globalen Umstrukturierung ergebenden historischen Chancen ist China aktiv dabei, beim Übergang von der spätindustriellen Phase zur

postindustriellen Phase eine Strategie des »Leapfrogging« umzusetzen. Dabei findet eine Verschiebung von kapitalbasierter Entwicklung zu technologie-/wissensbasierter Entwicklung statt, wodurch sich China in eines der Innovationszentren der Welt verwandelt. Dies stärkt seine Position als eine Plattform für weltweite Geschäftsexpansion, trägt zu seinem Wachstum als neuer, vitaler Faktor in der weltweiten Entwicklung bei und bringt etwas Licht in das derzeitige Dunkel der Weltwirtschaft.

*Diese Erfolge wurden vor allem durch institutionelle Reformen und staatliche Regulierung erzielt (Reform und Öffnung). (Der Übergang von der Planwirtschaft zur Marktwirtschaft ist selbst auch das Ergebnis institutioneller Reform und staatlicher Regulierung!)*

Bis 2008 hat die chinesische Wirtschaft im Wesentlichen auf zwei Faktoren beruht. Der *eine* Faktor sind die hohen nationalen Spareinlagen. Die Geldmenge M2 beläuft sich auf 44 Billionen Yuan und das Guthaben der Finanzinstitutionen übersteigt 45 Billionen Yuan, von denen etwa 30 Billionen als Investitionen zur Ankerbelugung der chinesischen Wirtschaft genutzt werden. So ist die hohe Sparkapazität die Hauptgrundlage für die chinesische Kreditausweitung geworden.

Der *andere* Faktor ist das traditionelle Modell einer extensiven Entwicklung und einer intensiven Außenhandelspolitik, gepaart mit dem System des obligatorischen Devisentauschs: Heute besitzt China Reserven in Höhe von 1,8088 Billionen US-Dollar in Devisen und gibt dafür etwa 12 Billionen Yuan heraus.

Diese beiden Faktoren ermöglichen es China, den aktivsten Mechanismus zur Akkumulation von Kapital ohne Kriege zu etablieren und seine Kapitalmärkte zu entwickeln. Zusätzlich sind in den vergangenen Jahren einige wichtige Handelsbanken grenzüberschreitend an die Börse gegangen und haben die günstigen Effekte des Akkumulationssystems ergänzt. Dieses »Einlagen-und-Kredit-System« in Kombination mit einer exportorientierten Wirtschaft spiegelt eine spezielle Struktur wider, innerhalb der China durch wirtschaftsfördernde Investitionen und den Rückhalt durch die internationalen Märkte Wohlstand erlangt. Gleichzeitig zeigt es auch die Schwäche chinesischer Kreditquellen und die Unterentwicklung des chinesischen Wachstumsmodells, welches das Wirtschaftssystem anfällig macht. Dazu kommt noch die Korruption der Beamten, die mit hohen Wachstumsraten und institutionellen Fehlfunktionen einhergeht.

Für den derzeitigen Eintritt in eine neue Phase der Reform und der Entwicklung braucht China dringend neue politische Ansätze und Strategien. Dafür wiederum bedarf es institutioneller Reformen und angemessener staatlicher Regulierung. Die neue Situation, insbesondere die sich entwickelnde weltweite Krise, zwingt China, sich für einen neuen Pfad beispielloser und weitreichender Umwälzungen in seinen Institutionen und politischen Strategien zu entscheiden.

## Chinas Leistung als Global Player in der aktuellen weltweiten Finanzkrise

Die derzeitige Leistung Chinas im Kontext der weltweiten Finanzkrise belegt weiterhin seine Rolle und zukünftige Bedeutung in der Welt.

Wenn wir die Auswirkungen der weltweiten Finanzkrise auf Chinas wirtschaftliches Wohlergehen bewerten, können wir sagen, dass die direkten Folgen relativ harmlos sind – auch wenn indirekte Folgen unvermeidbar sind. Die indirekten, negativen Auswirkungen haben zu folgenden Schwierigkeiten geführt:

- zum kürzlichen Einbruch des Aktienmarkts
- zu schwerwiegenden Rückschlägen und Schwierigkeiten für Chinas Exportgeschäft
- zu schwerwiegenden möglichen Folgen für Chinas »reale« Wirtschaftsbranchen, zu Schwierigkeiten bei Geschäftstätigkeiten und Leistungsrückgang
- zu nachlassender Marktnachfrage als Zeichen eines makroökonomischen Rückgangs, zur Verlangsamung des chinesischen Wirtschaftswachstums und zum Beginn eines Abwärtrends.

Trotz dieser Probleme wird sich der allgemeine Wachstumstrend der chinesischen Wirtschaft nicht verändern. Auch wenn das Tempo sich leise abschwächen wird, sind die Aussichten viel versprechend.

Chinas Wachstum beruht auf realwirtschaftlichen Grundlagen; daher sind die Aussichten für die nahe Zukunft positiv. Da China über ein Jahrzehnt hinweg Wachstumsraten von 9-10 Prozent bei einer Inflation von weniger als 3 Prozent verzeichnen konnte, weist die Wirtschaftstheorie gerne auch auf das Wachstum der totalen Faktorproduktivität während dieser Periode hin. Verschiedene wissenschaftliche Studien (und zahlreiche Einzelquellen) haben außerdem die *beträchtliche Erhöhung der Produktivität Chinas* während dieses neuen Wachstums-Spurts betont. Einkommenssteigerungen in den vergangenen Jahren sind ein gutes Beispiel für die Verbesserung der Arbeitsproduktivität.

Das Argument lautet, dass in all diesen Jahren die umfangreichen Investitionen in physisches und menschliches Kapital, die erfolgreiche Reform des Finanzsektors, die umfangreichen Technologie-Spillovers (und der Lerneffekt) von multinationalen Unternehmen sowie Chinas Integration in die Weltwirtschaft Früchte getragen haben. Die Effizienz der chinesischen Wirtschaft wurde um Etliches erhöht. All dies, zusammen mit der beeindruckenden Leistung des chinesischen Außenhandels – welche wiederum in den wachsenden Währungsreserven ihren Ausdruck findet –, dem zunehmenden Handelsüberschuss und der extrem niedrigen Auslandsverschuldung, belegt eindeutig, dass Chinas nun schon recht lange anhaltender Boom keineswegs ein Kartenhaus ist, sondern auf realwirtschaftlichen Grundlagen beruht.

Insofern ist anzunehmen, dass sich das hohe Wachstum in den kommenden Jahren fortsetzen wird. Die Inflation wird dank strengerer makroökonomischer Maßnahmen kontrolliert. Gemäß der Wachstumsprognose (World Economic Out-

look) des IWF wird Chinas Wachstumsrate in diesem und im nächsten Jahr zurückgehen, könnte aber dennoch 9,7 Prozent oder 9,3 Prozent erreichen und damit weltweit an der Spitze liegen. Nach Meinung einiger Expertinnen und Experten wird Chinas wirtschaftliche Erholung sich sehr viel schneller vollziehen als die der meisten anderen Ländern (normalerweise dauert eine Rezession ungefähr 4-5 Jahre), so dass das Land optimistisch hoffen kann, schon in der zweiten Hälfte oder bis Ende 2009 seine bisherige Kraft wiederzuerlangen. Diese Behauptung gründet sich auf folgende Argumente:

Die Schwierigkeiten der chinesischen Wirtschaft sind inhärente Probleme eines Fortschrittsprozesses:

- Chinas wirtschaftliche Entwicklung befindet sich auf der Überholspur und hat weiterhin großes Potenzial
- China muss sich keine Sorgen um neue Investitionsprojekte oder neue Wachstumsfelder machen
- Chinas Position als Fertigungszentrale der Welt wird sich nicht verändern
- Aufgrund seines starken und qualitativ hochwertigen Wirtschaftsvolumens und einer während globaler Turbulenzen relativ intakt gebliebenen Wirtschaft ist China weniger anfällig für die derzeitige weltweite Krise. Dank der enormen Größe des Landes und den verschiedenen wirtschaftlichen Entwicklungsphasen hat die chinesische Zentralregierung mehr Raum, um finanzielle Probleme zu lösen und die Krise zu »verteilen«
- Zunehmend ausgereifte Mechanismen zur Makroregulierung ermöglichen die kontinuierlich rasche Entwicklung der Wirtschaft und damit Sicherheit.

### **Chinas institutionelle Reform, staatliche Regulierung und Entwicklungsstrategien im Angesicht der aktuellen weltweiten Finanzkrise**

Hier geht es um drei Aspekte: *Erstens* um die grundlegende strategische Transformation, welche die Entwicklungsmodelle und Wachstumsmodi gemäß eines wissenschaftlichen Verständnisses von Entwicklung verändert. *Zweitens* um die Annahme eines neuen politischen Ansatzes («New Policy») mit dem Ziel der Erhöhung der Binnennachfrage zur Umstellung der Export orientierten Wirtschaft auf ein Wirtschaftssystem mit hoher Inlandsnachfrage, und die Einleitung einer Kreditrevolution. *Drittens* um eine grundlegende Revolution, die neue Landreform («New Land Reform»), mit dem strategischen Ziel des Nachfrageausbaus in ländlichen Regionen, der Wiederbelebung des umfangreichen ländlichen Vermögens und der Freisetzung gesellschaftlicher Produktivkräfte auf dem Land.

#### **Grundlegender Ansatz der »New Policy«**

Durch die Einleitung eines antizyklischen Prozesses zur Krisenbewältigung und den Aufbau eines modernen Kreditsystems in China verfolgt die »New Policy«

das Ziel, die globale Finanzkrise zu umgehen und zu einer Art neuen Lokomotive der Weltwirtschaft zu werden.

Daher ist das wesentliche Element der »New Policy«, die Transformation einer Export orientierten Wirtschaft hin zu dem besten Wirtschaftssystem, welches in erster Linie auf der Binnennachfrage beruht.

### **Strategische Ziele der »New Policy«**

Kurzfristig geht es darum, Maßnahmen gegen die globale Krise zu ergreifen; langfristig um die Schaffung neuer Bereiche und neuer Wachstumsfelder sowie um die Erschließung neuer Marktchancen sowohl für inländische als auch für ausländische Unternehmen.

### **Zentrale Elemente der »New Policy«**

- Erhöhung der staatlichen Ausgaben zur Stärkung der Binnennachfrage und, durch Umsetzung einer aktiven Finanzpolitik, Ankurbelung des Wirtschaftswachstums und Sicherung einer stabilen Beschäftigungsquote.
- Die Steigerung aller Arten von Konsumausgaben und die Förderung von Anlageinvestitionen sind hierbei die beiden Zugpferde.
- Die chinesische Zentralregierung hat beschlossen für die Umsetzung der »New Policy« in den kommenden Jahren 4 Billionen Yuan auszugeben. Zur unmittelbaren Umsetzung dieser neuen Politik wurden 10 konkrete Maßnahmen erarbeitet.

### **Chancen durch die »New Policy«**

- Reichlicher Raum für Kooperationen und Investitionen zur Entwicklung neuer Wachstumsfelder in den Bereichen der wirtschaftlichen Restrukturierung und sich wandelnde Wachstumsmodi (alternative Energiequellen, Biotechnologie, Umweltschutz, Lebensmittel und deren Sicherheit usw.). Shanghai plant z. B., in den kommenden Jahren 10 Milliarden US-Dollar für die Entwicklung von Umweltechnologie auszugeben (CDM).
- Zahlreiche Chancen im Baubereich, d. h. von Infrastruktur wie Bahnverbindungen, Flughäfen, Stadtentwicklung und kommunalen Bauprojekten, umfangreiche nationale und regionale Projekte (große Projekte im Bereich der Wasserwirtschaft) usw.
- Landwirtschaftliche und ländliche Entwicklung einschließlich umfassender Entwicklung in Zentral- und Westchina.
- Ausweitung und Förderung des Konsumgütermarkts.
- Bildung und Forschung und Entwicklung.

### **Die »New Land Reform«**

Zu den Zielen der neuen Landreform gehören: die Integration der Entwicklung in den städtischen und den ländlichen Gebieten sowie die Wiederherstellung der ländlichen Produktivkräfte.

Wenn man das kollektive Nutzungsrecht des Landes als Katalysator nutzt, bietet dies ein großes Maß an Liquidität und Interesse an Wohlstand. Es fördert damit die Schaffung eines starken Marktes für Binnennachfrage sowie eine gewaltige Zunahme der Kaufkraft und der Konsumkapazität der chinesischen Gesellschaft.

### **Steigerung der ländlichen Kaufkraft:**

Durch die Verwandlung bäuerlichen Vermögens in Kapital wird die chinesische Binnennachfrage dramatisch ansteigen. Durch Instrumente wie Hypotheken und Sicherheiten ist das ländliche System des Immobilienbesitzes offen für Finanzierungskanäle; es benötigt mindestens Kredite in Höhe von 5-6 Billionen Yuan. Wenn dieses Geld direkt in den Konsumgütermarkt fließen würde, könnte es theoretisch die Binnennachfrage um etwa 1 Billion Yuan pro Jahr anheben. Dies wiederum wird zu einer steigenden Nachfrage nach Getreide, Speiseölen, Fleisch, Geflügel, Eiern, Kleidung, Autos, Büromaterial, Kommunikationstechnologie, elektrischen Haushaltsgeräten, Tonträgern und Videoausstattung, Bau- und Sanierungsmaterialien, Möbeln und Schmuck führen.

Wenn die Reform kühn genug ist, lassen sich etwa ein Jahr später zum Ladenverkauf von Konsumgütern in den ländlichen Gebieten noch einmal über 1 Billion Yuan hinzufügen. Ferner wird die Öffnung des Systems der Binnennachfrage dafür sorgen, dass die chinesische Wirtschaft einen historischen Höhepunkt erreicht.

### **Das Fundament der »New Policy« und der »New Land Reform«: Staatliche Regulierung (Kontrolle auf der Makroebene) und Behebung systemischer und institutioneller Fehler**

Zur Fortführung des chinesischen Wirtschaftswachstums, der Inflationskontrolle und der Vermeidung finanzieller Erschütterungen durch Angriffe des internationalen Kapitals ist der richtige Umgang mit Kontrolle auf der Makroebene von zentraler Bedeutung.

Es gibt zwei Wege zur Umsetzung staatlicher Regulierung: *Ein* Weg ist das expansionistische Modell des Aufholens, ähnlich dem System der Volkswirtschaften des Euro und des Yen im Zusammenspiel mit der Weltwirtschaft, d. h. die Erreichung niedrigen Wachstums und niedriger Inflation durch eine internationalisierte Währung und Industrietransfer.

*Der andere* Weg ist ein Strukturmodell, welches auf der Trägheit der Produktionswirtschaft beruht. Dadurch wird zur Korrektur der Nachfrage das Angebot erhöht, mit dem Ziel, das hohe Wachstum und die gemäßigte Inflation zu erhalten sowie eine technologische Revolution herbeizuführen, welche die wirtschaftliche Gesamtstruktur stärkt und in die Weltwirtschaft eingliedert.

In den nächsten 5 bis 8 Jahren muss es die staatliche Regulierung (Makrokontrolle) in China schaffen, ein Gleichgewicht zwischen diesen beiden Strategien

oder Modellen zu finden. Wir sollten die Konjunkturschwankungen der Weltwirtschaft als Grundlage nutzen und je nach Situation den einen oder den anderen Weg wählen. Das bedeutet: Bei einem weltweiten Konjunkturrückgang sollten wir vor allem den zweiten Ansatz wählen, d. h. die Produktion stark erhöhen, so dass hohes Wachstum, hohe Beschäftigungsraten und gemäßigte Inflation erreicht werden.

In der Phase des weltweiten wirtschaftlichen Aufschwungs wäre die Wirtschaftsstruktur dann umzustellen durch direkte Finanzierung, welche ebenfalls hohe Wachstumsraten, hohe Beschäftigungszahlen und gemäßigte Inflation bedeutet.

Zur erfolgreichen Umsetzung der staatlichen Regulierung muss China einige Mängel in seinem Wirtschaftssystem beheben. Das gilt umso mehr, als dass diese sich auch im Zusammenhang mit der Weltwirtschaft entwickeln. De facto ist der Mechanismus, der diese Mängel produziert, sogar gefährlicher als die Mängel selbst. Hier ist meiner Meinung nach das dringlichste Bedürfnis, die Kreditressourcen zu erhöhen und eine Kreditrevolution einzuleiten.

Nach Angaben der kürzlich von der People's Bank of China veröffentlichten »Liste der Einkommen und Ausgaben nationaler und ausländischer Währung der Finanzinstitutionen« lag der Bestand der nationalen und ausländischen Währungseinlagen Ende Juli 2008 bei 45,53 Billionen Yuan, von denen 30,88 Billionen Yuan auf Kredite entfallen. Der Gesamtanteil der Kredite liegt bei beinahe 70 Prozent dieser Art von Einlagen, beinahe an der Obergrenze unserer Inlandskredite. Davon sind etwa 8 Billionen Yuan Deckungsreserven für Einlagen von Handelsbanken. Die Deckungsreserven für Einlagen lagen bei 17,5 Prozent der Einlagenbilanz nationaler Währung und ausländischer Devisen von Finanzinstitutionen, ebenfalls an der Obergrenze. Aus diesen Gründen werden nur etwa 6 bis 7 Billionen Yuan der Bilanz einlagen von Finanzinstitutionen kontrolliert.

Es ist klar, dass die derzeitigen chinesischen Kreditquellen unzureichend sind. Wenn die Kreditgewährung so hoch bleibt wie bisher, wird China nicht in der Lage sein, mit möglichen umfangreichen Anpassungen der inländischen Vermögenspreise umzugehen. Daher muss die Geldpolitik sich streng nach den traditionellen Kreditmechanismen richten.

Wenn wir noch einmal insgesamt Chinas Kreditquellen und seine Kreditausweitungsfähigkeit in Kombination mit dem modernen Geld- und Kapitalmarkt und mit einem traditionellen Einlegesystem betrachten, dann liegen die chinesischen Kreditressourcen sehr wahrscheinlich bei über 45 Billionen Yuan und die Kreditkapazität könnte theoretisch auf über 100 Billionen Yuan anwachsen. Das heißt, die chinesische Wirtschaft muss sich nicht – wie man in China sagt – eine Ferse abhacken, damit ihr die Schuhe passen, also nicht zu übertriebenen oder unrealistischen Lösungen greifen.

Daher sind wir aus strategischer Sicht der Überzeugung, dass die Erhöhung der chinesischen Kreditressourcen die bestimmende Grenze für die Ankurbelung der

Wirtschaftsentwicklung wird. Eines der wichtigsten Ziele der wirtschaftlichen Modernisierung Chinas sollte eine Kreditrevolution sein. Eine weitere Kernstrategie zur Reform der chinesischen Geldpolitik ist die Schwerpunktsetzung auf einen Wandel des traditionellen »Einlage-und-Kredit-Systems« und auf die Schaffung starker Kreditquellen. Die neue Landreform kann riesige Ressourcen freisetzen. Wenn diese in Umlauf gelangen und zu einem neuen Element des Kapitalmarktes werden, wird sich das Problem der chinesischen Kreditressourcen sicherlich verbessern und eine solide Wirtschaftsmacht schaffen, die stärker ist als die anderen Länder der Welt.

### **Schwierigkeiten und Herausforderungen bei der Umsetzung von makroökonomischen Kontrollen in China**

*(1) Die Unsicherheiten werden immer offensichtlicher, ebenso die Schwierigkeiten der makroskopischen Entscheidungsprozesse. Bemühungen zur Stabilisierung des Marktes und der Preise gestalten sich komplizierter, weshalb sich in der Zukunft voraussichtlich Inflation und Deflation abwechseln werden.*

Das globale Wirtschaftswachstum verlangsamt sich sichtbar und die Unsicherheiten im internationalen wirtschaftlichen Umfeld werden immer offensichtlicher. Dadurch wird auch die Beurteilung der makroökonomischen Lage durch die Entscheidungsträger immer schwieriger. Der Inflationsdruck stammt im Wesentlichen aus kostenbezogenen Faktoren. Durch den Einfluss der Subprime-Kreditkrise auf die internationalen Märkte werden immer mehr Volkswirtschaften ihren strategischen Schwerpunkt von der Inflationskontrolle auf Wachstumssicherung verschieben. Gleichzeitig gibt es die Erwartung, dass die Einkommen und Kosten sich im Inland erhöhen. Dieser Druck wird sich vermutlich auf die Warenpreise übertragen. Andererseits: Wenn die Weltwirtschaft zurückgeht und die internationalen Warenpreise stark fallen, würden die externen Faktoren, die den Verbraucherpreisindex und den Erzeugerpreisindex erhöhen, geschwächt. Allgemein ist anzunehmen, dass sich in der Zukunft die Inflation wiederholt und dann Inflation und Deflation abwechselnd auftreten.

*(2) Ein großer Teil des Kapitals wird wahrscheinlich Asien verlassen; das hat Auswirkungen auf das Gleichgewicht und den Aufbau des Kapitalmarktes.*

Obwohl die USA im Jahr 2008 das Notgesetz zur Wirtschaftsstabilisierung (Emergency Economic Stabilization Act) verabschiedet und die großen Zentralbanken große Liquidität in den Markt eingebracht haben, hat sich die Kreditknappheit nicht entspannt. Auf den wichtigen Aktienmärkten geht es weiter bergab und der internationale Devisenmarkt ist extremen Schwankungen ausgesetzt. All das reflektiert das mangelnde Vertrauen in die Investoren. In diesem Zusammenhang wird das Exportwachstum Asiens wahrscheinlich zurückgehen, die Wirtschaft wird schrittweise geschwächt und große Kapitalmengen werden Asien

verlassen. All das wird Auswirkungen auf den Kapitalmarkt haben und Herausforderungen an Chinas makroökonomisches Management und dessen Finanzoperationen mit sich bringen.

*(3) Maßnahmen zur »Rettung des Marktes« mit unterschiedlichen Intentionen werden voraussichtlich einen neuen Wechselkurs-Krieg auslösen.*

In letzter Zeit dominiert die Sorge der Investoren angesichts der weltweiten Rezession immer stärker die Finanzmärkte. Die Vermeidung von Risiken ist im Bereich Devisengeschäfte nach wie vor das brennende Thema. Es gibt weiterhin Bemühungen der Finanzinstitutionen, den Verschuldungsgrad zu senken, indem sie Vermögen verkaufen, um Schulden zurückzuzahlen. Investoren auf der ganzen Welt, insbesondere in den neuen Industrieländern, verkaufen ihre riskanten Papiere, wie z. B. Aktienanteile und hochverzinsliche Währungen. Die Folge sind eine Vertrauenskrise und der Einbruch des Hauptaktienindexes. Statt dessen wenden sich die Investoren niedrigverzinslichen Währungen und Anlagen in US-Dollar zu, was direkt zu einer beträchtlichen Stärkung des US-Dollar und des Yen beiträgt.

Die rasche Aufwertung des Renminbi gegenüber dem Euro und dem Pfund wird zu einer wesentlichen Reduzierung der Profite aus dem Export in die EU beitragen. Da die EU inzwischen die USA als Chinas wichtigsten Handelspartner ersetzt hat, wird sich die Situation für Chinas Exporte in der Zukunft weiter verschlechtern. Derzeit ist es für China wichtiger, das Exportwachstum beizubehalten als das Wirtschaftswachstum. In diesem Zusammenhang heißt das: Wenn China den Renminbi gegenüber dem Dollar weiter entwertet und den Wechselkurs des Renminbi gegenüber dem Euro in einem vernünftigen Bereich hält, um eine Gewinnmarge zu sichern, könnte das den wohlhabenderen Ländern, die sich derzeit in der Finanzkrise befinden, Anlass zu Sorge geben. Die englische »Financial Times« warnte unlängst, dass bei einem Rückgang der chinesischen Wirtschaft die Regierung gezwungen sein wird, Maßnahmen zur Konjunkturbelebung zu ergreifen. Was die westlichen Nationen hier beunruhigt, ist die Möglichkeit, dass China die Aufwertung des Renminbi kontrolliert. Dann wäre es wahrscheinlich, dass es zu einem neuen weltweiten Wechselkurs-Krieg kommt.

In dem Artikel der »Financial Times« heißt es auch, dass wegen der Aufwertung des Renminbi in den vergangenen zwei Jahren, die Klagen im amerikanischen Kongress, dass China den USA Arbeitsplätze stehlen würde, zu einem gewissen Grad nachgelassen hätten. Wenn wir die Aufwertung kontrollieren, wird dieser Vorwurf wieder laut werden. Und wenn dies einträte, während die Arbeitslosenquote ohnehin gerade steigt, wären die Beschwerden sogar ohrenbetäubend.

*(4) Die Risikofaktoren sind offensichtlich, innere und äußere Faktoren häufen und verbinden sich.*

Der aktuelle Prozess der wirtschaftlichen und finanziellen Anpassung ist das notwendige Ergebnis eines langfristigen Ungleichgewichts. Durch die Krise sind in China bestehende inhärente Risiken an die Oberfläche gekommen. Aber China

befindet sich noch in der ersten Phase des Sozialismus und wird dort auch noch eine ganze Weile verbleiben. Sein System der sozialistischen Marktwirtschaft ist immer noch nicht perfekt. Das umfangreiche Entwicklungsmodell und die strukturellen Konflikte haben sich nicht wesentlich verändert. Die Ressourcen und die Umweltbedingungen sind nicht ideal und wurden heftig beeinträchtigt. Die landwirtschaftliche Basis ist immer noch vergleichsweise schwach. Viele Menschen, sowohl in den Städten als auch auf dem Land, leben in Armut. Unter diesen Bedingungen haben sich die angestauten, internen Risiken in der Immobilienkrise entladen. Lange war dieser Markt ein wichtiger »Investitions«-Faktor zur Steigerung des Wirtschaftswachstums.

Ein anderer Bereich war die Binnennachfrage, abgesehen vom Konsum. Aber wegen des wirtschaftlichen Einbruchs sind die Investitionen in Immobilien stark zurückgegangen. Das Ergebnis ist eine Wachstumsverlangsamung bei Investitionen in Anlagevermögen, da hier nun die größten Risiken entstehen. Anhand der verfügbaren Daten hat der IWF 11 Untersuchungen zum Zusammenhang zwischen dem Rückgang der Immobilienpreise, den zweifelhaften Anlagen der Banken und der Finanzkrise durchgeführt. Das Ergebnis zeigt, dass ein Rückgang der Immobilienpreise um über 15 Prozent zur Entstehung einer Finanzkrise führen kann. In der Tat ist es so, dass die Immobilienpreise in China um 12 Prozent gefallen sind. Der Chefökonom der CICC, Ha Jituo, sagte kürzlich, dass die Immobilieninvestitionen in China einbrechen würden, um 15-20 Prozent in den nächsten zwei Jahren. Das ist eindeutig ein gefährliches Signal. Aus diesem Grund sollten in China das Kreditmanagement und die Risikokontrolle des Immobilienmarkts der Schlüssel zur Sicherheit des Finanzmarkts sein.

Die chinesische Regierung hat institutionelle Mittel ergriffen (makroökonomische Maßnahmen) und damit mehrfach die Verschlimmerung und Ausweitung von Krisen vermieden. Dabei wurden viele Risiken angehäuft. Bisher waren die meisten Faktoren zur Lösung der Krise im Inland zu finden. Meistens waren die Ergebnisse eine Verschlechterung der inländischen Bedingungen für die Bereiche Industrie und Soziales sowie Maßnahmen gegen den Markt zur Linderung externer Faktoren. Obwohl dadurch mehrere Krisen umgangen werden konnten, führte dies zur Anhäufung und Verstärkung einer Reihe interner Risikofaktoren (z. B. »Blasen« in verschiedenen Wirtschaftsbereichen, Kreditkrisen, mangelnde Effizienz, Verzerrung von Marktmechanismen, Beeinträchtigung von Regierungsfunktionen, Verschlechterung der Umweltsituation und Verschärfung sozialer Ungleichheit).

Im Kontext der weltweiten Finanzkrise treten nun externe Faktoren in den Vordergrund. Es bleibt zu untersuchen, ob China in der Lage sein wird, durch aktivere, umfassendere und entschiedener institutionelle Maßnahmen die Krise zu meistern.

## Über »Hände« in der Ökonomie

### Einleitende Bemerkungen

Eine *erste* Bemerkung: Der intensive zeitgenössische ökonomische Diskurs über Ursachen und Tendenzen, über Charakter und Konsequenzen des neuen Staatsinterventionismus, über die sogenannte Rückkehr des Staates kommt ganz offensichtlich ohne die Berufung auf die »Hände« nicht aus. Fraglos verzeichnen sie eine erstaunliche Konjunktur.

Insbesondere ist von der »öffentlichen Hand« und der »heilenden Hand«, der »raffenden Hand« und der »helfenden Hand« sowie der »unsichtbaren Hand« und der »sichtbaren Hand« die Rede. Einige konkrete Beispiele mögen die obige Feststellung illustrieren:

- Henrik Müller, geschäftsführender Redakteur des »manager-magazin«, bekennt angesichts dringend notwendiger Staatseingriffe in den Finanzsektor: »Es geht mir nicht um die Verherrlichung des Marktes. Die »unsichtbare Hand«, von der Adam Smith allokativer Wunder erwartete, faßt zuweilen daneben. Aber die sichtbare Hand des Staates darf sich nicht zum Würgegriff schließen. Derzeit besteht die Gefahr eines regulatorischen Overkill« (2008).
- Thomas Straubhaar, Direktor des Hamburgisches WeltWirtschafts Institut (HWWI), der nun die »Staatwirtschaft ... auf dem Vormarsch« sieht, warnt: »Es gibt auch ein Staatsversagen. Machtgierige Politiker können die Möglichkeiten eines starken Staates zu ihrem eigenen Nutzen missbrauchen. Die raffende Hand des Fiskus kann ohne Not privates Eigentum enteignen« (2008).
- Der Wirtschaftsethiker Peter Ulrich von der Universität St. Gallen stellte unlängst in einem Interview fest: »Der Glaube an die unsichtbare Hand des Marktes ist vorbei« (2008).
- Ulrich Schäfer überschreibt einen Beitrag zur Finanzkrise mit: »Der Staat als heilende Hand« (2008, 4).
- »Der Tagesspiegel« vom 18. September 2008 titelt unter Bezug auf Äußerungen des französischen Wirtschaftsexperten Jacques Attali »Nach Banken nun öffentliche Hand pleite?«
- Die US-amerikanischen Ökonomen J. David Brown, John S. Earle, Scott Gehlbach publizierten jüngst einen Aufsatz unter dem Titel »Helping or Grabbing Hand? State Bureaucracy and Privatization Effectiveness« (2008).
- In der vom Internationalen Währungsfonds herausgegebenen IMF Working Paper-Serie erscheint von Donato Masciandaro und Marc Quintyn eine Abhand-

lung unter der Überschrift »Helping Hand or Grabbing Hand? Supervisory Architecture, Financial Structure and Market View« (2008).

- Die Deutsche LindPark AG fragt schließlich in einer ihrer Markt-Analysen unter der Überschrift: »Die ›sichtbare‹ Hand des Staates: Zweierlei Maß?« Und sie erklärt dann im Hinblick auf die speziell für den Finanzsektor gebastelten Rettungspläne: »Ganz offensichtlich gilt ... zweierlei Maß. Aber warum eigentlich? Sind etwa Minengesellschaften nicht auch kapitalistische Unternehmen wie Hypothekenbanken ... Haben wir nicht einmal gelernt, dass der Markt selbst mit seiner ›unsichtbaren Hand‹ Fehlentwicklungen im kapitalistischen System beseitigen soll. Ja, das mag schon gelten. Aber nur solange keine anderen Interessen im Spiel sind. Denn dann wird aus der ›unsichtbaren‹ schnell die manipulativ-sichtbare Hand des Staates« (2008).

Eine *zweite* Bemerkung: Die Verwendung der Metapher von den »Händen« in Debatten von Wirtschaftstheorie und -politik ist keineswegs eine Erfindung dieser Tage. Vielmehr läßt sich hier eine bestimmte geschichtliche Tradition ausmachen. »Hände« gehören seit langem zum Bedeutungshorizont einer tradierten politischen Metapher – der des »politischen Körpers«.

Wirklich auffällig ist allerdings, wie häufig diese Metapher gerade in der Gegenwart bemüht wird. Keine Frage: Die globale Finanz-, Wirtschafts-, Klima-, Ressourcen- und Ernährungskrise hat die Debatte über die Rolle des Staates in der Wirtschaft, die Frage nach dem Verhältnis von Staat und Markt, nach Notwendigkeiten, Inhalten und Perspektiven eines facettenreichen neuen New Deal immens stimuliert (Institut 2009) – und damit die Frage nach der Beziehung von »unsichtbarer« zu »sichtbarer Hand«. Was zeichnet sich in diesem Kontext dabei ab? Die im nationalen wie globalen Rahmen angelaufenen staatlichen Rettungsaktionen beispielsweise zur Sicherung von instabil gewordenen Finanz- und Industriestrukturen, das über Steuermittel ermöglichte Agieren des Staates als Bürge, Kapitalgeber und – zeitweiliger – Regulator der Märkte, die diversen staatlichen Aktivitäten zur Neujustierung der Architektur des Finanzmarktkapitalismus oder auch verschiedenste staatliche Initiativen in Sachen Klimakrise werden von massiven Anstrengungen auf dem Terrain des Ideologischen flankiert. Sie werden begleitet von einer notwendigen Veränderungen aufgreifenden geistigen Mobilmachung des massiv unter Druck geratenen Neoliberalismus. Dabei muß an dieser Stelle jetzt die durchaus spannende Frage außen vor bleiben, ob dieser nun »am Ende (ist)« (Candeias 2008, 1), nur »neu definiert (wird)« (Schrooten 2009) oder vielmehr als »Neoliberaler Keynesianismus« (Kurz 2009, 8) auftritt.

Mit dieser Mobilmachung sollen gerade politische Strategien begleitet und abgesichert werden, die

a. eine erforderlich gewordene Reorganisation des Kapitals, einen notwendigen Umbau in seinem Machtgefüge in Angriff nehmen,

b. darauf zielen, den verheerenden ökonomischen und sozialen Folgen, den sichtbar gewordenen Grenzen der Politik von Privatisierung und Vermarktlichung

sowie dem stärker gewordenen Ruf nach dem »Öffentlichen« zu begegnen (vgl. u. a. Weizsäcker et al. 2006, Güllner 2008, Candeias, Rilling, Weise 2008).

Insofern ist es dann auch nur konsequent, dass – aus dieser Perspektive betrachtet – die momentane Akzeptanz eines staatlichen Krisenmanagements, also des Agierens der »sichtbaren Hand«, nicht zu einem ernsthaft debattierten »New Deal II« führen dürfe. Dieses Vorbild sei – so etwa Rainer Hank – kaum attraktiv und empfehlenswert. Denn: »Weil der New Deal der unsichtbaren Hand des Marktes misstraute und eine ›mixed economy‹ bevorzugte, musste er in Kauf nehmen, was ursprünglich gar nicht beabsichtigt war: einen autoritären Staat, der mit anmaßendem Wissen die Wirtschaft steuerte und – trotz prinzipieller Achtung des Privateigentums – vor Enteignung nicht zurückschreckte« (2008).

Eine *dritte* Bemerkung: Die gegenwärtig gezielte Verwendung von Metaphern oder Bildern innerhalb des geistigen Spektrums des Neoliberalismus dient fraglos der nachhaltigen Legitimation von Interessen und Macht. Der Metapher von den »Händen« kommt dabei im Diskurs über den Wandel der Staatlichkeit, über die sogenannte Rückkehr des Staates ein durchaus zentraler Platz zu.

Gunnar Folke Schuppert stellte beispielsweise in diesem Zusammenhang recht treffend fest: »In der aktuellen Diskussion über den Wandel der Staatlichkeit werden immer wieder Metaphern verwendet. Sie haben sich so eingebürgert, dass zu fragen versäumt wird, ob diese Bilder eigentlich tauglich sind für das Erfassen von Veränderungsprozessen« (2008, 15).

Anliegen meines Beitrages ist es nun, in diesem Sinne einige Fragen zu den bereits zitierten »Händen« in der Ökonomie zu stellen – und natürlich auch zu versuchen, mögliche Antworten zu geben.

## **»Hände« in der Ökonomie**

Zentraler Ausgangspunkt der Betrachtung über die »Hände« in der Ökonomie ist aus historischen wie logischen Gründen die Metapher von der »unsichtbaren Hand des Marktes« (UHM). Sie stellt ohne Zweifel – da stimme ich Bluhm und Malowitz (2007, 4) durchaus zu – die »Leitmetapher des Marktdiskurses« dar. Bis heute prägt sie in einem ganz entscheidenden Maße die landläufigen Vorstellungen von der Funktion und den Wirkungen des Marktes in einer Volkswirtschaft.

Seit langem bekannt und im gesellschaftlichen Bewusstsein auch präsent ist zudem der Begriff der »öffentlichen Hand«. Dieser der Finanzwissenschaft zuzuordnende Begriff bezeichnet die Gesamtheit der Körperschaften des öffentlichen Rechts (Bund, Länder und Gemeinden) sowie andere selbständige öffentlich-rechtliche Institutionen. Und zwar im Zusammenhang mit ihrer Tätigkeit als – öffentliche – Unternehmer sowie im Hinblick auf ihr Vermögen (Fiskus). Doch werden dieser Begriff und seine Wirkungsgeschichte von mir hier nicht weiter

verfolgt. Und zwar vor allem deshalb, weil sie zum Thema der Koordination einer Volkswirtschaft, der jeweiligen spezifischen Art und Weise ihrer gesamtwirtschaftlichen Lenkung, ihrer vielfältigen Folgen – also der eigentlichen Kernproblematik, die sich hinter dem Diskurs um die »unsichtbare« bzw. »sichtbare Hand« verbirgt – keinen eigenständigen schlüssigen Zugang liefern.

*Was meint die Metapher von der »unsichtbaren Hand des Marktes« und wo liegen ihre ideengeschichtlichen Wurzeln?*

Zunächst ist festzustellen, dass die auf den schottischen Ökonomen Adam Smith (1723-1790) zurückgehende Metapher von der UHM sowie der damit verbundene wirtschaftstheoretische und -politische Ansatz die ökonomische Theorie und Praxis des Kapitalismus seit Jahrhunderten begleitet und viele Denkschulen nachhaltig inspiriert hat.

Vor allem die verschiedenen Spielarten der neoliberalen Ökonomie sehen hierin die Grundlagen und Vorzüge einer auf der Marktkoordinierung basierenden Wirtschaftsordnung entwickelt. Wolfgang F. Haug hat in diesem Zusammenhang zu Recht bemerkt: »Die ›unsichtbare Hand‹, die im blinden Spiel des Marktes die vermeintlich besten aller möglichen sozialen Welten macht, diese legitimatorische Verkleidung der Irrationalität des Kapitalismus, ..., steht im Mittelpunkt des liberalen Mythos« (2004, 1549).

Diese Metapher avancierte zu verschiedenen Zeiten des Kapitalismus immer wieder zu einem bevorzugten Thema bzw. Gegenstand von Abhandlungen und Interpretationen (vgl. u. a. Friedman 1981, Hahn 1982, Persky 1989, Ingrao und Israel 1990, Tobin 1992, Rothschild 1994, Streminger 1995, Grampp 2000, Streissler 2003, Hopp 2004, Minowitz 2004). Erst unlängst verwandte sie Ulrich van Suntum als Titel für seine Abhandlung über »ökonomisches Denken gestern und heute« (2005), die das spezielle Ziel verfolgt, »die wichtigsten ökonomischen Zusammenhänge in einer auch für den Nicht-Fachmann verständlichen Form darzustellen« (ebenda, VII).

Die Metapher von der UHM fand auch Eingang in renommierte Lexika, so etwa – um nur zwei Beispiele anzuführen – in »The New Palgrave. Dictionary of Economics« (Vaughn 1984, Blaug 2008) oder in »Wikipedia« (2009).

Mit der Metapher wird – so die Aussage bzw. Annahme – der Koordinations- oder Lenkungsmechanismus einer Volkswirtschaft abgebildet, der vorgeblich über den Markt und ein System von Preisen, über das Wirken von Angebot und Nachfrage eine natürliche, selbsttätige Regulierung bewirken würde. Gewissermaßen wie von »unsichtbarer Hand« werden danach die für eine Gesellschaft erforderlichen wirtschaftlichen Strukturen und Proportionen sowie ein gesamtwirtschaftliches Gleichgewicht hergestellt.

Die Metapher von der »unsichtbaren Hand« selbst hat bereits – bevor sie bei Adam Smith zur »unsichtbaren Hand des Marktes« wird – eine lange Vorgeschichte. Sie findet sich bei Homer und Horatius, bei Shakespeare und Voltaire.

Weiterhin kamen (und kommen) ihr auch theologische Konnotationen zu, so trat beispielsweise die »unsichtbare Hand« neben dem »allsehenden Auge« als ein Sinnbild für das Wirken Gottes in der irdischen Welt auf.

Smith verwendet die Metapher bzw. den Begriff von der »unsichtbaren Hand« insgesamt dreimal (Rothschild 1994, 319 ff.). Sie findet sich zuerst in seiner »History of Astronomy« (1795/1980) und begegnet uns dann in der »Theory of Moral Sentiments« (1759/1976). Zur ersten systematische Erläuterung in einem ökonomischen Kontext kommt es dann in seinem Hauptwerk, dem »Wealth of Nations« (Eine Untersuchung über das Wesen und die Ursachen des Reichtums der Nationen«) (1776/1976,1975).

In dem von ihm skizzierten »System der natürlichen Freiheit« reiche es danach für das Gemeinwohl einer Gesellschaft aus, wenn jeder wirtschaftende Mensch nur gemäß seinem Eigeninteresse handeln würde, weil das Verfolgen seines eigenen Vorteils gewissermaßen selbsttätig dazu führe, dass das Gemeinwohl befördert werde. Smith schreibt: »Indem er die Unterstützung der heimischen gegenüber der auswärtigen Gewerbetätigkeit bevorzugt, verfolgt er lediglich seine eigene Sicherheit. Indem er diese Gewerbetätigkeit in solch einer Weise lenkt, daß ihr Produkt den höchsten Wert erlangen kann, hat er lediglich seinen eigenen Gewinn im Auge. Er wird hierbei wie in vielen anderen Fällen durch eine unsichtbare Hand geleitet, einen Endzweck zu fördern, der keinen Teil seiner Zielstellung ausgemacht hatte« (1975, 216). Dieser »Endzweck« sei das Gemeinwohl im Sinne einer gesamtwirtschaftlichen Effizienz der Güterallokation.

*Welche Relevanz kommt Smith's Metapher von der »invisible hand« zu?*

Mit dem Begriff von der »unsichtbaren Hand« präsentierte Smith aus der Sicht der politischen Ökonomie ein in wissenschaftlicher Hinsicht wichtiges Gegenstück zu der sich in seiner Zeit rasant ausbreitenden und ihn außerordentlich beschäftigenden Arbeitsteilung. Die spezifische Leistung der »unsichtbaren Hand« besteht demnach in der Erklärung der wirkungsvollen Koordination des Handelns der einzelnen, untereinander nicht vernetzten wirtschaftenden Individuen.

In der Aufstiegsphase des Kapitalismus der freien Konkurrenz transportierte diese Metapher – gegen die lange dominante Vorstellung vom zielorientierten, nach vorgefasstem Plan handelnden »politischen Körper« – die Überzeugung, dass der Wirtschaftsablauf ein derart komplexes Handlungssystem sei, bei der eine politisch bewusst vorgegebene Ordnung nicht zur Wirkung kommen könne. Vielmehr müsse im »System der natürlichen Freiheit« aus der Vielfalt der Abläufe eine »natürliche« Ordnung gleichsam wie von selbst entstehen.

Theoriengeschichtlich bedeutsam ist, dass auf dem Hintergrund einer sich sukzessive herausbildenden Marktgesellschaft wesentlich mit Smith der Markt zum Gegenstand und Begriff der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften wird. Wohl erscheint bei ihm der Begriff des Marktes häufig noch in seiner konkreten Bedeutung als Kennzeichnung bestimmter Austausch- und Handelsplätze für spezifische

Güter. Doch zugleich und daneben präsentiert er ein systematisch angelegtes theoretisch-wissenschaftliches Konzept des Marktes, das auf die abstrakte Summe aller möglichen Austauschprozesse zielt.

Damit werden nicht alleine neue Vorstellungs- und Verständniswelten eröffnet. Vielmehr ist damit die Chance gegeben, die auf die verschiedensten Märkten in analoger Weise wirkenden Gesetzmäßigkeiten marktlicher Produktion zu erfassen – etwa die durchaus relevanten Zusammenhänge des Ausmaßes von Arbeitsteilung und Markt, von Angebot und Nachfrage sowie von Arbeitswert («natürlichem Preis») und Marktpreis.

Weiterhin bemerkenswert ist, dass mit der Metapher von der UHM

- ein erster beachtlicher Einstieg in das Ordnungs- und systemtheoretische Denken vollzogen wurde – der Markt als Prozeß, der strukturiert, Ordnung konstituiert und als selbstregulierendes System funktioniert;

- eine schon erstaunliche Reduktion der Komplexität ökonomischer Prozesse möglich war und sie auch – bis in die jüngste Zeit hinein – als Transporteur wichtiger, nicht zuletzt politischer Botschaften nutzbar ist, so beispielsweise unlängst bei Fritz Kuhn et al. (2006, 7) mit der Aussage »Die unsichtbare Hand wird grün!«

*Welche Probleme verbinden sich mit der Metapher von der »unsichtbaren Hand des Marktes«?*

Bei der Beantwortung dieser Frage ist natürlich zu unterscheiden zwischen dem Ansatz, der ursprünglich von Smith entwickelt wurde, und jenen Interpretationen, die später von seinen Nachfolgern innerhalb der neoklassischen Theorie- und Politiktradition angeboten wurden und werden.

Smith's Metapher lieferte im Grunde ein höchst attraktives Versprechen für jedwede Gesellschaft ab – das eines sich zum wechselseitigen Vorteil aller selbsttätig regulierenden Wirtschaftssystems. Doch das »freie Spiel der Kräfte« am Markt vermag realiter – das haben in aller Schärfe gerade die jüngsten Krisen innerhalb der Geschichte des Kapitalismus empirisch überzeugend bewiesen – weder automatisch stabile und effiziente Wirtschaftsstrukturen zu garantieren noch für alle ihr Eigeninteresse verfolgenden Wirtschaftssubjekte angemessenen »Wohlstand« zu sichern.

Von ihrer Anlage her argumentiert die Metapher mit zwei wichtigen Vorbedingungen, die sich in entwickelnden Marktgesellschaften kaum so finden lassen. Zum einen muss gewährleistet sein, dass *alle* Anbieter und Nachfrager absolut freien Zugang zum Markt haben. Es darf also keine Markteintrittsbarrieren geben. Zum anderen muss gewährleistet sein, dass neben den produzierten Gütern selbst auch all jene »Produktionsfaktoren« in entsprechender Menge und Qualität am Markt gehandelt, der Preisbildung durch den Markt unterworfen werden, die zu ihrer Herstellung notwendig sind – einschließlich der bis dahin nicht als Tauschobjekte begriffenen Arbeitskräfte, der Böden und des Sachkapitals. Doch als dann

im schmerzhaften historischen Prozess der »ursprünglichen Akkumulation des Kapitals« gewaltsam alle Faktoren des Arbeitsprozesses Warencharakter bekamen, erhielten große Menschengruppen alles andere als Freiheitsspielräume, wurden ihnen vielmehr außerordentlich harte ökonomische wie außerökonomische Fesseln angelegt. Insofern entstand und funktionierte das »System der natürlichen Freiheit« alles andere als »selbsttätig«, sondern basierte auf Blut und Tränen, Deklassierung und sozialem Elend.

Obwohl die Metapher von der UHM zu Smith's wie auch zu späterer Zeit kategorisch auf die Effizienz gesamtwirtschaftlicher Koordination zu Gunsten eines »Wohlstands für alle« abstellte bzw. abstellt, verursacht die ex-post-Koordination des Marktes enorm hohe soziale Kosten, was vom Kern her dem Rationalitätskalkül schon widerspricht.

Problematisch ist der Ansatz insofern auch unter dem Aspekt, dass das Verfolgen des ökonomischen Eigeninteresses nicht per se zum Besten für die Allgemeinheit führt bzw. das Gemeinwohl steigert. John Nash (1950) hat etwa mit seinem spieltheoretisch fundierten Ansatz vom Nash-Gleichgewicht deutlich gemacht, dass optimale Teillösungen nicht zwangsläufig eine optimale Gesamtlösung generieren – eben weil optimale Teillösungen eine solche für andere Marktteilnehmer gerade doch ausschließen.

Hinterfragenswert ist weiterhin, dass die Metapher von der UHM mit der Annahme der Universalität menschlicher Natur operiert bzw. diese als eine gegebene Grundtatsache per se einfach unterstellt. Dass Wirtschaftssubjekte nicht alleine nur eine biologisch-psychische Dimension aufweisen, sondern entscheidend sozial-ökonomisch sowie kulturell-historisch geprägt werden, ihre Denk- und Verhaltensmuster demzufolge stark von ihrer Sozialisation beeinflusst sind, wird mit dieser Annahme im Grunde mystifiziert.

Festzuhalten ist auch, dass es den in der Theorietradition von Adam Smith argumentierenden ÖkonomInnen bislang nicht überzeugend gelang, die sich hinter dem Begriff der »unsichtbaren Hand« verbergenden Koordinationsleistungen schlüssig zu erklären und zu einer praktikablen Theorie zu formen. Wohl gibt dies die walrasianische bzw. neowalrasianische Gleichgewichtstheorie vor. Doch im Kern werden die Handlungen der Wirtschaftssubjekte auf *Tauschabsichten* reduziert und es bleibt offen, wie sie ohne zentrale Koordinationsinstanz zu *realen* Tauschvorgängen werden können. Als Ausweg bleibt im Grunde nur, dass die mit der »unsichtbaren Hand« verbundenen Koordinationsleistungen einer fiktiven Instanz übertragen bzw. zugeschrieben werden – dem »Auktionator«, der scheinbar stets das »Richtige« weiß.

Während Smith seine Metapher von der UHM noch auf dem Hintergrund realer Wirtschaftsabläufe entwickelte, konzentriert sich die heutige, axiomatisch angelegte neoliberale Markttheorie bei ihrer Arbeit mit der Metapher vor allem auf die Konstruktion und Analyse friktionsloser, formal-hypothetischer Ökonomien, um auf dieser Grundlage Gleichgewichts- und Koordinationsfragen zu lösen.

Hierbei kommt ein Wissenschaftsverständnis zur Anwendung, das eine eindeutig stringente Korrespondenz von formalen und realen Strukturen unterstellt. Das heißt, es wird prinzipiell davon ausgegangen, dass für jedes formale Theorem eine mögliche reale (empirische) Anwendung vorhanden ist. Die auf diese Weise gewonnenen Erkenntnisse können doch wohl kaum als konzentriert-abstrakte Abbildung realökonomischer Vorgänge begriffen werden. Vom Wesen her haben wir es hier mit einer – unzulässigen – »Vermischung aus formal-analytischen und ökonomischen Fragestellungen« (Hopp 2004, 2) zu tun.

Beachtung verdient auch, dass im Unterschied zu Smith seine späteren NachfolgerInnen die Metapher von der UHM sowie das Wirken des damit verbundenen Mechanismus auf *alle* Sphären der Gesellschaft bezogen haben bzw. beziehen. Somit mutiert die Gesellschaft ausschließlich zu einer *Marktgesellschaft*. Der hier deutlich werdende »Imperialismus der Ökonomie« bzw. die hier vertretene »Ökonomie der Nicht-Markt-Beziehungen« beinhaltet im Kern die generelle Anwendung des sogenannten ökonomischen Ansatzes auf sämtliche gesellschaftliche Aktivitäten und Beziehungen eines Individuums, egal ob diese marktfähig erfaßt werden oder nicht (Becker 1977). Mit anderen Worten: Die »Logik des Marktes« wird als grundlegendes Gestaltungsprinzip, als tragendes Verhaltensmodell für alle Individuen in Entscheidungssituationen mit konkurrierenden Zielen postuliert. Damit erfolgt eine höchst problematische Reduktion der Komplexität gesellschaftlichen Lebens, der Vielgestaltigkeit sozialen Verhaltens auf neoklassisch gefaßte Paradigmen des Markttausches. Christian Felber ist daher zuzustimmen, wenn er bemerkt, dass die heute weit verbreitete Sitte, »Menschen nach Markturteilen zu behandeln, die Würde im Namen der Rationalität zu verletzen und ökologische und soziale Bindungen im Namen der Effizienz und des Gewinns zu zerstören«, auf den »ethischen Komposthaufen der Geschichte« gehört (2008, 266/267. Vgl. auch seinen im Band enthaltenen Beitrag). Über den in einem solchen Ökonomieverständnis enthaltenen Autismus, speziell über die damit verbundenen verheerenden Folgen für Wirtschaft und Gesellschaft ist in jüngerer Zeit innerhalb der internationalen Zunft der Ökonominen und Ökonomen unter dem Stichwort der »Post Autistic Economics« eine wirklich spannende, intensive Debatte in Gang gekommen (vgl. u.a. Dürrmeier et al. 2006).

Schließlich kann nicht übersehen werden, dass die Metapher von der UHM im erheblichen Maße mythisch »aufgeladen« ist (vgl. Ötsch 2009), eine Art religiöser Tiefenstruktur aufweist (vgl. Büscher 1991), daher in diesem Zusammenhang auch nicht unbegründet von der »Religion des Marktes« die Rede ist. Beispielsweise erinnert der scheinbar tief verwurzelte, lang anhaltende und erst in jüngster Zeit stärker ins Wanken geratene Glaube daran, dass speziell eine Politik entlang der »unsichtbaren Hand« allen Individuen Wohlstand bringen und es gewissermaßen kaum eine Alternative dazu geben würde, doch an religiöse Heilsgewisheiten. Die Metapher von der UHM stellt gewissermaßen eine eherne Begründungsinstanz für eine Art Gottvertrauen auf die »segensreichen« Wirkungen des

Marktes, seine zeitlose Funktionsfähigkeit dar. Franz Segbers bemerkt hierzu treffend, dass das »Wiederaufleben der Rede von der ‚unsichtbaren Hand‘ zeigt, dass der Neoliberalismus auf den Stand einer religiös begründeten Weltanschauung zurückgefallen« ist (2002, 9). Und Peter Ulrich formuliert: »Der Markt wird so selbst zur höchsten Instanz in der (säkularisierten) Welt, die den Schöpfergott ersetzt« (2001, 39).

### *Wie steht es mit der »sichtbaren Hand«?*

Für Smith war klar, dass die Metapher von der »unsichtbaren Hand« nicht ohne ein Gegenmodell auskommt. Dieses sah er in der »sichtbaren Hand«. Sie findet bei ihm u.a. Erwähnung im Kontext mit der Figur eines Schachspielers, der alles überlegt und plant, Individuen wie Marionetten dirigiert.

Weiterhin ging Smith zum einen davon aus, dass die »unsichtbare Hand« generell nicht ohne den Staat, nicht ohne eine den wirtschaftlichen Ordnungsrahmen garantierende Zentralinstanz mit koordinierender, politisch gestaltender Funktion auskommen kann. Stichwort ist hier etwa der Aufbau bzw. Unterhalt »öffentlicher Anlagen und Einrichtungen«, die »für ein großes Gemeinwesen höchst nützlich sind, ihrer ganzen Natur nach niemals einen Ertrag abwerfen, der hoch genug für eine oder mehrere Privatpersonen sein könnte, um anfallende Kosten zu decken« – wie u. a. Straßen, Brücken, Post, Bildung, Häfen, Kanäle (Smith 1974, 612).

Zum anderen sieht Smith recht deutlich, dass auch im Zuge eines »natürlichen« bzw. normalen Wirtschaftsablaufs, gerade im Kontext fortschreitender Arbeitsteilung und hier vor allem der Entfremdung der Arbeit, doch recht problematische soziale Folgen bzw. gesellschaftliche Konsequenzen entstehen – und daher dem Staat Pflichten und Aufgaben zuwachsen, seine Intervention notwendig machen. Kurzum: Die »unsichtbare Hand« des Marktes bedarf der »sichtbaren Hand des Staates« (SHS), setzt diese geradezu voraus. Gerhard Streminger schreibt in diesem Zusammenhang: Die »unsichtbare Hand des Marktes greift hier daneben, und die sichtbare Hand des Staates muß ihr in den Arm fallen, um den Wohlstand der Gesellschaft zu sichern und zu fördern« (1995, 182).

In heutigen ökonomischen Debatten wird – in Anlehnung an Smith's »unsichtbare Hand« – mit dem Begriff von der »sichtbaren Hand« zum einen ein volkswirtschaftlicher Koordinationsmechanismus charakterisiert, bei dem seitens einer zentralen Institution der gesamte Wirtschaftsablauf geplant, strukturiert und kontrolliert wird, die wirtschaftenden Individuen ihre Ressourcen für die Produktion zugeteilt bekommen, Märkte und Preise im Grunde keine lenkende Funktion (vgl. u. a. Reiß 2007). Und zum anderen meint der Terminus

- generell den Staat mit seinen für die Wirtschaft relevanten Institutionen,
- das dem Staat zur Verfügung stehende wirtschaftspolitische Lenkungsinstrumentarium sowie
- die Wirtschaftspolitik des Staates selbst.

*Worin besteht der politökonomische Kern des aktuellen Diskurses zur »unsichtbaren Hand des Marktes« bzw. der »sichtbaren Hand des Staates«?*

Zunächst ist generell festzuhalten, dass das diesbezügliche pro und contra von

- a. politischen und wirtschaftlichen Interessenlagen und Kräftekonstellationen
- b. vorhandenen, gefährdeten oder angestrebten Machtpositionen der verschiedenen Wirtschaftssubjekte bzw. Kapitalgruppierungen
- c. den jeweils präferierten wirtschaftspolitischen Konzepten der verschiedenen handelnden Akteure
- d. der konkreten historischen Periode der wirtschaftlichen, konjunkturellen und sozialen Entwicklung des Kapitalismus insgesamt sowie in einer Region oder in einem Land bestimmt werden.

Der politökonomische Kern des aktuellen Diskurses besteht vor allem darin, dass infolge einer Reihe politischer, ökonomischer, ökologischer und sozialer Prozesse seit etwa zwei bis drei Jahren weltweit ernsthafte »Risse« im Hegemonialprojekt des Neoliberalismus, »Legitimationskrisen« des von ihm geprägten Kapitalismus sichtbar wurden. Auf diesem Hintergrund vollzog bzw. vollzieht sich eine Auseinandersetzung verschiedenster politischer Kräfte um eine nachhaltige strategische Gestaltung der Zukunft des Kapitalismus, seiner Wirtschaft und Gesellschaft. Es geht wesentlich um die hierfür notwendigen Politikkonzepte.

Markante Ausdrücke für die oben genannten Prozesse sind insbesondere in ihrer wechselseitigen Verflechtung

- der Klimawandel, der nach Nicholas Stern »das größte Marktversagen in der Geschichte« darstellt
- die weltweite Finanzmarktkrise, die gerade die Architektur des globalen Systems der Finanz- und Geldmärkte in akute Gefahr gebracht hat
- die globale Wirtschaftskrise mit ihren tiefen Einschnitten in die Realökonomie
- die drastisch sichtbar werdenden Krisen im Bereich von Energie, natürlichen Ressourcen sowie Ernährung
- die immer stärker hervortretenden Grenzen und Defizite der neoliberalen Politik von Liberalisierung, Deregulierung, Privatisierung, also der Vermarktlichung der Gesellschaft
- die höchst ambivalenten ökonomischen, ökologischen und sozialen Folgen marktradikaler Globalisierung
- die teils dramatischen Konsequenzen des politischen, militärischen und ideologischen Kurses der USA.

Sichtbar wird also eine fundamentale *Strukturkrise* des Kapitalismus mit einem *Marktversagen* von globalem Ausmaß. Die Entfesselung globaler Marktdynamik hat vor allem Instabilität und Zerstörungen hervorgebracht. Die Ära zumindest naiver Marktfaszination ist vorbei, der Mythos vom Wohlstand und Gleichgewicht schaffenden Markt deutlich desavouiert.

In diesem Kontext entwickelt sich unter den verschiedenen politischen Akteuren ein durchaus strategisches Nachdenken über politische Antworten auf die

Krise des neoliberalen Herrschaftsprojektes. Dabei wird zur Zeit gerade auch eine recht intensive Suche *jenseits* der »unsichtbaren Hand« forciert, erfolgt daher eine stärkere Beschäftigung mit (neuen) Möglichkeiten und Potenzialen spezifischer Staatsintervention.

Als konzeptionelles Gegenangebot werden in diesen Diskurs daher verstärkt Politikansätze eingebracht und diskutiert, die – zumindest zeitweilig – auf Distanz zur rigiden Marktgläubigkeit gehen und doch mehr auf die SHS setzen. Vorzugsweise geht es um eine staatliche Absicherung des Funktionierens zentraler »systemischer« Finanz- und Wirtschaftsstrukturen. Nur knapp sei an dieser Stelle verwiesen auf Staatsgarantien für »faule« Finanzprodukte, die staatlich gestützte Einrichtung von »Bad Banks«, die staatliche Kapitalbeteiligung bei wichtigen Banken bzw. ihre vorübergehende Verstaatlichung, Staatsaktivitäten wider die Insolvenz »systemrelevanter« Unternehmen einschließlich einer Staatsbeteiligung, die Auflage umfangreicher antizyklischer Konjunkturprogramme, staatliche Regulierungen der Finanzmärkte sowie staatlich gestützte Projekte etwa eines Public New Deal oder eines Green New Deal.

Der aktuelle Diskurs über die »Hände« wird in einem bestimmten Maße auch von Prozessen und Debatten in einer Reihe lateinamerikanischer Länder (vor allem Venezuela, Bolivien und Ekuador) beeinflusst. Sie vollziehen sich vor allem in jenen Ländern, in denen ökonomische Entwicklungspfade des Neoliberalismus schrittweise aufgegeben wurden bzw. werden und sich zudem ein – mehr oder weniger stark ausgeprägter – politischer Linksruck innerhalb der Gesellschaft vollzog (Stichwort: Konzepte eines »Sozialismus des 21. Jahrhunderts«). Hier verlaufen Streit und Kämpfe um die Rolle des Staates in der Wirtschaft insbesondere entlang der Politikmuster der Verstaatlichung, Nationalisierung oder Privatisierung der strategischen Bereiche der Volkswirtschaft, der Schlüsselindustrien sowie Rohstoff- und Energiesektoren.

Bei den anstehenden Grundsatzdebatten um die Gestaltung einer Wirtschaft und Gesellschaft der Zukunft stehen vor allem solche Fragen

- Wie weiter und auf welchen konzeptionellen Grundlagen geht es weiter?
- Welche Leitideen prägen den notwendigen Politikwechsel in der Gesellschaft?
- Welches Gewicht können Marktmechanismen auf der einen, staatliche Regulierung auf der anderen Seite erhalten?
- Inwieweit kann »Das Öffentliche« als ein Gegenkonzept zur Privatisierung tragfähig sein bzw. werden?
- Ist die Ausweitung des staatlichen Einflusses schon per se eine attraktive Option für die Zukunft oder ist nicht vielmehr eine stärkere Staatlichkeit an bestimmte soziale und ökologische Standards/Normen/Auflagen zu binden – und wenn ja, an welche?
- Auf welchen Pfaden kann und sollte sich der so dringend erforderliche sozialökologische Umbau der Gesellschaft vollziehen (vgl. hierzu auch Dellheim und Krause 2008)?

Mir scheint, dass Jürgen Trittin durchaus Recht hat, wenn er unter der Überschrift »Die sichtbare Hand« schreibt: »Eine neue und kluge Re-Regulierung des Marktgeschehens im globalen Maßstab ist die große politische Gestaltungsaufgabe unserer Zeit. Sie muß auf allen Ebenen der Politik ansetzen, regional und nationalstaatlich. Sie muß europäisch sein und sie muss neue Regeln in den multilateralen Institutionen der globalen Politik schaffen« (2007, 7).

*Welche Metamorphosen haben die Metaphern von der »unsichtbaren« und »sichtbaren Hand« erfahren?*

Innerhalb der Wirtschaftstheorie entstanden in den zurückliegenden Jahren auf der Grundlage der Metaphern von der UHM bzw. der SHS eine Reihe neuer »Hände«-Ansätze sowie auch eine »Finger«-Metapher.

Bekannt sind insbesondere die Ansätze von der »helfenden Hand« (helping hand), der »verborgenen Hand« (hidden hand) und der »raffenden Hand« (grabbing hand). Ihr gemeinsamer Kern besteht vor allem darin, dass

- das Wirken des Staates nicht marktkonform geschieht und die Akteure des Staates, d. h. staatliche Bürokratien und Politiker, ökonomische und politische Eigeninteressen verfolgen, teils von Korruption betroffen sind
- auf der Grundlage problematischer Staatsintervention wirtschaftliche Fehlentwicklungen zustande kommen.

Entstanden sind diese Ansätze auf dem Hintergrund verschiedener Prozessen von »Staatsversagen« bei der Lenkung von Volkswirtschaften. So bemerken etwa Shleifer und Vishny hierzu, »public sector performance failures have called into question economists' conventional views of the state« (1998, 2).

Das Phänomen einer Visibilisierung von Smith's »unsichtbarer Hand« beschäftigt seit einiger Zeit das ökonomische Denken. Diese Frage korrespondiert unmittelbar mit der im Wirtschaftsleben immer stärker gewordenen virtuellen Dimension von Marktprozessen. In diesem Kontext hat Robert Clower (1994) die Metapher von den »sichtbaren Fingern« in die Debatte eingeführt. Sie erwuchs aus seiner Beschäftigung mit der Smith-Interpretation des französischen Ökonomen Jean B. Say (1767–1832). Dieser hatte bekanntlich u.a. versucht, über eine genauere Analyse von den Handel vereinfachen Dienstleistungen – und hierbei speziell der Rolle und Aufgaben von Handelsspezialisten – eine Konkretisierung der UHM vorzunehmen und auf diese Weise ein besseres Verständnis ihres Wirkung zu erreichen.

## **Schlussbemerkungen**

Fünf Aspekte sollen zum Abschluss meines Beitrages besonders betont werden. *Erstens* besitzen politische wie ökonomische Metaphern – weit über ihre Versinnbildlichung eines Phänomens hinaus – verschiedene Bedeutungsschichten. Ihre

Verwendung sagt einiges über das Denken einer Zeit und ihrer Theoretiker aus. In diesem Zusammenhang ist dann bei den »Hände«-Metaphern zu fragen: Wo ist der »Arm«, der die »Hand« bewegt? An welchem »Körper« befindet sich der »Arm«? Wie steht es um den »Kopf«, der »Arm« und »Hand« steuert? (vgl. Bluhm und Malowitz 2007, 8). Und: Sind diese »Gliedermaßen« in einer bestimmten Ordnung ebenfalls invisibilisiert, aber in ihrer Wirkung real vorhanden? Bekanntlich sind ökonomische, generell gesellschaftliche Verhältnisse überhaupt nicht unmittelbar, sondern oft vor allem in Formen symbolischer Repräsentation sichtbar. Und für welche sozialen Phänomene und Institutionen stehen dann diese Gliedermaßen? Das heißt, body politic bedarf einer möglichst eindeutigen sozialen Dechiffrierung (vgl. auch Brangsch, 27, 29).

*Zweitens* geht es beim Thema »Hände« in der Ökonomie stets um theoretische wie praktische Fragen der unterschiedlichen Koordinations- und Lenkungsmechanismen von Volkswirtschaften.

*Drittens* stehen dabei die Begriffe von »Markt« und »Staat« im Mittelpunkt und der Fokus ist speziell auf ihre jeweils spezifischen Potentiale und Leistungen, ihre vorhandenen Grenzen und Unvollkommenheiten bei der gesamtwirtschaftlichen Steuerung gerichtet.

*Viertens* üben die verschiedenen »Hände«-Metaphern eine vergleichsweise starke normative Wirkung aus. Sie eignen sich in besonderer Weise zum Transport ideologischer wie politischer Botschaften.

*Fünftens* ist davon auszugehen, dass – da in der Geschichte des Kapitalismus der Markt-Staat-Diskurs bislang eine relativ stabile Konstante darstellt und die wesentlichsten strukturellen Voraussetzungen hierfür (wie etwa Märkte, Preise, Geld und Konkurrenz) weiterhin existieren – unterschiedliche politischen Akteure die »Hände«-Metapher zur Begründung bzw. Legitimation ihrer jeweils spezifischen Interessen und Positionen verwenden werden.

## Literatur

- Becker, G. S. (1977), The Economic Approach to Human Behavior. Discussion Paper für das internationale Seminar über die soziologische Ökonomie in Paris v. 28. bis 30. September unter Beteiligung des C. N. R. S., M. S. H., C. R. E. D. O. C. und N. S. F., Paris.
- Blaug, M. (2008), invisible hand. In: The New Palgrave. Dictionary of Economics. Second Edition. Ed. by St. N. Durlauf, L. E. Blume. Vol. 4, Hundsmill-Basingstoke.
- Bluhm, H.; Malowitz, K. (2007), Märkte denken. Ideengeschichtliche und ideenpolitische Koordinaten. In: Berliner Debatte INITIAL 18.
- Brown, J. D.; Earle, J. S.; Gehlbach, S. (2008), Helping Hand or Grabbing Hand? State Bureaucracy and Privatization Effectiveness. Upjohn Institute Staff Working Paper 08-142.
- Büscher, M. (1991), Gott und Markt – religionsgeschichtliche Wurzeln Adam Smiths und die »Invisible Hand« in der Industriegesellschaft. In: Meyer-Faje, A.; Ullrich, P. (Hrsg.), Der andere Adam Smith. Beiträge zur Neubestimmung von Ökonomie als Politische Ökonomie. Bern-Stuttgart-Wien.
- Candeias, M. (2008), Finanzkrise und neuer Staatsinterventionismus, rls-standpunkte, 24.
- Candeias, M.; Rilling, R.; Weise, K. (2008), Krise der Privatisierung – Rückkehr des Öffentlichen. In: WSI Mitteilungen 10.

- Dellheim, J.; Krause, G. (Hrsg.) (2008), Für eine neue Alternative. Herausforderungen einer sozialökologischen Transformation. Berlin.
- Deutsche LindPark AG (2008), Markt-Analyse der LindPark AG vom 17. Juli 2008.
- Dürmeier, Th. et al. (2006), Die Scheuklappen der Wirtschaftswissenschaft: Postautistische Ökonomik für eine plurale Wirtschaftslehre. Marburg.
- Felber, Ch. (2008), Neue Werte für die Wirtschaft. Eine Alternative zu Kommunismus und Kapitalismus. Wien.
- Friedman, M. (1981), The Invisible Hand in Economics and Politics: Inaugural Singapore Lectures, Singapore.
- Grapp, W. D. (2000), What did Adam Smith mean by the invisible hand? In: Journal of Political Economy 108, No. 3 (June).
- Güllner, M. (2008), Privatisierung staatlicher Leistungen – Was wollen die Bürger? Ergebnisse einer FORSA-Umfrage. Download: <http://www.who-owns-the-world.org/wp-content/uploads/2008/01/forsa.pdf>.
- Hahn, F. (1982), Reflections on the Invisible Hand. In: Lloyds Bank Review, April 144.
- Hank, R. (2008), Die neue Sehnsucht nach einem New Deal. In: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung vom 19. Oktober.
- Haug, W. F. (2004), Irrationalität des Kapitalismus. In: Historisch-kritisches Wörterbuch des Marxismus. Bd. 6/II, Hamburg.
- Hopp, St. (2004), Die unsichtbare Hand – und vier Versuche, sie sichtbar zu machen. Dissertation. Universität Bamberg.
- Ingrao, B.; Israel, B. (1990), The Invisible Hand. Economic Equilibrium in the History of Science. Cambridge-London.
- Institut für Gesellschaftsanalyse der Rosa Luxemburg Stiftung (2009), Die Krise des Finanzmarkt-Kapitalismus – Herausforderung für die Linke. Kontrovers. Beiträge zur politischen Bildung 1. März.
- Kuhn, F. et al. (2006), MehrWert. Grüne Marktwirtschaft. AutorInnenpapier zur Vorbereitung des wirtschaftspolitischen Kongresses »Grüne Marktwirtschaft« der Bundestagsfraktion Bündnis '90/Die Grünen am 17. und 18. November in Berlin, Berlin.
- Kurz, R. (2009), Neoliberaler Keynesianismus. In: Neues Deutschland vom 19. Juni.
- Masciandaro, D.; Quintyn, M. (2008), Helping Hand or Grabbing Hand? Supervisory Architecture, Financial Structure and Market View. IMF Working Paper WP/08/47.
- Minowitz, P. (2004), Adam Smith' invisible hands. In: Economic Journal Watch 1.
- Müller, H. (2008), Verdamm, wo bleibt die Ordnungspolitik? In: manager magazin, Heft 11 vom 24. Oktober 2008.
- Nash, J. F. (1950), Non-cooperative games. Princeton.
- Ötsch, W. (2009), Mythos MARKT. Marktradikale Propaganda und ökonomische Theorie. Marburg.
- Persky, J. (1989), Retrospectives: Adam Smith' invisible hands. In: Journal of Economic Perspectives 3 (4).
- Reiß, W. (2007), Mikroökonomische Theorie. München.
- Rothschild, E. (1994), Adam Smith and the Invisible Hand. In: American Economic Review. Vol. 84, No. 2 (May).
- Schäfer, U. (2000), Der Staat als heilende Hand. In: Süddeutsche Zeitung vom 19. März.
- Schrooten, M. (2009) in: »Neoliberalismus wird neu definiert«. Gespräch mit Mechthild Schrooten, <http://www.jungewelt.de/2009/05-02/022.php>
- Schuppert, G. F. (2008), Der Staat bekommt Gesellschaft. Warum die Bilder »Rückzug« und »Zerfaserung« nicht weiterhelfen. In: WZB-Mitteilungen 121, September.
- Segbers, F. (2002), Religion des Marktes. Neoliberalismus contra Soziale Marktwirtschaft. <http://www.ofdc.de/bek-2.html>, Seite zuletzt geändert: 2002-11-06 wk.
- Shleifer, A.; Vishny, R. W. (1998), The Grabbing Hand. Government Pathologies and Their Cures. Cambridge-London.
- Smith, A. (1759/1926), The theory of moral sentiments. (Deutsch: Theorie der ethischen Gefühle. Hamburg).
- Smith, A. (1776/1976,1975), An inquiry into the nature and causes of the wealth of nations. (Deutsch: Eine Untersuchung über das Wesen und die Ursachen des Reichtums der Nationen. Erster Band, Zweiter Band. Berlin).
- Smith, A. (1795/1980), History of Astronomy. In: Essays on philosophical subjects. Oxford.
- Smith, A. (1974), Der Wohlstand der Nationen: Eine Untersuchung seiner Natur und seiner Ursachen. München.
- Straubhaar, T. (2008), Die nächste Krise kommt bestimmt. HWWI Standpunkt, 18. Oktober 2008.
- Streissler, E. (2003), Adam Smith's ultimate invisible hand: content and rhetoric. In: History of Economic Thought Newsletter 8.
- Streminger, G. (1995), Der natürliche Lauf der Dinge. Essays zu Adam Smith und David Hume (speziell 4. Essay: Die Unsichtbare Hand des Marktes und die Sichtbare Hand des Staates – Zur Sozialphilosophie Adam Smiths). Marburg.
- Suntum, U. v. (2005), Die unsichtbare Hand. Ökonomisches Denken gestern und Heute. Dritte, verbesserte Aufl., Berlin – Heidelberg – New York.
- Tobin, J. (1992), The Invisible hand in Modern Macroeconomics. In: Fry, M. (ed.), Adam Smith's Legacy. His Place in the development of Modern Economics. London – New York.
- Trittin, J. (2007), Die sichtbare Hand. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung v. 2. Juli.

- Ulrich, P. (2008), [www.kvschweiz.ch/Context/Aktuelle-Ausgabe/Monatsinterview-Ulrich-11-08](http://www.kvschweiz.ch/Context/Aktuelle-Ausgabe/Monatsinterview-Ulrich-11-08)
- Ulrich, P. (2001), *Integrative Wirtschaftsethik. Grundlagen einer lebensweltlichen Ökonomie*. Bern.
- Vaughn, K. I. (1987), *Invisible hand*. In: *The New Palgrave: A Dictionary of Economics*. Ed. by J. Eatwell et al. Basingstoke.
- Wikipedia (2009), *Unsichtbare Hand*. Eintrag v. 8. Juli. [http://www.wikipedia.org/wiki/Unsichtbare\\_Hand](http://www.wikipedia.org/wiki/Unsichtbare_Hand)
- Weizsäcker, E.U. v. et al. (2006), *Grenzen der Privatisierung*, Stuttgart.

## **Fortschritt und Rückschritt der Europäischen Union**

Durch die Einheitliche Europäische Akte (EEA) von 1986 gelang es, den europäischen Integrationsprozess, der den Weg zur Währungsunion vorbereitete, wieder in Gang zu bringen (Lelart 1994). Dieser Neubeginn erfolgte nach 10 Jahren Lethargie, die vor allem durch den Abschwung der europäischen Wirtschaft nach der ersten Ölkrise hervorgerufen wurde. »Europaskepsis« und ein Gefühl der Stagnation gefährdeten den für den ursprünglichen Charakter der europäischen Integration unverzichtbaren Solidaritätsgeist und führten zur Entstehung neuer Formen von Protektionismus, durch die die supranationalen Gemeinschaftsorgane, insbesondere die Europäische Kommission, in den Hintergrund gerieten. Die Unterzeichnung der EEA leitete einen Aufwärtstrend ein, der seinen Höhepunkt in der Gründung der Europäischen Zentralbank (EZB) und in der Einführung der gemeinsamen Währung fand. Seit der Umstellung auf den Euro hat aber der europäische Integrationsprozess, insbesondere im Bereich der Wirtschaftspolitik, an Dynamik verloren.

Der Vertrag über die Einheitliche Europäische Akte stellte die Dynamik der europäischen Integration wieder her, indem er alle Hemmnisse des Warenverkehrs (Binnenmarkt) und der Finanzdienstleistungen beseitigte und die Niederlassungsfreiheit von Kreditinstituten (Europäischer Finanzraum) gewährleistete. Darüber hinaus legte der Vertrag über die Einheitliche Europäische Akte die vollständige Liberalisierung des Kapitalverkehrs fest. Die Liberalisierung der Kapitalströme galt nicht nur für die Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Union, sondern auch für außereuropäisches Kapital.

Den Fürsprecher/innen der in der EEA verankerten Reformen zufolge beruht dieser Auftrieb auf dem Modell des dynamischen Ungleichgewichts, wonach angenommen wurde, dass die Reformen durch die EEA – insbesondere die vollständige Deregulierung des Kapitalverkehrs – als Antriebskraft für die europäische Währungsunion wirken würden. Dieser Theorie zufolge würde der uneingeschränkte Kapitalverkehr, wie er von der Europäischen Kommission ins Auge gefasst wurde, gemäß dem Mundel-Fleming-Modell – des Zusammenhangs zwischen binnenwirtschaftlichem, außenwirtschaftlichem und gesamtwirtschaftlichem Gleichgewicht – das Europäische Währungssystem (EWS) überflüssig machen und stattdessen eine gemeinsame Währung erfordern. Die Vereinheitlichung der Geldpolitik würde wiederum zu einer Vereinheitlichung anderer wirtschaftspolitischer Aspekte aufgrund der Tatsache führen, dass eine einseitige Ausrichtung des Policy-Mix auf die zentrale Steuerung von Währungsbewegungen enorme Kosten verursachen würde. Die europäischen Staaten würden automatisch in eine

Dynamik verfallen, die sich ihrer Kontrolle entziehen und die eine stufenweise Verringerung ihrer Befugnisse nach sich ziehen würde. Wenn dann die teilnehmenden Staaten erst einmal in dieser »Falle« wären, würde nach und nach in aufeinander folgenden Stufen eine engere europäische Integration herbeigeführt, die letztendlich auch die politische Integration wesentlich voranbringen würde.

Vorliegender Beitrag verfolgt zwei Ziele. Erstens soll eine kritische Analyse des Modells des dynamischen Ungleichgewichts vorgenommen werden, auf das sich die in den 1980er und 1990er Jahren ergriffenen Maßnahmen zur Förderung der Währungsunion stützen. Dabei sollen auch deren Auswirkungen auf den europäischen wirtschaftlichen Integrationsprozess insgesamt beleuchtet werden. Die Analyse zeigt, dass die Europäische Währungsunion keinesfalls das Ergebnis eines institutionellen Prozesses ist, der von der Europäischen Kommission in Gang gesetzt und durch die Liberalisierung des Kapitalverkehrs vorangetrieben worden wäre, wie im Modell des dynamischen Ungleichgewichts angenommen. Vielmehr trug die Deregulierung der Kapitalströme dazu bei, dass der europäische Raum in den finanziellen Globalisierungsprozess eingebunden wurde und somit einer der Faktoren war, die letztendlich diesen Prozess unterminierten. Angesichts der fortschreitenden wirtschaftlichen Integration Europas stellte sich zudem heraus, dass die Angleichung der Geldpolitik nicht jene Ergebnisse hervorbrachte, die durch das Modell des dynamischen Ungleichgewichts in Bezug auf eine engere Abstimmung bzw. Angleichung anderer Bereiche der Wirtschaftspolitik prognostiziert worden waren.

Das zweite Ziel meines Betrages besteht darin, die Rolle der Staaten als treibende Kräfte im europäischen Integrationsprozess und in Bezug auf die makroökonomische Politik hervorzuheben. Die Analyse zeigt, dass die Haltung insbesondere der einflussreichsten europäischen Staaten die Höhen und Tiefen des Integrationsprozesses erklärt. Der neue Auftrieb der 1980er und 1990er Jahre war das Ergebnis eines geökonomischen Kompromisses zwischen den beiden mächtigsten europäischen Staaten: Die Anerkennung der deutschen Einigung durch Frankreich als Gegenleistung für die deutsche Akzeptanz des von Frankreich unterstützten Projekts einer gemeinsamen Währung. Dieser Anreiz diente auch den Interessen europäischer Investoren.

Der derzeitige Stillstand der Integration geht darauf zurück, dass die Staaten nicht bereit sind, die Kosten einer engeren Abstimmung des europäischen Policy-Mix zu tragen. Ursache für diese Haltung ist die enge Verflechtung zwischen der Finanzpolitik und der politischen Konzeption der Nationalstaaten selbst. Diese enge Verflechtung macht es außerordentlich schwierig, bei der Koordinierung des europäischen Policy-Mix voranzukommen, ohne zunächst Fortschritte bei der politischen Einigung Europas zu erzielen. Die finanzielle Globalisierung und ihre Konsequenz – der zunehmende Neoliberalismus – verzögern den Integrationsprozess unter zwei Gesichtspunkten: Erstens, weil dadurch Interessenkonflikte zwischen dem multinationalen Kapital in Europa und einer stärkeren europäischen

Integration entstehen, und zweitens, weil dies dazu beiträgt, dass die europäischen Institutionen unter dem Druck europäischer Staaten die neoliberale Reform in Europa vorantreiben. Diese Entwicklung führte dazu, dass sich immer mehr Menschen mit der europäischen Integration nicht mehr identifizieren können.

### **Die Dynamik des gemeinsamen Währungsprojekts gemäß der Theorie des dynamischen Ungleichgewichts: Die treibende Rolle von supranationalen Institutionen und Ausstrahlungseffekten**

Für das europäische Integrationsmodell gibt es zwei hauptsächliche Ansätze: Das Modell des dynamischen Ungleichgewichts und das Konzept der zwischenstaatlichen Zusammenarbeit (Van Apeldoorn 2002, Nollert, Fielder 2000, Grieco 1995, Corbey 1995, Sandholtz, Zysman 1989).

Das Modell des dynamischen Ungleichgewichts, das der Wiederaufnahme des europäischen Integrationsprozesses zugrunde lag, leitet sich von der neofunktionalistischen Theorie ab. Diese an die liberale Tradition gebundene Theorie misst überstaatlichen und zwischenstaatlichen Akteuren, die als treibende Kräfte des Projekts gelten, eine fundamentale Bedeutung bei.

Die Theorie des dynamischen Ungleichgewichts geht davon aus, dass der europäische Integrationsprozess aus aufeinander folgenden Stufen besteht: Dem Gemeinsamen Markt, dem Binnenmarkt, dem europäischen Finanzraum, der gemeinsamen Währung usw. Die Vollendung jeder Stufe setzt tief greifende Veränderungen der europäischen Volkswirtschaften voraus. Dadurch würde jeder Rückzug aus dem Integrationsprozess außerordentlich teuer werden. Kohärenz und Konsolidierung sind auf jeder Stufe die Voraussetzung für weitere Fortschritte auf der jeweils nächsten Stufe. Das Ende von Dynamik an einem bestimmten Punkt zieht automatisch eine Schwächung des bisher Erreichten nach sich. Die Vollendung aufeinander folgender Stufen führt dazu, dass die Nationalstaaten zunehmend ihre Eigenständigkeit aufgeben.

Das Modell des dynamischen Ungleichgewichts versteht das Projekt der Europäischen Währungsunion (EWU) als selbsttragenden Prozess mit föderaler Grundausrichtung. Dieser Prozess wird durch Reformen der EEA ausgelöst, die von überstaatlichen Institutionen, insbesondere von der Europäischen Kommission, und vom europäischen grenzüberschreitenden Kapital »konzipiert« wurden. Antriebskraft sei dabei technokratische Rationalität.

So ist die durch die Europäische Kommission im Jahre 1986 verwirklichte Liberalisierung des Kapitalverkehrs und der Finanzdienstleistungen für den Binnenmarkt von entscheidender Bedeutung. Vor dem Hintergrund des freien Kapitalverkehrs wird die Unabhängigkeit der Geldpolitik mit der Stabilität der Wechselkurse unvereinbar. Gemäß dem Modell des dynamischen Ungleichgewichts werden die Mitgliedstaaten vor zwei unannehmbare Entscheidungen gestellt: Ver-

lust der Kontrolle über die nationale Währungspolitik, wenn die Aufrechterhaltung des EWS Vorrang erhält, oder das Risiko »kompetitiver« Abwertungen (zur Förderung eigener Exportleistungen), wenn die Kontrolle über die nationale Währungspolitik bevorzugt wird. »Kompetitive« Abwertungen würden das EWS destabilisieren und den Binnenmarkt gefährden, indem sie den internationalen Wettbewerb verzerren. Diese ausweglose Situation würde ganz natürlich zur Währungsunion führen.

Eine ausschließlich währungspolitisch orientierte Zentralisierung würde letzten Endes volkswirtschaftliche Kosten verursachen. Dies wiederum könnte das Projekt der gemeinsamen Währung gefährden. Es sei denn, dass sich die europäischen Staaten über substanzielle Fortschritte bei der Angleichung oder sogar Zentralisierung anderer Komponenten der Wirtschaftspolitik einigen (Sifakis 1998). Die Kosten sind im Rahmen einer Währungsunion insbesondere bei asymmetrischen Wirtschaftsschocks relevant. Die Zentralisierung der Währungspolitik würde es den Mitgliedstaaten unmöglich machen, durch eine Steuerung der Nachfrage stabilisierend einzugreifen. Eine gute Regulierung und tragfähige Funktionsweise der Währungsunion setzen eine gemeinsame Kostenteilung voraus. Die teilnehmenden Staaten müssten daher zusätzliche Schritte in Richtung eines finanzpolitischen Föderalismus und einer finanzpolitischen Koordinierung (bzw. sogar Zentralisierung) der Haushaltspolitik unternehmen. Sobald die Staaten also in dieser »Falle« sind, würde die Vertiefung der europäischen Integration auch durch erhebliche Fortschritte bei der politischen Integration vorangetrieben werden.

Das Modell des dynamischen Ungleichgewichts betrachtet Ausstrahlungseffekte als entscheidendes Element. Um einen gewissen Einblick in ihre Entstehung zu vermitteln, können diese Effekte in drei Kategorien eingeteilt werden:

- Ausstrahlungseffekte auf währungspolitischer Ebene, die sich aus Liberalisierungs-/Deregulierungsmaßnahmen im Zuge der Umsetzung der EEA ergeben (vom Binnenmarkt und europäischen Finanzraum zur gemeinsamen Währung);
- Ausstrahlungseffekte in Bezug auf den europäischen Policy-Mix (von der Vereinheitlichung der Geldpolitik zur Koordinierung/Zentralisierung anderer wirtschaftspolitischer Komponenten) und
- Ausstrahlungseffekte auf politischer Ebene (von der Koordinierung/Zentralisierung der Wirtschaftspolitik zur politischen Integration).

Diese Kategorien von Ausstrahlungseffekten sind mit jeweils unterschiedlichen Schwierigkeiten, Interessen und Institutionen verbunden.

Innerhalb der ersten Kategorie von Ausstrahlungseffekten spielt die Liberalisierung des Kapitalverkehrs eine Schlüsselrolle. Der Druck internationaler Kapitalströme führt in der Tat zu Einschränkungen in der nationalstaatlichen Wirtschaftspolitik, indem deren Fähigkeit zur Stabilisierung verringert wird. Diese Einschränkungen machen die europäische Währungsunion »notwendig«. Dieser »externe Zwang« wird daher nicht nur zu einem sehr wichtigen Argument für die Notwendigkeit einer Währungsunion, sondern gleichzeitig zu einer sich selbst er-

füllenden Prophezeiung. Dadurch wird die vermeintliche Unfähigkeit Europas, dem Globalisierungsprozess entgegenzuwirken (Delors 2004, 203), als Argument angeführt, um die Auswirkungen der Globalisierung durch eine vollständige Liberalisierung des Kapitalverkehrs zu beschleunigen. Die Erzeugung der vorausgesagten Effekte auf die nationalstaatliche Wirtschaftspolitik fördert das Projekt der Europäischen Währungsunion, mit der die Koordinierung/Zentralisierung der geschwächten nationalen Wirtschaftspolitiken erfolgen soll. Michel Aglietta (1990) hat dies klar erläutert. Er analysiert die Ursachen dafür, dass die uneingeschränkte Mobilität des Kapitals eine *conditio sine qua non* für die Errichtung einer supranationalen Zentralbank ist. Zugleich zeigt er, wie die europäischen Staaten durch die Währungsunion ihre finanzpolitische Autonomie zurückgewinnen können, die wegen der Anforderungen an die Zahlungsbilanz ansonsten auf einzelstaatlicher Ebene verloren gehen würde. Abschließend weist er auf Gefahren in Verbindung mit der bereits im Gang befindlichen finanziellen Liberalisierung hin, sollte diese nicht durch die Währungsunion begleitet werden.

Im Gegensatz zum Modell des dynamischen Ungleichgewichts, das die Schlüsselrolle der Kommission einerseits und der Ausstrahlungseffekte andererseits zur Förderung der europäischen Integration hervorhebt, konzentrieren wir uns in unserer Analyse auf die entscheidende Rolle der Mitgliedstaaten als treibende Kräfte in diesem Prozess.

### **Die tatsächliche Dynamik des EWU-Prozesses (1986-1992): Die entscheidende Rolle der Staaten und der Machtbalance**

Das Projekt der Europäischen Währungsunion wurde zum ersten Mal Anfang der 1970er Jahre im Werner-Bericht erwähnt. Der Werner-Bericht empfahl die Vollendung der Währungsunion bis Ende der 1970er Jahre. Der Bericht konnte jedoch keinen Konsens zwischen den europäischen Staaten erzielen. Vielmehr offenbarten die Verhandlungen im Anschluss an die Berichtsveröffentlichung den Grad der Meinungsverschiedenheiten in Bezug auf die Möglichkeit einer gemeinsamen Währung. Sie spiegelten widersprüchliche Positionen wider, die von Ländern mit einer »starken« Währung (Deutschland und die Niederlande) und Ländern mit einer »schwachen« Währung (Frankreich) verteidigt wurden. Die Erstgenannten betrachteten die strukturelle Konvergenz sowie die Annäherung des Entwicklungsniveaus zwischen den Mitgliedstaaten als Grundvoraussetzung einer Währungsunion in Europa, wodurch das Projekt weit in die Zukunft verschoben würde. Auf der anderen Seite unterstützten Länder mit »schwacher« Währung eine Währungsumstellung »auf einen Schlag«, die dann zur Konvergenz führen würde. Diese gegensätzlichen Haltungen der europäischen Länder zu den Bedingungen und der für die Europäische Währungsunion benötigten Zeitspanne dauerten bis zur Ausarbeitung des Vertrags von Maastricht an.

Die Währungsunion nahm konkrete Gestalt an, als 1984 Jacques Delors Präsident der Kommission wurde. Seine Ernennung spiegelte Frankreichs Entschlossenheit wider, dem Prozess der europäischen Währungsintegration neuen Auftrieb zu geben.<sup>4</sup> Es sei darauf hingewiesen, dass Jacques Delors, Verfechter einer föderalistischen Konzeption der europäischen Integration, François Mitterrands erster Wirtschafts- und Finanzminister war. Nach seiner Ernennung übernahm Jacques Delors das Ressort für Währungsangelegenheiten, das er »zum ersten und einzigen Male in der Geschichte der Europäischen Kommission« (Delors 2004, 193) vom Wirtschaftsressort trennte. Darüber hinaus war das Projekt der gemeinsamen Währung einer von drei Vorschlägen, die damals den europäischen Staats- und Regierungschefs – vor dem Hintergrund der fortschreitenden Krise des Ostblocks – für die Neubelebung der europäischen Integration vorgelegt wurden. Der mangelnde Konsens zu diesem Projekt war für ihn Anlass, die Vollendung des großen Binnenmarkts vorzuschlagen (ebenda, 185). »Dies (dieser große Binnenmarkt – C. S-K.) war eine Erfüllungsmision. Delors knüpfte sie aber an ein umfassenderes Ziel, nämlich das eines Sprungbretts für eine Wirtschafts- und Währungsunion« (Hoffmeyer 2000, 61).

Frankreich betrachtete die gemeinsame Währung als ein System, das mit dem reibungslosen Funktionieren des großen Binnenmarktes (im Gegensatz zum System der schwankenden Währungen) vereinbar ist und gleichzeitig die für Deutschland vorteilhafte Asymmetrie des EWS berücksichtigte. Dem Vernehmen nach hat Mitterrand Bundeskanzler Helmut Kohl im Dezember 1985 erläutert: »Der Binnenmarkt ohne Währung hat keinen Sinn« (Attali 1995, zit. in Hoffmeyer 2000, 61). Dagegen waren die Deutschen nicht bereit, ihre wirtschaftliche und währungspolitische Vormachtstellung zu teilen, und befürworteten eine gemeinsame Verteidigungspolitik – ein Vorhaben, hinter dem sich ihre Forderung nach einer »politischen« Einigung Europas verbarg, der wiederum Frankreich nicht zustimmte (Attali 1995, 365 u. 1997, 454).

Aufgrund der unterschiedlichen Positionen Frankreichs und Deutschlands war Frankreichs Akzeptanz einer vollständigen Deregulierung des Kapitalverkehrs ein Zugeständnis. Im Gegenzug erhoffte sich Frankreich Zugeständnisse bei der gemeinsamen Währung. Vor der Ernennung Delors' lehnten Frankreich sowie einige andere europäische Länder mit schwachen Währungen, insbesondere südeuropäische Länder, die von Deutschland unterstützte Liberalisierung des Kapitalverkehrs ab. Das Projekt der gemeinsamen Währung hatte wesentlichen Anteil an der Veränderung der französischen Position und folglich an der Position von weniger entwickelten Ländern, wodurch die Liberalisierung des Kapitalverkehrs möglich wurde. Die französische Wende war entscheidend für den Liberalisierungspro-

4 Mehrere Studien betonen den Einfluss der französischen Sichtweise und der französischen Beamten in der Kommission während der 70er Jahre. I. Maes (1998) stellt hierzu fest, dass der für die Generaldirektion II, Wirtschaft und Finanzen, verantwortliche Kommissar immer ein Franzose war, außer wenn sich ein Franzose an der Spitze der Kommission befand.

zess, da Frankreich eine der beiden treibenden Kräfte der europäischen Integration darstellte. Darüber hinaus war Frankreich stets unerbittlicher Verfechter des Konzepts der zwischenstaatlichen Zusammenarbeit für die europäische Integration – im Gegensatz zum föderalistischen Konzept, das von den Verfechtern wirtschaftlicher Liberalisierungsmechanismen, darunter insbesondere Deutschland, bevorzugt wurde.

Delors selbst gab den Anstoß zu dieser Reform. »Ich denke, dass beim Projekt eines ›wirtschaftlichen Europas‹ keine Fortschritte erreicht werden konnten, ohne das Risiko von Ungleichgewichten in Kauf zu nehmen. Diese Maßnahme (vollständige Liberalisierung des Kapitalverkehrs – C. S.-K.) gab dem Gesamtprojekt großen Elan und Glaubwürdigkeit. Sie war einer der wichtigsten Bausteine .... Wenn man bedenkt, was nach dem Europäischen Währungssystem geschehen würde, war es wichtig, diesen Grundpfeiler des grenzfreien Marktes zu errichten« (Delors 2004, 203).

Frankreich drohte mit einer Anfechtung der Liberalisierung des Kapitalverkehrs, um Konzessionen bezüglich der Währungsunion zu erhalten. Dies geschah von 1987, als die EEA in Kraft gesetzt wurde, bis 1992, der Frist für den Abschluss der Reform (Hoffmeyer 2000, 77). Diese Drohung reichte jedoch nicht aus, um einen Konsens zum EWU-Projekt zu erreichen. Es war die Veränderung des geopolitischen Kontexts Ende der 1980er Jahre, die dazu führte, dass Deutschland die gemeinsame Währung akzeptierte und dafür insbesondere Frankreich der deutschen Einigung zustimmte. Um die realen Erfolgsaussichten dieses Projekts ohne die Wirkung dieser echten »Revolution« zu erfassen, sollte man nicht allein die offizielle Haltung der europäischen Staaten, insbesondere Deutschlands, betrachten, das die Europäische Währungsunion stets befürwortete. Vielmehr ist die Frage wichtig, ob damals ein Konsens über die für die Verwirklichung des Projekts notwendigen Voraussetzungen und zeitlichen Grenzen bestand. Diesen Konsens gab es vor den geopolitischen Veränderungen in Europa Ende der 1980er Jahre (insbesondere 1989) offensichtlich nicht.

Im Gegensatz zum neofunktionalen Konzept (Sandholz, Zysman 1989) spielten die supranationalen Akteure – die Europäische Kommission und die transnationale Elite der bedeutendsten europäischen Unternehmen – keine entscheidende Rolle bei der Neubelebung der europäischen Integration.

Der eigentliche Entscheidungsträger in Bezug auf die neue Politik in Europa ist der Rat der Staats- und Regierungschefs (Europäischer Rat) und nicht die Europäische Kommission. Die Kommission kann dem Europäischen Rat keine offiziellen Vorschläge, sondern nur Mitteilungen und Berichte vorlegen (Bertrand 2002, 33). Der Delors-Bericht (1989), der die Errichtung der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion vorschlug, wurde vom Europäischen Rat in Auftrag gegeben. Es war ebenfalls der Europäische Rat, der die Regierungskonferenzen einberufen hatte, auf denen die Einheitliche Europäische Akte und der Vertrag von Maastricht beschlossen wurden. Eine Analyse des Beschlussfassungsverfah-

rens innerhalb der Entscheidungsgremien der Europäischen Gemeinschaft zeigt, dass die Mitglieder der Kommission von den Regierungen der Mitgliedstaaten de facto nicht unabhängig sind (Quermonne 2005, 34).

Die Neubelebung der europäischen Integration entstand in erster Linie nicht durch den Druck des europäischen Industriekapitals – obwohl seine überaus internationalen Komponenten von dieser Neubelebung profitierten und sich dadurch sein Einfluss auf die europäische Politik vergrößerte. Der vermeintlich wachsende Einfluss verschiedener Lobbys in diesem Neubelebungsprozess – insbesondere jener des Runden Tisches der Europäischen Wirtschaft, auf den mehrere Studien Bezug nehmen (Nollert, Fielder 2000, Van Apeldoorn 2002) – ist übertrieben. Tatsächlich waren an diesen Rundtischgesprächen Vorstandsvorsitzende aus Nichtmitgliedstaaten (Türkei, Schweiz und Norwegen) beteiligt und Unternehmen aus kleineren Ländern waren überaus stark vertreten. Darüber hinaus waren auch Unternehmen der Konsumgüterbranche mit besonderem Interesse am Binnenmarkt überrepräsentiert (Nollert, Fielder 2000). Schließlich spielten anscheinend neben den größten Industriellen der Europäischen Gemeinschaft andere Akteure eine wichtige Rolle bei der Errichtung des Runden Tisches, der sowohl vom Belgier Etienne Davignon, für den Binnenmarkt zuständiger Kommissar, als auch von Pehr Gustaf Gyllenhammar, Vorstandsvorsitzender von Volvo, einberufen wurde.

Das Projekt der Europäischen Währungsunion beruht auf einem starken politischen Willen einiger europäischer Staaten und auf geoökonomischen Verhandlungen zwischen den Staaten. Im Gegensatz zu den meisten Analysen, die auf der zwischenstaatlichen Zusammenarbeit nach dem neoklassischen Modell basieren, sind wir der Ansicht, dass die Staaten eine Klassennatur besitzen. Dies sollte berücksichtigt werden, um ihre Entscheidungen bei internationalen Beziehungen zu verstehen. Die Verteidigung der Interessen des deutschen und des niederländischen Industriekapitals war zum Beispiel eine starke Motivation für die deutsche und die niederländische Unterstützung des Gemeinsamen Marktes. Die Mitgliedstaaten verteidigen aber auch geoökonomische und geopolitische Interessen, die über die wirtschaftlichen Interessen der vorherrschenden Gesellschaftsklassen und -schichten hinausgehen. Folglich war das asymmetrische Funktionieren des EWS zugunsten Deutschlands, durch das den Schwachwährungsländern die Bürde der Angleichung der Wechselkurse auferlegt wurde, nicht nur für Frankreich als »ein wirtschaftliches und soziales Gebilde« teuer. Es schwächte auch die französische Position gegenüber Deutschland. Dies verringerte in der Tat das Ansehen Frankreichs als Großmacht und seine Fähigkeit, einen solchen Status zu nutzen. Das Ziel, diese asymmetrische Funktionsweise des EWS anzufechten, brachte auf französischer Seite Ende der 1980er Jahre Vorschläge für eine stärkere »Vergemeinschaftung« der Währungspolitik in Europa hervor. Deutschland stimmte der Einführung der gemeinsamen Währung zu, da es auf die Zustimmung Frankreichs zur deutschen Einigung angewiesen war.

Die Währungsunion war die letzte größere Entscheidung, die von europäischen Staaten zur weiteren Integration der Wirtschaftspolitik getroffen wurde. Seit Einführung der gemeinsamen Währung hat das Integrationsmodell, dessen Triebkraft von einzelnen Staaten ausging, an Elan verloren. Es war diese Kraft, welche die europäische Integration seit dem Vertrag von Rom vorantrieb.

### **Rückzug des Staates und Rückgang der Zentralisierung des Policy-Mix**

Im Rahmen der finanziellen Globalisierung spielt die Währungspolitik eine Schlüsselrolle. Von den verschiedenen Bereichen der makroökonomischen Politik ist die Geldpolitik am einfachsten zu zentralisieren. Ihre Umsetzung bereitete in den 1990er Jahren den Weg zur Währungsunion.

Seit Einführung der gemeinsamen Währung verlor der wirtschaftliche Integrationsprozess in Europa an Dynamik – ein Trend, der insbesondere dadurch zum Ausdruck kam, dass es entgegen der Prognosen im Modell des dynamischen Ungleichgewichts nicht gelang, die länderspezifischen Policy-Mixes auf höherer Ebene, das heißt auf der Gemeinschaftsebene, anzugleichen. Diese Widersprüchlichkeit erklärt die Doppelnatur des Policy-Mix in der Eurozone. Die Geldpolitik wird von einer unabhängigen Zentralbank gesteuert. Die Mitgliedstaaten behalten ihre nationale Haushaltspolitik, jedoch unter den sehr strengen Auflagen einer Drei-Prozent-Grenze, die im Rahmen einer sehr begrenzten Entwicklung des Haushaltsföderalismus mit dem Stabilitäts- und Wachstumspakt festgelegt wurde. Es steht den Staaten Europas frei, die Finanzpolitik selbst zu gestalten.

Die Doppelnatur des europäischen Policy-Mix trägt zur Differenzierung und sogar zu einer stärkeren Heterogenität der makroökonomischen Politik in Europa bei, vor allem im Hinblick auf die Finanzpolitik. Die zentrale Steuerung der Währungspolitik durch eine unabhängige Zentralbank entzieht den Mitgliedstaaten die Möglichkeit zum Rückgriff auf zwei Schlüsselinstrumente – auf Zinssätze und Wechselkurse. Wird – angesichts der geringen Mobilität des Faktors Arbeit – nur die Geldpolitik zentralisiert, macht dies jede Finanzpolitik zunichte. Dieser Trend fördert die so genannte Beggar-my-Neighbour-Politik, bei der die europäischen Staaten versucht sind, ihr Gebiet durch eine Senkung der steuerlichen Belastung attraktiver zu machen. Das kommt wiederum den mobilsten Produktionsfaktoren, insbesondere dem Faktor Kapital, zugute. Der seit 2002 verzeichnete Auftrieb des Euro gegenüber dem Dollar stärkt diesen Trend ebenfalls. Der Steuerwettbewerb bringt zudem das Problem der Nachhaltigkeit der Besteuerung der Faktoren mit der geringsten Mobilität sowie das Risiko einer geringeren steuerlichen Attraktivität aller europäischen Länder (Schneeballeffekt) mit sich. Dies geht letztlich auch zu Lasten der politischen Einheit der EU.

Die Entwicklung eines einheitlichen europäischen Policy-Mix erfordert eine engere Abstimmung der Haushaltspolitik, die Entwicklung des Haushaltsfödera-

lismus und eine substanzielle Angleichung einzelstaatlicher Finanzpolitik (Van der Ploeg 1993, Walsh 1993, Walsh, Reichenbach et al. 1993). Die föderalistische Theorie behauptet dies für die drei anerkannten Funktionen der Wirtschaftspolitik – Verteilung von Waren und Dienstleistungen, Umverteilung von Einkommen und Stabilisierungsmaßnahmen –, wobei die beiden letztgenannten zentral gesteuert werden sollten. Im Falle der Europäischen Union würde dies eine zentrale Steuerung der Umverteilungs- und Stabilisierungsfunktionen bedeuten. Bezüglich der Finanzpolitik kamen zahlreiche Studien zu dem Schluss, dass das optimale Niveau – zwischen Föderalismus und Dezentralisierung – erreicht wird, wenn bestimmte Steuern zentralisiert werden. Aufgrund der außenwirtschaftlichen Effekte der nationalen Wirtschaftspolitik scheint angesichts des Fehlens ihrer tatsächlichen Zentralisierung zumindest eine gewisse Koordinierung erforderlich zu sein.

In den am wenigsten zentralisierten OECD-Ländern betragen die Ausgaben der Zentralregierung mindestens 30 Prozent des BSP. In den Vereinigten Staaten übersteigt der Bundeshaushalt den Gesamthaushalt der Staaten und lokalen Behörden. Die Aufwendungen für Waren und Dienstleistungen durch die US-Bundesregierung stellen dabei ungefähr 40 Prozent solcher Ausgaben durch öffentliche Behörden dar. Bei einer genaueren Betrachtung der Ausgaben für die Stabilisierungsfunktion stellt man fest, dass in den USA für den Fall, dass eine Finanzregion einen tatsächlichen Rückgang ihres BSP infolge eines Konjunkturabschwungs erleidet, vor allem wegen der progressiven Natur der Einkommensteuer, 40 Prozent der Verluste durch den Bundeshaushalt ausgeglichen werden. Im Gegensatz dazu ist der Haushalt der Europäischen Gemeinschaft sehr klein (Wyplosz 1990, 170). Er beträgt nicht mehr als 2 Prozent des BSP der Mitgliedstaaten.

Eine engere Koordinierung der Wirtschaftspolitik in Europa würde offensichtlich erhebliche Schwierigkeiten verursachen (Sterdyniak, Villa 1993, 312). Das erste Problem betrifft die große Zahl von Gerichtsbarkeiten, die für den Koordinierungsprozess zuständig wären, nämlich die EZB und die zahlreichen nationalen Haushaltsbehörden. Das zweite Problem ist die unterschiedliche Wahrnehmung von wirtschaftlichen Erschütterungen seitens der verschiedenen am Prozess beteiligten Behörden. Dieses Risiko kann angesichts der Verschiedenartigkeit der Schocks, von denen die europäischen Länder betroffen sein können, erheblich sein.

Der zunehmende Haushaltsföderalismus würde einen Mitteltransfer von den Mitgliedstaaten an den europäischen Haushalt erfordern. Dies würde Stabilisierungsmaßnahmen auf europäischer Ebene und insbesondere im Falle asymmetrischer Erschütterungen tatsächliche Transferleistungen ermöglichen.

Aufgrund der aktuellen Struktur der Ressourcen und der Haushaltsausgaben wäre ein großer Teil der Kosten für den Transfer von Ressourcen der Mitgliedstaaten an den Gemeinschaftshaushalt durch die am weitesten entwickelten EU-Ländern aufzubringen. Ein großer Teil (ungefähr 70 Prozent) der EU-Haushaltsmittel stammt aus Beiträgen von Mitgliedstaaten, deren Anteil sich aus ihrem BIP

errechnet. Dagegen wird ein Großteil des EU-Haushalts für die Gemeinsame Agrarpolitik (46 Prozent) und für die Regionalpolitik (40 Prozent) ausgegeben. Die Ausgaben gehen vorwiegend an die Länder mit den am wenigsten entwickelten Volkswirtschaften. Da der Anteil der entwickelten Länder an den Haushaltsmitteln größer als ihr Anteil an den Ausgaben ist, sind sie Nettobeitragszahler zum EU-Haushalt. Die Struktur der Haushaltsmittel und -ausgaben entstand durch Kompromisse, die zwischen den europäischen Staaten während der Verhandlungen zur Einführung des Gemeinsamen Marktes und anschließend des Binnenmarktes erreicht wurden. Die Position der reichsten EU-Länder, die Nettobeitragszahler sind, erklärt ihre negative Haltung gegenüber einer verstärkten Koordinierung der Haushaltspolitik. Die Einrichtung des Stabilitätspakts war eine Notlösung, die wegen der Abneigung dieser Länder gegen eine engere Abstimmung der EU-Haushaltspolitik erforderlich war. In Ermangelung eines Transfersystems könnte das Fehlen eines haushaltspolitischen Rahmens einen generellen Anreiz für »übermäßige« Haushaltsdefizite darstellen.

Dazwischen liegende Niveaus des Haushaltsföderalismus sind möglich – auf halbem Weg zwischen dem derzeitigen EU-System und dem Föderalstaat. So wurde insbesondere vorgeschlagen, in Ermangelung eines bedeutenden föderalen Haushalts von den Mitgliedstaaten zu finanzierende automatische Stabilisierungsmechanismen einzurichten, um asymmetrische Erschütterungen aufzufangen. Derartige Mechanismen wären nicht teuer (sie würden weniger als 1 Prozent des BIP der Beitragsländer ausmachen) und obwohl ihre Wirkung weniger stabilisierend als in den föderalen Staaten wäre, wäre ihr Ergebnis nicht unerheblich (Muet 1995). Andere Vorschläge jüngeren Datums empfehlen eine bessere Organisation der Wirtschaftspolitik in der Eurozone, unter anderem durch Einrichtung eines Wirtschaftspolitischen Rates, der die Finanzminister der Eurozone zusammenbringt. Dieser Rat würde mit Entscheidungsbefugnissen über die Grundzüge für die Haushalts- und die Wirtschaftspolitik in der Eurozone ausgestattet werden. Aufgrund der derzeit geltenden Verträge wären die Beschlüsse dieses Rates nicht rechtsverbindlich. Die Nichterfüllung der Empfehlungen würde jedoch »wegen der transparenten, offiziellen Natur der Entscheidungen hohe politische Kosten in Bezug auf das Ansehen und die Glaubwürdigkeit« verursachen (Jacquet, Pisani-Ferry 2000, 31).

Im Gegensatz zu den Kosten einer engeren Koordinierung der Haushaltspolitik wären die Kosten einer Angleichung der Finanzpolitik in erster Linie von den am wenigsten entwickelten EU-Ländern zu tragen. Bei ihrer Aufholjagd greifen die kleinsten Nationen auf den Steuerwettbewerb zurück, dem sich ihre mächtigeren Nachbarländer oft anschließen. Die kleineren Länder begegnen daher jedem ernstesten Versuch zur Angleichung des Steuerrechts, insbesondere bei der Besteuerung von Kapitalerträgen, mit Ablehnung.

Der Stillstand bei der Integration makroökonomischer Politiken deckt sich zeitlich mit vielen anderen Anzeichen dafür, dass die europäische Integration an

Elan verliert. So wird der Haushalt der EU eher kleiner, während sich ihr Umfang durch die Aufnahme neuer Mitglieder erhöht hat, die insbesondere aus Mittel- und Osteuropa stammen und deren Entwicklungsstand zudem weit unter dem europäischen Durchschnitt liegt. Darüber hinaus verzeichnen supranationale europäische Institutionen, insbesondere die Europäische Kommission, ein geringeres Wachstum. Durch die jeweiligen Erweiterungswellen hat sich die Zahl der Kommissare fast verdoppelt, wodurch das Regieren als Kollegium immer schwieriger wird, trotz der Tatsache, dass die Legitimität der Kommission gerade auf dieser Form des Regierens basiert. Ihre politischen Prärogative, besonders das Monopol über politische Initiativen, werden nach und nach geringer. Die Kommission wird wieder zunehmend nationalisiert und entwickelt sich stufenweise zurück in einen Ausschuss der Ständigen Vertreter der Mitgliedstaaten, deren Zuständigkeitsbereich sich auf die Vorbereitung der Tätigkeit des Rates beschränkt (Dehove 2001, 71). Abgesehen von diesen Veränderungen gibt es keine genaue Vorstellung für eine gemeinsame Zukunft, obwohl Europa verglichen mit anderen Schwerpunktzentren der Weltwirtschaft, unter einem anhaltend langsamen Wachstum leidet. Die Finanzkrise schließlich verstärkt diesen Trend im Integrationsprozess, indem sie eine zunehmend inländische Perspektive begünstigt und sogar Protektionismus nährt, der das Fundament des Binnenmarkts auszuhöhlen droht.

### **Hindernisse einer besser abgestimmten Organisation des europäischen Policy-Mix**

Bisher ging der für die europäische Integration notwendige Elan von den europäischen Staaten aus. Alle wichtigen Fortschritte im wirtschaftlichen Integrationsprozess spiegeln eine starke politische Entschlossenheit wider. Der derzeitige Stillstand im Integrationsprozess durch den Policy-Mix ist Ausdruck der mangelnden Bereitschaft der Mitgliedstaaten, die Kosten dieser Integration zu tragen. Diese Kosten betreffen hauptsächlich die Entwicklung des Haushaltsföderalismus.

Die Europäische Währungsunion hat ebenfalls erhebliche Kosten für Nationen mit einer starken Währung mit sich gebracht. Das betrifft insbesondere Deutschland, das sich gezwungen sah, seine Währung, die D-Mark, die Leitwährung im EWS, sowie seine federführende Rolle in der Geldpolitik aufzugeben. Die dafür erhaltenen geopolitischen Konzessionen glichen aber diese Kosten zum großen Teil aus. Bei einer engeren Koordinierung des europäischen Policy-Mix wäre dies jetzt nicht mehr der Fall.

Eines der Hindernisse für die Entwicklung des Haushaltsföderalismus ist die Tatsache, dass solche Entwicklungen wichtige Merkmale der Nationalstaaten beeinflussen. Die EU-Staaten müssten einen erheblichen Teil ihrer Souveränität aufgeben. Die Natur der politischen Macht an sich und die zentralen Diskussions Themen sind an die Erhebung und Verteilung von Steuern gebunden. »Das

Steuerwesen verkörpert und fördert politische Souveränität; es hat Stufe um Stufe die parlamentarische Repräsentation durchdrungen und das Parlament zu dem Ort gemacht, an dem die Haushalts- und Finanzpolitik gestaltet wird« (Delessy et al. 1994, 21). Die Nationalstaaten sind ein Raum, in dem verschiedene Formen von Solidarität angewandt werden. Diese Solidarität, deren Entwicklung lange dauerte, entstand aus einem sozialen Kampf und ist in einer Gemeinschaft von Sprache, Kultur und Geschichte verwurzelt. Das erste Hindernis bei der Übertragung von Souveränität als Teil des größeren Haushaltsföderalismus ist der Widerstand von nationalen Beschlussfassungsorganen – der einzelstaatlichen Parlamente und Regierungen –, die entschlossen sind, ihre Besitzstände zu wahren. Das zweite Hindernis ist die in den Augen der europäischen öffentlichen Meinung bislang beschränkte Legitimität der europäischen Institutionen. Dieses Legitimitätsdefizit beruht auf der mangelhaften Kontrolle der Exekutive (der Kommission) und des EU-Haushalts durch das Europäische Parlament. In einer ganzen Reihe von Bereichen übt das Parlament nur eine beratende Rolle aus. Die obligatorischen Ausgaben, zu denen das Parlament nicht konsultiert wird, stellen den größten Teil der Ausgaben dar.

Die Hindernisse bei einer stärkeren Koordinierung des Policy-Mix führen zu dem Schluss, dass die Aussichten für eine ausreichende Organisation der europäischen Haushalts- und Finanzpolitik in absehbarer Zukunft gering sind.

Mehrere Faktoren können als Ursache dafür genannt werden, dass fast keine Fortschritte beim Erreichen dieses Ziels erreicht wurden. Erstens macht es die gewaltige Umverteilungstendenz, die den weniger entwickelten Ländern zugute kommt, für die wohlhabendsten Länder schwierig, die Einführung von Stabilisierungsmechanismen zu akzeptieren. Zweitens besteht die weit verbreitete Befürchtung, dass jeder Versuch, den europäischen Policy-Mix zu rationalisieren, infolge eines Sperrklinkeneffekts dazu führen wird, dass die reichsten Länder ihre Solidaritätsbeiträge über ein vertretbares Niveau hinaus erhöhen. Das Modell des dynamischen Ungleichgewichts, das die positive Dynamik zur Förderung der europäischen Integration von 1986-92 widerspiegeln sollte, könnte sich im umgekehrten Fall als nützliches Instrument erweisen, um den derzeitigen Stillstand des Integrationsprozesses zu analysieren!

Letztendlich fördern die Globalisierung und die durch das multinationale Kapital ausgeübte zunehmende Kontrolle über europäische Staaten die gegenwärtige Blockade bei der Integration des europäischen Policy-Mix. Neben geopolitischen Erwägungen wird die Haltung von Staaten zu Schlüsselentscheidungen des regionalen Integrationsprozesses vom Willen zur Verteidigung der Interessen der dominierenden Gesellschaftsklassen bestimmt. Staaten verfügen je nach Machtbalance zwischen Kapital und Arbeit und zwischen Interessengruppen innerhalb der dominierenden Gesellschaftsklassen aber auch über einen Grad an Autonomie hinsichtlich dieser Interessen.

Während der Wohlstandsjahre der Nachkriegszeit beruhte der Management-

Kapitalismus auf einem breiten Kompromiss zwischen den Eigentümern an Produktionsmitteln auf der einen Seite und der Arbeiterklasse und den Führungskräften auf der anderen Seite (Stockhammer 2004). Durch diese Machtkonstellation konnte der Staat den Einflussbereich seiner Politik vergrößern. General de Gaulle stimmte dem Gemeinsamen Markt trotz der damaligen Ängste und sogar Anfeindungen französischer Industrieller zu. Er tat dies nicht nur, weil er dafür Zugeständnisse, insbesondere bei der Gemeinsamen Agrarpolitik, erhielt, sondern auch, weil er überzeugt war, dass die europäische Integration den langfristigen Interessen der französischen Wirtschaft dienen würde.

Gegenwärtig ist ein relativer Machtrückgang der Staaten zu beobachten, vor allem aufgrund der Währungsunion, die den Ländern einen erheblichen Teil ihrer wirtschaftspolitischen Gestaltungsfreiheit entzog. Die Einbindung Europas in den finanziellen Globalisierungsprozess, die durch die in der EEA verankerte Deregulierung des Kapitalverkehrs ermöglicht wurde, ist ein weiterer Faktor, der den Rückgang des Einflusses der Staaten Europas begünstigt. Die Deregulierung betrifft nicht nur inländisches, sondern auch ausländisches (außereuropäisches) Kapital, ohne jedwede Gegenleistung, während in der Tat nur die Deregulierung des europäischen Kapitaltransfers notwendig war, um den europäischen Finanzraum zu errichten. Durch die finanzielle Globalisierung verringerte sich außerdem zu einem erheblichen Grad die relative Abhängigkeit der Staaten von den Interessen der dominierenden gesellschaftlichen Klassen. Der freie Kapitalverkehr stärkt die Mobilität des Kapitals und seine Fähigkeit, sich zu jedem Zeitpunkt zwischen den jeweiligen Märkten und Aktien zu entscheiden. Dies führt zu einer grundlegenden Veränderung der Machtbalance zwischen den Eigentümern an Produktionsmitteln und den Beschäftigten sowie zwischen den Aktionären und den Führungskräften – zum Vorteil der Aktionäre, deren Macht sich erheblich verstärkt und die Unternehmensstrategien oder -politiken, die ihren Interessen zuwiderlaufen, abstrafen können, wobei sie die Kontrolle des Kapitals über die Staaten konsolidieren.

Die zunehmende Kontrolle des Kapitals über die Staaten hat die neoliberale Tendenz der öffentlichen Politik verstärkt: Anhaltende Steuererleichterungen für Unternehmen, Privatisierung von Kreditinstituten und Körperschaften des öffentlichen Rechts, Umgestaltung von über Umlagen finanzierte Pensionssysteme, Reformen zur »Flexibilisierung« der Arbeitsmärkte. Unterstützt und ermuntert durch undurchsichtig arbeitende EU-Institutionen, bemühen sich die europäischen Regierungen, die Idee zu verbreiten, dass Brüssel für diese Politik verantwortlich sei. Zugegebenermaßen ist der Einfluss der Konzernlobbys auf die Kommission nicht nur eine erwiesene Tatsache, sondern auch Teil der Institution an sich geworden. Die Verantwortung für die neoliberale Ausrichtung der europäischen Politik sollte jedoch angesichts ihres Gewichts im Beschlussfassungsprozess vor allem von den Mitgliedstaaten übernommen werden. Die Politik der europäischen Regierungen führt dazu, dass sich die Öffentlichkeit vom europäischen Projekt abwendet, während die Reformen, die notwendig sind, um den Policy-Mix zu »ra-

tionalisieren«, nur mit der größtmöglichen Unterstützung der europäischen Bevölkerung umgesetzt werden können.

Die finanzielle Globalisierung trägt daher zur Entwicklung von Marktkräften und Kapital bei, insbesondere seiner internationalen Segmente, anstelle der Staaten, die sich eigentlich im Mittelpunkt des europäischen Integrationsprozesses befinden (Sifakis 2007). Diese Segmente sollen von nun an die treibenden Kräfte des Prozesses werden. Der Einflussbereich der Interessen des Kapitals ist jedoch durch den Zwang zur Wertschöpfung bestimmt. Da das Ziel des Kapitals die Gewinnmaximierung ist, ist sein Horizont auf die unmittelbaren Bestimmungsgrößen seiner Wertschöpfung begrenzt. Kapital kann nicht die treibende Kraft von Projekten sein, die eine starke politische, nahezu visionäre Dimension haben, wie die Vertiefung der europäischen Integration. Die finanzielle Globalisierung führt sogar zu Interessenkonflikten zwischen den globalisierten Segmenten des europäischen Kapitals und einer stärkeren europäischen Integration. Die Deregulierung des Kapitaltransfers in Europa fördert die Standortverlagerung und die Globalisierung von europäischen Firmen. Während des Zeitraums 1986-1999 konzentrierten sich die Übernahmen durch europäische Firmen hauptsächlich auf internationale und nicht europäische Unternehmen (Sachwald 2004, 55). Die breite Mehrheit (ca. 70 Prozent) der strategischen Allianzen unter Einbeziehung europäischer Unternehmen in den 1990er Jahren betraf außereuropäische Partner (OECD 2001). Dies legt den Schluss nahe, dass der vorherrschende Trend der Unternehmen in einer zunehmenden Globalisierung anstelle einer europäischen Ausrichtung zu sehen ist. Als Folge davon wird die ganze Welt und nicht Europa zum Raum für die Mehrung von europäischem Kapital. Die multinationalen Unternehmen Europas ziehen erheblichen Nutzen aus einer Situation, in der die Steuersysteme einzelner Staaten aufgrund der mangelnden EU-weiten Angleichung der Steuersätze zum Wettbewerb gezwungen werden. Dem europäischen Kapital zugute kommen auch der Rückgang der Verhandlungsmacht der Arbeitnehmervertretungen sowie die zunehmende Verbreitung neoliberaler Politik in Europa, die durch die finanzielle Globalisierung möglich wurde. Schließlich fördert die Globalisierung der Finanzen und der Produktion den Steuerwettbewerb, indem die Position jener europäischen Länder gestärkt wird, die jedem Versuch widerstehen, diese Tendenz zu hinterfragen. Die Angleichung der Besteuerung von Kapitalerträgen hätte nur begrenzte Wirkung, solange das Kapital weltweit frei zirkulieren kann.

Die Interessenverschiebung des europäischen Kapitals und die erhebliche Ausweitung seiner Kontrolle über die EU-Staaten tragen erheblich zum Stillstand des Prozesses zur Koordinierung des Policy-Mix für die europäische Integration bei.

## Fazit

Die Analyse zeigt, dass die Vorstellung im Modell des dynamischen Ungleichgewichts auf die Dynamik der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion nicht zutrifft. Die Wiederaufnahme der europäischen Wirtschaftsintegration in den 1980er und 1990er Jahren ist nicht das Ergebnis einer Liberalisierung des Kapitalverkehrs, die angeblich von der Europäischen Kommission und den europäischen Industriellen auf den Weg gebracht wurde, sondern vielmehr das Ergebnis eines Kompromisses zwischen den beiden mächtigsten europäischen Staaten Frankreich und Deutschland. Bei diesem Kompromiss ging es um die Organisation des postsowjetischen Europas unter Berücksichtigung der Interessen beider Länder. Darüber hinaus hatte die Europäische Währungsunion nicht die integrierende Wirkung auf den Policy-Mix, der aufgrund der Theorie vom dynamischen Ungleichgewicht vorausgesagt wurde. Schließlich war es anhand dieser Theorie stützenden Argumente einfacher, die Reformen durchzusetzen, die für eine Liberalisierung der Wirtschaftsmechanismen in Europa notwendig waren – eine Liberalisierung, die der erste Schritt auf dem Weg zur Errichtung eines föderalen Europas sein sollte. Die erneute Aufnahme der europäischen Integration und die finanzielle Globalisierung sind zwei voneinander abhängige Prozesse mit gemeinsamer Dynamik. Die uneingeschränkte Mobilität des Kapitals ist der eigentliche Kern der finanziellen Globalisierung (Helleiner 1994). Sie war auch für die Verwirklichung des EWU-Projekts notwendig. Der freie Kapitalverkehr wurde als Argument genutzt, um die Glaubwürdigkeit des Projekts zu stärken und die wirtschaftliche Sparpolitik zu rechtfertigen.

Die Analyse zeigt weiterhin, dass die europäischen Staaten, die den Prozess der Wiederaufnahme in Gang setzten, auch dafür verantwortlich sind, dass derzeit der Elan des europäischen Integrationsprozesses verloren gegangen ist. Die Organisation des europäischen Policy-Mix ist ungewöhnlich. Die Geld- und Wechselkurspolitiken sind zentralisiert, während die Haushalts- und Finanzpolitiken auf einzelstaatlicher Ebene beschlossen werden – erstgenannte stark eingeschränkt und zweitgenannte autonom –, während die politische Integration festgefahren ist. Der europäische Policy-Mix ermutigt die Mitgliedstaaten zu nichtkooperativen Strategien: Steuerwettbewerb, aber auch Sozialdumping und Lohnzurückhaltung (Fitoussi, Le Cacheux 2007, 123). Solche Strategien folgen auf die »kompetitiven« Abwertungen, zu denen es in Europa vor der Währungsunion kam. Anders als die Abwertungen, die von Schwachwährungsländern genutzt wurden, greifen nunmehr alle Länder der Eurozone auf nichtkooperative Politiken zurück. Durch diesen Trend vergrößern sich die Unterschiede und das Gefühl von Einheit zwischen den EU-Mitgliedstaaten leidet darunter.

Das Modell, auf dem die europäische Integration bisher begründet war, beruht auf der Idee, dass die politische Integration Europas durch wirtschaftliche Integration erreicht werden muss. Im Hinblick auf die enge Verflechtung zwischen die-

sen Politiken und der politischen Struktur von Staaten kann jedoch eine stärkere Zentralisierung und/oder Koordinierung der Haushalts- und Finanzpolitik in Europa nur erreicht werden, wenn gleichzeitig vergleichbare Fortschritte auf dem Weg zur politischen Union Europas erzielt werden.

Die finanzielle Globalisierung trägt dazu bei, dass der europäische wirtschaftliche Integrationsprozess an Schwung verliert. Sie hat die europäischen Staaten geschwächt, die als eine der treibenden Kräfte im Integrationsprozess gewirkt haben. Sie schuf zudem die Voraussetzungen dafür, dass durch das europäische Kapital unterschiedliche nationale Räume zum Wettbewerb untereinander gezwungen werden. Dies ist weder für die Entwicklung eines Geistes der Zusammenarbeit noch für gegenseitige Zugeständnisse förderlich, ohne die der europäische Policy-Mix nicht rationalisiert werden kann.

Angesichts des Stillstands der Integration des europäischen Policy-Mix behalten die durch den Vertrag von Maastricht und den Stabilitätspakt festgelegten Bestimmungen auf Dauer ihre Gültigkeit. Diese Bestimmungen, die zeitweilige Widersprüche beinhalten, befördern eine technokratische Arbeitsweise der Institutionen und führen zu einer geringeren Wirksamkeit staatlicher Intervention, wodurch das Vertrauen in die Behörden abnimmt. Die Initiatoren des Projekts der Europäischen Währungsunion haben die Mitgliedstaaten in diese »Falle« gelockt und ihre Ziele damit scheinbar erreicht. Dennoch nehmen in Ermangelung eines europäischen Sozialvertrags der Markt und das Kapital allmählich den Platz ein, der aufgrund der Schwächung der öffentlichen Akteure freigegeben wurde.

## Literatur

- Aglietta, M. (1990), *Union Monétaire et Politique Economique*. Cahiers Français, Nr. 244.
- Attali, J. (1997), *Verbatim*. Tome 3. Paris.
- Attali, J. (1995), *Verbatim*. Tome 2. Paris.
- Bertrand, G. (2002), *La Prise de Décision dans l'Union Européenne*. Paris.
- Corbey, D. (1995), *Dialectical Functionalism: Stagnation as a Booster of European Integration*. International Organization 49, No. 2 (Spring).
- Dehove, M. (2001), *Après Nice*. L'Economie Politique, Nr. 10.
- Delessy, H. et al. (1994), *Les dimensions politiques de la convergence vers l'UEM*. Problèmes Economiques, Nr. 2376, 18. Mai.
- Delors, J. (2004), *Mémoires*. Paris.
- Delors-Bericht (1989), *Bericht zur Wirtschafts- und Währungsunion in der EG, vorgelegt vom Ausschuss zur Prüfung der Wirtschafts- und Währungsunion am 12. April 1989*. In : Krägenau, H.; Wetter, W. (Hrsg.), *Europäische Wirtschafts- und Währungsunion. Vom Werner-Plan zum Vertrag von Maastricht, Baden-Baden*. (Im Originaltext war im Literaturverzeichnis keine Quellenangabe enthalten, daher diese deutsche Version)
- Fitoussi, J.-P.; Le Cacheux, J. (2007), *L'Etat de l'Union européenne, L'Europe des biens publics*. Paris.
- Grieco, J. (1995), *The Maastricht Treaty, Economic and Monetary Union and the Neorealist Research Programme*. Review of International Studies No. 1 (January).
- Helleiner, E. (1994), *States and the Reemergence of Global Finance*. Ithaca (NY).
- Hoffmeyer, E. (2000), *Decision Making for European Economic and Monetary Union*. Group of Thirty Occasional Paper No. 62.
- Jacquet, P.; Pisani-Ferry, J. (2000), *La coordination des politiques économiques dans la zone euro: bilan et propositions*. In : *Conseil d'analyse économique, Questions européennes*. Paris.
- Leclercq, M. (1994), *La Construction Monétaire Européenne*. Paris.

- Maes, I. (1998), *Macroeconomic Thought at the European Commission in the 1970s: The First Decade of the Annual Economic Reports*. BNL Quarterly Review No. 207 (December).
- Muet, P.-A. (1995), *Union monétaire et fédéralisme. Observations et diagnostics économiques*, Revue de l'OFCE Nr. 55 (Oktober).
- Nollert, M.; Fielder, N. (2000), *Lobbying for a Europe of Big Business: the European Roundtable of Industrialists In State-building in Europe: the Revitalisation of Western European Integration*. Ed. V. Bornschier, Cambridge.
- OCDE (2001), *Le nouveau visage de la mondialisation industrielle: fusions acquisitions et alliances stratégiques*. Paris.
- Quermonne, J.-L. (2005), *Le Système Politique de l'Union Européenne*. Paris.
- Sachwald, F. (2004), *Les fusions-acquisitions instruments de la destruction créatrice*. In: Ramses. *Les grandes tendances du monde*, Paris.
- Sandholtz, W.; Zysman, J. (1989), 1992: *Recasting the European Bargain*. In: *World Politics XLII*, No. 1 (October).
- Sifakis, C. (2007), *The European monetary integration process and financial globalization, the rationale of the »creative imbalance« model*. In: *International Journal of Political Economy*, Vol. 36, No. 1 (Spring).
- Sifakis, C. (1998), *Le Projet de Mise en Place de la Monnaie Unique et ses Contraintes de Crédibilité*. GDR Monnaie et Financement, *Perspectives Monétaires Européennes* (January).
- Sterdyniak, H.; Villa, P. (1993), *Régimes de change et coordination des politiques économiques en Europe*. In : *Revue de l'OFCE*, Vol. 43.
- Stockhammer, E. (2004), *Financialisation and the slowdown of accumulation*. In: *Cambridge Journal of Economics*, 28.
- Van Apeldoorn, B. (2002), *Transnational Capitalism and the Struggle over European Integration*. London-New York.
- Van der Ploeg, F. (1993), *Macroeconomic policy coordination issues during various phases of economic and monetary integration in Europe*. In: *European Economy*, No. 5.
- Walsh, C. (1993), *Fiscal federalism: an overview of issues and a discussion of their relevance to the European Community*. In: *European Economy*, No. 5.
- Walsh, C.; Reichenbach, H. et al. (1993), *Fiscal federalism and its implications for the European Community*. In: *European Economy*, No. 5.
- Wyposz, Ch. (1990), *Les implications budgétaires de l'union monétaire. Observations et Diagnostics Economiques*, Nr. 3, Oktober.

## Rüstungskeynesianismus heute – ein innovativer Diskurs über einen Fall von »sichtbarer Hand«

### Der Begriff des Rüstungskeynesianismus

In diesem Aufsatz wird die Rolle des Rüstungskeynesianismus erörtert, der zweifellos als ein Fall des Wirkens der »sichtbaren Hand« zu interpretieren ist. Unter Rüstungskeynesianismus werden hier im weitesten Sinne die Militärausgaben der Regierungen der kapitalistischen Länder gefasst, die mit dem Ziel der Unterstützung makroökonomischer Wirtschaftspolitik getätigt werden.

Ich glaube, dass es angebracht ist, eingangs kurz auf die Geschichte der Vorstellung und des Begriffs des Rüstungskeynesianismus einzugehen. Bemerkenswerterweise wurde das Konzept zum ersten Mal zwei Jahre vor der Herausgabe von John Maynard Keynes' weltberühmter Theorie zu Beschäftigung, Zins und Geld formuliert. 1935, also zwei Jahre vor Erscheinen der Keynes'schen Theorie, verfasste der polnische Wirtschaftswissenschaftler Michal Kalecki einen Aufsatz, in dem er herausarbeitete, dass die deutsche Nazi-Regierung den Aufbau einer Rüstungswirtschaft durch Defizitfinanzierung betrieb (vgl. Kalecki 1935/1972, 65). Als Keynes' Vorstellungen in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg umfassende Anerkennung unter den westlichen Regierungen erfuhren, wurde der Begriff des Rüstungskeynesianismus in erster Linie für den Verweis auf die ökonomischen Vorgehensweisen aufeinander folgender US-Regierungen verwandt. Während die europäischen Regierungen sich auf Sozialausgaben zur Regulierung ihrer Konjunkturzyklen verließen, haben sich die US-Regierungen in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts regelmäßig auf eine Ausweitung der Militärmittel zur Sicherstellung eines adäquaten Niveaus der Gesamtnachfrage nach produzierten Waren verlassen.

Während der Begriff des Rüstungskeynesianismus, der als Gegenbegriff zu Keynes' nicht weiter differenzierter Theorie entwickelt wurde, unter kritischen Wirtschaftswissenschaftler/innen eine gewisse Anerkennung erlangte, litt die gesamte Debatte über die Militärzuwendungen und die makroökonomische Wirtschaftspolitik unter einem Mangel an theoretischer Differenzierung. So wurde zum Beispiel implizit davon ausgegangen, dass der Begriff nur in Zusammenhängen angewandt werden kann, in denen die Defizitfinanzierung in einem engen Verhältnis zum (verstärkten) Waffenankauf und zu Militärausgaben im Allgemeinen steht. Es besteht jedoch durchaus die Möglichkeit, dass eine westliche Regierung sich auf die Militärausgaben nicht als *primäres* Instrument zur Regulierung der Konjunktur verlässt, sondern diese Rolle den zivilen Ausgaben einräumt,

während sie auf die Militärausgaben als *sekundäres* Instrument zurückgreift. Außerdem besteht die Möglichkeit, dass eine Regierung Militärausgaben nutzt, um einen Konjunkturzyklus zu stützen, der in erster Linie marktabhängig ist.

Meines Wissens wurden diese unterschiedlichen alternativen Szenarien, in denen der Rüstungskeynesianismus ebenfalls eine Rolle spielte, nur selten gründlich diskutiert. Kurzum, den sekundären Formen, mit denen westliche Regierungen auf den Rüstungskeynesianismus zurückgegriffen haben, ist nur wenig Aufmerksamkeit gewidmet worden, obgleich Wirtschaftswissenschaftler/innen, die dem Vertrauen, das die USA unablässig in hohe Rüstungsausgaben setzten, ablehnend gegenüberstanden, diesen Begriff häufig verwendet haben, um Regierungspolitik zu kritisieren.

Auf der Grundlage meines Wissens über die militärisch-ökonomische Politik der USA und Europas in den letzten fünfundzwanzig Jahren, werde ich unten den Diskurs zum Rüstungskeynesianismus weiterentwickeln<sup>5</sup>. Nach meiner Auffassung sind unsere theoretischen Anstrengungen weit hinter den praktischen Entwicklungen der westlichen Regierungen zurückgeblieben. Während beispielsweise in der Vergangenheit die Aufmerksamkeit hauptsächlich auf der binnenwirtschaftlichen Anwendung des Konzepts des Multiplikators durch Aufkäufe von militärischen und Militär bezogenen Gütern lag, waren sowohl die Regierungen der USA als auch Europas seit langem der Möglichkeit gewahr, dass der Export von Rüstungssystemen keynesianische *Multiplikatoreffekte* hervorruft. Sowohl in den USA als auch in Europa zeigten wiederum umfassende Erfahrungen, dass es Regierungen möglich ist, Multiplikatoreffekte in ihrer Gesamtwirtschaft hervorzurufen, indem militärische und zivile Ausgabenprogramme *kombiniert* werden. Deswegen ist ein differenziertes Verständnis der Bedeutung des Begriffs Rüstungskeynesianismus dringend geboten. Während gegenwärtig die Regierungen beginnen, den Wert der Lehren Keynes' wieder zu entdecken, soll dieser Aufsatz versuchen, eine kritische Debatte zum Keynesianismus neu anzustoßen.<sup>6</sup>

## **Der Begriff des Multiplikators. John Maynard Keynes und Karl Marx**

Die erste hier zu behandelnde Frage müsste die nach dem Charakter der Keynes'schen Theorie des Multiplikators sein. Keynes versuchte den Wirtschaftspolitiker/innen in erster Linie zu erklären, dass das Konsumniveau der arbeitenden Bevölkerung der Gesellschaft nicht unberücksichtigt bleiben oder ignoriert werden

5 Für meine theoretische Position zu Rüstungsproduktion/Miltärzuwendungen und den Konjunkturzyklen hegemonialer Ökonomien vgl. Custers 2007.

6 Die Wiederentdeckung Keynes' ist insbesondere im Falle Großbritanniens, in dem die neoliberale »Revolution« vor über drei Jahrzehnten ihren Ausgang nahm, bemerkenswert (vgl. z. B. Malingre 2008).

kann, sondern tatsächlich von entscheidender Bedeutung für die Sicherung der Unternehmensprofite und für den Verkauf der Produkte der Unternehmer in der Gesellschaft ist.

Zu diesem Zweck entwickelte der anerkannte Wirtschaftswissenschaftler eine Formel, die die Entwicklung des Konsums bei steigender Größe des Einkommens ausdrückt. Keynes' Formel bezieht sich auf die *Durchschnittskonsumneigung*, dargestellt als Anteil, den die Verbraucher/innen in der Gesellschaft – vornehmlich Angehörige der Arbeiterklasse – voraussichtlich ausgeben würden, um bei einem gegebenen Zuwachs ihres Einkommens zusätzliche Konsumgüter zu kaufen. Nehmen wir an, dass es wahrscheinlich ist, dass die Arbeiter/innen in der Gesellschaft vier Fünftel eines zusätzlichen Einkommens für den Kauf zusätzlicher Konsumartikel ausgeben, dann ist es wahrscheinlich, dass das verbleibende Fünftel (20 Prozent) ihres Einkommens gespart wird. Das bedeutet, dass das Verhältnis zwischen zusätzlichem Konsum und zusätzlichen Spareinlagen/Investitionen als fünf-zu-eins (5:1) dargestellt werden kann. Umgekehrt kann vereinfacht gesagt werden, dass der Multiplikator, der durch die zusätzlichen von den Unternehmern der Gesellschaft getätigten Investitionen geschaffen wird, bei fünf liegt (Zur Theorie des Multiplikators vgl. Keynes 1964, Kap. 8-10 u. Dillard 1956, Kap. 5).

Das Konzept des Multiplikators wurde von Keynes genutzt, um die Bedeutung der Einbeziehung des Verhaltens der gering entlohnten Privatkonsumenten der Gesellschaft hervorzuheben. Dabei lassen sich damit entweder die zusätzlichen Investitionen, die aus dem zunehmenden Verbrauch von Konsumgütern hervor gehen oder die zusätzliche Beschäftigung, die sich aus zusätzlichem gesellschaftlichem Konsum und zusätzlichen Investitionen ergibt, hervorheben. Keynes sprach sowohl von einem »Investitionsmultiplikator« als auch einem »Beschäftigungsmultiplikator« (Keynes 1964, 113). Während die erste Form des Multiplikators sich offensichtlich auf die Auswirkungen der Warenverkäufe auf das Verhalten der Kapitalbesitzer bezog, hob die zweite Form des Multiplikators die sich aus den zusätzlichen Kapitalinvestitionen der Unternehmer in der Gesellschaft ergebenden Beschäftigungsmöglichkeiten für Arbeiter hervor.

Wie sein Vorgänger Karl Marx verstand Keynes, dass es einen inneren Zusammenhang zwischen zusätzlich getätigten Investitionen und Expansionsprozessen der Produktion in verschiedenen Sektoren/Branchen einer kapitalistischen Ökonomie gibt. Sofern diese inneren Zusammenhänge nicht verstanden werden, lässt sich letztlich kein ausgeglichener Expansionsprozess der gesellschaftlichen Produktion aufrechterhalten. Und während die von Keynes zusammengefassten Größen sich von denen seines Vorgängers Karl Marx unterscheiden, fällt es nicht schwer zu sehen, dass Keynes die Funktionsweise des Kapitalismus zumindest teilweise ähnlich wie Marx verstand.<sup>7</sup>

7 Keynes' Vorstellungen von den Kategorien der Industrie war den Marxschen »Abteilungen der Produktion« sehr ähnlich, er sprach von den zwei Kategorien »Investitionsgüterindustrien« und »Konsumgüterindustrien« (Keynes 1964, 118, 122). Vgl. dazu auch Dillard (1956, 99) u. Patnaik (2008).

Während sowohl Marx als auch Keynes der Meinung waren, dass ihre Theorien nicht in einem Vakuum existierten, sondern auf *Anwendung* orientierte Theorien waren, d. h. dass sie den gesellschaftlichen Akteuren die Möglichkeit eröffneten, die Entwicklung der kapitalistischen Ökonomie zu beeinflussen, war vor allem Keynes' Theorie des Multiplikators dazu gedacht, auf die Regierungen der zentralen kapitalistischen Ökonomien beratend einzuwirken. Denn mit dem Konzept und der Formel des Multiplikators versuchte Keynes zu zeigen, dass Regierungen intervenieren können, um ein reibungsloseres Funktionieren des Systems sicherzustellen, indem öffentliche Investitionen getätigt werden, die die Gesamtnachfrage der Gesellschaft stützen helfen. Keynes' Theorie, die als ganz praktische Theorie im Kontext mit der ungelösten Krise der 1930er entwickelt wurde, war in erster Linie dazu gedacht, die kapitalistischen Regierungen dahingehend zu beraten, wie die unvermeidlichen Abschwünge im Konjunkturzyklus überwunden werden könnten. Durch groß angelegte Investitionsprogramme, wie zum Beispiel Infrastrukturarbeiten, und durch andere Maßnahmen mit dem Ziel, den Spielraum für den Konsum und die Beschäftigungsmöglichkeiten für die arbeitende Bevölkerung in der Gesellschaft zu unterstützen, können Regierungen die negativen Auswirkungen der Schwankungen des Konjunkturzyklus abfedern. Dies ist sowohl im Interesse der Kapitaleigner als auch der Angehörigen der Arbeiterklasse in den wichtigsten kapitalistischen Ökonomien der Welt. Kurzum, das Ziel der Keynes'schen Theorie des Multiplikators war in hohem Maße praktisch ausgerichtet.

### **Blindheit des Multiplikatorenkonzepts – Produktive versus unproduktive Investitionen**

Die erste kritische Anmerkung, die man bezüglich Keynes' Theorie des Multiplikators machen kann, ist, dass sie eine Diskussion bezüglich der unterschiedlichen Formen der öffentlichen Investitionen, die von einem kapitalistischen Staat getätigt werden können, weitgehend übergeht. Folglich streifte Keynes in seiner »Allgemeinen Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes« nur den Umstand, dass die Defizitfinanzierung, d. h. die Anregung der Nachfrage über die Kreditaufnahme des Staates, in der Vergangenheit regelmäßig zu »unrentable[n] Formen von Anleihe finanzierten Ausgaben« (1964, 129) geführt hat. In diesem Zusammenhang erwähnte Keynes das Graben von Löchern in den Boden auf der Suche nach Edelmetallen und er erwähnte auch den Umstand, dass in der Vergangenheit Kriege praktisch »die einzige Form von Anleihe finanzierten Ausgaben« waren, die Staatsmänner zu rechtfertigen bereit waren (ebenda, 130). Anstatt jedoch die Folgen der vom Staat bevorzugten Wahl unproduktiver Ausgaben theoretisch zu verarbeiten, merkte Keynes bloß an, dass derartige Entscheidungen in »Ermangelung eines Besseren« getroffen wurden. Tatsächlich führte er aus, dass

das Graben von Löchern in der Erde und das Führen von Kriegen und andere derartige Aktivitäten ihren Anteil am »Fortschritt« gehabt haben, da sie zur Akkumulation beitrugen (ebenda). Keynes unterließ es ausdrücklich, die Konsequenzen unproduktiver Investitionen durch kapitalistische Staaten theoretisch zu bearbeiten.

Die Unterscheidung zwischen militärischen und zivilen Investitionsprogrammen des Staates ist eine Trennungslinie, mit der die Anwendung des Multiplikators ausschließlich auf Aktivitäten, die der Aufrechterhaltung des menschlichen Lebens und anderer auf dem Planeten lebender Spezies dienen, eingeschränkt werden kann. Während Infrastrukturprogramme, wie der Bau von Eisenbahnen und Autobahnen, in die zweite oben erwähnte Kategorie eingeordnet werden können, fallen unter die erste Kategorie alle militärischen und Militär bezogenen Zuwendungen des jährlichen Regierungshaushalts. Unabhängig davon, ob Regierungskäufe oder öffentliche Investitionen in die zivilen Bereiche einer Wirtschaft fließen oder in den militärischen Bereich, gäbe es in jedem Fall Multiplikatoreffekte – in dem Sinne, dass die Regierungsinvestitionen weitere Investitionen auslösen. Im Falle des militärischen Bereichs jedoch, den ich als *nicht-reziproken* Sektor der Ökonomie bezeichnet habe, da das Ergebnis der Produktion hier größtenteils dem Staat zufließt (anstatt dem Markt)<sup>8</sup>, sind alle öffentlichen Investitionen, wie auch ihre Multiplikatoreffekte, »unrentable« Formen.

Allerdings reicht eine Differenzierung zwischen militärischen und zivilen Ausgabenprogrammen allein nicht aus, um alle potenziell negativen Folgen öffentlicher Ausgaben darzulegen. Da Infrastrukturprogramme in der Vergangenheit zum Beispiel oft dazu dienten, die Verkäufe von Autos und anderen, mit fossilen Brennstoffen betriebenen Kraftfahrzeugen auszuweiten, haben diese Programme indirekt zur Kohlendioxidanreicherung (CO<sub>2</sub>) in der Atmosphäre beigetragen. Obgleich also öffentliche Investitionen eine sehr effektive Methode zur Überwindung periodischer Krisen des Wirtschaftssystems sein und insbesondere kurzfristig der Schaffung zusätzlicher gesellschaftlicher Nachfrage dienen mögen, könnten viele der langfristigen Folgen für die Menschheit und die Erde übersehen werden, solange es keine Diskussion über die Art und Weise der öffentlichen Investitionen gibt.

Um eine kritische Analyse der gesellschaftlichen und Umweltfolgen öffentlicher Investitionsprogramme einer Regierung durchführen zu können, müssen wir sowohl zwischen zivilen und militärischen Formen der Regierungsausgaben unterscheiden, als auch zwischen *produktiven* und *unproduktiven* Formen der Regierungsausgaben.<sup>9</sup> Wir müssen auch beachten, dass eine Investition entweder *sowohl produktive als auch unproduktive* Aspekte haben kann, oder gar seiner Form

8 Meine Analyse des Rüstungssektors als eines nicht-reziproken Sektors der kapitalistischen Ökonomie – nicht-reziprok, da die Kapitaleigentümer des Sektors Waren von Unternehmern in anderen Sektoren aufkaufen, aber keinem dieser Akteure militärische Waren verkaufen – findet sich bei Custers (2007, 147).

9 Ich verwende die Begriffe »produktive« und »unproduktive« Aktivitäten deutlich anders als die klassischen Ökonomen, da ich die Erhaltung des Lebens als bestimmendes Kriterium für die Klassifizierung industrieller Aktivitäten als »produktiv« setze (Custers 2007, 82).

nach vollständig zerstörerisch sein kann. Wenn wir nicht differenzieren, laufen wir Gefahr, wie Keynes den »Fortschritt« in einer sehr eng gefassten Art und Weise zu begreifen.

### **Die »ultimative« Form unproduktiver öffentlicher Investitionen: Die verschiedenen Formen des militärischen Keynesianismus**

In den folgenden Ausführungen werde ich mich auf eine Diskussion des militärischen Keynesianismus beschränken, d. h. auf all jene unproduktiven Investitionen, die für die Aufrechterhaltung des staatlichen Militärapparates getätigt werden. Um genau zu verstehen, wie kapitalistische Staaten ihre Militäraufwendungen zur volkswirtschaftlichen Steuerung eingesetzt haben, müssen wir analytische Verbindungen oder Paare untersuchen. Erstens gibt es einen Unterschied zwischen der »Ankurbelung« der Wirtschaft und einem langfristig geplanten Einsatz des Multiplikators (vgl. Dillard 1956, 75 u. 102.)<sup>10</sup> Indem sie Waffen, Computer, Uniformen oder andere Güter für die Armee kauft, kann eine Regierung eine kurzfristige Intervention zur Überwindung einer Wirtschaftsrezession vornehmen. Alternativ dazu kann sie sich dafür entscheiden, für den gesamten Zeitraum einer Konjunktur eine Genehmigung für den Kauf von Kampfflugzeugen, Kriegsschiffen oder anderen Militärgütern zu bekommen. Die Versuchung, die Wirtschaft während des Konjunkturrückgangs durch einen raschen oder zeitlich befristeten Sprung in den Militärausgaben aus der Krise zu holen, spiegelt sich in den historischen Entscheidungen, einen (weiteren) Krieg anzuzetteln (vgl. Custers 2008)). Da jedoch der Bau großer Waffensysteme ausgedehnter Planung und Forschung bedarf, dient der Ankauf großer Waffensysteme den kapitalistischen Staaten im Allgemeinen bevorzugt der *langfristigen* makroökonomischen Politik und Steuerung.

Eine weitere Unterscheidung muss zwischen primären und sekundären Formen des Rüstungskeynesianismus getroffen werden. In beiden Fällen nutzt ein Staat den Multiplikatormechanismus, um die gesellschaftliche Gesamtnachfrage anzukurbeln. Gleichfalls tätigt der Staat in beiden Fällen unwirtschaftliche Ausgaben und regt zur weiteren Verschwendung wirtschaftlicher Ressourcen an. Während sich jedoch der Begriff der *primären* Form des Rüstungskeynesianismus darauf bezieht, dass der Staat die Waffenkäufe und andere Militäraufwendungen als we-

10 Nach Dillard (1956, 106) entspricht »die Multiplikatoretheorie nicht der Ankurbelung. Letztere basiert auf der Vorstellung, dass eine vorübergehende neue Ausgabe eine anhaltende Tendenz zur Anhebung des Niveaus der Wirtschaftsaktivität haben wird, wohingegen die Multiplikatortheorie davon ausgeht, dass die Effekte der Einkommensverbesserung – einschließlich einer zeitlichen Verzögerung – nur solange wirksam werden, wie die Ausgaben anhalten. Obgleich Keynes zu einem bestimmten Zeitpunkt der Hypothese der Ankurbelung anhing, hatte er diese zum Zeitpunkt der Abfassung der »Allgemeinen Theorie« bereits hinter sich gelassen.« Deshalb ist Dillards Unterscheidung zwischen der Ankurbelung und den (Langzeit-)Multiplikatoreffekten für meinen Diskurs über den Rüstungskeynesianismus relevant.

sentliches Mittel zur Anregung des Konjunkturkreislaufs einsetzt, hat der Begriff der *sekundären* Form des militärischen Keynesianismus eine sehr viel engere makroökonomische Bedeutung. Hier leisten die militärischen Zuwendungen auch einen »Beitrag« zur Schaffung zusätzlicher gesamtgesellschaftlicher Nachfrage. Aber sie tun es nicht derart, dass die Wirtschaft ausschließlich von diesen Zuwendungen angekurbelt wird. Wo eine sekundäre Form des Rüstungskeynesianismus zur Anwendung kommt, wird die Wirtschaft entweder durch Privatinvestitionen der Unternehmen in der zivilen Wirtschaft oder vor allem durch zivile Ausgabenprogramme der nationalstaatlichen Regierung angekurbelt.

Zum Verständnis der überaus wichtigen Rolle, die Militärausgaben heutzutage einnehmen, ist noch ein dritter grundlegender Unterschied aufzuzeigen. Es ist der Unterschied zwischen einem *binnenwirtschaftlich* (intern) und einem *außenwirtschaftlich* (extern) orientierten Rüstungskeynesianismus. Die Bedeutung liegt hier im Wesentlichen darin, dass kapitalistische Ökonomien keine geschlossenen Systeme sind, sondern von Außenhandel und Ausfuhren als Absatzmärkte für den (teilweisen) Verkauf ihrer Überschüsse abhängen.<sup>11</sup> Auch mit Bezug auf den Militärssektor muss mit Nachdruck festgehalten werden, dass er kein »geschlossener« Sektor ist, der all seine Militärgüter an den Staat verkauft. Kapitalistische Staaten versuchen aktiv sicherzustellen, dass ihre Rüstungsunternehmen Zugang zu wichtigen ausländischen staatlichen Einfuhraufträgen erhalten, was auch durch die breit dokumentierte staatliche Förderung des Waffenexports bestätigt wird (Custers 2007, 324 u. 369). Insbesondere aus diesem Grund muss die Bedeutung des externalisierten Rüstungskeynesianismus betont werden, da durch den Waffenexport die Verschwendungseffekte der Waffenproduktion externalisiert werden. Während es in der Volkswirtschaft, in der die Waffen produziert werden, zu Multiplikatoreffekten kommt, werden die negativen Auswirkungen in Bezug auf den Verlust finanzieller Ressourcen entweder in andere wichtige Volkswirtschaften oder in periphere Länder der kapitalistischen Weltwirtschaft externalisiert.

## **Die Ankurbelung der Wirtschaft und der Langzeitmultiplikator**

Ich möchte im Folgenden kurz die Anwendung jeder der oben dargestellten sechs unterschiedlichen Formen des Rüstungskeynesianismus verdeutlichen. Zu Beginn möchte ich die Fälle der *Ankurbelung* der Wirtschaft und des *Langzeitmultiplikators* anhand der von der Regierung Bush jr. verfolgten Politik seit der US-Rezession von 2001-2003 verdeutlichen.

Der gegen den Irak Saddam Husseins angefangene Krieg diente direkt der Ankurbelung der US-Wirtschaft. In eben jenem Quartal des Jahres 2003 als der Krieg angefangen wurde, sprang die US-Wirtschaft wieder an und internationale

11 Zur Kritik von Rosa Luxemburg an der Wirtschaftswissenschaft, die einem eingeschränkten Verständnis vom Kapitalismus als »geschlossenem« System folgte, vgl. Luxemburg (1964).

Presseberichte gaben an, dass bis zu 60 Prozent des wieder entstandenen Wachstums durch die Militäraufwendungen der US-Regierung in den Jahren 2002/03 zustande gekommen wären. Um einen Ankurbelungseffekt hervorzurufen, bekamen Unternehmen der Informationstechnologiebranche, die im vorhergehenden Jahrzehnt der Motor der US-Wirtschaft war, ebenfalls spezifische Militärzuwendungen durch das US-Verteidigungsministerium (vgl. Leser 2003, 21).<sup>12</sup> Hier ist wieder einmal die Rolle, die die Militärzuwendungen bei der Ankurbelung der Wirtschaft spielten, sehr bemerkenswert. So hat sich also die US-Regierung während der Rezession, die die US-Wirtschaft zu Beginn dieses Jahrzehnts traf, bewusst dazu entschlossen, die unproduktiven öffentlichen Militärausgaben zu erhöhen. Während die negativen Auswirkungen dieser Politik ein Massenabschlachten und ein in die Länge gezogener Krieg im Irak waren, stellte er für die US-Wirtschaft und die US-Unternehmen den Beginn eines (eher kurzen) Konjunkturzyklus' dar.

Die Ausweitung der Militäraufwendungen der USA war jedoch nicht bloß eine kurzfristige oder zufällige Maßnahme. Seit Ende der 90er Jahre des 20. Jahrhunderts, also gar noch vor dem Beginn der erwähnten Rezession, haben aufeinander folgende US-Regierungen kontinuierlich die Militärausgaben jährlich erhöht. Aus verschiedenen Gründen lässt sich deshalb die Ausgabenpolitik der Regierung unter Bush jr. als ein Beispiel für die Anwendung des Langzeitmultiplikators beschreiben. Einmal ist das Gesamtwachstum des offiziellen Militärbudgets riesig. Während diese Zahl 1998 noch unter 300 Milliarden US-Dollar lag, bezifferte sich 2008 die Summe des offiziellen Militärbudgets einschließlich aller außerbudgetären Kriegsaufwendungen auf über 700 Milliarden US-Dollar. Die anhaltenden hohen Jahreszuwächse bei den Militärausgaben, zu denen die von der Regierung getätigten Gesamtausgaben für Militär bezogene Angelegenheiten, die zusätzlich zu den erwähnten 700 Milliarden US-Dollar noch einmal mindestens 300 Milliarden US-Dollar ausmachen, hinzugerechnet werden müssen, stellen ca. 8 Prozent des US-amerikanischen Bruttosozialprodukts dar (vgl. z. B. Johnson 2008/1 u. 2008/2).<sup>13</sup> Wenn wir nun wiederum diesen harten Zahlen die Ergebnisse der Operation des keynesianischen Multiplikators hinzurechnen, die dazu führen, dass die Militär bezogenen Ausgaben der Regierung zusätzliche Investitionen sowohl in der »Investitionsgüterbranche« als auch in der »Konsumgüterbranche« nach sich ziehen, kann geschlussfolgert werden, dass die Regierung von Bush jr.

12 Nach Lesers Zahlen war der Anteil der vom Pentagon eingegangenen Aufträge an den Geschäftsaktivitäten von IBM auf 25 Prozent angestiegen und die Verkäufe von Silikon Graphics an das Pentagon hatten sich im Zeitraum von einem Jahr von 20 auf 35 Prozent der Gesamtverkäufe des Unternehmens erhöht.

13 Johnson schließt mehrere größere Zuwendungen ein, die von anderen US-amerikanischen Beobachtern übersehen wurden, so z. B. Zuwendungen des Energieministeriums für die Entwicklung von Nuklearwaffen (US-\$ 25,3 Mrd.), der Fonds für Kriegsveteranen (US-\$ 75,7 Mrd.), der Pensionsfonds der Armee (US-\$ Mrd.) und Zinszahlungen für Regierungsanleihen, die zur Finanzierung vergangener, durch die Rüstungsausgaben entstandener Defizite ausgegeben wurden (US-\$ 200 Mrd.).

die Militäraufwendungen nicht bloß zur Ankurbelung der Wirtschaft eingesetzt hat, sondern als Langzeitmultiplikator zur Stimulierung der US-Wirtschaft.

Durch eine Untersuchung der Militärausgabenpolitik der USA und der Eingriffe in die Wirtschaft seit dem zweiten Weltkrieg ließe sich die Differenzierung zwischen Ankurbelungsmaßnahmen und Langzeitmultiplikatorenverwendung systematischer herausarbeiten. Im Rahmen dieses Aufsatzes ist eine solche systematische Behandlung leider nicht möglich. Um jedoch hervorzuheben, dass die Regierungsentscheidungen in Bezug auf die Verwendung von Ankurbelungsmaßnahmen und Langzeitmultiplikatoren nicht notwendigerweise überein zustimmen brauchen, soll hier erwähnt sein, dass Keynes selbst im Verlauf seiner Karriere seinen Standpunkt geändert hat: Dachte er anfangs, dass Ankurbelungsmaßnahmen ausreichen, kam er später zu dem Schluss, dass öffentliche Investitionen der Regierungen während des ganzen Konjunkturzyklus notwendig seien.

Sobald wir einmal zwischen dem zivilen und dem Rüstungskeynesianismus unterscheiden, wird deutlich, dass, selbst wenn die Position von Keynes akzeptiert wird, dies nicht notwendigerweise bedeuten muss, dass eine Regierung sich während des gesamten Konjunkturzyklus auf den Rüstungskeynesianismus stützen muss. Theoretisch betrachtet könnte eine Regierung ihre Form der ökonomischen Intervention ändern, sobald sich einmal die Wirtschaft durch die Militäraufwendungen von dem Konjunkturrückgang erholt hat. Es wäre möglich, dass sie sich auf die Militäraufwendungen als Ankurbelungsmaßnahme stützt und sich auf zivile Ausgaben als Langzeitmultiplikator verlässt. Sie könnte wiederum auch das Gegenteil tun und während einer Rezession besondere Fonds für die Anregung der Nachfrage nach Konsumgütern auflegen, um zu einem späteren Zeitpunkt die Ausgaben verstärkt im Militärgüterbereich zu tätigen.

### **Primäre versus sekundäre Anwendung des Multiplikators. Die USA und Europa als Beispiele**

Im Folgenden werde ich den Unterschied zwischen einer *primären* und *sekundären* Anwendung des Konzepts des Rüstungskeynesianismus darstellen.

Zunächst bezieht sich die klassische Anwendung einer primären Form des Rüstungskeynesianismus auf Situationen, in denen Regierungen moderner Staaten, wie zum Beispiel Nazi-Deutschland während der 30er Jahre des 20. Jahrhunderts und die USA in den Konjunkturzyklen der Nachkriegszeit, Defizitfinanzierung und Staatsanleihen eingesetzt haben, um die Gesamtnachfrage ihrer Wirtschaften anzuregen. Dabei haben sie ein Hauptgewicht auf die Militärausgaben gelegt. Nazi-Deutschland während der 30er Jahre und die US-Wirtschaft während der Reagan-Ära sind bedeutsame Beispiele, die einem hier einfallen. Es wäre jedoch falsch, das Phänomen des Rüstungskeynesianismus einzig auf diese bekannten Fälle zu beschränken. Denn es gibt viele Fälle, in denen die Ratschläge

von Keynes bezüglich des Rüstungskeynesianismus nicht vollständig umgesetzt wurden, wo jedoch, angesichts dessen, dass Multiplikatoreffekte durch die Rüstungskäufe und andere Militärausgaben *tatsächlich* hervorgerufen werden, das Vorhandensein eines Rüstungskeynesianismus anerkannt werden muss. Die gegenwärtigen europäischen Rüstungsbudgets/-aufwendungen sind hierfür ein Beispiel. Die europäische Form des Rüstungskeynesianismus kontrastiert mit der primären Form des Rüstungskeynesianismus, die in den USA bevorzugt eingesetzt wurde.

Werfen wir einen kurzen Blick auf die Fakten und Zahlen bezüglich der US-amerikanischen und der europäischen Wirtschaft: Die Größe dieser beiden Wirtschaftseinheiten unterscheidet sich nicht wesentlich, was heißt, dass die Bruttozialprodukte beider Wirtschaften im Großen und Ganzen miteinander vergleichbar sind. Die Ausgabenpolitik sowohl der USA als auch der EU und ihrer Mitgliedstaaten zeichnet sich durch den Umstand aus, dass ein Teil der Militärausgaben der öffentlichen Wahrnehmung verborgen ist. Militärische/Militär bezogene Ausgaben sind in jedem Fall wesentlich größer als die offiziellen Zahlen für Militärausgaben ausweisen. Wenn wir uns jedoch einfach nach den Beträgen für Waffenkäufe und andere Militärausgaben richten, die in offiziellen Budgets angegeben sind, dann sticht der Unterschied zwischen den USA und Europa hervor. Während die jährlichen Militärausgaben der USA bei über 700 Milliarden US-Dollar liegen, liegt der Gesamtbetrag für offizielle Militärausgaben der Staaten der Europäischen Union bei weniger als der Hälfte (vgl. z. B. den Überblick auf Wikipedia). Der Unterschied zwischen den offiziellen Militärausgaben der USA und den der Staaten der Europäischen Union drückt prägnant den Unterschied zwischen dem primären und dem sekundären Rüstungskeynesianismus aus.

Vielleicht ist es hier am einfachsten, den Unterschied zu erklären, indem auf die Funktionsweise des sekundären Rüstungskeynesianismus in Europa eingegangen wird. Es wäre falsch, davon auszugehen, dass der europäische Rüstungssektor, oder genauer gefasst, die gesamten Rüstungsaufwendungen der an der EU beteiligten Staaten, die treibende Kraft des europäischen Konjunkturzyklus ist/sind. Obgleich die Rüstungsbudgets der größten europäischen Staaten, namentlich Großbritannien, Frankreich und Deutschland, in der Reihenfolge ihrer offiziellen Rüstungsbudgets einen erheblichen Umfang aufweisen und ungefähr zwei Drittel der Rüstungsausgaben der EU ausmachen, werden diese Rüstungsausgaben nicht als primärer Hebel zur Belebung des Konjunkturzyklus der europäischen Wirtschaft oder ihrer drei stärksten Volkswirtschaften eingesetzt. Gleichzeitig sind die gesamten Multiplikatoreffekte der Militär bezogenen Ausgaben in Europa auch nicht unbedeutend. Zusammengefasst haben diese Ausgaben eine erhebliche Auswirkung auf die europäische Gesamtwirtschaft. Der Umfang der Verkäufe europäischer Rüstungsunternehmen an die wichtigsten Volkswirtschaften Europas und der Umfang der für den Betrieb/die Aufrechterhaltung der Armeen vergebenen Aufträge illustrieren das große Interesse dieser Staaten an den von diesen

Aufträgen hervorgerufenen Multiplikatoreffekten. Obgleich also der europäische Konjunkturzyklus nicht in demselben Maße von Militär bezogenen Staatskäufen abhängig ist wie der Konjunkturzyklus unter Bush jr., versuchen die großen europäischen Volkswirtschaften doch makroökonomische Effekte durch diese Aufkäufe zu erzielen.

### **»Externalisierter« Rüstungskeynesianismus – eine verbreitete US-amerikanische/europäische Krankheit**

In meiner obigen Zusammenfassung über die Formen des Rüstungskeynesianismus habe ich mich auf ein drittes Paar von »Gegensätzen« bezogen, nämlich den Gegensatz zwischen einer binnenwirtschaftlichen Form des Rüstungskeynesianismus und einem »externalisierten« Rüstungskeynesianismus. Da ich bereits die Anwendung der Multiplikatoreffekte Militär bezogener Käufe für die Binnenwirtschaft in den zwei vorhergehenden Abschnitten behandelt habe, werde ich nunmehr insbesondere auf die Frage des »externalisierten« Rüstungskeynesianismus eingehen.

Wie ich bereits angeführt habe, bezieht sich dieses Konzept auf eine Situation, in der die Kosten für die Produktion eines Rüstungssystems nicht durch den Staat und seine Binnenwirtschaft getragen werden, sondern durch einen ausländischen Staat – und damit letztlich durch dessen Staatsbürger/innen – der sich zum Import des Waffensystems entscheidet. Dies ist eine Situation *sui generis*, in dem Sinne, dass sie zu dem Transfer der gesellschaftlichen Auswirkungen der Rüstungsproduktion führt, d. h. von der *Binnenwirtschaft* zur Wirtschaft, die die Waffen importiert. Das bedeutet, dass weitere Investitionen in der Binnenwirtschaft angeregt werden, wohingegen die *importierende* Wirtschaft die Verluste tragen muss. Der Staat, der das Waffensystem kauft, wendet Ressourcen für Waffenimporte auf, die möglicherweise für die Reduzierung von Armut, für die Stärkung der binnenwirtschaftlichen Beschäftigungsquote oder für andere Verbesserungen der Wohlfahrt der Bürger/innen aufgewendet werden könnten.

In der von Keynes in den 30er Jahren des vorigen Jahrhunderts formulierten Theorie wurden weder der Rüstungshandel noch die negativen Auswirkungen für die Waffen importierende Nation diskutiert. Keynes war die Tatsache, dass der Außenhandel eine besondere Rolle in Bezug auf den Multiplikator spielt, nicht vollkommen entgangen. Aber da sich seine Aufmerksamkeit vornehmlich auf die Funktionsweise der damals hegemonialen britischen Wirtschaft konzentrierte, hob er zuvörderst das empirische Faktum hervor, dass der britische Außenhandel einen Verlust darstellte. Da ein erheblicher Teil der britischen Konsumnachfrage (20 Prozent) in den Kauf ausländischer Waren floss und da Großbritannien einen erheblich größeren Teil an Konsumgütern importierte als es ausfuhrte, argumentierte Keynes, übe der Außenhandel einen negativen Effekt auf die Funktions-

weise des Multiplikators in Großbritannien aus.<sup>14</sup> Keynes übergang offensichtlich vollständig die Bedeutung, die die britischen Rüstungsexporte in andere Regionen der Weltwirtschaft hatten.<sup>15</sup> Im ersten Teil des vergangenen Jahrhunderts überschritten diese Exporte die Größe britischer Importe militärischer oder Militärbezogener Waren um Einiges. Entgegen Keynes' Argumentation stellten diese Exporte das genaue *Gegenteil* dar – nämlich hauptsächlich einen Verlust für die importierenden Staaten – weshalb dieser Mangel an Analyse zweifellos enttäuscht.

Auch vor dem Hintergrund der gegenwärtigen Erfahrungen der USA und Europas ist eine tiefer gehende Betrachtung der Rüstungsexporte von Bedeutung. Die Erfahrungen der zwei Wirtschaftsmächte mögen in diesem Fall nicht vollständig übereinstimmen. Wie bereits oben angeführt, sind die Rüstungsaufwendungen in den USA oftmals als *primärer* Hebel zur Steigerung der Gesamtnachfrage eingesetzt worden während sie für Europa eher einen *sekundären* Hebel für die makroökonomische Belebung darstellen. Bislang hat die Europäische Union selbst Rüstungskäufe noch nicht als Hebel für makroökonomische Wirtschaftspolitik eingesetzt, sondern die einzelnen Mitgliedstaaten der EU haben dies getan. Aber die von internationalen Forschungsinstituten zusammengetragenen Fakten zeigen sehr genau, dass Rüstungsexporte von europäischen Unternehmen und ihren staatlichen Unterstützern als ein Mittel der Handels angewandt werden, was ebenso für die Rüstungsexporte der USA gilt. Die Regierungen Frankreichs, Großbritanniens und anderer EU-Mitglieder haben die Rüstungsexporte gefördert, da sie wissen, dass diese Exporte eine Ergänzung zu dem von ihnen praktizierten binnenwirtschaftlichen Rüstungskeynesianismus darstellen. Kurzum, die Kritik des »externalisierten« Rüstungskeynesianismus muss umgehend aufgegriffen werden. Wenn die makroökonomischen Folgen von Rüstungsausgaben angesprochen werden, sollten die Rüstungsexporte thematisiert werden, obgleich diese bislang noch nicht Teil der allgemeinen Diskussion zum Rüstungskeynesianismus gewesen sind. Denn es gibt zahlreiche Berichte darüber, dass die Regierungen der hegemonialen und anderen zentralen kapitalistischen Ökonomien die Rolle der Rüstungsexporte derart bewerten (vgl. z. B. Office 2006).<sup>16</sup>

14 Über Keynes' Ansicht, dass der Außenhandel der britischen Ökonomie (des frühen 20. Jahrhunderts) angesichts des größeren Anteils, den die Importe am britischen Konsum einnahmen, einen »Verlust« für die Wirksamkeit des Multiplikators darstellte (vgl. Keynes 1964, 120; Dillard 1956, 115). Zum Exportüberschuss der USA im Verhältnis zu Europa im späten 19. und frühen 20. Jahrhundert vgl. Kennedy (1989, 245).

15 Für Zahlen bezüglich des Anteils, den die Exporte britischer Kriegsschiffe zu Beginn des 20. Jahrhunderts am Welthandel einnahmen, vgl. Trebilcock (1977, 123-124).

16 In diesem Pentagon-Report heißt es: »Verteidigungsexporte spielen bei der Stärkung der industriellen Grundlagen der US-Verteidigungsindustrie eine wichtige ökonomische Rolle.« Und »ungefähr 20 Prozent (sic) der Artikel der US-Waffensysteme werden exportiert« und »Verkäufe an ausländische Kunden haben häufig einen entscheidenden Anteil an der Weiterführung ganzer Produktionslinien gehabt ...« (Office 2006).

## **Transatlantische Kapitalkonzentration und Rüstungskeynesianismus**

Die bewusste Manipulation der Rüstungsexporte zu makroökonomischen Zwecken lässt sich leicht zeigen, wenn wir uns kurz auf die Frage der transatlantischen Kapitalkonzentration im internationalen Rüstungssektor konzentrieren.

Diese Art der Kapitalkonzentration ist seit den späten 90er Jahren des 20. Jahrhunderts von den USA bewusst verfolgt worden. Die Clinton-Regierung entschied sich gegen Ende ihrer Amtszeit zur Umsetzung einer Strategie, die dazu dienen sollte, die Welthegemonie der US-amerikanischen Rüstungsunternehmen durch die Schaffung von transatlantischen Bündnissen mit europäischen Waffenproduzenten abzusichern. Diese »Bündnisse« fanden in Form von Übernahmen, Fusionen und in Form von Joint Ventures statt. Unabhängig von der genauen Form der gebildeten Bündnisse, haben die von den USA vorangetriebenen Prozesse der Kapitalkonzentration im internationalen Rüstungssektor dazu geführt, dass alle US-amerikanischen Riesenunternehmen mit europäischen Unternehmen zusammenarbeiten. Die fünf größten Rüstungsproduzenten der USA, Lockheed Martin, Boeing, Northrop Grumman, Raytheon und General Dynamics, haben sich daran beteiligt. Da die relative Größe ihres Kapitals in den meisten Fällen größer ist, als das ihrer europäischen Partner, hat der Prozess der transatlantischen Kapitalkonzentration die hegemoniale Position der US-Unternehmen gestärkt.

Ein transatlantisches Bündnis kann nun zu vermehrten Aufträgen in jeder Richtung führen, sei es zu Gunsten eines US-Unternehmens oder zu Gunsten eines europäischen Rüstungsunternehmens. Aus der Perspektive des »externalisierten« Rüstungskeynesianismus können die Ergebnisse für die europäischen Wirtschaften entweder vorteilhaft sein, da die durch die Verlegung wirtschaftlicher Ressourcen entstandenen Verluste auf die US-Wirtschaft zurückfallen, oder ebenso nachteilig wirken. Alles hängt davon ab, in welcher der Volkswirtschaften der Multiplikatoreffekt zuerst hervorgerufen wird. Von größter Bedeutung ist hier der praktische Nachweis der veranlassten Rüstungsaufträge. Zwei vergebene Aufträge stechen in ihrer Bedeutung heraus: der des britischen Verteidigungsministeriums an den Zusammenschluss des US-Unternehmens Boeing und des europäischen Unternehmens Thales über die Lieferung von Armeefahrzeugen (in Höhe von 86 Milliarden Euro) beziehungsweise der des Pentagon an den Zusammenschluss des US-Unternehmens Northrop Grumman und des europäischen Unternehmens EADS über den Bau von Luftbetankungsflugzeugen (in Höhe von 35-40 Milliarden US-Dollar). Unabhängig von der genauen Verteilung der Unternehmensgewinne ist der »externalisierte« Rüstungskeynesianismus in dem Sinne in beiden Fällen so wirksam, dass ein Teil der Multiplikatoreffekte räumlich von den entstandenen wirtschaftlichen Verlusten getrennt wird.

Gleichzeitig ist es politisch von Bedeutung, dass der Vorstoß zur Bildung transatlantischer Unternehmensbündnisse im internationalen Rüstungssektor größtenteils von den USA ausgegangen ist. Es war die US-Regierung, die sich 1998 zu-

erst für transatlantische Zusammenschlüsse/Joint Ventures aussprach und die europäischen Unternehmen, Staaten und die EU haben auf diese US-Initiative reagiert. Es waren ebenfalls wiederum die USA, die bewusst die transatlantische Bildung von Unternehmenszusammenschlüssen mit dem Ziel der Exportförderung verbanden, um zu gewährleisten, dass Rüstungsexporte als Form des »externalisierten« Rüstungskeynesianismus eingesetzt werden können. Während sowohl die USA als auch die großen europäischen Staaten Rüstungsexporte als Kunstgriff zur Aufrechterhaltung militärisch-technologischer Potenziale und industrieller Kapazitäten im binnenwirtschaftlichen Rüstungssektor einsetzen, hat das Pentagon ausdrücklich die Vorstellung der Bildung transatlantischer Produktionsbündnisse im Rüstungsbereich aufgegriffen und dies mit dem Einsatz von Exporten zur makroökonomischen Wirtschaftssteuerung verbunden. Es lässt sich folglich zutreffend davon sprechen, dass das Zusammenspiel zwischen der Bildung transatlantischer Produktionsbündnisse und dem »externalisierten« Rüstungskeynesianismus ein US-amerikanisches Instrument darstellt. Unter der Clinton-Regierung (1998) beschlossen, wurde diese wirtschaftspolitische Orientierung unter der Regierung von Bush jr. sehr nachdrücklich vertreten, indem das Primat des Rüstungskeynesianismus in der Wirtschaftspolitik der Regierung wiederhergestellt wurde.

### **Rüstungs- und ziviler Keynesianismus – Widerspruch oder sich ergänzende Formen?**

Ich werde im Folgenden den Rüstungskeynesianismus mit dem zivilen Keynesianismus vergleichen und die verschiedenen Formen, in denen sie miteinander kombiniert sind, erörtern.

Es ist a priori möglich, dass ein Defizit im Jahresbudget der Regierung entweder ausschließlich zur Finanzierung erweiterter Militärzuwendungen oder zu erhöhten öffentlichen Ausgaben von zivilem oder sozialem Charakter verwandt wird. In der Literatur gibt es eine Tendenz, die davon ausgeht, dass beide einfach im Widerspruch zueinander stehen, als ob eine Regierung nicht einen Kurs verfolgen könnte, der diese beiden unterschiedlichen Formen des Keynesianismus kombiniert oder sie alternativ anwendet. In der Praxis gibt es ganze Reihe verschiedener Kombinationen. Es ist zum Beispiel möglich, dass eine Regierung den *primären Rüstungskeynesianismus* mit dem *sekundären zivilen Keynesianismus* kombiniert. In diesem Fall fungieren die Militärausgaben als primäres Mittel zur Regulierung des Konjunkturzyklus während zivile Ausgaben in der Steuerung der Volkswirtschaft eine untergeordnete Rolle spielen. Ebenso gut ist das gegenteilige Szenario vorstellbar – in dem sich eine Regierung zur Ankurbelung des Konjunkturzyklus auf öffentliche Investitionen und Sozialprogramme zivilen Charakters stützt, aber zusätzlich Rüstungskäufe einsetzt, um dasselbe Ziel zu erreichen.

Meines Wissens sind diese unterschiedlichen Kombinationen theoretisch nur sehr unzureichend aufgearbeitet. Die Erfahrung bedeutender Volkswirtschaften im zwanzigsten Jahrhundert zeigt jedoch hinreichend, dass man die unterschiedlichen Kombinationen, in denen Regierungen »gemischte« Wirtschaftspolitiken zur Anwendung bringen, sehen muss.

Die obigen Behauptungen lassen sich einmal mehr mit Beispielen aus der europäischen und der US-Geschichte illustrieren. Für die USA möchte ich den Gegensatz zwischen den von der Regierung der Demokraten unter Lyndon B. Johnson in den späten 60er Jahren des 20. Jahrhunderts und den der Republikanischen Regierung unter Ronald Reagan in den 80er Jahren des 20. Jahrhunderts getroffenen Entscheidungen anführen. Beide Regierungen sind dafür bekannt, dass sie ihre jeweiligen Budgetzuweisungen für das Militär drastisch erhöht haben, Präsident Johnson ab 1965 und Präsident Reagan ab 1982.

Diese zwei Beispiele für die Ausweitung von Militäraufwendungen können jedoch nicht einander gleichgesetzt werden. Im Fall der unter Johnson vorgeschlagenen und durchgeführten Budgetausweitungen, von 125 Milliarden US-Dollar auf 200 Milliarden US-Dollar in einem Zeitraum von nur dreieinhalb Jahren, fiel die Entscheidung eindeutig sowohl zugunsten erweiterter Waffenkäufe für den Angriffskrieg in Vietnam als auch zugunsten erweiterter sozialstaatlicher Programme aus (vgl. Aglietta 1979, 239). Andererseits fiel die Ausweitung der unter Reagan eingesetzten Militäraufwendungen mit einer Verringerung der Zuwendungen zu sozialstaatlichen Programmen im jährlichen Regierungsbudget zusammen (vgl. Davis 1985). Während also im ersten Fall die Regierung versuchte, den militärischen und zivilen Keynesianismus zu kombinieren, um die Gesamtnachfrage anzuregen, scheint sie sich im zweiten Fall ausschließlich auf den Rüstungskeynesianismus gestützt zu haben, um die Regulierung des Konjunkturzyklus zu erreichen.

Während im Falle der USA der primäre Rüstungskeynesianismus seit dem Zweiten Weltkrieg wiederholt zur Anwendung kam – zeitweise in Kombination mit einer sekundären Form des zivilen Keynesianismus –, hat in Europa der zivile Keynesianismus eine weitaus wichtigere Rolle gespielt, wohingegen der Rüstungskeynesianismus eine nachrangige Rolle gespielt hat. Obwohl historisch betrachtet der primäre Rüstungskeynesianismus hier ebenfalls zur Anwendung kam, wenn wir uns einmal an das wirtschaftspolitische Vorgehen Nazideutschlands oder auch Großbritanniens während des Ersten Weltkriegs erinnern, ist der Mechanismus des Rüstungskeynesianismus in Europa seit dem Zweiten Weltkrieg in den Hintergrund getreten. Stattdessen kamen die Rezepte von Keynes großenteils in der Durchführung ziviler Ausgabenprogramme zur Anwendung. Die nachrangige Anwendung des Rüstungskeynesianismus lässt sich anhand der Zuweisungen der Budgetposten der europäischen Staaten einfach nachweisen. In den Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg bis ca. zu den späten 1970ern und frühen 1980ern sind öffentliche Investitionen zur Regulierung des Konjunkturzyklus

getätigt worden. Aber die öffentlichen Investitionsprogramme waren durchgängig in erster Linie zivilen Charakters und erst in zweiter Linie militärischen Charakters. Folglich stellt Europa in der Periode nach dem Zweiten Weltkrieg das Gegenteil der USA dar. Anders ausgedrückt ist der europäische »Mix« von Wirtschaftspolitiken ein Spiegelbild des US-amerikanischen Mix.

### **Jenseits des Rüstungskeynesianismus: Ökologisch orientierte öffentliche Investitionen**

In diesem Abschnitt werde ich eingangs kurz darauf eingehen, wie eine über den Rüstungskeynesianismus hinausweisende Perspektive aussehen kann.

Die Direktorin des Amsterdamer Transnational Institute und weltberühmte kritische Wirtschaftswissenschaftlerin, Susan George, hat anlässlich der gegenwärtigen Weltfinanzkrise, in deren Verlauf einige nordeuropäische Staaten Keynes wieder entdecken, vorgeschlagen, dass wir einen ökologisch orientierten Keynesianismus voranbringen sollten (2008). Auf den ersten Blick erscheint ihr Vorschlag sowohl angemessen als auch zum rechten Zeitpunkt geäußert zu sein: Eine ökologisch orientierte Staatspolitik des Keynesianismus müsste offensichtlich allen Formen des Rüstungskeynesianismus, insbesondere der militärpolitisch orientierten Wirtschaftsankurbelung, dem langfristig orientierten militaristischen Gebrauch des Multiplikators, dem primären und sekundären Rüstungskeynesianismus und dem »externalisierten« Rüstungskeynesianismus, ein Ende bereiten. Da die kapitalistischen Militärtechnologien zerstörerisch sind und auf die Auslöschung menschlicher und anderer Lebensformen abzielen, wäre unter einer ökologisch orientierten keynesianischen Staatspolitik die Entwicklung kapitalistischer Militärtechnologie unzulässig. Stattdessen wären alle öffentlichen Investitionen darauf zu richten, *produktive* Technologien und Produktionsformen zu fördern. Wenn ein ökologisch orientierter Keynesianismus auf produktive Investitionen abzielt und wenn diese Investitionen in einem immanenten Sinne produktiv sein sollen, nämlich als Investitionen, die das Leben auf dem Planeten Erde unterstützen helfen, dann ist ein ökologisch orientierter Keynesianismus in der Tat absolut willkommen.

Die Vorstellung eines ökologisch orientierten Keynesianismus als Gegensatz zum Rüstungskeynesianismus ließe sich vielleicht zunächst darstellen, indem die durch große öffentliche Investitionen mit dem Ziel der Verhinderung einer Klimakatastrophe zu bewirkenden Veränderungen untersucht würden.

Nehmen wir zum Beispiel einmal an, dass der gegenwärtige US-Präsident Obama sich zu einem dramatischen Wandel in der US-Politik entscheiden würde und statt Militäraufwendungen als Hebel für die Regulation der Konjunktur einzusetzen, wie es unter der Regierung von Bush jr. der Fall war, sich stattdessen für den Einsatz öffentlicher Investitionen zur Nutzung erneuerbarer Energiere Ressourcen, wie zum Beispiel Sonnen- und Windenergie, verwenden würde. Nehmen wir

einmal an, er würde seine Macht dazu einsetzen, um eine massive Verschiebung in der Produktion durchzusetzen: weg von der Produktion von Automobilen, die mit fossiler Energie betrieben werden, hin zur Produktion von Automobilen, die mit erneuerbaren Energien betrieben werden. Offensichtlich stellte jede dieser Veränderungen eine vernünftige Umorientierung dar. Dies wäre insbesondere dann der Fall, wenn die US-Regierung, neben massiven Investitionen zur Erlangung einer drastischen Reduzierung der Emission von Treibhausgasen, gleichzeitig eine drastische Reduzierung der Rüstungsausgaben durchsetzen würde.

Jedoch wird erst die Zukunft zeigen können, wie weit Präsident Obama wirklich gehen wird in dem Versuch, die Bedeutung des Rüstungskeynesianismus für die US-Wirtschaft zu reduzieren. Die ersten Verlautbarungen und insbesondere seine Ankündigung, zusätzliche Truppen zur Bekämpfung des »Terrorismus« nach Afghanistan zu entsenden, lassen einen Wandel nur wenig überzeugend erscheinen.

Aber selbst wenn es Obama gelänge, den beschriebenen Wandel in der wirtschaftspolitischen Gestaltung durchzusetzen, hieße dies nicht notwendigerweise, dass alle unproduktiven Auswirkungen öffentlicher Investitionen abgeschafft würden. Hierbei dreht es sich im Kern darum, dass alle kapitalistischen Investitionen in den Bergbau, die Weiterverarbeitung von Rohstoffen und in die Entwicklung industrieller Technologien und Produktionsanlagen negative Nebenwirkungen haben. Sie alle führen zu Nebenprodukten, die der menschlichen Gesundheit und unserer natürlichen Umwelt schaden. Dies gilt nicht nur für Investitionen in die Entwicklung fossiler Brennstoffe, sondern auch für Investitionen in andere Energiequellen. Alle kapitalistischen Bergbau- und Produktionsaktivitäten führen unvermeidlich zum Ausstoß von *nicht-warenförmigem* Abfall, d. h. zu Nebenprodukten, die grundsätzlich nicht für den Verkauf auf dem Markt vorgesehen sind (vgl. Custers 2007, 51). Wir müssen folglich gegenüber der unkritischen Begeisterung, mit der ein begrenzter Abschied vom Rüstungskeynesianismus gefeiert wird – als würde die teilweise Förderung alternativer Energieressourcen gleichsam eine Ära des ökologisch ausgerichteten Keynesianismus einleiten – wachsam sein. Denn wenn wir eine Wirtschaftspolitik einführen wollen, die alle unproduktiven Effekte (kapitalistischer) Produktion abschafft, müssen wir tatsächlich mehr tun, als nur den Rüstungskeynesianismus zu beenden. Um dieses Ziel zu erreichen, müssten wir uns gegen alle unproduktiven Auswirkungen der kapitalistischen Produktion wenden.

### **Über den Keynesianismus hinaus: Eine kurze Untersuchung über den »stationären Zustand«**

Bevor ich diesen Essay abschließe, würde ich gerne meine Perspektive einer »nachhaltigen« Wirtschaftspolitik skizzieren. Dabei handelt es sich um eine zukunftsweisende wirtschaftspolitische Orientierung, die uns über den Rüstungskeynesianismus und andere Formen öffentlicher Investitionen, die im Wider-

spruch zu den Interessen der Menschheit und anderer auf dem Planeten lebender Spezies stehen, hinausführt.

Der wichtigste hier hervorzuhebende Punkt ist, dass selbst eine »ökologische« Form des Keynesianismus möglicherweise nicht ausreicht, um das Überleben der Menschheit und der Erde zu sichern. Selbst wenn wir versuchten, all diejenigen Investitionen, die offensichtlich gefährlich und riskant sind, zu verwerfen, wie zum Beispiel Investitionen in fossile Brennstoffe, eine Klimakatastrophe bewirken können, sind wir dem Risiko einer ursächlich von kapitalistischer Akkumulation verursachten globalen ökologischen Krise ausgesetzt. Das Problem liegt hier nicht darin, dass allen Formen der keynesianischen Politik misstraut werden müsste oder dass der Staat notwendigerweise unproduktive Investitionen tätigen muss, sondern dass auch Keynes' Theorie auf dem kapitalistischen Akkumulationsmodell aufbaute. Keynes' Theorie ging von einem ständig sich beschleunigenden Wachstum der gesellschaftlichen Produktion aus. Das heißt der Schaffung einer ständig wachsenden Masse industrieller Güter, die nach Absatzmärkten verlangten, weshalb das Problem der Sicherstellung einer »angemessenen«, ständig wachsenden Gesamtnachfrage im Mittelpunkt seiner Überlegungen stand. Da Keynes in erster Linie darum bemüht war, die Probleme, die sich aus dem Mangel eines ausreichenden, garantierten Marktes für überschüssige Waren ergaben, zu lösen, war sein theoretischer Horizont begrenzt.

Die Vorstellung eines »stationären Zustandes« oder die Idee der »einfachen Reproduktion«, wie sie von Politökonomen im Jahrhundert nach der Industriellen Revolution vorgebracht wurden, sind ein angemessener Beginn für eine Theoriebildung als Basis künftiger Wirtschaftspolitik. In ihrem Versuch, das kapitalistische System zu verstehen, debattierten Theoretiker des 19. Jahrhunderts wie Karl Marx und John Stuart Mill nicht nur die Folgen des Antriebs der Kapitalisten, Kapital zu akkumulieren, sondern sprachen auch von einem Modell ohne Akkumulation. In diesem Modell reinvestieren Unternehmer nicht zur Erhöhung der Produktion, sondern versuchen stattdessen, einen »stabilen Zustand«, ein durch die aufeinander folgenden Konjunkturzyklen der Produktion hindurch konstantes Produktionsniveau zu halten.

Im zweiten Band des »Kapital« untersuchte Marx zum Beispiel, welche Marktgleichungen beibehalten werden müssen, um sicherzustellen, dass die gesellschaftliche Produktion auf einem gleich bleibenden Niveau gehalten werden könne (vgl. Marx 1964, 20. Kapitel, 391 ff.). Auch John Stuart Mill, einer von Marx' liberalen Zeitgenossen, bezog sich auf die Vorstellung einer »stationären« Ökonomie. Während Marx jedoch den Zustand einfacher Reproduktion weitestgehend nur als eine hypothetische vergangene Epoche ansah, die dem Zustand der unablässigen Akkumulation vorausging, meinte John Stuart Mill, dass in Zukunft das gesamte kapitalistische System der Stabilisierung bedürfte (vgl. Mill 1988, Kapitel VI, 113 ff.). Die Ausweitung der Produktion könne nicht auf unbestimmte Perioden menschheitlicher Zeiträume aufrechterhalten werden.

Sicherlich verstehen die Klimawissenschaftler/innen, die mit zunehmender Dringlichkeit die Politiker/innen darauf hingewiesen haben, dass der Ausstoß der Treibhausgase unbedingt verringert werden muss, um das Klima des Globus zu stabilisieren, die Notwendigkeit der globalen Stabilisierung der Produktion und des Konsums am ehesten (vgl. Hansen 2008).

Während in der Vergangenheit die meisten Wirtschaftswissenschaftler/innen, einschließlich der sozialistischen, davon ausgingen, dass es bis in die unbegrenzte Zukunft eine Ausweitung der Produktion geben müsse, erzwingt der Klimawandel heute ein stabiles Niveau gesellschaftlicher Produktion und menschlichen Konsums zur Regulierung und Stabilisierung des Verhältnisses zwischen Weltwirtschaft und natürlicher Umwelt. Selbstverständlich kann bei Wiederaufnahme der Debatte um einen »stationären Zustand« die Tatsache nicht unberücksichtigt bleiben, dass der Zugang zu den natürlichen Ressourcen der Welt in der derzeitigen Weltwirtschaft hochgradig ungleich ist (vgl. Daly, Townsend 1993, Kap. 13, 15 u. 19). Folglich ist ein »stationärer Zustand« nur als *globale Perspektive* vorstellbar, als weltweit reguliertes System von Produktion und Konsum, das die Notwendigkeit des Schrumpfens der Ökonomien des Nordens mit einer Ausweitung der Produktion in Teilen des globalen Südens verbindet. Nichtsdestotrotz sollte die Vorstellung eines vom Ziel globaler ökonomischer Gerechtigkeit geleiteten »stationären« Zustands keine Utopie bleiben. Vielmehr sollte diese Idee in die öffentliche Debatte eingeführt werden, da eine weltweite Stabilisierung der Produktion die einzige realistische Alternative zur gegenwärtigen, jähen Zerstörung der Natur ist, von der das Überleben der Menschheit abhängt.

## **Schlussfolgerungen**

Die globale Finanzkrise, die sich im Verlauf des Jahres 2008 vertieft hat, hat zu einem bemerkenswerten Wiedererwachen des Interesses an keynesianischer Wirtschaftspolitik geführt. Um den Auswirkungen einer drohenden scharfen Rezession zu begegnen, haben sich viele Regierungen, die die mächtigsten Staaten der Welt repräsentieren, dafür entschieden, Programme zur Stimulierung der Gesamtnachfrage in Kraft zu setzen. Am bemerkenswertesten ist vielleicht der von der britischen Regierung durchgeführte politische Kurswechsel in dem Land, das vor über dreißig Jahren die »neoliberale Revolution« einleitete. Die britische Regierung hat plötzlich die Notwendigkeit der Defizitfinanzierung anerkannt, womit sie frühere Dogmen bezüglich ausgeglichener Haushalte verwarf. Zumindest vorübergehend hat sich die Regierung dazu entschieden, das Niveau der Mehrwertsteuer im Land zu senken und die Besteuerung höherer Einkommen anzuheben. Dies sind Maßnahmen, die uns an Keynes' Rezepte zur Stützung der Gesamtnachfrage erinnern (vgl. Malingre 2008, van Straaten 2008). Überdies steht der Fall Großbritanniens nicht isoliert da. Alle großen Wirtschaftsmächte, einschließ-

lich der USA, Chinas und der Europäischen Union, haben sich der Durchführung großer öffentlicher Investitionsprogramme zugewandt, um der wachsenden Rezession zu begegnen, Multiplikatoreffekte hervorzurufen und die Konsumnachfrage nach Waren zu beleben.

Während es fraglich ist, ob das erneuerte Interesse an keynesianischer Wirtschaftspolitik Früchte tragen kann, solange das außerordentlich große Ungleichgewicht zwischen dem internationalen Finanzsystem und der in den westlichen Gesellschaften existierenden gesellschaftlichen Produktion nicht aufgehoben wurde, ist es ebenso notwendig, die unhinterfragte Annahme, dass alle öffentlichen Investitionsprogramme gesund seien, abzulehnen. Vor dem Hintergrund vielfacher Kriege im Nahen Osten und einer rasant wachsenden ökologischen Krise wäre eine unkritische Wiederanerkennung der keynesianischen Wirtschaftspolitik einfach nur falsch. Während für Keynes jegliche Art öffentlicher Investition gut war, besteht heutzutage die große Notwendigkeit darin, eine öffentliche Debatte über die verschiedenen sozialen und umweltpolitischen Ziele, die mittels öffentlicher Investitionen realistisch erreicht werden können, anzuregen. In diesem Zusammenhang ist die Unterscheidung zwischen produktiven und unproduktiven Investitionen von grundlegender Bedeutung. Während einige Formen von Investitionen eindeutig helfen, das Leben auf diesem Planeten aufrechtzuerhalten und deshalb als produktiv bezeichnet werden können, gibt es andere Formen von Investitionen, die als vollständig oder weitgehend unproduktiv erklärt werden müssen. Und während sich die letzte Kategorie öffentlicher Investitionen nicht alleine auf Waffenkäufe und andere Militärzuwendungen beschränkt, stellen die Aufwendungen für Krieg und weitere Militär bezogene Ausgaben der USA und anderer herrschender Mächte sicher die wichtigste Form unproduktiver öffentlicher Investitionen dar, die es zu diskutieren gilt.

Ich möchte mit diesem Aufsatz eine aktive öffentliche Debatte über das Thema des Rüstungskeynesianismus anstoßen. Zu diesem Zweck habe ich für das Verständnis dieser Thematik umfassendere Parameter eingesetzt als dies in der Vergangenheit üblich war. Der Begriff des Rüstungskeynesianismus ist bislang hauptsächlich verwandt worden, um das Verhältnis zwischen der Defizitfinanzierung und der Schaffung einer Rüstungswirtschaft, wie sie unter der Nazi Herrschaft in Deutschland und während der spezifischen Konjunkturzyklen in den USA nach dem Zweiten Weltkrieg der Fall war, zu bezeichnen. Das wichtigste Argument, das in diesem Essay vorgebracht wurde, ist, dass die Parameter des Rüstungskeynesianismus neu definiert werden sollten, um die verschiedenen Formen heute praktizierter Politik, als heutiger »sichtbarer Hand« einzubeziehen. Um die vom Pentagon und den stärksten europäischen Staaten verfolgte Politik bewerten zu können, ist es wichtig, zwischen der *Wirtschaftsankurbelung* und der *Langzeitanwendung* des Multiplikators für Rüstungsausgaben, zwischen einem *primären* und einem *sekundären* Rüstungskeynesianismus sowie zwischen einem *binnenwirtschaftlichen* und einem »*externalisierten*« Rüstungskeynesianismus zu

unterscheiden. Nur wenn es uns gelingt, die Debatte um den Rüstungskeynesianismus in der vorgeschlagenen Form zu vertiefen, werden wir in der Lage sein, die unproduktiven öffentlichen Investitionen, zu denen alle wichtigen kapitalistischen Ökonomien neigen, umfassend in Frage zu stellen.

## Literatur

- Aglietta, M. (1979), *A Theory of Capitalist Regulation. The US Experience* Custers, P. (2008), *The 2008 US Recession, Military Keynesianism and the Wars in the Middle East.*  
<http://www.countercurrents.org/custers301008.htm>
- Custers, P. (2007), *Questioning Globalized Militarism. Nuclear and Military Production and Critical Economic Theory. Part II.* New Dehli-London.
- Daly, H. E.; Townsend, K. N. (1993), *Valuing the Earth. Economics, Ecology, Ethics.* Cambridge/Mass.-London 1993.
- Davis, M. (1985), *The Pathology of Reagonomics.* In: *New Left Review*, No. 149, January/February.
- Dillard, D. (1956), *The Economics of John Maynard Keynes. The Theory of a Monetary Economy.* London.
- George, S. (2008), *We Must Think Big.* In: *The New Scientist*, 15.
- Hansen, J. (2008), *Twenty Years Later: Tipping Points Near on Global Warming.* In: *The Huffington Post*, June 25.
- Johnson, Ch. (2008/1), *The Economic Disaster That Is Military Keynesianism. Why the US has really Gone Broke.*  
<http://www.monediplo.com/2008/02/05military>
- Johnson, Ch. (2008/2), *Going Bankrupt. Why the Debt Crisis Is Now the Greatest Threat to the American Republic (January).* <http://www.tomdispatch.com/post/174884>
- Kalecki, M. (1935/1972), *Stimulating the Business Upswing in Nazi Germany (1935).* In: M.Kalecki, *The Last Phase in the Transformation of Capitalism.* New York.
- Kennedy, P. (1989), *The Rise and Fall of the Great Powers. Economic Change and Military Conflict from 1500 to 2000.* New York.
- Keynes, J. M. (1964), *The General Theory of Employment, Interest and Money.* Orlando.
- Leser, E. (2003), *Les Commandes Publiques, une Manne Inesperée pour la Silicon Valley.* In: *Le Monde* v. 19. März.
- Luxemburg, R. (1964), *The Accumulation of Capital.* New York.
- Malingre, V. (2008), *M. Brown Tourne le dos au New Labour.* In: *Le Monde* v. 29. November.
- Marx, K. (1963), *Das Kapital. Zweiter Band.* Berlin.
- Mill, J. St. (1888), *The Principles of Political Economy.* London.
- Office (2006), *Office of the Undersecretary of Defense. Annual Industrial Capability Report (A. I. C. R.).* The US Pentagon, Washington DC, February.
- Patnaik, P. (2008), *The Value of Money.* New Dehli.
- Trebilcock, C. (1977), *The Vickers Brothers. Armaments and Enterprise. 1854-1916.* London.
- Van Straaten, F. (2008), *Britse Overheid Will Geld Uitgeven om Economie Vlot te Trekken. De Theorie van Keynes.* In: *NRC Handelsblad*, 1. November.
- Wikipedia, [http://wikipedia.org/wiki/Military\\_of\\_the\\_European\\_Union](http://wikipedia.org/wiki/Military_of_the_European_Union)

Jürgen Leibiger

## **Politische Ökonomie des post-fordistischen Staates. Zur Wandlung der »sichtbaren Hand«**

Wer sich im Rahmen der Plattheit »Mehr Markt, weniger Staat« bewegt, kann angesichts der Milliarden-Stützungsprogramme, der Teilverstaatlichungen, der Konjunkturprogramme und des Rufes nach Finanzmarktregulierung nicht anders als von der »Rückkehr des Staates«, von einer wirklich aktiven »sichtbaren Hand« sprechen. Und wer ökonomisches Denken auf »Neoliberalismus versus Keynesianismus« reduziert, muss jetzt wohl die »Rückkehr des Keynesianismus« konstatieren.

Zweifellos ist die historisch einmalig schwere Finanzkrise, die mit einer zyklischen Krise zusammentrifft und diese verstärkt, nicht nur ein Schock für die Weltwirtschaft, sondern auch für die herrschenden Wirtschaftskonzeptionen und die praktische Wirtschaftspolitik. Die Reaktionen sind zunächst pragmatisch, erzwungen vom Einbruch in der Kapitalverwertung und eingefordert von der »Wirtschaftselite«. Es geht nicht um Markt oder Staat, sondern um die Sicherung privater Kapitalvermögen und ihre Verwertung, egal wo und wie. Es ist völlig offen, ob die hektische Betriebsamkeit in einer Akzentverschiebung mündet oder sich gar zu einem »Paradigmenwechsel« ausweitet, Skepsis ist angebracht. Von einer »Kehrtwende« zu reden, greift jedenfalls zu kurz.

Für die Bewertung der Reaktionen ist es hilfreich, den Charakterwandel des Staates, der sich in den letzten dreißig Jahren vollzogen hat, näher zu bestimmen. Dies ist ein anderer Staat als im »Golden Age« des Nachkriegskapitalismus und er soll im Folgenden als *post-fordistischer Staat (PFS)* bezeichnet werden. Bei dieser Charakterbestimmung ist es unabdingbar, nicht nur das Paradigmenpaar Neoliberalismus und Neokeynesianismus im Blick zu haben, sondern die gesamte Breite historisch und räumlich differenzierter »Varieties of Capitalism«. Linke Ökonominnen und Ökonomen sind auch gut beraten, keine disziplinäre Verengung des Diskurses zuzulassen und die jüngsten Entwicklungen der materialistischen Staatstheorie zur Kenntnis nehmen.

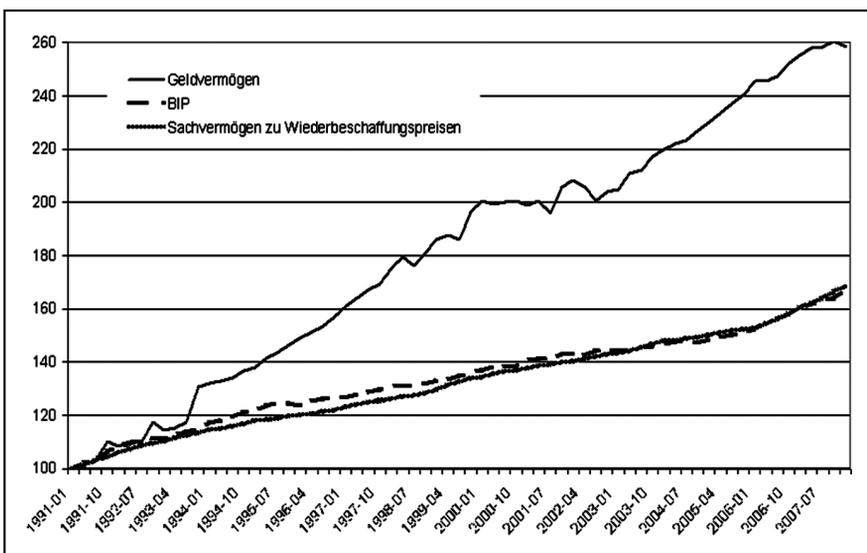
Das Entschlüsseln der Gestalt des PFS wird erleichtert, wenn der Staat nicht lediglich als »Instrument« eines »ideellen Gesamtkapitalisten« mit einer bestimmten Strategie, sondern als »die materielle Verdichtung eines Kräfteverhältnisses zwischen Klassen und Klassenfraktionen, das sich im Staat immer in spezifischer Form ausdrückt« (Poulantzas 2002, 159, Hirsch 2005, 30), gedeutet wird. Auch in der Wirtschaftspolitik der jeweils hegemonialen Klassenfraktion kommen deshalb ein soziales Kräfteverhältnis und eine bestimmte Konkurrenzkonstellation zum

Ausdruck. Dies schließt eine gewisse Selbständigkeit des Staates und die Existenz relativ eigenständiger und konkurrierender Interessen in den verschiedenen Apparaten ein, so dass der Staat nicht auf seine Funktionalitäten für die Verwertung reduziert werden kann, wenngleich er natürlich solche Funktionalitäten aufweist. Vergewissern wir uns zunächst einiger Fakten, durch die der PFS gekennzeichnet ist.

*Erstens.* Als hegemonialer Block, der die Grundrichtung der Wirtschaftspolitik zu dominieren vermag, bildet sich das global und flexibel agierende Finanzkapital, verbunden mit dem in den Hoch-Technologie-Bereichen fixierten, vor allem international orientierten Kapital heraus. Damit ist verbunden, dass die nationalen Standorte mit räumlich begrenzt agierenden öffentlichen Körperschaften und Arbeitskräften einem rigorosen Konkurrenzdruck ausgesetzt werden.

Das enorme Gewicht des Finanzkapitals wird an der Entwicklungsdynamik von Geldvermögen im Vergleich zum Sachvermögen und zur Produktion deutlich (Abbildung 1). Hinter dieser Dynamik verbergen sich die wachsende Macht und die ungeheuren Renditeansprüche institutioneller Anleger und Shareholder des Kapitals. In der gegenwärtigen Finanzkrise zeigt sich, welch ökonomisch zerstörerisches Potential sich in diesem, zu einem guten Teil fiktiven Kapital konzentriert. Es hat der bedrohlichen Argumente gerade mal einer Handvoll führender Bankmanager und weniger Tage bedurft, um die Regierung zur Bereitstellung von Milliardenprogrammen zur Sicherung der Verwertung dieses Kapitals zu bewegen.

Abbildung 1: Geldvermögen, Sachvermögen, BIP (1. Qu. 1991 = 100, lfd. Preise)

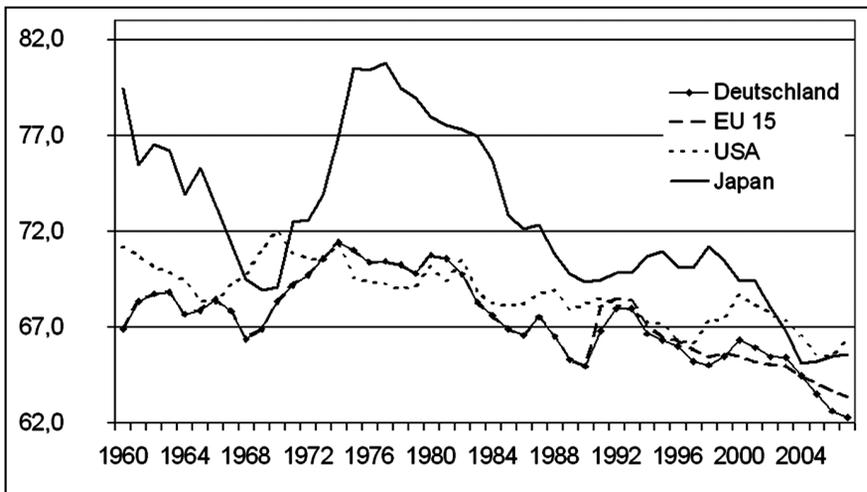


Quelle der Daten: [www.destatis.de](http://www.destatis.de)

*Zweitens.* Der korporatistische Staat des »Golden Age«, in dem zwar eine asymmetrische Machtverteilung zugunsten der hegemonialen Kapitalfraktionen existierte, der jedoch auch auf einem Kompromiss mit der Arbeiterklasse und anderen Schichten beruhte, wurde abgelöst durch die Aufkündigung dieses Konsensmodells und den unverhohlenen Versuch, die historisch gewachsenen Einflussmöglichkeiten der arbeitnehmerorientierten Organisationen wieder zu beseitigen.

Der Einkommensanteil der Lohnabhängigen, gemessen an der Lohnquote, hatte sich im Nachkriegszeitraum bis etwa zu Beginn der 1970er Jahre beträchtlich erhöht. Die Fortsetzung dieses Trends hätte die Kapitalverwertung ernsthaft in Frage gestellt. Die sich in der Folgezeit bis heute vollziehende Umkehr dieser Entwicklung ist Ausdruck eines neuen Kräfteverhältnisses und eines wieder wachsenden Ausbeutungsgrades, dessen Spiegelbild die Lohnquote ist (vgl. Abb. 2).

Abbildung 2: Lohnquoten, bereinigt



Datenquelle: BMAS (Hrsg.): Statistisches Taschenbuch 2008, Exel-Version

*Drittens.* Der Wohlfahrtsstaat soll abgelöst werden durch einen Staat, der die Sozialsysteme auf eine Dimension reduziert, die ausreicht, die politische Stabilität und die Reproduktion der Arbeitskraft unter veränderten Bedingungen zu erhalten. Die mit den Schlagworten »Eigenverantwortung«, »aktivierender Sozialstaat« oder »fordern statt fördern« betriebene »Neuerfindung des Sozialen« (Lessenich 2008) besteht darin, soziale Sicherheit, wo immer möglich, wieder vorrangig als Privatangelegenheit zu definieren.

Sowohl die wieder steigende Ausbeutung wie das Aufkündigen des Sozialkompromisses vollzogen sich vor dem Hintergrund einer Schwächung der Arbeitnehmerorganisationen. Diese hat mehrere Ursachen. Zum einen hat die Entwicklung der post-fordistischen Betriebsweise zu einem tiefgreifenden Strukturwandel zuungunsten jener Branchen geführt, in denen die Gewerkschaften traditionell stark organisiert waren. Die überzyklisch und strukturell verfestigte Arbeitslosigkeit hat diese Schwächung verstärkt. Hinzu kommt, dass das gesellschaftspolitische Gegenmodell des »realen Sozialismus«, dessen Existenz den Ausbau des Wohlfahrtsstaats anfänglich beförderte, diese Rolle gänzlich eingebüßt hatte. Wo immer das möglich war, stimmten die Bürger erst mit den Füßen ab, um dann schließlich das System selbst abzuwählen.

Die Globalisierung und die kapitalistische Öffnung der Planökonomien des einstigen Staatssozialismus hat nicht nur die Konkurrenz und den Wettlauf um neue Märkte schlechthin angespornt, sondern auch die Konkurrenz innerhalb der lohnabhängigen Klassen. Ob diese Konkurrenz nun über Billigimporte, über Kapitalexport oder über die innere und äußere Migration ausgetragen wird, ist dafür zunächst ohne Belang. Auf vielen Produktionsfeldern unterscheidet sich der Gebrauchswert der Arbeitskraft international kaum, ihre Reproduktionsaufwendungen (Löhne und Sozialleistungen) haben jedoch ein enormes Gefälle. Obwohl der Sozialstaat einen Rationalisierungseffekt hat, weil sich bestimmte Reproduktionsformen der Arbeitskraft gesellschaftlich kostengünstiger vollziehen lassen (vgl. zum Beispiel die hohen Gesundheitskosten im privaten US-amerikanischen System im Vergleich zu Europa bei zum Teil schlechterer Qualität: Krugman 2008, 235 ff.), ergibt sich aus dem Blickwinkel der Kapitalverwertung angesichts dieser Konkurrenz eine wachsende Möglichkeit, sich dieser Kosten gänzlich zu entledigen.

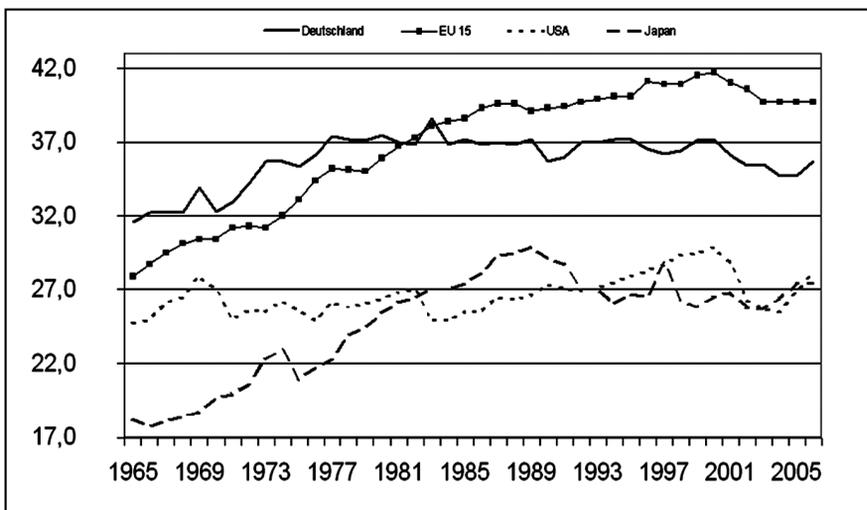
Die Flexibilisierung des Arbeitsmarktes ist direkter Ausdruck der Instrumentalisierung dieses Konkurrenzdrucks. Die Agenda 2010 hat den Druck auf die Arbeitslosen, flexibel auf die Erfordernisse der Kapitalverwertung zu reagieren (Lohnverzicht, Arbeitszwang, räumliche und zeitliche Mobilität) erhöht. Hier gibt es übrigens überhaupt keine »Deregulierung« sondern eine ganze Reihe neuer und anderer Regelungen sowie neue Kontroll- und Verwaltungsapparate.

*Viertens.* Bis vor etwa dreißig Jahren hatte sich die Staatsquote nahezu kontinuierlich erhöht (vgl. Abb. 3). Damit war verbunden, dass das staatliche Verwaltungsvermögen und die öffentliche Beschäftigung beträchtlich angewachsen waren. Die Finanzierung dieses Apparats über Steuern und Abgaben schmälert die unmittelbare Verfügung von Vermögensbesitzern und Kapitaleigentümern über den geschaffenen Wert und den Reichtum. Ein weiterer Ausbau bedroht die kurzfristig orientierte Kapitalverwertung.

Dies erklärt nicht nur die permanenten Forderungen nach Steuer- und Abgabensenkung, sondern auch nach einer strikten Ökonomisierung der Staatstätigkeit. Die öffentlichen Körperschaften werden nunmehr dem betriebswirtschaftlichen Rationalitätskalkül unterworfen (»Neues Steuerungsmodell«, »New Public Manage-

ment«). Es handelt sich dabei keineswegs um eine »Entpolitisierung« der Staatlichkeit zugunsten einer »Ökonomisierung«, aber auch Politik muss sich »rechnen«.

Abbildung 3: Gesamtausgaben des Staates in Prozent des BIP



Datenquelle: BMAS (Hrsg.): Statistisches Taschenbuch 2008, Excel-Version

*Fünftens.* Mit dem Abschluss der Rekonstruktionsperiode nach dem Zweiten Weltkrieg wurden nicht nur die dafür erforderlichen Strukturen und Regulationsmechanismen teilweise obsolet, vielmehr wurde in enger Verzahnung mit der Globalisierungsstrategie ein radikaler Umbruch des Produktivkraftsystems vorangetrieben, der sich über verschärfte Konkurrenz und Kapitalzerstörung durchsetzte und dem auch stagnative Momente innewohnten. Zugleich hatten sich ökonomisch potente und international agierende Konzerne und Wirtschaftskomplexe herausgebildet, die selbst schon Staat im Staate wurden und nach hegemonialen Positionen drängten. Sollte – so fragten sich die Interessenvertreter dieses Kapitals – unter diesen Bedingungen der Umbau und Strukturwandel staatlich gesteuert werden, etwa mittels Industriepolitik und Investitionslenkung und womöglich bei demokratischer Mitbestimmung oder sollte dieser Prozess aus Sicht des dominierenden Kapitals nicht besser den »Marktkräften«, faktisch also dem Entscheidungskalkül jener Konzernvorstände, überlassen werden? Die Antwort konnte vor allem aus der Sicht des hegemonialen Großkapitals gar nicht anders als in Richtung einer Begrenzung staatlicher Regulierung gehen, zumindest sofern es diese nicht zweifelsfrei zu dominieren vermochte. Nur so lässt sich der Umbau- und

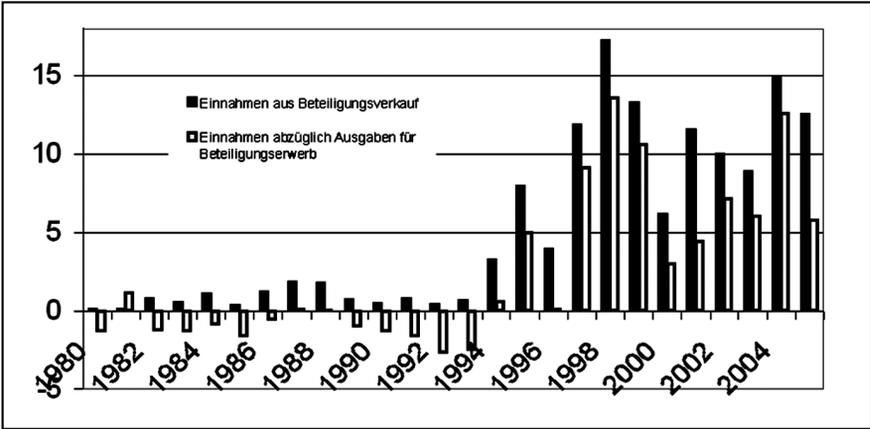
Expansionsbedarf des Kapitals und die dabei zur Profitmaximierung erforderliche Flexibilität und Entscheidungsfreiheit bei der »inneren Landnahme« und der Erschließung neuer Felder der Verwertung in globalen Dimensionen sichern. Alle Regularien, die diese Entscheidungsfreiheit behindern, seien sie staatlicher, nationalstaatlicher, internationaler oder gewerkschaftlicher Natur, erscheinen vom Standpunkt der Interessen dieser Wirtschaftskreise als hinderlich.

*Sechstens.* Damit ist verbunden, dass öffentliche Institutionen und Unternehmen, die staatliche Bereitstellung von Gütern überhaupt, einem dauerhaften Legitimationsdruck unterworfen werden. Wo immer eine ausreichende Kapitalverwertung garantiert scheint, haben die private Bereitstellung von Gütern und Dienstleistungen und gegebenenfalls die Privatisierung öffentlicher Einrichtungen Priorität.

Die Privatisierungsbewegung, die nahezu alle Länder ergriff, setzte Ende der 1970er Jahre ein, aber vor allem mit dem Zusammenbruch der Planökonomien des »Staatssozialismus« wurden alle Schleusen geöffnet. Dabei zeigt sich, dass die öffentliche Hand über ein beträchtliches Eigentum verfügte. Dessen Verwertungspotential weckte natürlich Begehrlichkeiten, aber damit allein kann die neue Tendenz nicht erklärt werden, denn dieses Potential war auf vielen Gebieten auch früher schon beträchtlich. Es wurde bereits darauf hingewiesen, dass sich mit dem Abschluss der Rekonstruktionsperiode nach dem Zweiten Weltkrieg die Rolle des Staates, die sich in hohen Staatsquoten und Staatseigentumsquoten zeigt, vom herrschenden Finanzkapital durchaus als Bedrohung wahrgenommen wurde. Den optimalen und gesicherten Zugriff auf volkswirtschaftliche Ressourcen versprach man sich von deren weitgehender Privatisierung. Die seit Ende der 1970er Jahren steigende Ausbeutung und die wieder steigenden Profitraten, verbunden mit einer hohen Liquidität, waren geradezu Voraussetzungen dafür, dass sich das überakkumulierte Kapital nun den öffentlichen Domänen zuwandte (vgl. Abb. 4).

Das liberalisierte globale Finanzsystem lässt zudem eine private Kapitalmobilisierung und Risikostreuung zu, wie sie früher undenkbar schienen. Große Projekte, die wegen ihres Kapitalbedarfs und ihrer langfristigen Kapitalbindung dem Staat vorbehalten waren, können nunmehr auf privater Grundlage betrieben werden. Bei Privatisierung bereits bestehender öffentlicher Einrichtungen entfällt außerdem die riskante Gründerphase von unternehmerischen Projekten. Erst heute liegen Erfahrungen vor, dass im Gesundheitswesen, in der Kultur und in vielen anderen Bereichen der Daseinsvorsorge prächtig verdient werden kann. Moderne Technologien und Organisationstechniken ermöglichen den für eine Vermarktung erforderlichen kostengünstigen Ausschluss nicht zahlungsbereiter Nutzerinnen und Nutzer.

Abbildung 4: *Einnahmen aus Beteiligungsverkäufen brutto und netto*  
(in Mrd. €, Gesamtstaat)



Datenquelle: Truger 2008: 553. Daten vor und nach 1998 nur bedingt vergleichbar.

Ob der Trend zur Privatisierung öffentlicher Bereiche langfristig anhält, muss angezweifelt werden. Der wissenschaftlich-technische Fortschritt bringt immer wieder neue Erfordernisse und Bedingungen hervor. Diese können auch mit neuen Möglichkeiten zur privaten Verwertbarkeit verbunden sein. Aber tendenziell steigen das Kapitalminimum, die Vernetzung und Interdependenz der Produktion in globalen Dimensionen. Der gesellschaftliche Charakter der Produktion wächst, so dass auch neue Anforderungen an die staatliche Bereitstellung bestimmter Güter entstehen. Es ist in diesem Zusammenhang interessant, dass und wie sich Marx und Engels zu dieser Frage äußerten, schon früh die widersprüchlichen Tendenzen dieser Entwicklung thematisierten. Die Durchkapitalisierung aller Lebensbereiche, selbst der allgemeinen Reproduktionsbedingungen, und »ihr Übergehen in die Domäne der vom Kapital selbst unternommenen Arbeiten« zeige, so Marx, »den Grad an, wozu sich das ... Gemeinwesen in der Form des Kapitals konstituiert hat« und ist »höchste Entwicklung der auf das Kapital gegründeten Produktion« (1983, 437). Und Engels sekundierte: »Alle Lebensverhältnisse werden nach dem Gelderwerb gemessen, und was kein Geld abwirft, das ist dummes Zeug, unpraktisch, idealistisch. ... Daher die freie Konkurrenz in jeder Beziehung, ... in der Verwaltung, in der Medizin, in der Erziehung und bald wohl auch in der Religion, wo die Herrschaft der Staatskirche mehr und mehr zusammenbricht. Die freie Konkurrenz will keine Beschränkung, keine Staatsaufsicht, der ganze Staat ist ihr zur Last, sie wäre am vollkommensten in einem ganz staatlosen Zustande, wo jeder den andern nach Herzenslust ausbeuten kann, ... Da die

Bourgeoisie aber den Staat, schon um das ihr ebenso nötige Proletariat im Zaum zu halten, nicht entbehren kann, so wendet sie ihn gegen dies und sucht ihn sich soweit wie möglich entfernt zu halten« (1971, 487 ff.). Angesichts der fortschreitenden Konzentration kam Engels später zu der Erkenntnis: »So oder so, ... muss schließlich der offizielle Repräsentant der kapitalistischen Gesellschaft, der Staat die Leitung der Produktion übernehmen. Diese Notwendigkeit der Verwandlung in Staatseigentum tritt zuerst hervor bei den großen Verkehrsanstalten: Post, Telegrafen, Eisenbahnen« (1973, 222). Dass es gerade diese Kandidaten der »Engelsschen« Verstaatlichung sind, die im post-fordistischen Kapitalismus zuerst privatisiert wurden, belegt insbesondere die für den Kapitalismus generell charakteristische Bewegung zwischen den Polen von Privatisierung und Verstaatlichung.

*Siebentens.* Eine die Konjunktur stabilisierende, keynesianisch begründete Globalsteuerung der Wirtschaft wurde aufgegeben. Mit der ersten Weltwirtschaftskrise der Nachkriegszeit (1973/75) wurde dieses Instrumentarium zunächst über Bord geworfen, weil es stark nationalstaatlich orientiert war. Vor allem im Interesse des jeweils nationalen, aber weltmarktorientierten Kapitals sollte der mit einer Nachfragepolitik verbundene falsche Trend der Verteilung und Umverteilung gebrochen werden, weil für die globale Expansion nicht die private und öffentliche finanzierte Binnennachfrage, sondern die Nachfrage auf den Weltmärkten immer entscheidender wurde. Dort, wo der Binnenmarkt infolge seiner Größe nach wie vor besonders bedeutsam war – das sind vor allem die USA – wurde diese rigorose Abkehr später wieder relativiert. In den USA wurde weiterhin eine »mixed policy« betrieben. Diese ist zwar auch primär angebotsorientiert, verzichtet aber nicht auf staatliche Nachfrage- und Verschuldungspolitik sowie eine flexible Geldpolitik, wann immer das geboten scheint.

*Achtens.* Es haben sich Elemente eines internationalen Staats herausgebildet, der im Zuge der Internationalisierung der Wirtschaft bestimmte Souveränitätsrechte des Nationalstaats übernimmt, allerdings ohne unabhängig vom Nationalstaat zu sein. Diese Übernationalität hat einen gewissen Rationalisierungs- und Disziplinierungseffekt in den Nationalstaaten.

Bei diesem so gekennzeichneten PFS handelt es sich nicht einfach um einen Rückzug des Staates. Sofern es einen Rückzug gibt, betrifft er nur bestimmte Bereiche, vor allem den Sozialbereich sowie einige Regulierungsinstrumente und öffentliche Einrichtungen, aber auf anderen Feldern, z. B. den ordnungs- und sicherheitspolitischen Bereichen, wird aufgerüstet. Deshalb hat sich die Staatsquote eher stabilisiert denn verringert. Es sollte auch beachtet werden, auf welchem hohem quantitativen Niveau die Staatstätigkeit verbleibt. Im OECD-Durchschnitt lag die Staatsquote 1990 bei 40,9 und 2007 bei 40,4 Prozent. In den USA lauten diese Werte 37,1 und 37,4 Prozent (OECD 2008, Table 25). Der Umfang der Privatisierungen, so spektakulär und negativ sie für die Zivilgesellschaft auch sind, machten im Jahr 2005 brutto nur 1,32 Prozent und netto 0,61 Prozent der Staatseinnahmen (respektive brutto 0,56 Prozent und netto 0,61 des BIP) aus. Überhaupt sollte

beachtet werden, dass keineswegs »alles« dem Markt überlassen wird, denn die Kehrseite einer Privatisierung ist die Stärkung der Sicherung von Eigentumsrechten, also ein ordnungspolitisch starker Staat in einem »autoritären Kapitalismus«. Es ist deshalb schwer vorstellbar, dass sich an den folgenden Zahlen etwas in strategischen Dimensionen ändern könnte.

Beschäftigte im öffentlichen Dienst:	4,6 Mio.	(12 % der Erwerbstätigen)
Öffentliches Anlagevermögen	1 688 Mrd. €	(15 % der Gesamtwirtschaft)
Staatsausgaben	1 048 Mrd. €	(46 % des BIP)

Was passiert also in der Weltwirtschaftskrise? Die grundlegende Entwicklungstendenz des Kräfteverhältnisses zwischen Arbeit und Kapital, der Verteilungsrelationen und der Kapitalverwertung der vergangenen Jahre stellt sich für die hegemonialen Kräfte insgesamt als eine Erfolgsgeschichte dar. Selbst in der Krise konnten sie sich den Staat in einem bislang unbekanntem Umfang verpflichten. Das seit langem diskutierte Problem der gefährlichen Spekulationsblasen, vor dem auch viele bürgerliche Fachleute und Insider – der größte Hasardeur auf diesem Gebiet, der vom Saulus zum Paulus gewandelte George Soros vorweg – gewarnt hatten, wird nun anzugehen versucht. Auch expansive Konjunkturprogramme werden – wie in den USA seit eh und je – ihre Rolle spielen. Dies ist im Vergleich zum Wandel, den der kapitalistische Staat vom Wohlfahrtsstaat zum PFS vollzogen hat, keine paradigmatische Änderung. Dies besagen auch erste Analysen von Programm und Politik des neuen US-Präsidenten Barack Obama. Ein »New Deal« wie nach der Weltwirtschaftskrise von 1929/1933, dessen Basis auch eine starke Arbeiterbewegung, eine noch nachhallende revolutionäre Erschütterung der Welt und eine junge, scheinbar erfolgreiche Alternative in Gestalt der sowjetischen Wirtschaft und Gesellschaft waren, wird es wohl vorerst nicht geben.

## Literatur

- Engels, F. (1973), Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft. In: Marx, K.; Engels, F., Werke (MEW), Bd. 19. Berlin.
- Engels, F. (1971), Die Lage der arbeitenden Klassen in England. In: MEW Bd. 2. Berlin.
- Hirsch, J. (2005), Materialistische Staatstheorie. Hamburg.
- Krugman, P. (2008): Nach Bush. Das Ende der Neokonservativen und die Stunde der Demokraten. Frankfurt a. M.
- Lessenich, St. (2008), Die Neuerfindung des Sozialen. Bielefeld
- Marx, K. (1983), Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie. In: MEW, Bd. 42. Berlin. OECD (2008), Economic Outlook 83. General government total outlays. Paris.
- Poulantzas, N. (2002), Staatstheorie. Hamburg.
- Truger, A. (2008), Privatisierung öffentlicher Finanzen. In: WSI-Mitteilungen 10.

## Finanzmarktkrise – das Ende des finanzmarktgetriebenen Kapitalismus?

### Der finanzmarktgetriebene Kapitalismus: Hintergrund, Akteure, Strategien

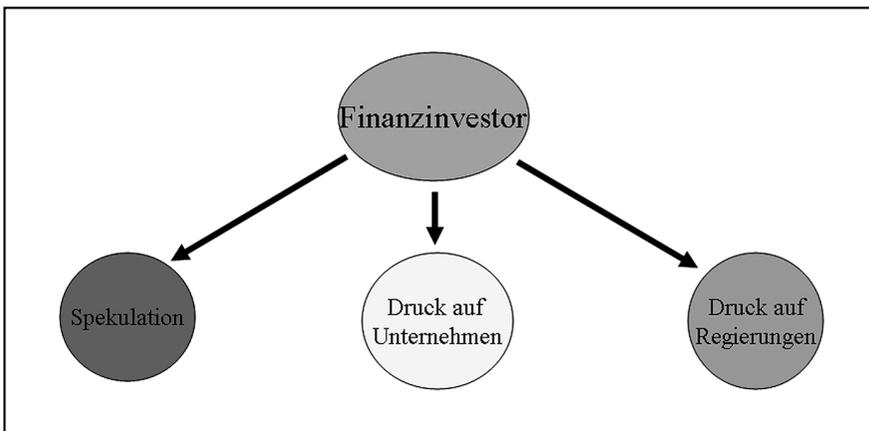
Drei Thesen:

*Die Herausbildung des finanzmarktgetriebenen Kapitalismus gründet sich auf zwei ökonomische Megatrends, die ihrerseits nicht das Ergebnis eherner Sachzwänge des Kapitalismus, sondern gesellschaftlicher Machtverhältnisse und politischer Entscheidungen sind.*

a. Die beiden *Megatrends* sind

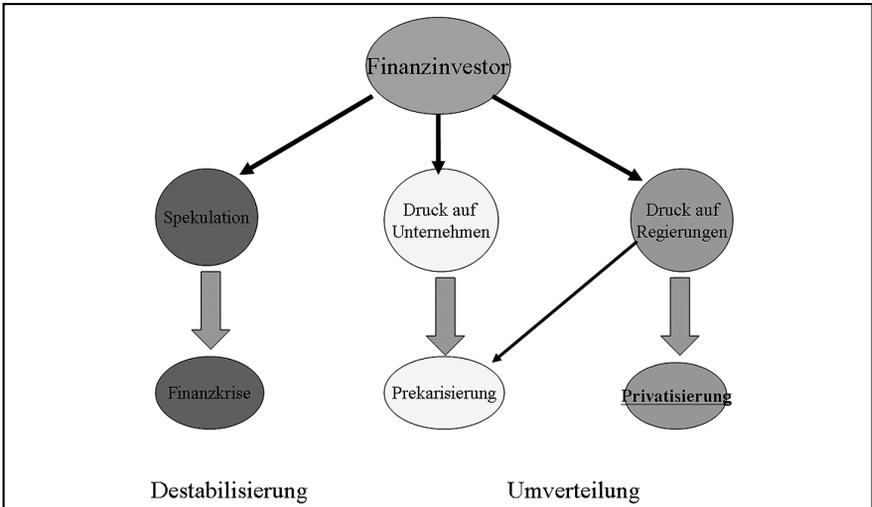
- erstens die enorme Anhäufung von Finanzvermögen im letzten Vierteljahrhundert, von 1980 bis 2007 um den Faktor 16, während dessen das Weltsozialprodukt nur um das Fünffache wuchs.

Abbildung 1: *Strategien der Finanzinvestoren*



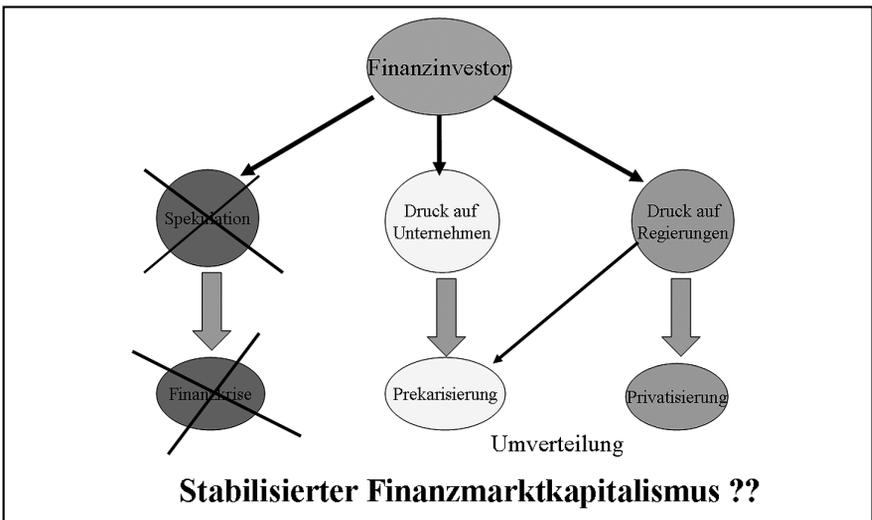
- zweitens die starke Internationalisierung der Anlage des Finanzvermögens; in den 1980er Jahren entsprach das international angelegte Finanzvermögen ungefähr der Hälfte, Anfang dieses Jahrzehnts dem Dreifachen des Sozialproduktes der Industrieländer.

Abbildung 2: ... und ihre Wirkungen



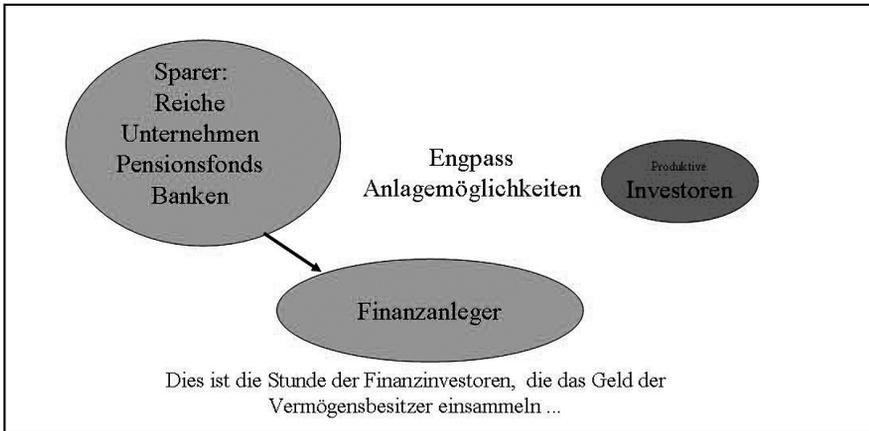
b. Die *Hintergründe* für diese beiden Megatrends sind  
- die anhaltende Umverteilung von Einkommen und Vermögen von unten nach oben, z. B. deutlich reflektiert in der fallenden Lohnquote (gesellschaftliche Machtverhältnisse).

Abbildung 3: Es bleiben zwei Strategien



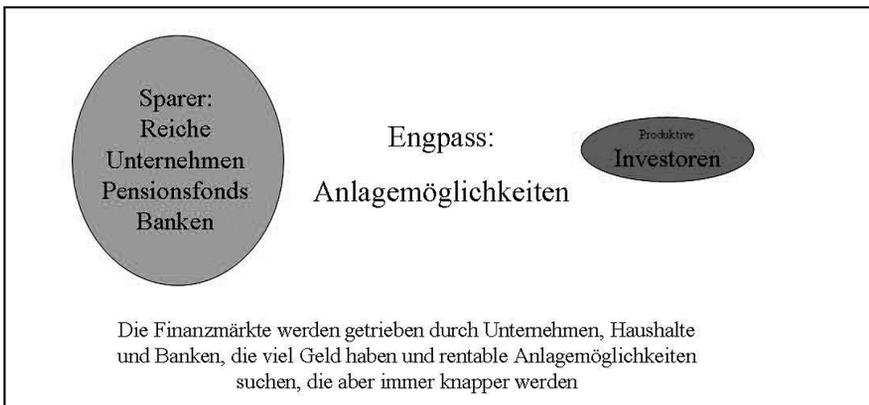
- die Privatisierung öffentlicher umlagefinanzierter Rentensysteme.

Abbildung 4: *Der Finanzmarktkapitalismus*



- die Liberalisierung des Kapitalverkehrs.

Abbildung 5: *Der »reife« Kapitalismus*



All diese Entwicklungen entsprachen den Interessen des Kapitals, folgen aber nicht zwangsläufig aus der Logik des Kapitals. Sie sind vielmehr ein (Zwischen)Ergebnis der Veränderung von Macht- und Kräfteverhältnissen zugunsten des Kapitals ab Mitte der 1970er Jahre und entsprechender politischer Weichenstellungen.

c. Der finanzmarktgetriebene Kapitalismus verändert nicht die Natur des Kapitalismus (die Produktion von Mehrwert und seine Aneignung als Profit und die Ableitungen hiervon), aber die Konstellationen, Engpässe und zentralen Akteure. Während im Industriekapitalismus einschließlich seiner fordistischen Phase die Lage durch reichliche Investitionsgelegenheiten und knappes Kapital gekennzeichnet war, während ein wesentlicher Engpass also die Finanzierung war (Abbildung 4), haben wir es heute mit einem Überfluss an Kapital und relativ abnehmenden profitablen Verwertungsmöglichkeiten zu tun (Abbildung 5). Nicht mehr der Unternehmer oder Manager sucht Geld zur Finanzierung seiner Investitionen, sondern der Geldbesitzer sucht Gelegenheiten zum rentablen Investment. In dieser Situation entsteht eine neue Dienstleistungsbranche: Die Finanzinvestoren. Sie sammeln das reichlich vorhandene Geld von ihren Besitzern ein und verwenden es in vielfacher Weise (asset management).

Die Hauptgruppen der Finanzinvestoren sind zum einen die institutionellen Investoren, die über große Vermögensmassen verfügen (2007: 80 Billionen \$), traditionell aber eine passive Anlagepolitik verfolgten; zum anderen die alternativen Investoren (private equity, Hedgefonds), die zwar weniger Vermögen verwalten, aber sehr viel aggressivere Strategien betreiben und mit einem sehr viel größeren Kredithebel arbeiten.

d. Unter dem Druck der (Über)akkumulation von gewinnbeanspruchenden Finanzvermögen haben die Finanzinvestoren drei (sich nicht ausschließende) strategische Optionen:

- *Erste Strategie: Die Finanzspekulation*, d. h. der Handel (Kauf und Verkauf) von Wertpapieren in der Erwartung von Preisänderungen. Dieser Handel wird vielfach durch Kredit finanziert, um dadurch die Rendite des Eigenkapitals zu steigern (Hebeleffekt) – G-G'

- *Zweite Strategie: Der Druck auf Unternehmen* zur Steigerung der Gewinne (durch Kostensenkung) und Erhöhung des Unternehmenswertes, Aktionärs-Aktivismus. Die Hebel, um diesen Zielen Nachdruck zu verleihen, sind Anreizinstrumente für das Management (Boni, Aktienoptionen etc.) und Verlagerungs- bzw. Stilllegungsdrohungen

- *Dritte Strategie: Druck auf Regierungen und Parlamente* zur Schaffung eines finanzmarktfreundlichen Umfeldes durch Steuersenkungen für Finanzinvestoren, Privatisierungen, Deregulierungen etc. Auch hier ist der Machthebel zur Durchsetzung der Interessen die Drohung mit Kapitalverlagerung.

Ein besonderes Problem besteht darin, dass sich die Erfolge von Finanzinvestoren über den Mechanismus der Konkurrenz als Standards und Benchmarks auf andere Unternehmen und auf die gesamte Wirtschaft übertragen und zu allgemeiner Prekarisierung und zum Umbau der Gesellschaft im Interesse der Finanzinvestoren beitragen.

## **Die finanzielle »Kernschmelze«: Branchenkrise mit – teilweise – dramatischen Nebenwirkungen**

*Durch die Finanzkrise ist vor allem die erste Strategie der Finanzinvestoren, die Finanzspekulation, weitgehend zusammengebrochen. Die beiden anderen Strategien sind demgegenüber im Großen und Ganzen unberührt geblieben. Hinsichtlich der Wirkungen dieser Krise sollte zwischen Finanzsektor und Nichtfinanzsektor unterschieden werden.*

Wirkungen auf den Finanzsektor:

- a. Durch den Zusammenbruch der Finanzspekulation sind zunächst einmal
  - die völlig überhöhten und fiktiven Kurswerte an den Börsen drastisch vermindert worden (Entwertung)
  - die Märkte für Kreditverbriefungen ausgetrocknet
  - die Verfügbarkeit von Krediten für hebelverstärkte Finanzinvestments verschwunden und
  - die Hedgefonds und andere spekulative Investoren in große Probleme geraten.

Diese »Marktkorrekturen« waren fällig, sind vernünftig und es gibt keinen Anlass für Linke, sie zu bedauern. Auf sie entfällt ein erheblicher – leider nicht genau quantifizierbarer – Teil der über alle politischen Spektren hinweg mit fasziniertem Entsetzen beobachteten »Billionenverluste« – denen allerdings sehr viel höhere Billionengewinne vorhergegangen waren.

b. Die meisten großen Banken erlebten Verminderungen oder Einbrüche der Gewinne, einige (Citigroup, AIG, HRE, IKB., Commerzbank) erlitten tatsächliche Verluste in bedrohlichem Umfang. Die Gewinneinbrüche stammten überwiegend aus dem Wertpapier(eigen)besitz- und -handel sowie aus dem Kommissionsgeschäft, nicht aus dem regulären Kreditgeschäft an den Unternehmenssektor. Ein Verlust, der entsteht, weil ein Wertpapier, das eine Bank im Portfolio hält, statt 100 \$ jetzt nur noch 50 \$ wert ist, ist eine völlig andere Sache als ein Verlust, der entsteht, weil ein Kühlschrankunternehmen wegen fehlender Nachfrage nur noch die Hälfte der früheren Menge an Kühlschränken verkauft. Für die Produktion von weniger Kühlschränken braucht ein Unternehmen weniger Leute, für die Verwaltung einer im Wert gesunkenen Aktie nicht. Insofern besteht kein Anlass für Personalabbau in der Branche. Wenn er dennoch erfolgt – in den USA laufen Schätzungen darauf hinaus, dass von den 8,3 Millionen Beschäftigten im Finanzsektor etwas 200 000 bis 250 000, also 2,5 bis 3,0 Prozent ihren Job verlieren – dann vor allem aus den üblichen Rationalisierungsgründen (die nichts mit der Finanzkrise zu tun haben) und weil große Banken ihr Geschäftsmodell ändern, indem sie den enorm ausgeuferten Wertpapierhandel einschränken. Dies ist eine unvermeidliche und vernünftige Entwicklung, die im Übrigen sehr viel weniger Arbeitsplätze gefährdet und kostet als das bei anderen Branchenkrisen der Fall ist. Auch in anderen Ländern wird der Finanzsektor schrumpfen (müssen).

c. Im Übrigen hat im Verlauf der Finanzkrise die Konzentration im Bankensektor bereits erheblich zugenommen, vor allem in den USA (von den vier großen Investmentbanken ist hier nur eine verschwunden, drei sind in Geschäftsbanken integriert worden), aber auch in Deutschland (Commerzbank – Dresdner Bank, Postbank – Deutsche Bank, Sachsenbank – LBBW). Dieser Prozess wird weitergehen, insbesondere dann, wenn die jetzt verstaatlichten Banken wieder reprivatisiert werden.

Wirkungen auf den Nichtfinanzsektor:

a. Die Finanzkrise wird die bereits begonnene *Rezession in den kapitalistischen Zentren* vertiefen. Sie hat sie aber nicht verursacht. Hauptursache für die Rezession sind zum einen der normale Konjunkturabschwung, zum anderen weltwirtschaftliche und währungspolitische Ungleichgewichte sowie die spekulativ überhöhten Rohstoff- und Lebensmittelpreise, die allerdings mittlerweile wieder nach unten korrigiert worden sind. Es ist auch fraglich, ob es zu einer *Weltrezession* kommt. Der IWF hat im Herbst 2008 seine Prognose für die Zunahme der Weltproduktion im nächsten Jahr von 3,0 Prozent auf 2,2 Prozent korrigiert, für die Entwicklungsländer von 6,1 Prozent auf 5,1 Prozent (China: 8,5 Prozent statt 9,3 Prozent; Indien: 6,3 Prozent statt 6,9 Prozent). Nur für die entwickelten Länder wird statt einem Plus 0,5 Prozent jetzt ein Minus 0,3 Prozent vorausgesagt. Die kapitalistischen Zentren sind nicht mehr die Weltwirtschaft! Die Einschätzung musste bereits im Januar 2009 erneut nach unten korrigiert werden und ist im April 2009 zum dritten Mal innerhalb eines Jahres revidiert worden. Die Weltrezession hat bereits im Jahre 2008 eingesetzt und wird mindestens das ganze Jahr 2009 über anhalten. Der IWF geht in seiner Frühjahrsprognose vom April 2009 mittlerweile davon aus, dass die weltwirtschaftliche Produktion 2009 erstmals seit dem zweiten Weltkrieg insgesamt zurückgeht, dass die Rezession auch 2010 anhält und die Gefahr besteht, dass sie in eine anhaltende Depression übergeht.

b. In den *USA* wirkt die Finanzkrise unmittelbar stärker auf die Konjunktur zurück, weil der Einbruch des privaten Konsums stärker ist. Das liegt daran, dass in den USA ein hoher Konsum durch eine sehr hohe private Verschuldung bei relativ niedrigen Lohneinkommen gespeist wurde und die Verschuldung jetzt in Folge der Finanzkrise drastisch zurückgefahren werden muss. Inwieweit dieser Konsumeinbruch, der bereits zu spürbar steigenden Arbeitslosenzahlen geführt hat, durch das umfangreiche staatliche Konjunkturprogramm der Regierung Obama aufgefangen wird, ist noch offen. Immerhin sind die Prognosen für die USA insgesamt deutlich besser als die für Europa.

c. In *Europa* ist die Rezession ebenfalls vor allem durch die schwache Konsumnachfrage verursacht worden, die aber nicht auf die Finanzkrise, sondern vor allem auf eine schwache Lohnentwicklung (ganz besonders in Deutschland) zurückzuführen ist und die nicht durch staatliche Konjunkturprogramme kompensiert wird. Da in Europa (mit Ausnahme Großbritanniens) die »Aktienkultur«

auch weniger stark entwickelt ist als in den USA, ist auch nicht mit Vermögenseffekten (weniger Konsum wegen gesunkenen Aktienvermögens der Haushalte) zu rechnen. Ob der allmählich, wenn auch in Europa zu beobachtende Rückgang der Kreditvergabe an den Nichtbankensektor auf eine durch die Finanzkrise ausgelöste restriktivere Politik der Banken zurückzuführen ist, ist fraglich. In der Rezession geht mit den Investitionen auch die Kreditnachfrage zurück. Wo die Kreditkonditionen angezogen worden sind, dürfte das vor allem auf Basel 2 zurückzuführen sein. Im Übrigen: Wenn in den vergangenen Jahren Kredite zu reichlich und zu billig vergeben worden sind, sollte eine Korrektur dieser Fehlentwicklung vernünftig sein. Nicht jeder Mittelständler, der jetzt keinen billigen Kredit mehr bekommt, ist ein Opfer der weltweiten Finanzkrise. Der Hauptgrund für die überaus schlechte – vermutlich realistische – Konjunktüreinschätzung für Europa durch den IWF – Produktionsrückgang von 6 Prozent für 2009 – dürfte das trotz aller Rhetorik anhaltende, fast völlige Fehlen einer energischen wirtschaftspolitischen Gegensteuerung gegen die Kräfte des Abschwungs sein.

d. Am härtesten wird es vermutlich – wieder einmal – die *Entwicklungs- und Schwellenländer (außer China und Indien)* treffen, obgleich diese die Lehren aus den Krisen der 1990er Jahre gezogen und ihre Wirtschaften viel widerstandsfähiger gegen externe Schocks gemacht haben, u. a. durch die Ansammlung großer Devisenreserven. Die Finanzkrise in den USA und Europa führt aber dazu, dass die internationalen Finanzinvestoren ihr Engagement grundsätzlich überprüfen und in den, insgesamt trotz allem noch für am Sichersten gehaltenen – und durch Staatsgarantien weiter gestärkten – Hafen USA zurückführen (und diesen damit die Mittel zur Verfügung stellen, mit denen ein großes amerikanisches Konjunkturprogramm finanziert werden kann!). Einem massiven Kapitalabzug würden aber auch ansonsten gesunde Schwellenländer trotz hoher Devisenreserven kaum dauerhaft standhalten können. Ihre Währungen würden attackiert und massiv abgewertet, ihre Verschuldung – in \$ – würde steil ansteigen und Zahlungsunfähigkeit drohen. Das aber kommt letztlich als massiver Einbruch des internationalen Handels auch auf die Industrieländer zurück.

### **Ein neuer Staatsinterventionismus?**

*Die umfangreichen staatlichen Aktivitäten zur Rettung und Stabilisierung des Finanzsystems laufen darauf hinaus, einen Zusammenbruch zu verhindern, das System im Übrigen aber nicht zu verändern und möglichst schnell zum vorherigen Zustand zurückzukehren. Ob sich aus den aktuell aufgelegten Konjunkturpaketen Tendenzen zu einem längerfristigen Staatsinterventionismus ergeben, ist in einigen Ländern offen, für die EU und Deutschland aber unter den gegebenen politischen Konstellationen auszuschließen.*

a. Die *Bürgerschafts- und Rekapitalisierungsmaßnahmen* stellen schlichte Subventionen für den Bankensektor dar, die mit dem m. E. völlig unbegründeten Hinweis gegeben werden, sonst breche das gesamte Finanzsystem und mit ihm die gesamte Wirtschaft zusammen. Dass hier nicht an einen neuen, d. h. über den Charakter traditioneller Subventionen hinausgehenden Staatsinterventionismus gedacht ist, zeigt sich vor allem daran, dass der Staat zum einen auf Eingriffe in die Geschäftspolitik der Begünstigten verzichtet (in Deutschland in besonders markanter Weise durch die Form der »stillen Einlage«) und zum anderen durch die Zusage einer sofortigen Reprivatisierung, wenn alles wieder ok ist. Atemberaubend an dieser Aktion ist allerdings das Erpressungspotenzial, das der Bankensektor entfalten kann, wenn er sich tot stellt. Dass es sich bei diesem »Rettungsprogramm« um Dimensionen handelt, die noch vor wenigen Monaten völlig undenkbar waren, macht die Sache zusätzlich interessant. Kein Wunder, dass sich jetzt auch jede Menge anderer Kunden melden werden.

b. Die auf dem Gipfel in Washington Januar 2009 *anvisierten Regulierungsmaßnahmen* sind zunächst mal weitgehend allgemeine Absichtserklärungen, die der Konkretisierung bedürfen. Die Erklärungen von Washington ließen aber schon für den Folgegipfel im April in London nichts Gutes erwarten. Bei diesem Treffen wurden einige Maßnahmen zur Erhöhung der Transparenz, zur Eindämmung der offshore-Zentren oder zur Unterlegung bestimmter Kredite mit mehr Eigenkapital angekündigt (was noch nicht heißt, dass sie auch umgesetzt werden). Aber eine wirklich gründliche und die Finanzmärkte zähmende Reform wird nicht herauskommen. Dafür sind die Bekenntnisse zu freien Märkten in der Schlussklärung zu stark und zu eindeutig.

c. Selbst wenn aber in der Folge des Londoner Gipfels ein Reformprogramm herauskäme, das die Finanzspekulation wirklich ernsthaft einschränkt, wäre damit der finanzmarktgetriebene Kapitalismus noch nicht am Ende. Denn zum einen bleiben die Ursachen seiner Entwicklung – die enorme Anhäufung von privatem Finanzvermögen durch Umverteilung und Privatisierung – auch durch eine solche Reform unberührt. Damit bleibt auch der Druck auf den Finanzmärkten, nach neuen Verwertungsmöglichkeiten zu suchen. Zweitens stehen, wenn die Spekulationsstrategie durch eine Reform weitgehend zurückgedrängt oder verhindert würde, den zentralen Akteuren immer noch die beiden anderen Strategien zur Verfügung, der verstärkte Druck auf Unternehmen und Beschäftigte und der Druck auf die Regierungen und Parlamente.

d. In China hat es kontinuierlich starken Staatsinterventionismus gegeben und das wird so bleiben. Ob sich das umfangreiche Konjunkturprogramm in den USA zu einem längerfristigen Staatsinterventionismus mit strukturbildenden Komponenten weiterentwickeln wird, ist fraglich, aber nicht auszuschließen. Für die EU und Deutschland geben insbesondere das desaströse Ausbleiben jeder ernsthaften Konjunkturpolitik auch angesichts der Gefahr des Übergangs der tiefen Rezession in eine anhaltende Depression eine klare und bedrückende Antwort auf die Frage

nach einem neuen Staatsinterventionismus: Er ist nicht geplant, weil nicht gewollt.

Ohne eine weiterreichende Demokratisierung der Unternehmensführung durch mehr Mitbestimmung der Beschäftigten und ohne eine gründliche Demokratisierung der Wirtschaftspolitik wird daher die Macht der zentralen Akteure an den Finanzmärkten erhalten bleiben. In diesem Rahmen wird Staatsinterventionismus im Wesentlichen die beiden alten Formen behalten: Direkte Subventionen an bestimmte Kapitalgruppen oder die Schaffung von finanzmarktfreundlichen Rahmenbedingungen.

## **Government Matters – »sichtbare Hand« und »unsichtbare Hand« in der Peripherie**

»Die Herrschaft einer privilegierten Gesellschaft von Kaufleuten ist wohl die schlimmste aller Regierungen für jedes Land.« (Smith 1999, 478) Diese mehr als 200 Jahre alte Feststellung des als Vater des Liberalismus geltenden Adam Smith bezeichnet das Wesen der neoliberalen Entwicklungsetappe des Kapitalismus. Die Krise und der sie begleitende Staatsinterventionismus der entwickelten Länder haben alle jene Lügen gestraft, die geglaubt hatten, es ginge um den »schlanken« Staat und die Freiheit der Märkte.

Tatsächlich benötigt der globalisierte und oligopolisierte Kapitalismus den Staat mehr als jede andere historische Produktionsweise. Was heute als neoliberale Periode bezeichnet wird besteht in Wirklichkeit in der Verflechtung von Staat und Markt, von Ökonomie und Politik. Es ist der Versuch, öffentliche Verwaltungen wie einzelwirtschaftliche Unternehmen zu organisieren und sie den Bedürfnissen der »systemrelevanten« Unternehmen besser anzupassen (Goldberg 2009). Dies gilt – allerdings in anderer Weise – auch für die von den Internationalen Finanzierungsinstitutionen (IFI) umgesetzte Entwicklungspolitik, wie die aktuelle Krise deutlich macht. Denn bezüglich der aktuellen wirtschaftspolitischen Empfehlungen fällt die eklatante Ungleichbehandlung der Industrieländer und einiger Schwellenländer einerseits und der armen bzw. verschuldeten Transformations- und Entwicklungsländer andererseits auf: Während die erste Gruppe eine anti-zyklische Politik verfolgt und dabei auch die Vergrößerung von globalen Ungleichgewichten in Kauf nimmt, wird die zweite Gruppe durch Auflagen seitens der IFIs und den Ressourcenmangel zu einer prozyklischen Politik gezwungen, die die Krise vertieft und die Armut vergrößert (United Nations 2009, 14).

### **Staatsinterventionismus im Norden – Austeritätspolitik im Süden**

Obwohl der in der Entwicklungspolitik herrschende »Washington Consensus« – entstanden als »kleinster gemeinsamer Nenner der von den in Washington beheimateten Einrichtungen (Internationaler Währungsfonds/IWF und Weltbank, J. G.) den lateinamerikanischen Ländern bis 1989 geleisteten Politikberatungen«<sup>17</sup>–

17 So der als Schöpfer des Begriffs betrachtete John Williamson, ehemaliger Berater und Chef-Ökonom beim britischen Schatzamt, IWF und der Weltbank. Zit. in: Center for International Development at Harvard University, [www.cid.harvard.edu/cidtrade/issues/washington.html](http://www.cid.harvard.edu/cidtrade/issues/washington.html), 24.8.09

nicht anderes ist als ein Abklatsch des neoliberalen Mainstream der entwickelten Industrieländer, aufbereitet für Entwicklungsländer, scheint sich gegenwärtig eine Kluft aufzutun zwischen dem, was in den Industrieländern passiert und den Rezepten für arme Entwicklungsländer.

Während die Hocheinkommensländer zwecks Krisenbekämpfung sehr tief in den Instrumentenkasten des Staatsinterventionismus greifen, Banken und Industrieunternehmen verstaatlichen, die Notenbankzinsen auf Null senken, gewaltige, kreditfinanzierte Konjunkturprogramme auflegen und riesige Haushaltsdefizite in Kauf nehmen, bleiben die sanktionsbewehrten »Ratschläge« der Bretton-Woods-Institutionen an die Transformations- und Entwicklungsländer – jedenfalls an jene, die das Geld von IWF und Weltbank noch oder wieder benötigen – die alten. So sind die Überbrückungskredite des IWF an die durch die Krise in Zahlungsschwierigkeiten geratenen Länder Osteuropas und Asiens nach wie vor an strikte wirtschaftspolitische Auflagen gebunden. Lorenzo Giorgianni von der Strategieabteilung des IWF führte dazu am 24. März 2009, anlässlich der Vorstellung einer neuen, als flexibler angepriesenen Kreditlinie des IWF aus: »Wir wollen sicherstellen, dass die Empfänger starke und stabile wirtschaftliche Fundamentaldaten haben und sich verpflichten, auch in der Zukunft weiterhin eine stabilitätsorientierte Wirtschaftspolitik zu verfolgen.« (IWF 2009)

Mit den »stabilen Fundamentaldaten« (strong fundamentals) sind wie bisher positive oder ausgeglichene Leistungsbilanzen, niedrige Haushaltsdefizite und Inflationsraten gemeint, was bedeutet, dass die armen Länder mitten in der Krise zu Zinserhöhungen, Ausgabenkürzungen bzw. Steuererhöhungen, Entlassungen im öffentlichen Dienst und dem Abbau sozialer Leistungen gezwungen werden. So gab es Ende August 2009 Konflikte zwischen dem IWF und Serbien, da der IWF die Auszahlung der zweiten Tranche eines Beistandskredits (3 Mrd. EUR)) verzögerte mit der Begründung, Serbien habe sich nicht an seine »Reformversprechen« gehalten. Diese bestanden wesentlich in einer Begrenzung des Haushaltsdefizits auf 3 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) und einer »Entschlackung« des öffentlichen Dienstes: Trotz Rezession soll die serbische Regierung Steuern erhöhen, Sozialleistungen kürzen und Entlassungen verfügen. Während die Industrieländer mit dem Beifall des IWF eine klassische antizyklische Politik zur Überwindung der Krise durchführen, ohne allzu viel Gedanken an Haushaltsdefizite zu verschwenden – das Defizit der USA wird für 2009 auf 11,2 Prozent des BIP geschätzt und soll im Durchschnitt der nächsten zehn Jahre 6 Prozent betragen – zwingt der IWF den verschuldeten Transformations- und Entwicklungsländern eine prozyklische Politik auf (Neue Zürcher Zeitung/NZZ v. 24./26.8.2009). Die Weltbank rät den Entwicklungsländern in ihrem aktuellen Bericht über globale Entwicklungsfinanzierung – der über einen dramatischen Rückgang der privaten Finanzströme in die Entwicklungsländer berichtet, nicht zuletzt eine Folge einseitiger Stabilisierungsmaßnahmen der Industrieländer – das öffentliche Eigentum in ihren Bankensystemen »abzuwickeln« (unwinding governments' high

ownership stake in the banking system), also genau jenen regulatorischen Vorteil aufzugeben, der sie vor den schlimmsten Wirkungen der Finanzmarktkrise geschützt hatte (World Bank 2009, 2). Die auflagenbewehrte Unterstützung des IWF, so Nobelpreisträger Joseph Stiglitz, führte schon in der Vergangenheit zu einer Schwächung der nationalen Ökonomien. »Diese Art von Konditionierung ist kontraproduktiv«, schreibt er in einem Zeitschriftenbeitrag (Stiglitz 2009, 2). Schlimmer noch: Die Politikempfehlungen der IFIs an die Entwicklungsländer hatten zur globalen Destabilisierung beigetragen, wie die Stiglitz-Kommission der UN in ihrem vorläufigen Bericht zeigt, sie waren »weniger als hilfreich« (less than helpful) (United Nations 2009, 13).

### **»Washington Consensus« und Minimalstaat**

Die Inhalte und Formen der »Politikberatung« der Bretton-Woods-Institutionen für die Entwicklungsländer haben sich auch unter dem Druck der aktuellen Finanz- und Wirtschaftskrise kaum verändert – weit und breit ist nichts von einem Paradigmenwechsel, einer Abkehr von Marktradikalismus und neoliberalen Einheitsdenken zu bemerken, wie es z. B. Ulrich Beck (2009) hoffnungsfroh verkündet: »Nun bricht der ›reine‹ Kapitalismus zusammen. Es gibt gute Gründe anzunehmen, dass wir zwar nicht das Ende des Kapitalismus, vielleicht aber das Ende dieser Art neoliberalen Fundamentalkapitalismus erleben, der die Welt und ihre Regierungen in den Jahren seit Margaret Thatcher und Ronald Reagan in ihren Bann geschlagen hat.« Beck zeigt damit, dass er zu jenen naiven Beobachtern gehört, die glauben, »Minimalstaat« und entfesselte Märkte seien die Substanz des Neoliberalismus, wie es Reagans Spruch: »Die Regierung ist nicht die Lösung unserer Probleme, die Regierung ist unser Problem« nahe legt.

Tatsächlich stand der »Minimalstaat« in den entwickelten Industrieländern aber zu keiner Zeit auf der Tagesordnung, es ging vielmehr immer um die Verflechtung zwischen Ökonomie und Politik, um die stärkere Ausrichtung der Politik an den Bedürfnissen der Wirtschaft und um die Anwendung einzelwirtschaftlicher Prinzipien in den öffentlichen Verwaltungen, kurz: um eine »Oligarchisierung von Entscheidungsbefugnissen und damit um eine Entdemokratisierung der Gesellschaft.« (Fisahn 2008, 353)

In den Entwicklungsländern, zumindest in jenen, die im Zuge der Schuldenkrise der 1980er und 1990er Jahre unter die Fuchtel der Bretton-Woods-Institutionen gerieten, entwickelten sich die Dinge allerdings etwas anders. Zunächst standen – ähnlich wie in den Industrieländern – Liberalisierung von Außenhandel und Kapitalverkehr, Haushaltsdisziplin, Ausrichtung der Geldpolitik am Ziel der Inflationsbekämpfung, Privatisierung öffentlicher Unternehmen, Deregulierung der Märkte und Sicherung der Eigentumsrechte im Vordergrund, entsprechend den Eckpunkten des »Washington Consensus«. Diese Maßnahmen, konzipiert als Teil

der den verschuldeten Ländern angedienten Strukturanpassungsprogramme (SAP), wurden allerdings nur in jenen Entwicklungsländern akzeptiert, die von den IFIs finanziell abhängig waren. SAPs wurden von den betroffenen Regierungen – mehr oder weniger widerwillig – nur deshalb umgesetzt, weil sonst der ökonomische und politische Kollaps gedroht hätte. Daher hatte, wer immer dazu in der Lage war, den rohstoffpreisbedingten Wirtschaftsaufschwung nach 2003 genutzt, um die IWF-Kredite so schnell wie möglich los zu werden.

Die erste Generation der SAPs, die unter dem Vorzeichen »getting the prices right« standen, war ein ökonomisches und soziales Fiasko. Dies wird in verschämter Form auch von den Bretton-Woods-Institutionen selbst eingeräumt. So heißt es in einem Weltbank-Bericht über Afrika von 1989, der eine gewisse konzeptionelle Korrektur der Strukturanpassungspolitik einleitete: »Das wichtigste Ziel der zukünftigen Entwicklungsprogramme besteht in der Veränderung der Produktionsstrukturen, den Verfall der Institutionen umzukehren und die Grundlage für nachhaltiges und sozial ausgeglichenes Wachstum zu legen. Die Strukturanpassungsprogramme der jüngeren Vergangenheit sind wichtige erste Schritte in die richtige Richtung – aber wir brauchen mehr, und es muss mehr Sorgfalt auf die Abfederung der negativen sozialen Folgen verwendet werden. Die grundlegende Schwäche dieser Programme ist der Mangel an lokalen organisatorischen Kapazitäten, sowohl privat wie öffentlich, und damit der Konzeption und Umsetzung der Programme.« (World Bank 1989, 62) Mit den mangelnden lokalen Kapazitäten ist der afrikanische Staat gemeint, der sich als wenig effizient erwies und dessen ohnehin geringes Ansehen in der Bevölkerung durch die Strukturanpassungspolitik weiter untergraben wurde. Tatsächlich haben die SAPs die afrikanischen Staaten weiter destabilisiert (Goldberg 2008, 139 ff.).

Was hier verklausuliert eingeräumt wird, bezeichnet ein grundlegendes Missverständnis der frühen SAPs: Die Ideologen des »Washington Consensus«, wegen des großen Druckpotentials der IFIs von Rücksichtnahme auf politische Gegenkräfte befreit, nahmen zunächst an, die von Regierungseingriffen befreiten Märkte würden nun eine autonome Wachstumsdynamik entfalten, wobei sie in ihrer Naivität Staat und Markt als weltweit existente und strukturell gleiche Institutionen auffassten. Dass die Staaten der Peripherie grundlegend andere Einrichtungen haben als die europäisch-nordamerikanischen Länder, dass funktionierende Märkte sowohl effiziente institutionelle Einbindungen voraussetzen als auch eine entwickelte und gesellschaftlich eingebettete Klasse von kapitalistischen Unternehmern<sup>18</sup>: Alles das mussten die Strukturanpasser erst lernen. Das Lehrgeld

18 Das als »Geberliebling« geltende Mosambik »bekennt sich zu einer marktorientierten Wirtschaftspolitik«, die allerdings nicht nur unter dem Mangel funktionstüchtiger staatlicher Institutionen sondern auch unter der Abwesenheit von privaten Unternehmern leidet: Die Mehrzahl der erfolgreichen Unternehmen Mosambiks ist in ausländischer Hand, »es gibt in Mosambik kaum einheimische Unternehmer, die diesen Namen im schumpeterischen Sinne verdienen, von einer sozialen Klassen ›für sich‹ im marxischen Sinne ganz zu schweigen.« (Borowczak, Friedrich 2009, 238)

zahlte die Bevölkerung jener Länder, die Opfer der unausgegorenen neoliberalen Experimente geworden waren. Im Ergebnis, dies zeigt sich insbesondere in Afrika, dem größten weil politisch schwächsten Experimentierfeld der marktradikalen Ideologen, kam es zu einem drastischen Rückgang der Entwicklungsschritte der 1960er und 1970er Jahre, der bis heute noch nicht wieder aufgeholt werden konnte: Deindustrialisierung, Rückgang der landwirtschaftlichen Produktivität, Rückzug der Masse der Wirtschaftsakteure in die Informalität, Rückgang der Pro-Kopf-Einkommen und der Sozialindikatoren in den Bereichen Gesundheit und Bildung (Goldberg 2008, 21 ff.). Noch nicht einmal das eigentliche<sup>19</sup> Ziel der SAPs, die Wiederherstellung der Schuldendienstfähigkeit der Empfängerländer, wurde erreicht, wie wiederholte Anläufe zur Entschuldung armer Entwicklungsländer zeigen.

### **Kein Markt ohne Staat: »Good Governance« als neoliberales Projekt**

Das Scheitern der SAPs der 1980er Jahre führte zu der Erkenntnis, dass funktionierende Märkte einen effizienten Staat voraussetzen, dass der »Minimalstaat« also keine Option sein kann. In der Folge rückte die Stärkung der schwachen Staaten der Entwicklungsländer in den Mittelpunkt der entwicklungspolitischen Agenda: »Government matters« lautete nun die Parole<sup>20</sup>, oder, in Abwandlung des Mottos der ersten Generation der SAPs »Getting the institutions right«. Das Programm der neuen Etappe der Bretton-Woods-Konzepte, inzwischen übernommen von der gesamten entwicklungspolitischen »Community« des Nordens, lautet: Herstellung und Sicherung von good governance. Gute Regierungsführung und damit die Stärkung des peripheren Staates sei die entscheidende Voraussetzung für Entwicklung. Deshalb habe sich Entwicklungspolitik vor allem der Unterstützung von »good governance« bzw. der Bekämpfung von »bad governance« zu widmen.<sup>21</sup>

Dies wurde vielfach als Aufgabe oder doch als wichtige Modifikation des »Washington Consensus« gewertet und als (erneute) Hinwendung zum Staat. Das

19 Der altersweise gewordene ehemalige Direktor des IWF, Michel Camdessus, in dessen Amtsperiode die meisten SAPs konzipiert und umgesetzt worden waren, verteidigt sich gegen Vorwürfe, er habe die Wirtschaft vieler Entwicklungsländer ruiniert, mit der lahmen Begründung: »Der IWF konnte nach seinen Statuten nur Kredite vergeben, wenn die Länder alles für die Wiederherstellung ihrer Zahlungsfähigkeit taten.« (Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 27.8.2009)

20 Die Weltbank präsentierte die Ergebnisse ihrer World Governance-Indicators (WGI) zunächst unter der Überschrift »Government Matters« (Kaufmann, D.; Kray, A.; Mastruzzi, M. 2003). Seit einiger Zeit heißt die entsprechende Veröffentlichung »Governance Matters«, was zeigt, dass Government und Governance für die Weltbank ähnlich sind.

21 In Anwendung von Max Webers Prinzipien des bürokratischen Staates wird »gute« Regierungsführung wesentlich durch die Dominanz formalisierter Regeln, »schlechte« Regierungsführung dagegen durch personalisierte Beziehungen charakterisiert (UNCTAD 2009, 18). Damit wird das Ideal des europäischen Staates – das so natürlich nie existiert hat – zur Blaupause von Verwaltungsreformen in Kulturen, die auf personalisierten Beziehungen beruhen.

»traditionelle Konzept der Strukturanpassung (sei) überwunden«, die neueren Konzepte seien allerdings noch nicht »systematisch zu Ende« gedacht, meint das deutsche Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung/BMZ (Zattler 2004, 3). Obwohl sich die Wende zum governance-Ansatz in der Entwicklungspolitik schon Anfang der 1990er Jahre abzeichnete, wurde das ausgearbeitete und popularisierte Konzept von der Weltbank – nach wie vor die internationale entwicklungspolitische Leitorganisation – umfassend erst im Weltentwicklungsbericht 1997 vorgestellt. Der Staat und seine Effizienz sei, so der gegenwärtig noch immer gültige Mainstream, »zentral für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung, nicht als direkter Erzeuger des Wachstums sondern als Partner, Anreger und Fazilitator.« (World Bank 1997, 1)

Damit werden die marktradikalen Prinzipien des »Washington Consensus« keineswegs aufgegeben, wie entwicklungspolitischen Praktiker vermuten (Borowczak, Friedrich 2009, 237). Es wurde in den 1990er Jahren aber bemerkt, dass die für rentable private Unternehmen und funktionierende Märkte notwendigen institutionellen Grundlagen nur durch einen effizienten Staat bereitgestellt und gesichert werden können und dass viele Staaten der Peripherie diese Institutionen nicht haben – was eigentlich schon in den Kernelementen des »Consensus« implizit enthalten ist: Nur ein effizienter Staat ist in der Lage, die Eigentumsrechte wirksam zu sichern. Der Staat soll die Unternehmen unterstützen, ihnen aber keine Ziele vorgeben. Dies ist der entscheidende Unterschied zum Konzept des Entwicklungsstaats, wie es der UNCTAD vorschwebt. Die UNCTAD schlägt daher vor, nicht mehr von »good governance«, sondern von »development governance« zu sprechen.<sup>22</sup>

Governance – normativ unterscheidend zwischen guter (»good governance«) und schlechter (»bad governance«) Regierungsführung – gilt heute als zentrales entwicklungspolitisches Kriterium. Was aber »gut« und was »schlecht« ist – und hier reproduziert sich eine der Grundirrtümer des »Washington Consensus« – das ist scheinbar überall in der Welt und für alle Zeiten gleich. Es gibt eine global einheitliche Bewertungsskala, es kann nicht sein dass das, was in einem Land »gut«, in einem anderem möglicherweise weniger gut oder sogar »schlecht« ist. Gut und böse sind überall in der Welt klar unterschieden und definiert. Dementsprechend wurden in der Weltbank weltweit anwendbare empirische Indikatoren für die Qualität der Regierungsführung, die »World Governance Indicators« (WGI) entwickelt. Ihre Veränderung wird jährlich für 212 Länder und Territorien ermittelt, verglichen und dient als Grundlage für politische Entscheidungen. Durch Befragung von Entscheidungsträgern werden Indikatoren für sechs Dimensionen der Regierungsführung erfasst: Voice and Accountability (Politische Mitsprache-rechte und Rechenschaftspflichtigkeit), Political Stability and Absence of Vio-

22 Der Titel des entsprechenden Abschnitts im UNCTAD-Bericht über die am wenigsten entwickelten Länder ist Programm: »Rethinking the Role of the State in LDCs – Towards Development Governance« (UNCTAD 2009, 15)

lence (Politische Stabilität und Abwesenheit von Gewalt), Government Effectiveness (Effizienz der Regierung), Regulatory Quality (Qualität der Regeln), Rule of Law (Rechtstaatlichkeit), Control of Corruption (Bekämpfung der Korruption). Governance wird bezeichnet als »Gesamtheit jener Traditionen und Institutionen, durch welche in einem Land Regierungsmacht ausgeübt wird. Das schließt ein Verfahren bei der Auswahl, der Kontrolle und dem Wechsel von Regierungen; die Fähigkeit der Regierungen, gesunde Politiken zu konzipieren und umzusetzen, und der Respekt seitens Bürgern und Staat für jene Institutionen, die die wirtschaftlichen und sozialen Wechselwirkungen zwischen ihnen regulieren.« (Kaufmann et al. 2009, Press Release)

Eine gewichtige Kritik an diesem Konzept kommt aus der Welthandels- und Entwicklungskonferenz der Vereinten Nationen (UNCTAD). UNCTAD zufolge ist das governance-Konzept entwicklungspolitisch zwar nicht irrelevant, verfehlt aber die Antwort auf die wichtigste Frage: Nämlich ob eine Regierung wirklich Entwicklung hervorbringt. Das good-governance-Konzept orientiere sich einseitig an Prozessen und Verfahren und ignoriere die wichtigere Frage der Ergebnisse: »Das wäre eine seltsame Art von ›guter Regierungsführung‹, bei der die Verfahren gemessen an den Verfahrensprinzipien perfekt, die Ergebnisse aber schlecht sind.« Regierungsführung könne nur dann als gut bezeichnet werden, wenn sie auch gute Ergebnisse, d. h. Entwicklung, hervorbringt (UNCTAD 2009, 16 f.).

Tatsächlich aber ist das governance-Konzept nicht so formal und Politikinhalt gegenüber neutral wie es auf den ersten Blick scheint. Dies deutet schon das Kriterium »gesunde Politiken« der Weltbankdefinition von governance an. »Sound policies« hat zwei Dimensionen, wie die Praxis jener Projekte zeigt, die die Einführung von »good governance« in den von den IFIs abhängigen Entwicklungsländern zeigt.

Dazu gehört einmal die Einführung eines Typs öffentlicher Verwaltung, der als »new public management« (NPM) bezeichnet wird und darauf hinausläuft, staatliche Verwaltungen wie Unternehmen zu organisieren und zu führen. Kernelemente von NPM sind:

- Einsatz professioneller Manager und Führung von Verwaltungen wie Unternehmen
- Auflösung komplexer Verwaltungsstrukturen in Einzelorganisationen, die bestimmte Produkte und Dienstleistungen erbringen
- Kostenreduzierung und Effizienzsteigerung des »output« dieser Einheiten
- Nutzung von Marktmechanismen und Wettbewerb
- Entwicklung quantitativ messbarer Indikatoren für die Effizienz der Organisationen
- Kundenorientierung
- Dezentralisierung

(Therkildsen, zit. bei UNCTAD 2009, 9)

Verwaltungen werden in unabhängig voneinander agierende »Profitcenter«<sup>23</sup> verwandelt, deren Ergebnisse nicht mehr politisch, sondern nur noch ökonomisch bewertet werden.

Das zweite Element bezieht sich auf die Ziele der Regierungsführung: Das Verwaltungshandeln soll marktorientiert sein, d. h. die Regierungen sollen den privaten Unternehmen möglichst günstige Bedingungen bereitstellen, indem sie Eigentumsrechte sichern, Schutz vor Enteignungen und Vertragssicherheit garantieren, niedrige Unternehmenssteuern gewährleisten und sich selbst aus der Produktion von Gütern und Dienstleistungen heraushalten. Kriterium für gutes Regierungshandeln ist der Marktprozess, nicht die Erreichung der vom Staat definierten Entwicklungsziele.

Die Rolle des good-governance Konzepts in der Entwicklungspolitik wird daher von der Stiglitz-Kommission der UN<sup>24</sup> als Element der entwicklungsfeindlichen neoliberalen Auflagenpolitik kritisiert: »Der Gebrauch der governance-indicators ... ist in hohem Maße diskreditiert. Diese Indikatoren, die heute über den Zugang der Entwicklungsländer zu internationaler Unterstützung und zu Krediten entscheiden, sollten zurückgewiesen (repudiated) werden. Sie sind eine versteckte Form der Auflagenpolitik.« (United Nations 2009, 84)

### **Privatisierung und Subventionen: »Good Governance« am Beispiel des Wassersektors**

Wie dies genau funktioniert und welches die Folgen sind hat Michael Goldman am Beispiel des Wassersektors gezeigt. Die Privatisierung der Wasserversorgung (einschließlich Abwasserentsorgung) gehört zu jenen Bedingungen, an welche die Bretton-Woods-Institutionen und die Gebergemeinschaft die Vergabe von Entwicklungshilfeleistungen und Schuldenerlasse knüpfen (Goldman 2005, 247). Ein Überblick über 11 Weltbank-Darlehen im Wasserbereich aus dem Jahr 2001 zeigt, dass 8 von ihnen Privatisierungsaufgaben enthalten, 7 verlangen Kostendeckung bei der Wasserversorgung (ebenda, 248). Interessant an dieser Liste ist auch, dass die betroffenen Länder in allen Weltregionen liegen, von Russland bis zu den Komoren. Ungeachtet der unterschiedlichen Strukturen der bestehenden Wasserversorgungssysteme und der verschiedenen großen Fähigkeiten von Regierungen, internationale Konzerne zu überwachen, gelten Privatisierung und Kostendeckung als globale Heilslösung. Entgegen der wiederholten Beschwörung, dass man kul-

23 In deutschen Verwaltungsreformen heißen diese oft »Betriebe«.

24 Die Kommission im Auftrag des Präsidenten der 63. Generalversammlung der Vereinten Nationen unter Vorsitz des ehemaligen Weltbankökonom und Nobelpreisträgers Joseph Stiglitz soll eine Reform der globalen Finanzarchitektur erarbeiten. Der Abschlußbericht ist für September 2009 angekündigt, ein vorläufiger Report zeigt aber deutlich die Richtung der Vorschläge (United Nations 2009). Vgl. auch die Darstellung des Reports bei Krause 2009.

turell-historische Unterschiede respektiere, zeigt die Praxis, dass in den Bretton-Woods-Institutionen nach wie vor »one-size-fits-all«-Lösungen entwickelt werden, d. h. man der Ansicht ist, was in Indien funktioniert, könne im Niger nicht falsch sein. Dies ist natürlich völlig unreal: So mag die indische Regierung mächtig genug sein, um einen großen internationalen Konzern zu kontrollieren, ob die Regierung des Niger das ebenfalls kann dürfte aber fraglich sein.

Die international orchestrierte Privatisierungsinitiative im Wasserbereich hat dazu geführt, dass die Zahl der von privaten Konzernen mit Trinkwasser belieferten Menschen von 51 Millionen im Jahr 1990 innerhalb von nur 10 Jahren auf 460 Millionen angestiegen ist. Bis 2015 sollen die privaten Wasserkonzerne weltweit 1,16 Milliarden Kunden haben. »Privat« bedeutet dabei automatisch westlich: Der internationale Wassermarkt wird weltweit von einer Handvoll europäischer bzw. nordamerikanischer Konzerne dominiert, an der Spitze die zwei französischen Firmen Suez und Vivendi (Veolia Water), die 70 Prozent des privaten Wassermarkts kontrollieren. Privatisierung der Wasserversorgung bedeutet also immer auch deren Übereignung an transnationale Konzerne aus dem entwickelten Norden. Mag das in Europa und Nordamerika noch hingehen, falls die betroffenen Regierungen willens sind, wirksame Kontrollen auszuüben, so ist die Übertragung der lokalen Wasserversorgung armer Länder des Südens an mächtige ausländische Konzerne, deren Kapitalkraft nicht selten größer ist als die Staatshaushalte der »Gastländer«, nur noch als abenteuerlich zu bezeichnen. Selbst bei »guter Regierungsführung« fehlen den betroffenen Regierungen schlicht die Ressourcen, um große internationale Konzerne zu kontrollieren.

Konzipiert wird die globale Wasserstrategie der Weltbank und der internationalen Gebergemeinschaft durch internationale Netzwerke von Regierungen, Großkonzernen und Nicht-Regierungsorganisationen (NRO). Eine zentrale Rolle spielt dabei die 1998 gegründete »World Commission on Water for the 21. Century«. Mitglieder dieser Kommission sind internationale politische Schwergewichte, ehemalige Weltbank-Manager und die Chefs großer Wasserfirmen (ebenda, 236). Ein weiterer wichtiger »Player« im Wassergeschäft ist der »World Business Council for Sustainable Development«, eine Koalition von 160 transnationalen Konzernen, der eng mit der britischen NRO »Water Aid« zusammenarbeitet, einer von Wasserkonzernen ins Leben gerufenen NRO, die sich mit der Parole »Wasser für die Armen« für die Privatisierung des Wasserbereichs in den Entwicklungsländern einsetzt (ebenda, 239).

Nun ist in der Tat die Öffnung des Zugangs der Armen zu sauberem Trinkwasser (einschließlich nachhaltiger Abwasserentsorgung) ein zentrales entwicklungspolitisches Thema. Zwar ist die Wasserversorgung ein riesiger und zukunfts-trächtiger Markt, der auf jährliche Umsätze von 200 bis 400 Milliarden US-Dollar geschätzt wird. »Analysten sagen voraus, dass privates Wasser bald ein ebenso hoch kapitalisierter Markt sein wird wie Erdöl – und ähnlich konfliktträchtig.« (ebenda, 232) Allerdings klingt »Wasser für die Armen« erstmal nicht nach hohen

Profiten – die Armen können, wenn überhaupt, wenig zahlen. John Talbot, Geschäftsführer der weltweit viertgrößten Wasserfirma »Saur International«, stellte 2002 daher vor einem Weltbank-Publikum in Frage, ob »Wasser für alle« wirklich »ein gutes und attraktives Geschäft« sei. Er lieferte gleich die Lösung: Subventionen. Selbst in Europa und in den USA werde Wasser öffentlich subventioniert, um so mehr seien in Entwicklungsländern staatliche Subventionen und billige Kredite notwendig. Damit ließ er die Katze aus dem Sack: »Wenn nicht subventioniert wird, sehen sich die internationalen Wasserunternehmen gezwungen, zu Hause zu bleiben.« (zit. in: ebenda, 258). Allerdings sollen nicht etwa die Konsumenten (durch billige Tarife für Arme – J. G.) subventioniert werden, dies würde nur die Verschwendung fördern: »Die Weltbank und andere Geber sollten staatliche Subventionen, billige Kredite und andere Garantien direkt an die privaten Unternehmen geben, denn diese könnten die Mittel am besten einsetzen.« (ebenda, 259 f.). Tatsächlich geht es denn auch keineswegs um einfache Privatisierung, in dem Sinne, dass die Staaten sich aus der Bereitstellung infrastruktureller Leistungen völlig zurückziehen. Der Staat bleibt der Gewährträger für eine flächendeckende Versorgung. Es geht um »Public-Private-Partnership« (PPP), d. h. um die Zusammenarbeit zwischen Staat und Privatunternehmen. »Die weltweit größten Wasserprojekte waren gemeinsame öffentlich-private Vorhaben, wobei die Staaten typischerweise die Hauptinvestoren sind und private Unternehmen im Auftrag die Arbeiten ausführen und den größten Teil der Erträge erhalten.« (ebenda, 269). Oft werden große Wasserprojekte als quasi-öffentliche Vorhaben errichtet, Management und Betrieb aber privaten Firmen übertragen, denen bestimmte Profiteure staatlich garantiert werden (ebenda). Hier schließt sich der Kreis zum »good-governance«-Konzept: Nur effizient arbeitende Staaten können den privaten Unternehmen eine ausreichende und stabile Rendite sichern.<sup>25</sup>

## **Die Krise und die neue globale Wirtschaftsarchitektur**

Wie oben angedeutet, verbindet sich mit dem (selektiven) Rückgriff auf Maßnahmen des Staatsinterventionismus in Zeiten der Krise vielfach die Hoffnung, dass dies auch mit einer dauerhaften Aufwertung der gestaltenden Rolle des Staates gegenüber den chaotisch und krisenhaft reagierenden Märkten verbunden sein werde.

Sehr optimistisch ist diesbezüglich die UNCTAD, die ein detailliertes Konzept für einen »neuen Entwicklungsstaat« entwickelt hat. UNCTAD meint, es gäbe heute »weitgehende Übereinstimmung darin ... , dass der Staat eine stärkere Rolle

<sup>25</sup> Es kommt also nicht nur auf die Effizienz des Staates, sondern ebenso auf die durchgeführte Politik an: Vor allem bei der Förderung nicht-erneuerbarer Rohstoffe sind transnationale Konzerne unumgängliche Akteure. Hier ist entscheidend, dass die Regierungen in der Lage sind, diese Konzerne zu kontrollieren und Verträge auszuhandeln, die gewährleisten, dass die Bevölkerung an den Erträgen angemessen beteiligt ist.

bei der Gestaltung der Wirtschaft zu spielen habe...« (UNCTAD 2009, 142) Davon kann bislang leider kaum die Rede sein – wie sich an der oben skizzierten aktuellen Politik der Bretton-Woods-Institutionen in den verschuldeten Ländern ablesen lässt. Es scheint vielmehr, dass mit der krisenbedingt verstärkten Abhängigkeit vieler, insbesondere armer Entwicklungsländer von den Krediten der Bretton-Woods-Institutionen eher ein verstärkter Einfluss des neoliberalen Grundtrends verbunden sein wird.

Ob sich dieser Trend – nach der Verunsicherung durch die Krise – letzten Endes durchsetzt, kann gegenwärtig, d. h. im Herbst 2009, nicht abschließend beurteilt werden. Die Stiglitz-Kommission der UN schlägt eine umfassende Reform der internationalen Wirtschafts- und Finanzarchitektur als radikale Alternative zum bestehenden System vor. Im Kern geht es um zwei Aspekte:

- Stiglitz zufolge zeigt die aktuelle Krise, dass die bisherige Organisation der Globalisierung fehlerhaft ist, dass die bestehenden Mechanismen unzureichend sind und dazu tendieren, krisenhafte Prozesse zu globalisieren statt sie einzudämmen: »Die globale Wirtschaftskrise unterstreicht die Defizite der bestehenden internationalen Organisationen.« (Stiglitz 2009, 4) Die Stiglitz-Kommission, die nicht mit grundlegender Kritik an Ideologie, Politik und Struktur der IFIs und anderer multilateraler Organisationen wie der WTO spart, fordert nicht nur eine grundlegende Reform der bestehenden Organisationen sondern möchte die Vielfalt der Spezialinstitute wie IWF und Weltbank einem zu schaffenden Global Economic Coordination Council (ein Weltwirtschaftsrat mit ähnlichen Befugnissen wie der UN-Sicherheitsrat) unterstellen.

- Darüber hinaus soll das gestörte Verhältnis zwischen der Rolle des Staates und der Rolle der Märkte (United Nations 2009, 11) verändert werden (»restoring a balance between the role of the market and the role of the state«), was vor allem auf eine stärkere staatliche Regulierung der Märkte hinausläuft. Auch wenn sich diese Position durchsetzen sollte, wären damit aber die Inhalte der Regulierung noch nicht definiert.

Dafür, dass sich die klaren Positionen der Kommission politisch durchsetzen werden, gibt es derzeit kaum Anzeichen.

Was die Entwicklungsländer angeht, so steht die Forderung nach mehr »policy space« im Mittelpunkt (United Nations 2009, 87), eine Forderung, die bei der UNCTAD schon seit Jahren vertreten wird. Dies erscheint vor allem deshalb als zentrale Veränderung, weil es den Entwicklungsländern erlauben würde, ihre Institutionen und Politiken aus den jeweiligen kulturell-sozialen Bedingungen heraus zu entwickeln und die Dominanz der Industrieländer und der transnationalen Konzerne zu begrenzen. Entwicklungspolitische Konzeptionen werden bis heute in den Think Tanks der Industrieländer gemacht, durch politisch-ökonomischen Druck und wissenschaftliche Netzwerke in den Süden transportiert und den Entwicklungsländer über bi- und multilaterale Vereinbarungen aufgezwungen (United Nations 2009, 87). Auch die gegenwärtige Fixierung des entwicklungspolitischen

Mainstream auf das governance-Konzept reflektiert nichts anderes als die irrige Auffassung, staatliche Institutionen seien im Kern überall gleich: »Europa hat den Staat erfunden«<sup>26</sup>, behauptet z. B. Wolfgang Reinhard (1999, 15) in seiner »Geschichte der Staatsgewalt«. Er kann daher auch die heutige Staatlichkeit in der Peripherie nur als eine mehr oder weniger gelungene Übertragung des europäischen Staatsmodells verstehen, was dem governance-Konzept zugrunde liegt. Dass andere Länder und Kontinente eigene Wege zur Herausbildung von Staatlichkeit gegangen sind, dass sich diese eigenständigen Erfahrungen trotz der oberflächlichen Übernahme einiger Elemente europäischer Staatlichkeit in den existierenden Herrschaftssystemen mehr oder weniger stark niederschlagen, ist eine Erkenntnis, mit der sich die Entwicklungspolitiker des Nordens immer noch schwer tun.

Auch für eine neue globale Wirtschafts- und Finanzarchitektur bliebe die Herausforderung, dass sie nicht einseitig an den Bedürfnissen und Strukturen der entwickelten Industrieländer ausgerichtet sein darf. Sie muss vielmehr ausreichend Raum bieten, damit sich die anders gearteten institutionellen Bedingungen der Entwicklungsländer – die ihrerseits nicht über einen Kamm geschoren werden dürfen – entfalten können. Die Feststellung von Stiglitz – nämlich dass einige der Entwicklungsländer in der Krise »weit bessere regulatorische und makroökonomische Politiken als die USA und einige europäischen Länder« (2009, 1) betrieben haben – legt die Erkenntnis nahe, dass die anders gearteten Institutionen und Organisationen der Peripherie möglicherweise innovative Ansatzpunkte für eine Reform der globalen Wirtschaftsarchitektur bieten könnten. Was die Stiglitz-Kommission für die Regulierung des Finanzsektors formuliert, gilt auch für andere Politikbereiche: »Indem sie ihren eigenen Weg wählen, sollten die Entwicklungsländer erkennen, dass es kein einheitliches Modell gibt, dass für alle Länder und alle Zeiten richtig ist.« (United Nations 2009, 79). Für diese Wahl muss eine grundlegend reformierte globale Finanz- und Wirtschaftsarchitektur ausreichend Spielraum und Unterstützung bieten.

26 Diese Behauptung wäre dann richtig, wenn er das kleine Wort »europäischer Staat« hinzufügen würde – was den Satz aber tautologisch machen würde.

## Literatur

- Beck, U. (2009), Becks Globalrundschau, Weltinnenpolitik. In: Frankfurter Rundschau vom 8./9. August.
- Borowczak, W.; Kaufmann, F. (2009), Gebt Unternehmen eine Chance. In: E+Z, Nr. 6. Bonn.
- Fisahn, A. (2008), Herrschaft im Wandel. Köln.
- Goldberg, J. (2008), Überleben im Goldland. Afrika im globalen Kapitalismus. Köln.
- Goldberg, J. (2009), Demokratisierung des Kapitals oder Kapitalisierung des Staates? In: Pfeiffer, H. (Hrsg.), Kein Land in Sicht? Die Krise, die Aussichten und die Linke. Köln.
- Goldmann, M. (2005), Imperial Nature. The World Bank and Struggles for Social Justice in the Age of Globalization. New Haven/London.
- IWF (2009), Transcript of a Press Briefing by International Monetary Fund First Deputy Managing Director John Lipsky on Steps to Reform IMF Financing Facilities, 24.3.
- Kaufmann, D. et al. (2009), Governance Matters VIII: Aggregate and Individual Governance Indicators 1996-2008. World Bank.
- Krause, G. (2009), Dahinter dürfen Linke nicht zurückfallen! Wider den Marktfundamentalismus: Der Report der Stiglitz-Kommission. In: rls-Standpunkte 16. Berlin.
- Reinhard, W. (1999), Geschichte der Staatsgewalt. Frankfurt/M. und Wien.
- Smith, A. (1999/1789), Der Wohlstand der Nationen. München/London.
- Stiglitz, J. E. (2009), A Global Recovery for a Global Recession. In: The Nation, 13.7., Washington D.C.
- UNCTAD (2009), United Nations Conference on Trade and Development, The Least Developed Countries Report 2009. The State and Development Governance. New York/Geneva.
- United Nations (2009), United Nations Conference on the World Financial and Economic Crisis and its Impact on Development, 24-26 June. Report of the Commission of Experts of the President of the United Nations General Assembly on Reforms of the International Monetary and Financial System. New York.
- World Bank (1989), Sub-Saharan Africa. From Crisis to Sustainable Growth. Washington D.C.
- World Bank (1997): World Development Report 1997. The State in a Changing World, Washington D.C.
- World Bank (2009), Global Development Finance 2009. Charting a Global Recovery, I: Review, Analysis, and Outlook. Washington D.C.
- Zattler, J. (2004), Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. Post-Washington-Consensus – Einige Überlegungen. BMZ-Diskurs. Bonn.

## Was können wir von der »sichtbaren Hand« im nordischen Modell lernen?

### Einleitung

Es hat sich eine heiße Diskussion über den Wohlfahrtsstaat bzw. das »Europäische Sozialmodell«<sup>27</sup> entzündet, wie das Wohlfahrtsmodell in Europa oft bezeichnet wird. In dem Teil der Welt, in dem ich lebe, nennen wir es das »nordische Modell«, das von vielen Menschen in der Welt als die fortschrittlichste Variante des herrschenden Gesellschaftsmodells betrachtet wird.

Der Wohlfahrtsstaat brachte bedeutende Fortschritte hinsichtlich der Arbeits- und Lebensbedingungen, die in der Geschichte der Menschheit bislang einmalig sind. Das öffentliche Gesundheitswesen, die Lebenserwartung und die soziale Sicherheit haben sich im Zuge der Entwicklung des Wohlfahrtsstaates im letzten Jahrhundert innerhalb eines kurzen Zeitraums enorm verbessert. Beim »normalen Volk« erfreute sich dieses Modell deshalb zunehmender Beliebtheit.

In der gegenwärtigen Ära neoliberaler Vorherrschaft gerät der Wohlfahrtsstaat jedoch immer mehr in die Schusslinie mächtiger politischer und wirtschaftlicher Kräfte. Die Deregulierung der Wirtschaft, Privatisierungswellen und Kürzungen der öffentlichen Haushalte tragen zur Veränderung der spezifischen Kräfteverhältnisse bei, die eine entscheidende Voraussetzung für die Entwicklung des Wohlfahrtsstaates waren, der nun in seiner Existenz bedroht ist.

In der öffentlichen Debatte wird jedoch leider nur unzureichend untersucht und aufgezeigt, was den Wohlfahrtsstaat überhaupt ermöglicht hat. Diese Frage wird in der politischen Diskussion gänzlich ausgespart, wodurch sogar jene Kräfte, die die sozialen Einrichtungen und Leistungen gezielt angreifen, das Argument anführen können, all dies diene der Modernisierung des Wohlfahrtsstaates sowie dessen Schutz und Bewahrung für die zukünftigen Generationen.

27 Als *Europäisches Sozialmodell* werden oft die sozialen Wohlfahrtsstaaten bezeichnet, die in Westeuropa insbesondere nach dem Zweiten Weltkrieg entstanden sind, einschließlich des zunehmenden Einflusses der Arbeitnehmerorganisationen in diesen Gesellschaften. Die westeuropäischen Länder weisen zwar viele gemeinsame Merkmale in ihrer Entwicklung auf, aber dennoch muss berücksichtigt werden, dass sich das Europäische Sozialmodell in Wirklichkeit aus einer Reihe verschiedener Modelle zusammensetzt, die sich innerhalb starker Nationalstaaten entwickelten. Allerdings waren deren Grundlagen national und nicht europäisch ausgerichtet und wiesen ihre eigenen Traditionen und Besonderheiten auf. In Spanien und Portugal überlebte bis in die 1970er Jahre sogar der Faschismus. Andererseits wiesen diese Gesellschaftsmodelle viele Ähnlichkeiten bezüglich ihres historischen Kontextes, des globalen Machtgefüges und der kulturellen Beziehungen auf. In diesem Artikel werde ich nicht auf nationale Besonderheiten eingehen, sondern mich auf den Wohlfahrtsstaat als allgemeines Modell konzentrieren.

Gleichzeitig stellen wir fest, dass viele Arbeitnehmerorganisationen sowie links gerichtete Politiker in der südlichen Hemisphäre (z. B. Präsident Lula in Brasilien) daran interessiert sind, dieses Modell zu »importieren«. Gewerkschaften und politische Parteien im Norden, insbesondere die Sozialdemokratie, sind ebenso stark daran interessiert, ihr erfolgreiches Sozialmodell zu »exportieren«. Sie setzen eine Menge Ressourcen ein, um ihre Erfahrungen auf den Süden zu übertragen. Sozialer Frieden, dreiseitige Zusammenarbeit und sozialer Dialog werden als zentrale Maßnahmen gefördert, um den Wohlfahrtsstaat aufzubauen.

In diesem Artikel werde ich diese recht vereinfachenden Konzepte des Wohlfahrtsstaates hinterfragen. Das Sozialmodell kann – so wie es sich in einem ganz spezifischen Kontext entwickelt hat – nicht losgelöst von seinem sozialen und historischen Ursprung und den Kräfteverhältnissen, die es ermöglichten, betrachtet werden. Wenn wir wirklich das Potenzial, die aktuelle Lage und die Perspektiven des Wohlfahrtsstaates aufzeigen wollen, müssen wir dieses besondere Gesellschaftsmodell tiefgründiger und umfassender analysieren und untersuchen.

## **Die politische Ökonomie des Wohlfahrtsstaates**

Einige soziale Dienstleistungen (Gesundheitsfürsorge, Bildung, Sozialleistungen usw.) bilden sich im Zuge einer fortschreitenden wirtschaftlichen Entwicklung in allen Ländern heraus. Die Wirtschaft selbst entwickelt hohe Ansprüche hinsichtlich der Reproduktion der Arbeitskräfte, der beruflichen Qualifikationen, des öffentlichen Verkehrs und anderer Leistungen. Die organisatorische Form, die Qualität und das Niveau dieser Dienstleistungen spiegeln jedoch die Machtverhältnisse sowohl in den Gesellschaften selbst als auch im internationalen Gefüge wider.

Letztendlich sind deshalb demokratisch gelenkte, universell zugängliche Dienstleistungen der öffentlichen Hand im Gegensatz zu Gewinn orientierten privatwirtschaftlichen Dienstleistungsangeboten eine Frage struktureller Macht, also der wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Machtverhältnisse in der Gesellschaft. Der Wohlfahrtsstaat ist demzufolge ein Ergebnis gesellschaftlicher Auseinandersetzungen. Qualitativ gute öffentliche Gesundheitssysteme, staatliche Versicherungssysteme, soziale Sicherheitsnetze und andere öffentliche Dienstleistungen wurden im Ergebnis der zunehmenden Macht der organisierten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer eingeführt und verbessert. Öffentliches Eigentum und Kontrolle der grundlegenden Infrastruktur der Gesellschaft sowie der Versorgungsunternehmen bilden einen wichtigen Bestandteil der neuen Machtverhältnisse.

Der Wohlfahrtsstaat ist – so wie wir ihn heute kennen – jedoch nicht nur ein Produkt der allgemeinen Machtverhältnisse, sondern das Ergebnis einer ganz spezifischen historischen Entwicklung im 20. Jahrhundert, einschließlich der russi-

schen Revolution (siehe unten). Ganz anders als es viele in der Arbeiterbewegung darstellen, war der Wohlfahrtsstaat nicht das Ergebnis eines sozialen Dialogs und der dreiseitigen Zusammenarbeit, sondern er entstand in langwierigen und erbiterten gesellschaftlichen Auseinandersetzungen und Klassenkämpfen.

Seitdem der Kapitalismus in unseren Gesellschaften zur vorherrschenden Produktionsform geworden ist, hat er sich im ständigen Wechsel von Aufschwung und Niedergang entwickelt. Der relativ unregulierte Kapitalismus des »laissez-faire« im 19. und in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts war allgemein durch eine starke Ausbeutung der Arbeiterklasse geprägt und führte in Zeiten des wirtschaftlichen Niedergangs zu außerordentlicher Armut. Die Arbeiterklasse reagierte, indem sie sich organisierte und kämpfte, und zwar sowohl am Arbeitsplatz als auch auf der politischen Ebene. Durch diese Kämpfe erzielte die Arbeiterbewegung nach und nach bessere Löhne, bessere Arbeitsbedingungen und gute soziale Bedingungen.

Diese Periode war also von gesellschaftlichen Auseinandersetzungen geprägt. Es gab Generalstreiks und Aussperrungen. Polizei und Militär wurden gegen streikende Arbeiterinnen und Arbeiter eingesetzt, auch in den skandinavischen Ländern. Bei diesen Konfrontationen wurden Menschen verwundet und getötet. Die Arbeitnehmerorganisationen entwickelten sich, wurden immer stärker und gewannen in den gesellschaftlichen Auseinandersetzungen zunehmend an Gewicht. Ein großer Teil der politischen Bewegung wandte sich dem Sozialismus zu – mit dem Ziel, die kapitalistische Ausbeutung zu beenden. Forderungen nach einer Veränderung des Gesellschaftssystems wurden immer lauter.

Insbesondere die weltweite wirtschaftliche Depression der 1930er Jahre bewirkte einen erstarkenden Druck seitens der Bevölkerung, die zunehmend politische Eingriffe in die Märkte forderte. Massenarbeitslosigkeit, wachsendes Elend, Faschismus und Krieg führten zu massiven Forderungen nach Frieden, sozialer Sicherheit, Vollbeschäftigung und politischer Kontrolle der Wirtschaft. Als die Staatshäupter der siegreichen Länder gegen Ende des Zweiten Weltkrieges auf der Bretton-Woods-Konferenz zusammenkamen, war die Botschaft ihrer Arbeiterinnen und Arbeiter, ihrer Bürgerinnen und Bürger zu Hause klar: Der unregulierte, Krisen geschüttelte Kapitalismus muss ein Ende haben. Im Rahmen des damaligen Kräftegleichgewichts setzte sich das keynesianische Modell des regulierten Kapitalismus durch, das dann die soziale und ökonomische Grundlage für den Wohlfahrtsstaat bildete.

Hierbei ist anzumerken, dass die Stärke der Arbeitnehmer/innen nicht zu umfassenderen Rechten der Gewerkschaften oder regulierten Arbeitsmärkten führte. Viel wichtiger war die generelle Eindämmung der Marktkräfte. Die Macht des Kapitals wurde zugunsten politisch gewählter Institutionen reduziert. Die Konkurrenz wurde durch politische Eingriffe auf dem Markt abgeschwächt. Es wurden eine Kontrolle des Kapitals und strenge Vorschriften für das Finanzkapital eingeführt. Durch eine starke Ausweitung des öffentlichen Sektors und des Wohl-

fahrtsstaates wurde ein großer Teil der Wirtschaft ganz und gar aus dem Markt herausgenommen und politischen Entscheidungen unterworfen. Diese allgemeine Eindämmung der Marktkräfte war eine Voraussetzung für die Entwicklung des Wohlfahrtsstaates und das daraus resultierende umfassende Regelwerk war für die Durchsetzung besserer Arbeitsbedingungen bedeutender als die Arbeitsgesetzgebung selbst.<sup>28</sup>

Der Wohlfahrtsstaat ist jedoch nicht nur die Summe gesellschaftlicher Institutionen und öffentlicher Haushalte. Er verkörpert in allererster Linie die spezifischen Machtverhältnisse in der Gesellschaft.<sup>29</sup> Insbesondere die Kapitalkontrolle ermöglichte es den Regierungen, eine Politik der nationalen und sozialen Entwicklung zu betreiben, ohne ständig mit den Ausweichstrategien des Kapitals konfrontiert zu werden, mit denen große Konzerne drohten, ihre Produktion in andere Länder mit günstigeren Bedingungen zu verlagern, sollten ihre Interessen beschnitten werden. Kurzum, öffentliche Wohlfahrt ist letztendlich eine Frage der Macht!

## **Die Politik des Sozialpaktes**

Wichtiger Bestandteil der Geschichte des Wohlfahrtsstaates sowie des Kräftegleichgewichts in der Gesellschaft ist der soziale Pakt bzw. der Klassenkompromiss. Da wir hier keinen Platz für eine umfassende Analyse haben, möchte ich mich nur auf einige Schlüsselemente dieser spezifischen historischen Entwicklung konzentrieren. Während des letzten Jahrhunderts gingen die gesellschaftlichen Auseinandersetzungen zwischen Arbeit und Kapital in vielen Ländern in einen statischen Kampf über, bei dem keine Seite ihre Positionen wirklich erfolgreich voranbringen konnte. Die Arbeiterbewegung war nicht in der Lage, neue Machtpositionen zu erringen, und den Kräften des Kapitals gelang es nicht, die Organisationen der Arbeiternehmerinnen und Arbeitnehmer zu bezwingen. Im Ergebnis dessen entwickelte die Gewerkschaftsbewegung eine Art Burgfrieden mit den kapitalistischen Interessen.

In den 1930er Jahren wurde dieser Burgfrieden in einigen Teilen Europas institutionalisiert, als die Gewerkschaftsbewegung mit den Arbeitgeberverbänden insbesondere im Norden, und nach dem Zweiten Weltkrieg auch in den meisten Län-

28 Dieser Punkt ist heute besonders wichtig, da ein Großteil der nationalen und internationalen Gewerkschaftsbewegung sehr eng gefasste Kampagnen für bessere Arbeitsbedingungen verfolgt, als ob sich damit die negativen Auswirkungen der Deregulierung des Marktes abfangen ließen. Das Gegenteil aber ist der Fall: Wenn formelle Arbeitsbedingungen effektiv sein sollen, muss das Machtgleichgewicht durch eine Begrenzung der Macht des Kapitals verschoben werden.

29 Es gibt keinen direkten Zusammenhang zwischen hohen Sozialausgaben und der Qualität des Wohlfahrtsstaates. So entfallen auf den Gesundheitssektor in den USA zum Beispiel 15 Prozent des BIP, während die entsprechenden Ausgaben in den fortschrittlicheren skandinavischen Wohlfahrtsstaaten rund 10 Prozent des BIP betragen.

dern Westeuropas, Vereinbarungen abschloss. Nach einer Zeit harter Konfrontationen zwischen Arbeit und Kapital gingen die Gesellschaften zu einer Phase des sozialen Friedens, der zwei- und dreiseitigen Verhandlungen und einer Politik des Konsens' über. Es war das Machtgleichgewicht innerhalb dieses Sozialpakts zwischen Arbeit und Kapital, das die Grundlage für die Entwicklung des Wohlfahrtsstaates bildete. Es erfolgte eine allmähliche Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen sowie der Sozialleistungen.

Als wichtiger Faktor kam in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg hinzu, dass der internationale Kapitalismus ein mehr als 20 Jahre andauerndes stabiles und starkes Wirtschaftswachstum erlebte. Das machte es leichter, den Gewinn zwischen Arbeit, Kapital und öffentlichem Sektor aufzuteilen.

Dabei dürfen wir jedoch nicht aus den Augen verlieren, dass diese soziale Partnerschaft zwischen Arbeit und Kapital das Ergebnis der tatsächlichen Stärke der Gewerkschaften und der Arbeiterbewegung war. Die Arbeitgeber und ihre Organisationen erkannten, dass sie die Gewerkschaften nicht besiegen konnten. Sie mussten diese als Arbeitnehmervertreter anerkennen und mit ihnen verhandeln. Das friedliche Zusammenleben zwischen Arbeit und Kapital beruhte also auf einer starken Arbeiterbewegung, deren Stärke sich eben gerade im Zuge der vielen Kämpfe und Auseinandersetzungen zwischen Arbeit und Kapital in der vorausgegangenen Periode entwickelt hatte.

Ein wichtiges Merkmal dieses Kontextes war die Existenz eines konkurrierenden Wirtschaftsystems in der Sowjetunion und in Osteuropa. Wie es der britische Historiker Eric Hobsbawm (vgl. Hobsbawm 1994) formulierte, war dies ein entscheidender Faktor, der dazu führte, dass die Kapitalisten im Westen einen Kompromiss akzeptierten. Es muss auch darauf hingewiesen werden, dass der Wohlfahrtsstaat in Form des regulierten Kapitalismus vor seiner Erschaffung nie ein Ziel der Arbeiterbewegung gewesen war. Erklärtes Ziel war der Sozialismus. Die Furcht vor dem Sozialismus (nach der russischen Revolution und einer Stärkung und Radikalisierung der Arbeiterbewegung in Westeuropa während des Zweiten Weltkriegs) war der Grund dafür, dass die Eigentümer des Kapitals in Westeuropa vielen Forderungen der Arbeiterbewegung nachgaben. Sie gingen freiwillig soziale Vereinbarungen ein und akzeptierten viele der sozialen und ökonomischen Forderungen der Arbeiterklasse, um Zeit zu gewinnen und die sozialistischen Gefühle in der Arbeiterbewegung zu dämpfen. 50 Jahre später können wir feststellen, dass sich diese Unternehmensstrategie als recht erfolgreich erwiesen hat.

Die Tatsache, dass der Wohlfahrtsstaat nicht das erklärte Ziel der Arbeiterbewegung, sondern das Ergebnis eines spezifischen historischen Kompromisses zwischen Arbeit und Kapital war, spiegelt sich auch in den verschiedenartigen Merkmalen des Wohlfahrtsstaates wider. *Einerseits* verkörpert ein Teil davon die Vision der Arbeiterbewegung von einer anderen und besseren Gesellschaft (Sozialversicherung, Kindergeld, Umverteilung, freie Sozialleistungen, universelle Rechte). *Andererseits* funktioniert ein anderer Teil des Wohlfahrtsstaates mehr als

Reparaturwerkstatt eines brutalen und menschenunwürdigen Wirtschaftssystems, wo die Mängel ausgeglichen werden (z. B. Arbeitslosenunterstützung, verschiedene Rentensysteme und Zahlungen bei Erwerbsunfähigkeit infolge beruflicher Tätigkeit, gesundheitlichen Problemen am Arbeitsplatz, Ausschluss vom Arbeitsmarkt usw.).

Wir dürfen auch nicht vergessen, dass es auf dem Weg nach vorn ideologische und politische Auseinandersetzungen innerhalb der Arbeiterbewegung gab. Die radikaleren oder revolutionäreren Strömungen wollten den Besitz der Produktionsmittel vergesellschaften bzw. demokratisieren, während der eher gemäßigte oder reformistische Flügel auf die Begrenzung der Macht des Kapitals durch politische Regulierung und Reformen abzielte. Es war gerade die Stärke der radikaleren Strömungen, die dafür sorgte, dass die kapitalistischen Kräfte auf einen Klassenkompromiss in Westeuropa setzten. Die wichtige Rolle der Sowjetunion war in dieser Hinsicht der Tatsache geschuldet, dass die kapitalistischen Besitzer in Westeuropa fürchteten, dass die Sowjetunion – sollte es in den westeuropäischen Ländern zu einer Konfrontation über die Frage der staatlichen Macht kommen – die radikaleren Strömungen unterstützen würde.<sup>30</sup>

Auf jeden Fall brachte die Politik des sozialen Pakts, der zum Ausgangspunkt für die Entwicklung des Wohlfahrtsstaates wurde, eine enorme Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen mit sich. In der Arbeiterbewegung führte dies zu der allgemeinen Erkenntnis, dass ein Weg zu einer Gesellschaft gefunden worden war, die soziale Fortschritte und eine relativ gerechte Aufteilung des Reichtums für die »normalen Menschen« brachte, ohne dass all die Opfer des Klassenkampfes und der gesellschaftlichen Konfrontationen notwendig waren. Die Vereinbarungen zwischen Arbeit und Kapital erfolgten in recht geordneter und friedlicher Weise auf der nationalen Ebene. Es herrschte die Auffassung, die Gesellschaft habe eine höhere Stufe der Zivilisation erreicht.

Durch allmähliche Reformen war es der Arbeiterbewegung gelungen, die demokratische Kontrolle der Wirtschaft zu verstärken. Der krisenfreie Kapitalismus war zur Realität geworden! Keine Wirtschaftskrisen mehr wie die der 1930er Jahre, keine Massenarbeitslosigkeit mehr, keine sozialen Unruhen mehr, keine Konzentration des Reichtums unter den Reichen und Privilegierten, kein Elend mehr unter den Menschen. Alle gesellschaftlichen Tendenzen zeigten nach vorn. Für einen großen Teil der Arbeiterbewegung war dies der reformistische Weg zum Sozialismus – jede und jeder konnten sehen, dass es funktionierte! Diese gesellschaftlichen Errungenschaften bildeten die materielle Grundlage für eine Ideologie der Sozialpartnerschaft, die sich tief in der nationalen und europäischen Arbeiterbewegung verankerte und nach wie vor besteht.

30 Die diesbezügliche Rolle der Sowjetunion ist nicht als Qualitätsmerkmal des sowjetischen Gesellschaftsmodells zu interpretieren. Es war in erster Linie die Bedrohung, die dieses Modell für das Eigentum an Produktionsmitteln darstellte, die für die kapitalistischen Eigentümer im Westen ausschlaggebend war.

Für die Gewerkschaftsbewegung bedeutete der soziale Pakt in Wirklichkeit die Akzeptanz der kapitalistischen Produktionsordnung, des Privateigentums an Produktionsmitteln und des Rechts der Arbeitgeber zur Lenkung der Arbeitsprozesse.<sup>31</sup> Als Gegenleistung für die Verbesserung des Wohlstands und der Arbeitsbedingungen garantierten die Gewerkschaftsverbände Arbeitsfrieden und Zurückhaltung bei den Tarifverhandlungen. Vereinfacht dargestellt, waren der Wohlfahrtsstaat und die allmählich besseren Lebensbedingungen das, was die eher friedliche Arbeiterbewegung als Gegenleistung dafür bekam, dass sie ihr sozialistisches Projekt aufgab. Heute können wir die Schlussfolgerung ziehen, dass dies ein kurzfristiger Erfolg in einem ganz spezifischen historischen Kontext war.

Nun, 50 Jahre später, müssen wir einräumen, dass die Kapitalisten mit ihrer Strategie in hohem Maße erfolgreich waren. Aufgrund der bedeutenden Errungenschaften in Bezug auf Wohlstand, Lohnniveau und Arbeitsbedingungen fand die Politik des sozialen Pakts massive Unterstützung in der Arbeiterklasse und die radikaleren und kapitalismusfeindlicheren Teile der Arbeiterbewegung wurden nach und nach ins Abseits gedrängt. Die vorherrschenden Teile der Arbeiterbewegung begannen die sozialen Fortschritte auch als Auswirkung des sozialen Friedens und der Kooperation mit zivilisierteren Kapitaleigentümern zu betrachten. Viele der damaligen Gewerkschaftsführer betrachteten die sozialen Konfrontationen in der Tat als negative Maßnahmen, die sich auf die Positionen der Arbeiterinnen und Arbeiter schädlich auswirkten und deshalb vermieden werden sollten. Zusammen mit der vorherrschenden Auffassung, dass der Kapitalismus des freien Marktes überwunden sei, führte diese Entwicklung zu einer Entpolitisierung und Entradikalisierung der Arbeiterklasse sowie zu einer Bürokratisierung der Gewerkschaftsbewegung. Die sozialdemokratischen Parteien übernahmen die historische Rolle des Verwalters dieser Politik des Klassenkompromisses.

Was die Ideologie des Sozialpakts nicht erklärt, ist die Tatsache, dass die großen Errungenschaften hinsichtlich des Wohlstands und besserer Arbeitsbedingungen während der Zeit des Klassenkompromisses nach dem Zweiten Weltkrieg eine Erntezeit darstellten. Sie war nur möglich geworden, weil es große Teile der Arbeiterklasse geschafft hatten, das Kräftegleichgewicht zwischen Arbeit und Kapital durch eine Reihe von Konfrontationen und harten Klassenkämpfen in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts (einschließlich der russischen Revolution) zu verschieben. Es waren sozusagen die konfliktreichen Kämpfe der vorausgegangenen Periode sowie die immer noch bestehende organisatorische Stärke, die es den Gewerkschaftern in der Zeit der Sozialpartnerschaft ermöglichte, ihre Erfolge durch friedliche Verhandlungen zu erzielen. Insofern haben wir die paradoxe Situation, dass die Ideologie des sozialen Pakts, die auch zur Ideologie des Wohl-

31 Dies wurde natürlich nur selten, halbherzig und indirekt von den Führern der Arbeiterbewegung zum Ausdruck gebracht. Normalerweise wurde sozialistische Rhetorik benutzt, insbesondere in den ersten Jahren der Klassenkooperation. Allerdings mehr in den Gewerkschaften als in der Partei der Arbeiterklasse, da an der Basis noch starke sozialistische Neigungen vorhanden waren.

fahrtsstaates wurde, langfristig die Machtgrundlage untergrub, auf der der Wohlfahrtsstaat selbst aufgebaut worden war!

## **Der Wendepunkt – die neoliberale Offensive**

Als der Wiederaufbau und die Wiederherstellung der Wirtschaft nach dem Zweiten Weltkrieg größtenteils abgeschlossen waren, geriet das keynesianische Wirtschaftsmodell zunehmend in Schwierigkeiten. Stagnation, Inflation und Profitkrisen nahmen stetig zu. Ausgelöst durch diese internationalen Wirtschaftskrisen gingen die Marktkräfte in die Offensive und es begann die heutige Ära des Neoliberalismus. Die Politik des sozialen Pakts hatte somit in den 1970er Jahren ihren Höhepunkt erreicht. Danach änderten die kapitalistischen Kräfte ihre Strategie zur Profitsicherung und zogen sich allmählich aus dem sozialen Pakt zurück, während sie gleichzeitig zu einer konfrontativeren Politik gegenüber den Arbeitnehmern übergingen.

Die politische und ideologische Hegemonie, die die kapitalistischen Kräfte dann in einer sehr kurzen Zeitspanne erringen konnten, wurde benutzt, um ein schnelles und systematisches Deregulierungsprojekt durchzusetzen. Zu den Ergebnissen gehören ein verschärfter Marktwettbewerb, Angriffe auf die Löhne, die Arbeitsgesetzgebung sowie die Vereinbarungen und Machtpositionen, die in der Ära der Wohlfahrtsökonomie errungen und damals von den Arbeitgebern als Teil des Klassenkompromisses akzeptiert worden waren. Durch politischen Druck, die Drohung, die Produktion in ein anderes Land zu verlegen, oder durch Währungsspekulationen strafen sie staatliche Politik ab und setzen Kürzungen in den öffentlichen Haushalten, also in der Ökonomie des Wohlfahrtsstaates, durch.

Der Großteil des komplexen Systems von Regulationsmaßnahmen zur Eindämmung der Marktkräfte, wodurch die Voraussetzungen für die Entwicklung des Wohlfahrtsstaates entstanden waren, wurde ganz einfach abgeschafft. Die Politik der Deregulierung führte zur Entstehung einer völlig absurden, spekulativen Wirtschaft, in der 90 Prozent der internationalen wirtschaftlichen Transaktionen spekulativer Art sind – hauptsächlich in Form von Währungsspekulation –, und zu einer nie da gewesenen Umverteilung des Reichtums von öffentlichem zu privatem Eigentum, von Arbeit zu Kapital und von Arm zu Reich. Es wächst die öffentliche und private Armut, während offenkundig gleichzeitig der private Überfluss der Elite zunimmt. Das Umverteilungsmodell des Wohlfahrtsstaates wurde praktisch auf den Kopf gestellt.

Ein wichtiger Teil der Strategie des Kapitals war die Umstrukturierung der kapitalistischen Produktion im globalen Maßstab. Globale Produktionsketten, schlanke Produktion, Outsourcing, Offshoring sowie die Verlagerung von Montagelinien und Dienstleistungen sind zentrale Merkmale dieser Entwicklung. Im Ergebnis dieser immer ungezügelteren Freizügigkeit des Kapitals, der Waren und

Dienstleistungen werden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und soziale Modelle gegeneinander ausgespielt. Im Zuge des »neuen öffentlichen Managements« wurden privatwirtschaftliche Modelle auch im öffentlichen Sektor eingeführt. Marktfreiheit und die Aufrechterhaltung der Wettbewerbsfähigkeit auf zunehmend deregulierten internationalen Märkten wurden zu Leitsätzen dieser aktuellen Politik. Infolgedessen steigt die Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt und durch die rasante Zunahme unsicherer Arbeitsplätze werden die gewerkschaftliche Tätigkeit und der Kampf um Arbeitnehmerrechte untergraben. Eine weit verbreitete »Brutalisierung der Arbeit«<sup>32</sup> gehört zu den gravierenden negativen Auswirkungen dieser Entwicklung.

Diese kapitalistische Offensive stieß auf keinen großen Widerstand. Die Arbeiterbewegung war nicht besonders gut auf diese neue wirtschaftliche und gesellschaftliche Situation vorbereitet. Den Gewerkschaften fiel es schwer, unter den veränderten wirtschaftlichen und sozialen Bedingungen zu agieren, da ihre Politik und ihr Vorgehen hauptsächlich von ihren Erfahrungen in einer Zeit des wirtschaftlichen Aufschwungs geprägt waren. Hinzu kam, dass es angesichts der Entpolitisierung und Entradikalisierung, die sich in der Ära des Sozialpaktes vollzogen hatte, den Kapitaleigentümern leichter fiel, eine »Lösung« der Krise durch einen Angriff auf die Arbeitsbedingungen, die gewerkschaftlichen und Arbeitnehmerrechte, die öffentlichen Dienstleistungen, sozialen Rechte und Vorsorgesysteme zu versuchen.

Was wir in den letzten zwanzig Jahren erlebt haben, ist die Abschaffung der Kontrolle des Kapitals, die Deregulierung und Liberalisierung der Märkte, die Umverteilung und Konzentration von Reichtum, die Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen, der zunehmende Einsatz wettbewerbsorientierter Ausschreibungsverfahren und von Outsourcing, die Kürzung der Belegschaften auf ein absolutes Minimum und die daraus folgende Erhöhung der Arbeitsintensität sowie die Flexibilisierung der Arbeitsmärkte. Auf diese Art ging der Großteil der wirtschaftlichen und materiellen Grundlage, auf der sich der Wohlfahrtsstaat aufbaute, schlichtweg verloren.

Wir stehen nicht vor einem zufälligen Rückschlag, sondern vor einem grundlegenden Wandel der Entwicklung unserer Gesellschaften. Hinter der massiven Verschiebung des Kräftegleichgewichts in der Gesellschaft, die wir in den letzten beiden Jahrzehnten erlebt haben, verbergen sich starke wirtschaftliche und politische Kräfte. »Globalisierung« ist nicht die notwendige Folge technischer und organisatorischer Veränderungen, wie es uns einige gern glauben machen wollen, sondern das Ergebnis strategischer und politischer Entscheidungen, die hinter verschlossene

32 Der Verfasser dieses Artikels führte vor einigen Jahren den Begriff »Brutalisierung der Arbeit« in Norwegen ein, um den rasant steigenden Ausschluss von Menschen vom Arbeitsmarkt im Zuge des Neoliberalismus zu beschreiben. 11 Prozent der norwegischen Arbeitskräfte sind gegenwärtig vom Arbeitsmarkt ausgeschlossen und beziehen eine Erwerbsunfähigkeitsrente, verglichen mit 6 Prozent vor 25 Jahren. Der Begriff wird jetzt in der öffentlichen Debatte allgemein verwendet.

nen Türen der Vorstände multinationaler Konzerne, in Finanzinstitutionen und in den Regierungen getroffen wurden.

Über informelle und niemandem Rechenschaft schuldende Machtstrukturen wie die G8, über Einrichtungen wie den Internationalen Währungsfonds (IWF), die Weltbank und die Welthandelsorganisation (WTO), über regionale Institutionen wie die Europäische Union (EU) und das Nordamerikanische Freihandelsabkommen (NAFTA) sowie über andere bilaterale und regionale Handelsvereinbarungen werden neoliberale politische Maßnahmen durchgesetzt und international institutionalisiert. Kurzum, es hat sich eine enorme Machtverschiebung zwischen Arbeit und Kapital vollzogen, die diesmal allerdings zugunsten des Kapitals ausfiel. Die großen internationalen Konzerne stehen mit ihrer neu erlangten Befreiung von demokratischer Regulierung und Kontrolle an der Spitze dieser Entwicklung.

Die Tatsache, dass sich die Machtgrundlage des Wohlfahrtsstaates auflöst, bedeutet natürlich nicht, dass wir das Risiko eingehen können, in eine Situation aus der Zeit vor dem Wohlfahrtsstaat zurückzufallen, als die Sozialausgaben einen bedeutend geringeren Teil des BIP ausmachten als heute (vgl. Lindert 2004, 11 ff.). Die Gesellschaft hat sich seitdem stark entwickelt und die gegenwärtige Wirtschaft ist von einer Reihe sozialer und öffentlicher Dienstleistungen absolut abhängig. Deshalb kommt es in dieser Hinsicht nicht nur auf den Umfang des öffentlichen Sektors, sondern vielmehr auf die dort herrschenden Machtverhältnisse an.

Die Aushöhlung und Schwächung des Wohlfahrtsstaates wird sich in erster Linie in den organisatorischen Formen, der Gliederung, der Qualität und dem Niveau der sozialen Dienstleistungen niederschlagen, die durch Privatisierung, einen verstärkten Einsatz wettbewerbsorientierter Ausschreibungen, zunehmende Armut und Ungleichheit in der Gesellschaft, durch mehr und höhere Gebühren, den Übergang von universellen Dienstleistungen zur Bedarfsprüfung, durch die steigende Kommerzialisierung der Arbeitskraft (vgl. Esping-Andersen 1990, 35 ff.) usw. gekennzeichnet sind. Aufgrund der stärkeren Marktkräfte werden viele Menschen auch einen schlechteren Zugang zu angemessenem Wohnraum und eine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen und der Gesundheitsvorsorge zu spüren bekommen.

Aufgrund der oben genannten Punkte können wir schlussfolgern, dass die Schwächung und der Abbau des Wohlfahrtsstaates weiter voranschreiten, dass sich das Potenzial der neuen Machtverhältnisse jedoch noch nicht erschöpft hat. Institutionelle Trägheit, die Existenz des universellen Wahlrechtes und demokratischer Institutionen – auch wenn diese geschwächt sind –, sowie ein sporadischer gesellschaftlicher Widerstand führen zu einer Verlangsamung des Abbauprozesses. Ob eine Fortsetzung dieser Entwicklung zugelassen wird, hängt von der Breite und Stärke des gesellschaftlichen Widerstandes ab, der zur Verteidigung der in den Jahren des Wohlfahrtsstaates errungenen Erfolge und anschließend

auch zur offensiveren Formulierung sozialer und politischer Zielstellungen mobilisiert werden kann.

## **Der Übergang vom Konsens zur Konfrontation**

Der Zusammenbruch des relativ stabilen Klassenkompromisses aus der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg und der Rückzug der kapitalistischen Kräfte aus dem Sozialpakt implizieren auch, dass die Konsenspolitik des sozialen Pakts nach und nach durch konfrontative Angriffe ersetzt wird. Das heißt, dass die zwei- und dreiseitigen Verhandlungen bzw. der »soziale Dialog«, wie er jetzt in der Europäischen Union genannt wird, nicht mehr so funktionieren, wie es in der Zeit des sozialen Pakts der Fall war.

Die Gewerkschaftsbewegung wurde von dieser Entwicklung überrascht. Der Übergang vom Konsens zur Konfrontation seitens des Kapitals war für die auf dem sozialen Pakt beruhende und auf Konsens orientierte Ideologie der Arbeiterbewegung unverständlich. Der Zusammenbruch des historischen Kompromisses führte daher auch zu einer politischen und ideologischen Krise in den sozialdemokratischen Parteien und in einem Großteil der Arbeiterbewegung. Mit entpolitisierten und passiven Mitgliedern sowie einer sich zunehmend selbst ernennenden Führung, die sich auf die Elite der Gesellschaft zubewegte, passten sich die sozialdemokratischen Parteien schnell an die vorherrschende neoliberale Agenda an, auch wenn dies im Vergleich zu den ursprünglichen rechtsgerichteten Versionen in abgeschwächter Form erfolgte.

In diesem Kontext wurde die Globalisierung nicht als konkrete Form der gegenwärtigen neoliberalen Offensive, sondern als scheinbar notwendige Entwicklungsphase der neuen Weltwirtschaft interpretiert. »Die Globalisierung bleibt ein Dauerzustand«, lautete das Mantra der vorherrschenden Teile der Arbeiterbewegung, und ein Großteil der Gewerkschaftsbewegung in den entwickelten Ländern setzte sich daher für eine eng ausgerichtete Politik zur Stärkung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit ihrer »eigenen« Unternehmen (»Business Unionism«) ein. Erhöhte Flexibilität, einschließlich ihrer neu auffrisierten Version der »Flexicurity«, hinter der sich die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen und -normen verbirgt, wurde im Namen »erhöhter Wettbewerbsfähigkeit« akzeptiert. Die Wettbewerbsfähigkeit wiederum wird als einzige Möglichkeit zur Sicherung von Arbeitsplätzen proklamiert.

Die allgemeine Deregulierung und Liberalisierung der Wirtschaft wurden ebenfalls weithin akzeptiert, soweit sie mit Arbeitsnormen (oder sozialen Klauseln) verbunden waren. Damit wurde der Schwerpunkt nicht mehr auf die wirklichen Machtverhältnisse und die Begrenzung der Marktkräfte durch einklagbare Rechtsvorschriften gelegt, sondern durch eine Art rechtlichen Formalismus sowohl auf nationaler Ebene als auch innerhalb der Europäischen Union und in in-

ternationalen Institutionen wie der WTO und der Weltbank ersetzt. Ein ganzer akademischer Forschungszweig, der sich mit der sozialen Verantwortung der Unternehmen (Corporate Social Responsibility, CSR) in Form freiwilliger ethischer Normen befasst, ist in dem durch den Niedergang der Macht der Gewerkschaften und der sozialen Bewegungen hinterlassenen Vakuum entstanden. Mit einer ganzen Armee finanziell gut ausgestatteter und gut gemeinter Nichtregierungsorganisationen (NRO) und Forschungsgruppen bringt er die ideologischen Rauchschwaden hervor, mit denen die enorme Verschiebung der Machtverhältnisse zugunsten der kapitalistischen Interessen, die sich in der realen Welt abspielt, verschleiert wird.

Diese politischen Maßnahmen zielen nicht darauf ab, die Liberalisierung der Wirtschaft an sich, sondern »die negativen Auswirkungen der Liberalisierung auf die Arbeitnehmer« zu bekämpfen. Eine Liberalisierung ohne negative Folgen für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gibt es jedoch nicht. Der Liberalisierungsprozess selbst ist das Problem. Wenn die Gewerkschaften und sozialen Bewegungen die negativen Auswirkungen der Liberalisierung bekämpfen wollen, müssen sie die Liberalisierung selbst bekämpfen. Schließlich ist Liberalisierung gleich Deregulierung und Privatisierung, also genau die Art und Weise, wie die enorme Verschiebung des Kräftegleichgewichts in der Gesellschaft vollzogen wird.

Dies ist eine der wichtigsten Erfahrungen, die uns die kurze Geschichte des Wohlfahrtsstaates hinterlassen hat. Viele der Rechtsvorschriften, die wir in unserer Gesellschaft heute haben, sind gerade im Ergebnis der gesellschaftlichen und gewerkschaftlichen Kämpfe zum Schutz der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, der Frauen, Kinder und der Umwelt vor den Auswüchsen des freien Marktkapitalismus eingeführt worden. Die großen gesellschaftlichen Fortschritte, die wir in der Ära des Wohlfahrtsstaates erlebt haben, sind eben gerade durch Rechtsvorschriften erreicht worden. Durch entsprechende Rechtsvorschriften und zunehmendes öffentliches Eigentum konnten die Arbeitnehmer ihre Interessen sichern und gewannen mehr Macht und Einfluss. Mit »Rechtsvorschriften« sind in Gesetze und Bestimmungen gemeint, mit denen die Macht des Kapitals und der Marktkräfte begrenzt und gleichzeitig den demokratisch gewählten Instanzen sowie den Beschäftigten und Gewerkschaften mehr Macht eingeräumt wird. Liberalisierung bedeutet, dass die Instrumente für mehr Demokratie, soziale Sicherheit und Macht der Gewerkschaften und Arbeitnehmer eingeschränkt und abgeschafft werden.

Die ziemlich enge Ausrichtung auf ČSR und sozialen Dialog wird daher zu nichts Anderem führen, als dass der Kampf ins Abseits gerät. Forderungen nach einem neuen Klassenkompromiss, die offensichtlich mit der nostalgischen Hoffnung verbunden sind, dass der soziale Frieden und die allmähliche Verbesserung der sozialen Bedingungen wie in den 1960er Jahren neu aufgelegt werden können, entbehren unter dem gegenwärtigen Machtgleichgewicht jeglicher realisti-

scher Grundlage. Die gesellschaftlichen Kräfte, die die öffentlichen Dienstleistungen und Errungenschaften des Wohlfahrtsstaates verteidigen wollen, müssen daher den konfrontativen Angriffen seitens der kapitalistischen Kräfte mit einer Gegenoffensive begegnen. Ob man es wahrhaben will oder nicht, die Realität sieht so aus, dass die gesellschaftlichen Beziehungen vom Konsens zur Konfrontation übergehen. Die Arbeiterbewegung sollte lieber darauf vorbereitet sein.

### **Die »Brutalisierung der Arbeit«**

Eine bedeutende Folge des neuen Machtgleichgewichts ist die gravierende »Brutalisierung der Arbeit«. Eine wachsende Zahl von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ist vom Arbeitsmarkt ausgeschlossen und wird als arbeitsunfähig eingestuft. Wir erleben einen einmalig hohen Krankenstand sowie eine Zunahme der Verletzungen und Unfälle am Arbeitsplatz. Es steigt die Anzahl der Beschäftigten, die zunehmendem Stress am Arbeitsplatz ausgesetzt sind und unter dem so genannten chronischen Erschöpfungssyndrom leiden. In vielen Sektoren und Branchen erleben die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer eine Entwürdigung ihrer Arbeit, wobei sie immer weniger Einfluss auf den Arbeitsprozess haben. Kurzum, es gibt viele Anzeichen dafür, dass sich auf unserem Arbeitsmarkt und in unseren Arbeitsbeziehungen insgesamt dramatische Ereignisse vollziehen.

Viele Menschen haben in den letzten Jahren selbst erlebt, dass die Arbeitsbelastung härter wurde, dass die Arbeitsgesetzgebung und -vereinbarungen in der täglichen Arbeit oft untergraben und außer Acht gelassen werden, und dass Unsicherheit und Ungewissheit zugenommen haben. Eine schnell wachsende Zahl von Arbeitnehmer/innen ist vom Arbeitsmarkt ganz und gar ausgeschlossen. In Norwegen sind fast 15 Prozent der Gesamtbevölkerung im Alter zwischen 16 und 67 (das normale Renteneintrittsalter ist 67) im Vorruhestand, beziehen eine Erwerbsunfähigkeitsrente oder befinden sich in Rehabilitierungsmaßnahmen. Diese Zahl hat sich in den letzten 20 Jahren verdoppelt. Gleichzeitig werden gewerkschaftliche und Arbeitnehmerrechte aufgeweicht und ausgehöhlt. Es gibt somit keinen Zweifel, dass sich eine gravierende »Brutalisierung der Arbeit« vollzieht.

Dies stellt einen ernsthaften Bruch mit den Entwicklungen während der »goldenen« Jahre der Wohlfahrtsökonomie dar. In jener Zeit erlebten wir – zumindest in den Industriestaaten – über einen langen Zeitraum hinweg eine allmähliche Verbesserung der Arbeitsbedingungen. Dazu gehörten die Entschärfung des Wettbewerbs, kürzere und besser regulierte Arbeitszeiten, längerer Jahresurlaub, höhere Sicherheit am Arbeitsplatz, die Einführung und Erhöhung von Krankengeld, eine Reduzierung der Arbeitsintensität, weniger Stress, die Beseitigung vieler die Gesundheit gefährdender Arbeitsplätze und die Entwicklung besserer Rechtsvorschriften bezüglich des Arbeitsumfeldes. All dies vollzog sich bei gleichzeitiger Anhebung der Beschäftigungsquote, der Erweiterung gewerk-

schaftlicher Rechte und zunehmender Mitbestimmungsrechte am Arbeitsplatz in den Unternehmen usw.

Dies bedeutet nicht, dass wir ein ideales Arbeitsumfeld hatten. Vor uns lagen, ganz im Gegenteil, zahlreiche Probleme und Herausforderungen. Allerdings war es eine positive Entwicklung, bei der sich die Arbeitsbedingungen und das Arbeitsumfeld allmählich verbesserten. Diese allgemeine Tendenz besteht nun nicht mehr. Die Entwicklungsrichtung hat sich so stark verändert, dass die menschliche Würde der Arbeitnehmer heftigen Angriffen ausgesetzt ist.

Insbesondere neue Managementmethoden, neue Arbeitsprozesse, neue organisatorische Strukturen und ein verschärfter Wettbewerb auf den Märkten hatten enorme Auswirkungen auf die Arbeitsbedingungen und die Gesundheit der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Der australische Wissenschaftler Michael Quinlan analysierte 29 unterschiedliche Berichte über die Auswirkungen von Outsourcing und Konkurrenz im privaten und öffentlichen Sektor. Seine Schlussfolgerung war klar (von mir übersetzte Veröffentlichung seines Kommentars in der norwegischen Zeitung »Klassekampen« vom 30.6.2001): »Ungeachtet unterschiedlicher angewandter Forschungsmethoden, lassen sich mehrheitlich die gleichen Schlüsse ziehen. Outsourcing wirkt sich negativ auf die Gesundheit aus, sagt Michael Quinlan. (...) 23 von 29 Studien über Outsourcing zeigen, dass Verletzungen, Stress und andere gesundheitliche Probleme zunehmen. Bei keiner der Studien wurde irgendeine gesundheitliche Verbesserung festgestellt. (...) Anhand der überwältigenden Nachweise lässt sich zweifellos schlussfolgern, dass sich das neue Arbeitssystem negativ auf die Gesundheit der Menschen auswirkt. Dazu gehören alle möglichen Folgen, von Gefahrensituationen und erhöhtem psychischen Druck bis hin zu Todesfällen ...«

Der zunehmende Ausschluss vom Arbeitsmarkt ist jedoch nicht notwendigerweise und nicht ausschließlich eine Folge der Verschlechterung der Gesundheit der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Die norwegischen Gesundheitsbehörden geben an, dass es keine erkennbare Verschlechterung der öffentlichen Gesundheit in Norwegen gäbe. Gesundheitliche Probleme und Arbeitsunfähigkeit sind eine relative Größe, die davon abhängt, inwieweit die Gesellschaften und Arbeitsplätze auf die unterschiedlichen Bedürfnisse der Menschen zugeschnitten sind. Das Problem des erhöhten Ausschlusses der Menschen vom Arbeitsmarkt hat deshalb in erster Linie mit den wachsenden Anforderungen am Arbeitsplatz zu tun. Arbeitnehmer werden zu einem früheren Zeitpunkt ausgeschlossen als in der Vergangenheit. Aufgrund des erhöhten Wettbewerbsdrucks, schnellerer Umstrukturierungsmaßnahmen in privatwirtschaftlichen und öffentlichen Unternehmen, sich verändernder Arbeitsbeziehungen, geringerer Kontrolle über die Arbeitsprozesse und der Zunahme unsicherer Arbeitsplätze werden die Forderungen an die Beschäftigten immer unzumutbarer. Gleichzeitig belegen Untersuchungen und Erfahrungen, dass die Maßnahmen von Politikerinnen, Politikern und Behörden, mit denen der Ausschluss vom Arbeitsmarkt aufgehalten und eingedämmt werden

sollte, in ganz Europa gescheitert sind. So wies es die Europäische Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen nach (siehe Newsletter der norwegischen Gewerkschaft LOnytt vom 5.2.2001).

Dies kommt nicht überraschend. Wenn die Machtstrukturen und Triebkräfte hinter der fortlaufenden Brutalisierung der Arbeit nicht analysiert oder sogar negiert werden, können sie nicht erfolgreich bekämpft werden. Es gibt Ursachen und Auswirkungen. Um die Auswirkungen zu beeinflussen, muss man bei den Ursachen ansetzen. Das machen unsere Politiker/innen und öffentlichen Behörden von heute aber nicht. Sie kratzen an der Oberfläche und bekämpfen eher die Symptome als die Ursachen, wodurch die Ergebnisse nutzlos sind. Mit ihrer Politik unter dem Motto »Arbeit statt Sozialhilfe«, mit den Einschnitten beim Krankengeld und den Sozialleistungen verbreiten sie ein Klima des Misstrauens, der Misgunst und der Erniedrigung. Ernste gesellschaftliche Probleme werden auf die Einzelnen und die Privatsphäre abgewälzt. Den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern wird vorgegaukelt, es sei deren eigenes Problem, dass sie vom Arbeitsmarkt ausgeschlossen sind. Sie sollen glauben »ich bin es, der nicht gut genug ist und die neuen Anforderungen auf dem Arbeitsmarkt nicht erfüllen kann«.

Die zunehmende Kluft zwischen Arm und Reich in der Gesellschaft führt zu einer weiteren Verschärfung der negativen Auswirkungen auf die Gesundheit und das Wohlbefinden der Menschen. M. A. Navarro zieht den Schluss, dass sich die wachsenden Ungleichheiten, wie wir sie heute in der Welt erleben, äußerst negative Auswirkungen auf die Gesundheit und Lebensqualität der Bevölkerung nach sich ziehen. Er weist nach, dass die Ungleichheit selbst das Übel ist, d. h. die Distanz zwischen gesellschaftlichen Gruppen und Personen sowie der mangelnde soziale Zusammenhalt, der durch diese Distanz erzeugt wird. (vgl. Navarro 2004, 26.) Da die neoliberale Politik zu einer Vertiefung der Armut führt und die Verschärfung von Ungleichheiten gesundheitliche Probleme nach sich zieht, können wir schlussfolgern, dass die neoliberale Globalisierung ein Gesundheitsrisiko darstellt.

Mit der Ideologie des sozialen Pakts lassen sich weder diese Entwicklung erklären noch Gegenstrategien entwickeln. In der Wohlfahrts-Ökonomie gab es direkte Zusammenhänge zwischen Wirtschaftswachstum und besseren Lebens- und Arbeitsbedingungen. Aber diese Zusammenhänge gibt es nicht mehr. Die Wirtschaft wächst, aber sie führt eher zu Rückschlägen als zu Fortschritten. Das gesamte Konzept des Wohlfahrtsstaates bricht zusammen.

### **Was ist schief gelaufen?**

Der Wohlfahrtsstaat und insbesondere das nordische Modell verkörpernten für die große Mehrheit der Menschen einen enormen sozialen Fortschritt in der Gesellschaft. Was aber ist dann schief gelaufen? Wie kommt es, dass ein Gesellschafts-

modell, das trotz seiner Schwächen als eins der erfolgreichsten in der Geschichte der Menschheit gilt, jetzt angegriffen und untergraben wird? Die wichtigsten Gründe dafür sind zusammenfassend folgende:

*Erstens* war der soziale Pakt kein stabiler Zustand, sondern vielmehr ein Kompromiss in einer konkreten und sehr spezifischen historischen Situation, während die wichtigsten wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Merkmale des kapitalistischen Systems noch intakt waren. *Zweitens* wurde das, was vom Standpunkt der Arbeiterbewegung als wichtiger kurzfristiger taktischer Kompromiss hätte betrachtet werden können, zum langfristigen strategischen Ziel. Anstatt als Schritt in Richtung einer breiteren gesellschaftlichen Emanzipation aufgefasst zu werden, wurden der Klassenkompromiss und der Wohlfahrtsstaat als sein direktes Produkt schrittweise zum »Ende der Geschichte«. *Drittens* – verbunden mit den anderen beiden Punkten – stellte sich die Ideologie des sozialen Pakts als falsch heraus. Die demokratische Kontrolle der Wirtschaft wurde nie vollständig erreicht, der krisenfreie Kapitalismus nicht geschaffen und der Klassenkampf war nicht vorüber. *Viertens* wurde die Arbeiterbewegung von der neoliberalen Offensive überrascht. Anstatt eine gesellschaftliche Mobilisierung zur Verteidigung der in der Zeit des Wohlfahrtsstaates erreichten Errungenschaften in Gang zu bringen und den gesellschaftlichen Kampf aufzunehmen, wurde ein Großteil der Führer der Gewerkschafts- und Arbeiterbewegung in die Defensive gedrängt. Sie klammerten sich an das Modell des sozialen Friedens und des sozialen Dialogs sowie an die ausgehandelten Zugeständnisse und übernahmen sogar selbst einen überraschend großen Teil der neoliberalen Ideologie.

Es gibt keinen Grund, sich über diese Entwicklungen moralisch zu entrüsten. Weder Verschwörungstheorien noch Schuldzuweisungen sind in dieser Hinsicht besonders hilfreich. Es gibt Gründe dafür, dass dies passierte und die politischen und ideologischen Auswirkungen dieser spezifischen historischen Entwicklungen lassen sich analysieren. Eine solche Analyse und ein Verständnis der Gründe für die von der Arbeiterbewegung erlebten gesellschaftlichen und politischen Rückschläge sind erforderlich, um dann zumindest daraus zu lernen und entsprechend zu handeln.

### **Warum wir über den Keynesianismus hinausgehen müssen**

Die wichtigste Lektion aus der Geschichte des Wohlfahrtsstaates, so wie wir ihn heute kennen, ist, dass er bei der Übernahme demokratischer Kontrolle über die Wirtschaft nicht weit genug gegangen ist. Eine der erfolgreichsten Errungenschaften des Wohlfahrtsstaates war die Umverteilung des Einkommens in der Gesellschaft. Die grundlegenden Beziehungen der kapitalistischen Produktionsweise wurden jedoch beibehalten. Die starke Konzentration des Eigentums an Kapital und Produktionsmitteln bildete eine starke Machtbasis, auf deren Grundlage ein

Angriff auf die gleichmäßigere Verteilung von Waren und Dienstleistungen in den Wohlfahrtsgesellschaften gestartet werden konnte. Das ist genau das, was wir heute in Form der andauernden neoliberalen Offensive erleben.

Ein neues Gesellschaftsmodell muss deshalb über den keynesianischen Wohlfahrtsstaat hinausgehen und insgesamt die Rolle der »sichtbaren Hand« neu bestimmen. Eine emanzipatorische Gesellschaftspolitik setzt eine umfassendere Verschiebung des Kräftegleichgewichts in der Gesellschaft voraus. Dazu müssen wir die Macht- und Eigentumssituation näher beleuchten. Dies ist keine Frage der guten Absichten, des guten Willens oder hoher Moral (oder der sozialen Verantwortung der Unternehmen, so wie manche es bezeichnen), sondern der Machtverhältnisse, des Kräftegleichgewichts zwischen Arbeit und Kapital, zwischen den Marktkräften und der Zivilgesellschaft.

Um langfristig für ein anderes Gesellschaftsmodell im Interesse der großen Mehrheit der Gesellschaft zu kämpfen, müssen wir uns deshalb mit den wirtschaftlichen, politischen und sozialen Interessen auseinandersetzen, die sich hinter den Angriffen auf die öffentlichen Dienstleistungen und den Wohlfahrtsstaat verbergen. Die Machtstrukturen und Kräfteverhältnisse müssen verändert werden. Strukturreformen wie eine Wechselkurssteuer, Kapitalkontrolle, erhöhte Besteuerung multinationaler Unternehmen, eine lokale Kontrolle der natürlichen Ressourcen und eine fortschreitende demokratische Kontrolle der Wirtschaft sollten deshalb der Ausgangspunkt sein und die Richtung für künftige notwendige Kämpfe vorgeben.

## **Wachsender Widerstand**

Nach anfänglichen Rückschlägen, politischer und ideologischer Verwirrung und einigen isolierten und verlorenen Kämpfen in den 1980er und 1990er Jahren sehen wir heute einen wachsenden Widerstand gegen das bestehende neoliberale Wirtschafts- und Sozialgefüge. Während viele Menschen durch die vielen Versprechen einer blühenden Zukunft – wenn doch nur die Marktkräfte von den Vorschriften und Ketten befreit würden – irregeführt wurden, erleben nun immer mehr Menschen in der Praxis, dass das neoliberale Projekt diese Versprechen nicht erfüllt. Sowohl der Neoliberalismus als auch seine globalen Institutionen geraten immer mehr in eine Legitimationskrise.

Macht erzeugt Gegenmacht und Macht ist das Einzige, worum es hier geht. Die Zeit ist reif, um dem Neoliberalismus und der zunehmenden Macht des Kapitals die Stirn zu bieten. Es gibt keine andere Möglichkeit, die aktuelle Entwicklung zu durchbrechen, als die erneute Mobilisierung breiter Bewegungen von unten. Immer mehr Menschen erkennen, dass die sogenannte Globalisierung der Wirtschaft nicht nur die Offensive des Kapitals verkörpert, sondern auch dessen Schwächen, Verwundbarkeiten, Niederträchtigkeiten und inneren Widersprüche aufzeigt. Par-

allel zum wachsenden Widerstand gegen die Globalisierung der Unternehmen erleben wir auch eine zunehmende Globalisierung des Widerstandes.

Die immer häufigeren und unverschleierte Angriffe auf den Wohlfahrtsstaat und seine Sozialleistungen seitens multinationaler Konzerne, Regierungen und internationaler Finanzinstitutionen rufen in immer stärkerem Maße auch gesellschaftlichen Widerstand hervor. In vielen Ländern sehen wir ein Wiederaufleben der Gewerkschaftsbewegung. Neue und neuartige nationale und internationale Bündnisse zwischen Gewerkschaften, sozialen Bewegungen und NRO entstehen. Die neue globale Bewegung für Gerechtigkeit und Solidarität, die auf den Sozialforen mehr als hunderttausend Menschen versammeln konnte und Millionen auf den Straßen mobilisierte, hat den Optimismus und die Zuversicht geschaffen, dass eine andere Zukunft möglich ist.

Immer mehr Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter erkennen, dass die enge Ausrichtung auf die soziale Verantwortung der Unternehmen und den sozialen Dialog in der Gewerkschaftsbewegung nicht die erwarteten Ergebnisse bringt und dass eine breitere und systemkritische Perspektive erforderlich ist. Die wachsende Einsicht, dass mit Standards für Arbeitsbedingungen die negativen Auswirkungen der Privatisierung und Deregulierung nicht abgefangen werden können, trägt dazu bei, dass die Ablehnung der Liberalisierung wächst. Erfolgreiche Kämpfe gegen Privatisierung, gegen so genannte öffentlich-private Partnerschaften (PPP), gegen Deregulierung und andere Formen neoliberaler Politik stärken in vielen Ländern das Selbstvertrauen und einen neuen Glauben an die gesellschaftliche Mobilisierung als Weg in die Zukunft.

Ermutigende Entwicklungen finden wir zur Zeit vor allem in Lateinamerika, wo es starken sozialen Bewegungen gelang, bei erklärter Ablehnung neoliberaler Politik nationalstaatliche Wahlen zu gewinnen.

## **Die unmittelbaren Aufgaben**

Im Folgenden werden einige der wichtigsten unmittelbaren Aufgaben aufgeführt, vor denen die Arbeiterbewegung steht:

*a) Verteidigung der in der Zeit des Wohlfahrtsstaates erreichten Errungenschaften*  
Dies ist unsere vorderste Verteidigungslinie. Es ist ein defensiver Kampf und wir müssen uns bewusst sein, dass wir uns in einer defensiven Situation befinden. Das bedeutet Bekämpfung der Privatisierung, der Deregulierung und der Angriffe auf unsere sozialen Sicherheitssysteme – um uns gegen die Untergrabung der in vielen Ländern entwickelten allgemein zugänglichen Sozialsysteme zu stellen und um zu verhindern, dass sie durch Bedarfsprüfungen oder andere erniedrigende Tests ersetzt werden. Dazu gehört ebenfalls der Kampf um ein Finanzmodell, das auf einer progressiven Besteuerung der Besitzenden anstatt auf individuellen Nutzergebühren für die Besitzlosen beruht.

### *b) Bekämpfung der Institutionalisierung des Neoliberalismus auf internationaler Ebene*

Wichtiger Bestandteil der neoliberalen Strategie ist das Bestreben, diese Politik grenzüberschreitend zu institutionalisieren. Auf diese Weise können die Interessen, die hinter diesen am Markt orientierten Lösungen stehen, unter Umgehung und Aufhebung demokratischer Strukturen und Prozesse auf lokaler und nationalstaatlicher Ebene durchgesetzt werden. Märkte werden durch Rechtsvorschriften auf EU-Ebene (die Dienstleistungsrichtlinie ist eines der jüngsten Beispiele) oder Vereinbarungen innerhalb internationaler Institutionen wie der WTO zur Öffnung gezwungen. Das Allgemeine Abkommen über den Dienstleistungsverkehr (GATS) wird zum Beispiel nicht nur benutzt, um dem Marktwettbewerb Priorität gegenüber sozialen oder Umweltschutzvorschriften einzuräumen, sondern dient auch dazu, die Privatisierung und Deregulierung unumkehrbar zu machen. Es wurden große internationale Netze sozialer Bewegungen und von NRO geschaffen, um gegen eine solche Unternehmens- und Investitionspolitik mobil zu machen. Das Netz »Our World Is Not For Sale« (Unsere Welt steht nicht zum Verkauf, OWINFS)<sup>33</sup> ist das bedeutendste dieser Art und sollte von allen unterstützt werden, die die Errungenschaften des Wohlfahrtsstaates verteidigen wollen.

### *c) Demokratisierung und Weiterentwicklung unserer sozialen Dienstleistungen/ Institutionen im Bündnis von Nutzer/innen und Anbietern*

Obwohl es eine breite und umfassende Unterstützung für öffentliche Dienstleistungen gibt, besteht auch eine weit verbreitete Unzufriedenheit mit vielen Einzelaspekten, wie zum Beispiel mit begrenzter Zugänglichkeit, bürokratischen Strukturen, unzureichender Qualität usw. Unterfinanzierung ist eine gut bekannte Strategie neoliberaler Politik, um öffentliche Dienstleistungen zu schwächen und in Misskredit zu bringen, um so den Weg zu deren künftigen Privatisierung zu ebnen. Diese Mängel dürfen nicht negiert oder bagatellisiert werden, sondern sie müssen eingeräumt, korrigiert und durch geeignete politische Maßnahmen in Bezug auf Qualität, Nutzerfreundlichkeit und Zugänglichkeit verbessert werden. Demokratische und organisatorische Reformen sind in dieser Hinsicht von entscheidender Bedeutung und können bei erfolgreicher Umsetzung als Barrieren gegen Privatisierungen und künftige politische Angriffe dienen.<sup>34</sup> Die Schaffung sozialer und politischer Bündnisse zwischen den Nutzerinnen und Nutzer und den Erbringern der vorhandenen öffentlichen Dienstleistungen ist für den sich abzeichnenden zukünftigen sozialen Kampf von großer strategischer Bedeutung.

33 Siehe [www.ourworldisnotforsale.org](http://www.ourworldisnotforsale.org).

34 Die norwegische Gewerkschaft kommunaler und allgemeiner Beschäftigter hat das sogenannte kommunale Modellprojekt entwickelt, das sich in dieser Hinsicht recht erfolgreich bewährt hat. Es stellt eine Alternative zur Privatisierung und Kommerzialisierung der Dienstleistungen dar und berücksichtigt die Kenntnisse und Erfahrungen der Arbeitnehmer/innen an der Basis. Weitere Informationen siehe unter: [http://www.fagforbundet.no/Modules/KB\\_Publish/ShowPage\\_WYSIWYG.asp?PageID=1074](http://www.fagforbundet.no/Modules/KB_Publish/ShowPage_WYSIWYG.asp?PageID=1074)

Zwar sind alle unmittelbaren Auseinandersetzungen für sich genommen von Bedeutung, sie müssen jedoch so entwickelt werden, dass sie auf die längerfristigen strategischen Ziele hinwirken. Unsere konkreten Forderungen und Bemühungen sollten deshalb gerichtet sein auf:

- den Beitrag zur Verschiebung des Machtgleichgewichts vom Kapital zu den Arbeitnehmer/innen und von den Marktkräften hin zur Zivilgesellschaft
- die Verbindung mit den Erfahrungen, Problemen und mit den Interessen der betreffenden gesellschaftlichen Gruppen, da dies eine Voraussetzung für eine erfolgreiche Mobilisierung ist
- den Beitrag zur Schaffung der breiten gesellschaftlichen Bündnisse, die notwendig sind, um gesellschaftliche Macht zu gewinnen.

Eine wesentliche Verschiebung des Kräftegleichgewichts kann nur durch eine breite, an konkreten Interessen orientierte Mobilisierung von Gewerkschaften, sozialen Bewegungen und anderen Organisationen des Volkes und NRO erreicht werden. Sie muss stark genug sein, um sich den Interessen der Unternehmen entgegenzustellen und diese in die Defensive zu treiben. Immer mehr Mitglieder unserer Gesellschaft werden Opfer der gegenwärtigen neoliberalen Offensive, und genau diese betroffenen gesellschaftlichen Gruppen müssen in neuen Bündnissen mit neuartigem Charakter vereinigt werden.

Insbesondere kommt es darauf an, ein Bündnis zwischen der Gewerkschaftsbewegung und der neuen Bewegung für Gerechtigkeit und Solidarität zu schaffen, die sich in den letzten Jahren herausgebildet hat. Auch wenn ihre Kenntnisse über die Klassenverhältnisse eher gering sind, war diese Bewegung am Wiederaufleben des Widerstandes der Bevölkerung entscheidend beteiligt und hat mit ihrer Dynamik, ihrem Bestehen auf Unabhängigkeit und demokratischer Kontrolle von unten, mit ihrem Radikalismus und Kampfgeist neue Hoffnungen und Inspiration geweckt. Diese Eigenschaften sollten auch konstruktiver Bestandteil der Bemühungen zur Neubelebung vieler althergebrachter und bürokratischer Gewerkschaften sein. Wenn die Beziehungen konstruktiv und korrekt entwickelt werden, könnten sich diese beiden Bewegungen gegenseitig bereichern und den Kampf auf ein neues Niveau heben.

Die internationale Zusammenarbeit und Koordination dieser Bündnisse und Bewegungen sind wichtig. Um jedoch eine Koordination über die Grenzen hinweg zu erreichen, müssen zunächst starke und aktive soziale Bewegungen auf lokaler und nationalstaatlicher Ebene bestehen. Es gibt keinen abstrakten globalen Kampf gegen den Neoliberalismus. Die sozialen Auseinandersetzungen werden in dem Maße und dann globalisiert, wenn die lokalen und nationalstaatlichen Bewegungen die Notwendigkeit zur Kooperation über die Grenzen hinweg erkennen, um ihre Positionen gegen international bestehende und gut koordinierte Gegenkräfte durchzusetzen. Auch wenn eine globale Perspektive und internationale Koordination erforderlich sind, besteht die Hauptaufgabe darin, den Kampf vor Ort zu führen und auf lokaler Ebene die notwendigen sozialen Bündnisse zu schließen.

In Norwegen war in den letzten Jahren die so genannte Kampagne für den Wohlfahrtsstaat<sup>35</sup> recht erfolgreich beim Aufbau von Widerstand. Zu dem Bündnis gehören Gewerkschaften der Privatwirtschaft und der öffentlichen Hand, Frauen- und Studierendenorganisationen, SeniorInnenvereine, Verbände von Kleinbäuerinnen und Kleinbauern, von VerbraucherInnenschutzvereinigungen usw.. Es ist noch keine wirkliche Volksbewegung, aber dieses breite Bündnis steht für die politische, soziale und organisatorische Infrastruktur, die erforderlich ist, um die Politik der Liberalisierung, Deregulierung und Privatisierung zu beenden – und eine andere Welt möglich zu machen.

## Schlussfolgerung

Der Wohlfahrtsstaat ist nicht nur die Summe von Sozialeinrichtungen und öffentlichen Haushalten. Er wurde durch bestimmte Machtverhältnisse ermöglicht, die alle Bereiche der Gesellschaft erfassten:

- eine Politik der Vollbeschäftigung
- regulierte Märkte und entschärfter Wettbewerb
- zunehmender Einfluss der Arbeitnehmer/innen und Gewerkschaften am Arbeitsplatz
- Umverteilung des Reichtums und Armutsbekämpfung
- universelle Dienstleistungen im Gegensatz zu Bedarfsprüfungen.

Die Verschiebung des Kräftegleichgewichts zwischen Arbeit und Kapital, die in den letzten 25 Jahren erfolgt ist, hat sich auf all diese sozialen Aspekte ausgewirkt (erhöhte Arbeitslosigkeit, Ausschluss, Armut, Gesundheitsprobleme usw.) und der Wohlfahrtsstaat läuft Gefahr, seine Machtgrundlage zu verlieren.

Folgende drei Hauptsäulen bildeten die Machtgrundlage des Wohlfahrtsstaates:

- a) die Bedürfnisse der neuen kapitalistischen Ökonomie, die sich im Konzept des Sozialstaates der sozialliberalen Politik widerspiegeln,
- b) der Kampf der Arbeiterbewegung (der zur damaligen Zeit durch ihre starke Position innerhalb des Klassenkompromisses gekennzeichnet war)
- c) die Existenz eines konkurrierenden Systems in Osteuropa, das sich auf die Kapitaleigentümer im Westen disziplinierend auswirkte.

Letztes genanntes System ist zusammengebrochen. Der relativ stabile Klassenkompromiss steht vor dem Zusammenbruch. Das bedeutet: Wenn die Arbeiterklasse und ihre verbündeten gesellschaftlichen Kräfte ihre Errungenschaften beibehalten und nicht auf minimale, paternalistische und bedarfsgeprüfte Sozialleistungen sozialliberaler Couleur zurückfallen wollen, dann müssen sie ihre gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Kräfte mobilisieren. Macht verkörpern sie noch heute und sie müssen sich und andere mobilisieren, wenn sie sich den offensiven kapitalistischen Kräften wirksam entgegenstellen wollen.

<sup>35</sup> Siehe [www.velferdsstaten.no/english](http://www.velferdsstaten.no/english).

Da der Wohlfahrtsstaat als Ergebnis einer ganz spezifischen historischen Entwicklung entstanden ist, kann er kaum kopiert werden. Er kann auch nicht einfach zum Exportprodukt werden. Die Versuche seitens vieler Arbeitnehmerorganisationen des Nordens, ihr erfolgreiches Modell zum Wohle ihrer Brüder und Schwestern in die Entwicklungsländer zu »exportieren«, scheitern in zweierlei Hinsicht. *Erstens* werden die Bedrohungen und Angriffe unterschätzt, denen ihr Gesellschaftsmodell in ihren eigenen Staaten ausgesetzt ist und die bei den anhaltenden Angriffen seitens der neoliberalen Kräfte zur allmählichen Untergrabung des Wohlfahrtsstaates führen. *Zweitens*, wenn der soziale Dialog und die dreiseitige Zusammenarbeit als Weg in die Zukunft vorangetrieben werden, ohne dabei zunächst das aktuelle Kräftegleichgewicht zwischen Arbeit und Kapital zu untersuchen, ist dies nicht nur politisch falsch, sondern kontraproduktiv und wird den Kampf ins Abseits führen.

Die wichtigsten Lehren, die aus dem nordischen Modell gezogen werden können, sind die Erkenntnis, dass harte soziale Kämpfe und die enorme Verschiebung des Kräftegleichgewichts zwischen Arbeit und Kapital die notwendige Voraussetzung zur Erreichung der gesellschaftlichen Fortschritte des Wohlfahrtsstaates waren. Zu den wichtigsten Lehren gehört aber auch das Wissen darüber, wie brüchig das Modell ist und als wie instabil und verwundbar sich die Machtgrundlage des Wohlfahrtsstaates herausgestellt hat.

Ausgehend von den Erfahrungen der letzten 25 Jahre muss die Perspektive nun sein, über den Wohlfahrtsstaat hinauszugehen, hin zu einer sozial und demokratisch organisierten Gesellschaft, in der die Bedürfnisse der Menschen und die begrenzte Belastbarkeit der Umwelt unsere Maßstäbe sind. Das Hauptziel der Arbeiterbewegung sowohl im Norden als auch im Süden müssen daher heute die Begrenzung der Macht des Kapitals und die demokratische Kontrolle der Wirtschaft sein. Dies wird sich nicht über den sozialen Dialog und die dreiseitige Zusammenarbeit, sondern nur über Klassenkampf und soziale Auseinandersetzungen erreichen lassen. Die Geschichte lehrt uns, dass die Macht niemals abtritt, sondern zu Fall gebracht werden muss.

## Literatur

- Esping-Andersen, G. (1990), *The Three Worlds of Welfare Capitalism*. New Jersey.  
Hobsbawm, E. (1994), *Age of Extremes*. London.  
Lindert, P. (2004), *Growing Public*. Cambridge.  
Navarro, M. A. (2004), *Inequalities Are Unhealthy*. In: *Monthly Review*, Vol. 56, No. 2.

## Welche Qualität von »sichtbarer Hand« erfordert sozialökologischer Umbau?

### Den Staat neu denken

Dieser Tage erleben wir allseits ein großes »come-back des Staates«. Nachdem »die Märkte« das in sie gesetzte Vertrauen durch allerlei Pyramidenspiele vertan haben, ist es jetzt an den Staaten, das Vertrauen zu mobilisieren, auf dessen Grundlage allein noch der drohende Zusammenbruch abgewendet werden kann. Wer auch nur nachrechnet, was da geschieht, dem wird zweifelhaft, wie »die Staaten« die große Weltwirtschaftskrise noch bewältigen können, zu der die 2007 in Gang gekommene Finanzmarktkrise offenbar nur ein Vorspiel ist.

Der gesellschaftspolitischen Debatte über die Herrschaft der kapitalistischen Produktionsweise, die sich jetzt abzeichnen beginnt, wird spätestens dann eine Debatte über »den Staat« folgen: Unter welchen Voraussetzungen können die Staaten, wie sie heute als Nationalstaaten und getrennt von »private business enterprise«, der kapitalistischen Privatwirtschaft, konstituiert sind, die große Krise der Menschheit bewältigen, wie sie längst begonnen hat?

Offenbar sind dafür drei Voraussetzungen zentral: Die Staaten müssen *erstens* transnational koordiniert handeln und dabei bisher feste Hierarchien untereinander beiseite lassen. Sie müssen *zweitens* in diesem koordinierten Handeln im großen Maßstab über ihre bisherigen »Tätigkeitsgrenzen« hinausgehen, durch die sie sich dem business as usual der herrschenden Ausrichtung auf die Kapitalakkumulation unterordnen. Und damit sie beides tun können, bedürfen sie auch aus der Perspektive der Staatsmacht als solcher eines stabilen Vertrauens der »breiten Massen« in ihre grundsätzlichen Fähigkeiten zur Lösung der zentralen Probleme der Menschheit.

Die zentrale Frage aller Politik – in der knappen Zeit, die noch für nachhaltige Problemlösungen bleibt – wird daher sein, auf welcher Grundlage dieses Vertrauen von Seiten der Staatsmacht gewonnen und erhalten werden kann bzw. ob sich in diesen Prozessen Möglichkeiten dafür eröffnen, die Macht dieser Staaten für eine politische Praxis mit emanzipatorischen Inhalten zu nutzen. Dazu möchte ich die These formulieren, dass dieses Vertrauen offensichtlich nicht auf den persönlichen Eigenschaften von politischen Führern beruhen kann, aber ebenso wenig auf dem bestehenden »Grundvertrauen« in die bestehenden politischen Institutionen der Menschheit: In Umkehrung der These, dass sich grundsätzlich in der Politik die realen Herausforderungen ihre problemadäquaten Handlungsträger suchen und ggf.

schaffen, kann heute begründet werden, dass das Vertrauen der Menschen in die Repräsentanten staatlicher Politik sich letztlich genau in dem Maße entwickelt, wie es den politisch Handelnden zugetraut wird, die erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen und auch auf angemessene Weise weltweit durchzusetzen. In einer Situation wie der heutigen, in der »revolutionäre«, d. h. tief transformierende Maßnahmen erforderlich werden, kann Vertrauen auf Sicht nur durch eine problemadäquate Radikalisierung der politischen Handlungsträger gewonnen werden.

In dieser Perspektive gewinnt eine Debatte geradezu brennende Aktualität, die Louis Althusser Ende der 1970er Jahre angestoßen hat: Die Debatte über die mögliche »Staatsförmigkeit« revolutionärer Politik (Althusser et al. 1979). In dieser Debatte ging es keineswegs um antiquierte Vorstellungen von Revolution als Bastillesturm oder Partisanenkrieg, sondern um genau die grundsätzliche Frage, inwiefern eine tiefe Transformation der Gesellschaft in den historisch spezifischen Formen staatlicher Politik – im Sinne des »modernen Staates« in den bürgerlichen Gesellschaften – überhaupt denkbar ist. Diese Frage hat Althusser im Gespräch mit Rossana Rossanda auf einer Veranstaltung der führenden Zeitschrift der italienischen Linken, »Il Manifesto«, verneinend zu beantworten versucht: Revolutionäre, wirklich transformatorische oder auch befreiende Politik sei überhaupt nur »außerhalb des Staates« zu denken. Eine befreite, »klassenlose« Gesellschaft sei ohne das »Absterben des Staates« keinesfalls zu denken – und auch der Übergangsprozess dorthin könne letztlich nicht in den Formen staatlicher Politik gedacht werden. Dieser Antwort hat sein Schüler Étienne Balibar sofort energisch widersprochen: Die Ortsangabe »außerhalb des Staates« verurteile revolutionäre Politik zur völligen Ortlosigkeit, und damit zu einer utopisch-marginalen Position – denn gerade in modernen Staaten mit ihren Techniken zur Totalisierung politischer Mobilisierung und ideologischer Disziplinierung gibt es keine »Räume« außerhalb oder »Nischen« innerhalb, in denen »der Staat« und seine Apparate nicht zumindest potenziell gegenwärtig sind: Off-shore-Finanzplätze, Rückzugsräume für Piraten und No-go-Areas in den städtischen Slums existieren nur, weil die Staaten es bisher vorgezogen haben, nicht einzugreifen.

Etwas grob auf die gegenwärtige Situation angewandt, würde sich wohl jeder Mensch einfach lächerlich machen, der jetzt nach zivilgesellschaftlichen statt nach staatlichen Lösungen für die Finanzkrise ruft. Auch radikaldemokratische Politik mit einem weit reichenden Horizont der historischen Transformationen, wie sie in der einsetzenden großen Krise der Menschheit fällig werden, wird ohne ein Rückgreifen auf die Macht der Staaten gar nicht denkbar sein. Also auf eine verselbständigte Gestalt politischer Macht, die sich letztlich, wenn auch nicht nur, aus dem Vertrauen speist, das die Staaten immer noch genießen oder zumindest generieren können – offenbar unvergleichlich weit mehr als dies die großen transnationalen kapitalistischen Unternehmensgruppen zu tun vermögen. Dennoch bleibt hier ein doppeltes Problem: Staaten als Staaten leisten nämlich zuviel und zuwenig zugleich – zuwenig, weil sie letztlich nicht in der Lage sein werden, sich

an die Stelle der kapitalistisch verfassten Wirtschaft zu setzen (und sei es auch nur als ein auf Dauer »Vertrauen« einflößender lender of last resort, als eine Instanz, die noch Geld verleiht, wenn und wo kein privater Geldbesitzer mehr dazu bereit ist) und zugleich zuviel, weil sie sich unvermeidlich in allerlei irrationalen Formen gegenüber den wirklichen gesellschaftlichen Prozessen verselbständigen, insbesondere gegenüber den Vertrauen in sie setzenden »Massen« – und Klassen bezogen oder auch schlicht korrupt, besonderen Interessen von Geld- und Kapitalbesitzern den Vorzug geben. Das gilt offenbar sogar in ganz besonderem Maße für ganze Gruppen von Nationalstaaten, die sich einerseits angesichts zunehmend freier beweglicher Kapitalien in einem Dumpingwettbewerb um Bedingungen und Voraussetzungen kapitalistischer Produktion befinden (Standortkonkurrenz). Andererseits »neigen« sie aber gerade in den Dimensionen militärischer Gewalt oder ideologischer Aufrüstung gegenüber allen Voraussetzungen einer unverzerrten Marktkonkurrenz sich zu »verselbständigen« – und auch ökonomisch immer zu einem selektiven Protektionismus.

Althusser's zentrale Frage nach der »Außerstaatlichkeit revolutionärer Politik«, nach der mangelnden Eignung staatlicher Politikformen als Vehikel einer Politik der Befreiung, gewinnt damit neue Aktualität und sogar Dringlichkeit. Heute geht es nicht mehr allein darum, längst zerstobene Illusionen über einen »Staatssozialismus« und einen staatlich organisierten Internationalismus zu beerdigen. Es geht vielmehr darum, die Grenzen einer staatlichen Erfassung und Vermittlung auch transnationaler gesellschaftlicher Reproduktionsprozesse genauer zu begreifen – und damit auch die engen Grenzen staatlicher Tätigkeitsformen als Instrumente gesellschaftlicher Emanzipationsprozesse. Das muss nicht dazu führen, die Rolle von Staatsapparaten und organisierter bzw. sogar institutionalisierter Politik in den bevorstehenden Transformationsprozessen zu vernachlässigen. Es reicht, wenn die Einsicht gewonnen wird, dass es in modernen Gesellschaften zwar keinen außerstaatlichen Ort von gesellschaftlich wirksamer Politik mehr gibt, dass ihre Transformation aber keineswegs mehr ausschließlich oder auch nur primär in der Logik staatlicher Politikformen durchzusetzen sein wird.

In dieser Hinsicht müssen die neuen gesellschaftspolitischen Herausforderungen dann in der Tat neue politische »Subjekte«, neue realitätstüchtige Handlungsträger finden und schaffen – nicht in einer Logik des Ausstiegs und der Nischen, sondern in einer Logik der Durchkreuzung und Umfunktionierung der herrschenden Logiken staatsförmiger, auch »intergouvernementaler« Politik. In diesem Sinne bleibt Althusser's Frage nach einer »Politik außerhalb des Staates« eine zentrale Herausforderung, deren Bedeutung mit der weiteren Vertiefung der großen Krise weiter wachsen wird: Eine bestehende Herrschaftsstrukturen spezifisch angreifende und auch überwindende Politik der Befreiung wird in staatskonformen Gestalten nicht zu machen sein – auch wenn sie sich (wie es Balibar mit guten Gründen betont hat) dennoch nicht einfach aus den Formen der Staatspolitik gleichsam hinauswünschen kann.

## **Der sozialökologische Umbau und die »falsche Spur« der »Marktinstrumente«**

Die Debatte über den Staat wird zum Teil immer noch dadurch mystifiziert, dass die neoklassische Ökonomie, auf die sich die neoliberale Politik beruft, den Staat nur in der paradoxen Form einer sich selbst immer wieder aufhebenden Voraussetzung zur Kenntnis nimmt – wie übrigens dies gegenwärtig in der Praxis der Bankenrettung durchaus greifbare Gestalten annimmt: Anstatt anzuerkennen, dass sich im Staat politische Kräfteverhältnisse als solche darstellen, welche auch – trotz aller Verselbständigung – immer veränderbar bleiben, richtet neoliberale Politik ihre Aufmerksamkeit darauf, wie es möglich wird, *zum einen* den verselbständigten Staat als Garanten der kapitalistischen Eigentumsordnung möglichst unantastbar zu machen (dies ist etwa explizit die Zielsetzung des auf Friedrich v. Hayek zurückgehenden Konzeptes einer »Wirtschaftsregierung«). *Zum anderen* geht es ihr aber darum, das als allein zwischen Wirtschaftssubjekten, also zwischen Privateigentümern als *homines oeconomici*, als rational unterstellte Marktgeschehen von prinzipiell »störenden« Staatsinterventionen frei zu halten.

Zu diesem Zweck hat sich die neoliberal geprägte politische Debatte speziell in der Umweltpolitik der sogenannten Marktinstrumente bemächtigt, durch die – nach entsprechenden konstitutiven Eingriffen (Warendefinition, Bepreisung, Auktionen usf.) staatlicher Instanzen – das unregulierte Wirken der Marktkräfte dann allein die optimalen Lösungen herausfinden und durchsetzen könne. In Gestalt des im Kyoto-Abkommen verankerten Modells von Emission Trade Systems sind diese Instrumente in der globalen Klimapolitik heute von zentraler Bedeutung.

Eine wirksame Kritik an dieser Dominanz muss daran ansetzen, welche Politik auf diese Weise durchgesetzt wird – und das heißt, was das absehbare Ergebnis dieser Kombination von staatlichen Vorgaben und dereguliertem Marktgeschehen unter der Voraussetzung einer oligopolistischen Verfasstheit der einschlägigen Märkte sein wird. Das rechtfertigt eine scharfe Kritik. Allerdings wäre es eine Falle, deswegen auch gleich die beiden einzigen Argumente ungeprüft zu verwerfen, welche für die Nutzung von marktförmigen Steuerungsinstrumenten durch eine inhaltlich anspruchsvolle Politik sprechen – nämlich das Argument der Einstiegsforderung und das Argument der Feinststeuerung.

Das Argument der Einstiegsforderung – an die Stelle der vollständigen Nichtberücksichtigung wird mit der Bepreisung eine zumindest teilweise Berücksichtigung etwa natürlicher Voraussetzungen in ökonomischen Kalkülen durchgesetzt – zieht allerdings auch die Konsequenz nach sich, in einem nächsten Schritt die Grenzen einer derartigen Bepreisung – etwa von Menschenleben oder von »Ökosystemen« – zu reflektieren und in die weitere Ausgestaltung der Politik einzu beziehen (etwa durch Regulierungen eines »absoluten Naturschutzes«), sonst entlarvt es sich als bloß vorgeschoben. Ähnliches gilt für das Argument der Feinststeuerung: Wenn angesichts der – unterstellten und zu prüfenden – Vielfalt der

Marktakteure und der von ihnen zu bewältigenden Situationen eine politische Gestaltung und Planung von Veränderungsprozessen bis ins letzte Detail nicht sinnvoll sein kann, so dass hier Marktprozesse in das Spiel kommen sollten, dann setzt dieses Argument, um ernst genommen werden zu können, voraus, dass es auch eine entsprechende Grobsteuerung geben muss – etwa in Gestalt einer langfristigen Planung wichtiger Parameter der gesamtgesellschaftlichen Entwicklung oder in politischen Vorgaben für die einzuhaltenden Mengen, so etwa im Verbrauch von Ressourcen oder in der Belastung von »Senken« (vgl. hierzu auch Dellheim, Krause 2008).

Für derartige politische Vorgaben, ohne die »Marktinstrumente« immer im Sinne einer Reproduktion des gesellschaftspolitischen Status quo funktionieren würden, sind stabile Institutionen zur Ausübung politischer Macht erforderlich, die längerfristig verbindliche Bedingungen formulieren und auch durchsetzen können. Das gilt durchaus auch für künftige befreite Gesellschaften. Daraus folgt allerdings nicht, dass deren Befreiung von der spezifischen Verselbständigung von Staatsmacht aufgrund ihrer herrschaftlichen Grundlagen und Prägungen unaufhebbar bliebe. Was für sie allerdings unerreichbar bliebe, wäre eine Auflösung politischer Verbindlichkeit in einem beständigen Fluss von willkürlichen individuellen Wünschen und Entscheidungen. Aber das wäre wohl auch im Ernst keine Befreiung zur Gleichfreiheit – sondern eine nur dürftig verdeckte Rückkehr zu einem angeblichen »Recht des Stärkeren«, wie dies in der Tat vielen angeblich »libertären« Vorstellungen von Marktradikalen zugrunde liegt.

## **Angesichts der Krise**

Unter den gegenwärtigen Krisenprozessen sind sowohl Politisierung als auch Entpolitisierung zu beobachten: Die Krise wird als Herausforderung der Krise »von oben« gesehen. Dabei wird erklärt, dass doch alle Gesellschaftsmitglieder Krisenopfer seien. Demgegenüber gibt es Druck von unten, damit die Regierenden die Krisenfolgen nicht einfach »nach unten« delegieren zu können. Aber es wird auch über die Krisenursachen und Alternativen zu gesellschaftlichen Zuständen diskutiert, die Krisen hervorbringen.

Staatliche Regulierungsgewalt, Zwangsgewalt, Mobilisierungsfähigkeit, Regierung und Staatsapparate sowie Staatsversagen werden von unterschiedlichen politischen Kräften unterschiedlich diskutiert, wobei die Gründe und Grenzen für Staatsvertrauen ein Thema sind.

Die Technokraten sprechen von notwendigem ExpertInnenwissen, Krisensegmentierung als Grundbedingung für Krisenmanagement. Ein bloßes »Transition Management« soll die unabweisbaren Veränderungen unter Kontrolle halten und zugleich alle weitergehenden gesellschaftspolitischen Diskussionen verhindern.

Demgegenüber stehen alternative partizipatorische Politikmodelle wie das Popular Budgeting. Hier wird der Staat als Rahmeninstitution anerkannt, ebenso die

Grenzen von Finanzierbarkeit und Kompromissbildung als Methode. Die strategisch entscheidende Frage ist hier, nach welchen Prinzipien Kompromisse gesucht werden und ob bestehende Grenzen als unveränderbar angesehen oder auf ihre praktische Veränderbarkeit hin angegangen werden.

Beispielsweise Obamas Wahlkampfparole »Change!« setzte genau hier an. Der Kandidat kennt jedenfalls die demokratische Aktivierung als Inklusionsmethode in der Gemeinwesenarbeit. Er weiß um strategische Ambivalenzen, politische Apparate und Bewegungen und wirft die Frage auf, ob die Zukunft wirklich noch offen ist. Der gewählte Präsident muss – was ihm nicht vorzuwerfen ist – unter den gegebenen Machtverhältnissen (wofür Machiavelli einst den neuen Begriff »lo stato« geprägt hatte) agieren. Ohne eine Debatte über weiterreichende und zu den herrschenden Strukturen alternative Perspektiven wird er jedoch in diesen unvermeidlichen »Mühen der Ebene« jeden weiterreichenden Veränderungsimpuls verlieren und damit selbst zum Spielball der verschleppten Krisenkonstellation werden.

Wer dagegen einen neuen sozialen, feministischen und ökologischen Gesellschaftsvertrag als Eröffnung einer gesellschaftspolitischen Alternative anstrebt, muss in den gegenwärtigen Konstellationen Ambivalenzen aufdecken und demokratisch produktiv machen. Sie und er dürfen keine Illusionen verbreiten und müssen demokratische Suchprozesse organisieren. Das bedeutet keineswegs, Wissenschaft und Forschung gering zu schätzen. Im Gegenteil, es geht eher um einen anderen Umgang mit ihnen: Sie sind einzubringen in die Debatten der »Menge der Vielen« (multitudo), in denen allein eine »wirkliche Bewegung« entstehen kann, die schrittweise die bestehende Konstellation von Herrschaftsstrukturen überwindet und dabei insbesondere auch deren Verselbständigung in als solche institutionalisierten und herrschaftlich verfestigten Machtstrukturen, wie sie für den modernen Staat charakteristisch ist.

Ein derartiger neuer Gesellschaftsvertrag kann selbst nur eine Form des Übergangs sein: Zumindest ein Einstieg in gesellschaftliche Prozesse, in denen die staatsförmige Verselbständigung politischer Macht in Frage gestellt und zurückgenommen wird. Das bezieht sich nicht nur auf die Herrschaft der kapitalistischen Produktionsweise, sondern nicht minder auf die herrschaftliche Prägung der internationalen Verhältnisse in einer »imperialen« Konstellation ungleicher Nationalstaaten und Staatenverbünde, auf die herrschaftliche Formierung der asymmetrischen Geschlechterverhältnisse oder auf die tiefe Durchdringung des gesamten ökologischen Stoffwechsels zwischen den Menschen und der irdischen Biosphäre durch die angeführten Herrschaftsstrukturen (nicht allein durch die kapitalistischen). Wirkliche Schritte zur Überwindung der Herrschaft der kapitalistischen Produktionsweise, zur Befriedung einer strukturell friedensunfähigen Staatenwelt, zur Befreiung von herrschaftlich formierten Geschlechterverhältnissen oder von einer »industrialistischen« Prägung des »Stoffwechsels der Menschen mit der Natur« sind daher immer zugleich auch Beiträge zu einer Schwächung der Verselbständigung politischer Macht in staatlichen Strukturen, d. h. Schritte zu einer

wirklichen »Demokratisierung«, die – wie der Sozialdemokrat Hermann Heller dies zutreffend gesehen hat – immer auch Schritte zu einer Rücknahme des Staates in die Gesellschaft sein müssen.

Ein derartiger neuer Gesellschaftsvertrag kann kein »klassischer Vertrag« sein, schon gar nicht ein Vertrag zwischen Privateigentümern: Es gibt keinen historischen Augenblick, in dem er geschlossen werden könnte und die Subjekte, die ihn schließen, kämen erst durch den Vertragsschluss voll als politische Subjekte zur Geltung. Die Denkfigur des Vertrages dient hier nur dem Zweck, sowohl die Gleichfreiheit aller Beteiligten und Betroffenen, als auch das reale Erfordernis der Zustimmung aller bzw. – etwa nach einem Kaskadenprinzip – von hinreichenden Mehrheiten zu betonen. An der Menge der Vielen sich politisierenden Subjekte führt kein emanzipatorischer Weg vorbei – auch wenn das Resultat ihres Interagierens solange immer wieder nur ein faktischer Zustand des transitorischen Machtgleichgewichts sein wird, wie die heute herrschenden Strukturen nicht nachhaltig überwunden sind. Eine bewusste Politik der Transformation bedarf immer wieder derartig, zumindest vorübergehend durch »Verabredungen«, stabilerer Übergangszustände (für die wir Machiavellis Begriff »lo stato« durchaus reaktivieren können – ohne allerdings den verselbständigten modernen Staat als Zielzustand ins Auge zu fassen).

Ein derartiger transitorischer »Vertrag« in transformatorischer Absicht erfordert neue Akteure, die sich im Prozess immer wieder erst konstituieren müssen. Hier kann weder der bloße Hinweis auf die unausweichliche Bedeutung der »Menge der Vielen« oder auf den wieder dringend erforderlichen »Einbruch der Massen in die Politik«, noch auch der Verweis auf die unabdingbare Rolle der gegenwärtig Beherrschten (nach Klassen, Völkern, Geschlechtern oder Spezies) für die Entfaltung einer anderen Politik, die Untersuchung der realen Möglichkeiten ersetzen. Diese eröffnen sich in einer bestimmten historischen Lage insgesamt und in der Situation bestimmter existierender Akteure im Hinblick auf eine Politik, die darauf zielt, immer radikaleren Alternativen der historischen Gestaltung ebenso wie der »Selbstveränderung« Raum zu geben (vgl. hierzu auch Wolf 2009).

## **Europäische Politik von links unten**

In der gegenwärtigen historischen Lage und in der Situation der linken politischen Subjekte in Deutschland im Hinblick auf eine alternative Politik in Europa ist dafür die Frage zentral, wie es gelingen kann, die europäische Ebene der Politik der immer noch fast ungebrochenen Hegemonie der Neoliberalen zu entziehen und überhaupt demokratisch politisierbar zu machen (vgl. inzwischen Scholz et al. 2009)?

Daher gehört hierher die Diskussion solcher Fragen wie:

- Warum hat das Europäische Sozialforum keine neuen politischen Subjekte hervorgebracht hat?

- Warum wird die Europäische Union nicht in der Lage sein, als solche ein hegemonialer Akteur zu werden?

Als Antworten auf diese Fragen möchte ich mich hier mit zwei Thesen begnügen: *Erstens* hat sich die bewusst ambivalent gehaltene Präsenz von politischen Organisationen, Parteien und Gewerkschaften im Prozess einer europäischen Netzwerkpolitik inzwischen zu einem ernsthaften Hemmnis entwickelt, dessen Überwindung dringend erforderlich ist – ohne dass es produktiv wäre, einfach zu dem alten »fordistischen Zustand« einer Hegemonie von Parteipolitik, Parlamentarismus und Korporatismus zurückzukehren. *Zweitens* hat die EU keineswegs die Nationalstaaten als entscheidende politische Räume abgelöst, sondern vielmehr sie dadurch bis in ihr inneres Funktionieren hinein modifiziert, dass sie zugleich zu Akteuren europäischer (und darüber vermittelt auch – wieder – von globaler) Politik geworden sind.

Eine alternative europäische Politik von links, welche diesen Namen verdient, wird zunächst immer auch – wie jede linke Politik von unten – im Dreiklang von Aufklären, Mobilisieren und Kämpfen agieren müssen, um nicht nur theoretisch ihre europäische Analysefähigkeit stärken zu können, sondern auch entsprechende Formen europäischer Handlungsfähigkeit aufzubauen. Die Debatte über die Voraussetzungen und zentralen Gegenstände eines sozialökologischen »New Deal« könnten dabei als produktive Momente eines Prozesses der politischen Konstituierung des Euro-Raumes und der gesamten EU fungieren (vgl. hierzu auch Dellheim, Wolf 2009). Zugleich wäre eine derartige Debatte auch der geeignete Einstieg in die politische Auseinandersetzung um eine zweite Chance für Mittel- und Osteuropa, sowie um die dringend erforderlichen solidarischen Ausgleichsangebote für die Nachbarn Europas und nicht zuletzt ein weiter führendes Angebot auf dem Weg zu einem neuen, potenziell friedlichen Ausgleichsprozess zwischen »Norden« und »Süden« in einer künftigen wirklich multipolaren Welt.

## Literatur

- Althusser, L. et al. (1979): Den Staat diskutieren. Berlin.  
Dellheim, J.; Krause, G. (Hrsg.) (2008): Für eine neue Alternative. Herausforderungen einer sozialökologischen Transformation. Berlin.  
Scholz, D. et al. (Hrsg.) (2009): Europa sind wir. Münster.  
Dellheim, J.; Wolf, F. O. (2009): Die Green New Deals – Positionen von links. rls-standpunkte, Nr. 11.  
Wolf, F. O. (2009), Rückkehr in die Zukunft. Münster.

## Neue Werte für die Wirtschaft

Die These des Beitrages lautet: Die Werte, die heute in der Wirtschaft gelten, stehen in radikalem Widerspruch zu unseren humanen Alltagswerten: Auf dem »freien« Markt werden Egoismus, Gier, Geiz und Verantwortungslosigkeit belohnt. Zwischenmenschliche Alltagsbeziehungen gelingen hingegen durch das Leben von Kooperation, Solidarität, Wertschätzung, Vertrauensbildung und Mitgefühl. Dieser Werte-Widerspruch spaltet uns als Individuen und als Gesellschaft. Das aktuelle Wirtschaftssystem untergräbt die Grundwerte der Gesellschaft. Vertrauen und Sicherheit werden systemisch zerstört. Die Schlussfolgerung wäre: Wir sollten deshalb die beiden Wertesphären einander angleichen. Das kann dadurch geschehen, dass wir die Regeln und Institutionen der Wirtschaftspolitik so umpolen, dass sie nicht wie heute Egoismus und »Kontrakurrenz« belohnen, sondern umgekehrt Solidarität und Gemeinwohlorientierung. Die ökonomischen Einzelakteure – die Unternehmen – sollten nicht länger vom Gesetzgeber auf das Ziel des Gewinnstrebens verpflichtet und in Kon(tra)kurrenz zueinander gesetzt werden, sondern auf das Gemeinwohl verpflichtet und zur Kooperation angereizt werden.

Die Grundwerte soziale Verantwortung, ökologische Nachhaltigkeit, Demokratie und Solidarität sollten auf dem – dann erst – »freien« Markt systematisch belohnt werden. Die Konsequenz wäre eine Wirtschaftsform, die auf Werten beruht, welche mit den humanen Alltagswerten übereinstimmen, kurz, eine Wirtschaftsform, die soziale und ökologische Beziehungen gelingen lässt.

Obwohl Werte die Grundorientierung, die »Leitsterne« in unserem Leben sein sollten, gelten heute in der Wirtschaft ganz andere Werte als in unseren zwischenmenschlichen Alltagsbeziehungen. Die Kombination aus Gewinnstreben und Konkurrenz – die fundamentale Antriebsstruktur der »freien« Marktwirtschaft – belohnt die gegenteiligen Verhaltensweisen, die unsere zwischenmenschlichen Beziehungen gelingen lassen.

In den Freundschaftsbeziehungen geht es uns gut, wenn wir einander vertrauen können, wenn wir uns gegenseitig helfen, teilen, einander empathisch zuhören, mitfühlen und die Bedürfnisse der anderen genauso ernst nehmen wie die eigenen. Auf dem Markt setzt sich dagegen der Rücksichtslosere und Skrupellosere, der egoistische Ellenbogen-Kämpfer durch, der vorrangig auf das eigene Wohl und den Unternehmensgewinn achtet. Einem Freund helfe ich gerne. Einem Konkurrenten aus Prinzip nicht. Einem Freund lasse ich immer wieder einmal den

36 Dieser Artikel basiert auf Felber (2008), alle nicht eigens zitierten Zahlen stammen aus Felber (2008).

Vortritt. In der Marktkonkurrenz werde ich bestraft, wenn ich das tue. Wenn mein Freund vor Verzweiflung weint, lege ich tröstend meinen Arm um ihn. Auf dem freien Markt wird nicht getröstet. Mitfühlen, die zentrale Bedingung für das Gelingen zwischenmenschlicher Beziehungen, ist schlecht für das Geschäft.

Dieser tiefe Werte-Widerspruch spaltet uns innerlich. Die Rede von den »europäischen Werten« ist peinlich, wenn diese am Vormittag ganz anders aussehen als am Abend. Wir können uns untermtags schlecht als Konkurrenz-Gegner betrachten und in Hierarchien leben und am Abend auf Mitmenschlichkeit, Fürsorge und Solidarität umschalten. Es kann nur eine Ethik geben. Wenn es zwei Ethiken gibt, färbt die eine Sphäre zwangsläufig auf die anderen ab. Genau das ist heute der Fall: Die Werte der Wirtschaft prägen die gesamte Gesellschaft. Der kapitalistische Charakter formt den »Gesellschaftscharakter« (Fromm 1992, 129).

Die Systemwirkung, dass sich der Egoistische durchsetzt, ist ein fataler Fehlanreiz. Die Institutionen und Gesetze der Wirtschaftspolitik setzen diesen Fehlanreiz – sie fördern unreife und asoziale Werte und Verhaltensformen: Auf dem »freien« Markt gilt es als effizient und rational, wenn ich meinen eigenen Vorteil gegen den anderen durchsetze: »Wir erwarten unser Essen nicht von der Wohltätigkeit des Fleischers, Brauers, Bäckers, sondern davon, daß sie ihre eigenen Interessen wahrnehmen«, formulierte Adam Smith bekanntlich in seinem Hauptwerk »Eine Untersuchung über das Wesen und die Ursachen des Reichtums der Nationen« (1976, 21). Eine Verhaltensmaxime, die seither unverändert gilt.

Aus meiner Sicht ist dieser Imperativ jedoch unmenschlich, weil das vorrangige Streben nach dem eigenen Vorteil zwingend zur Übervorteilung anderer Menschen führt; und das verletzt ihre Würde. Die Menschenwürde kann nach Auffassung des Philosophen Immanuel Kant in einer Gesellschaft nur gewahrt werden, wenn wir einander im täglichen Umgang immer zuerst als Personen mit Wert an uns selbst behandeln und höchstens zweitrangig als Mittel für unsere Zwecke. Auf dem freien Markt ist es sehr oft umgekehrt: Menschen werden als Mittel für die Zwecke anderer Menschen behandelt; dazu werden sie ermutigt, weil sie das eigene Interesse verfolgen und den eigenen Vorteil anstreben sollen. Die Übervorteilung anderer verstößt auch gegen den kategorischen Imperativ: Würde das wechselseitige Übervorteilen zum »allgemeinen Gesetz« und zur »Maxime« des menschlichen Umgangs, dann »Gute Nacht, Zivilisation!«. Der Volksmund sagt: Was du nicht willst, das man dir tu, das füg auch keinem andern zu. Will irgendjemand übervorteilt werden? Natürlich nicht. Somit verstößt die Maxime von Adam Smith, die bis heute der Marktwirtschaft zugrunde liegt, gegen den kategorischen Imperativ – und gegen die Menschenrechte. Im ersten Absatz der »Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte« steht, dass die Menschen einander »im Geiste der Brüderlichkeit [heute: Geschwisterlichkeit] begegnen« sollen. Und nicht, dass wir primär unseren eigenen Vorteil suchen und einander konkurrieren sollen.

Wenn ich jederzeit damit rechnen muss, dass mich ein Tauschpartner übervorteilt, dann wird systemisch das Vertrauen zerstört. Die Ökonomen sagen, in der

Wirtschaft gehe es um Effizienz. Doch das ist eine verkehrte Sicht der Dinge, denn das Vertrauen ist das vielleicht höchste soziale und kulturelle Gut, das, was die Gesellschaft im Innersten zusammenhält. Und dieses Gut dürfen wir nicht zugunsten höherer ökonomischer »Effizienz« systemisch zerstören!

Die Bildung von Vertrauen müsste vielmehr systemisches Ziel des Wirtschaftens sein, und dem steht der Aufruf, das eigene Interesse vorrangig zu bedienen, diametral entgegen. Die systemische Wahrung der Menschenwürde ist die Voraussetzung dafür, dass die Freiheit systemisch gewahrt werden kann. Deshalb wird in einer Wirtschaftsform, in der die Menschenwürde systemisch verletzt wird, auch die Freiheit strukturell zerstört. Und deshalb ist die »freie Marktwirtschaft« ein Widerspruch in sich, solange sie auf Gewinnstreben und Konkurrenz aufbaut. Die bisher als »frei« etikettierte Marktwirtschaft muss folgerichtig in »brutale« oder »inhumane« und dadurch »illiberale« Marktwirtschaft umbenannt werden.

Die Anhänger der »freien Marktwirtschaft« antworten auf diese Analyse gerne, dass das Übervorteilen einer/eines Tauschpartner/in gar nicht möglich sei, weil auf dem »freien« Markt niemand gezwungen werde, einen Tausch einzugehen. Jeder sei frei, von jedem Tausch zurückzutreten. Dadurch könne niemandes Würde verletzt und niemandes Freiheit zerstört werden. Doch meiner Ansicht nach trifft die schadlose Rücktrittsmöglichkeit nur für einen Teil der Markttauschvorgänge zu. Für einen relevanten Teil der Tauschvorgänge hingegen nicht. In der Regel kann ein/e Tauschpartner/in leichter vom Tausch zurückzutreten als der/die andere, womit letztere/r vom Tausch abhängiger ist. Dadurch entsteht ein Machtgefälle, das die Übervorteilung des Schwächeren strukturell ermöglicht. Beim Weltkonzern, der auf ein globales Millionenheer von Billigarbeitskräften zurückgreifen kann, liegt diese Möglichkeit auf der Hand. Doch hier geht es um ein strukturelles Argument. Das Machtgefälle in Markttauschvorgängen ist die Regel:

- Die typische Arbeit gebende Person kann leichter vom Arbeitsvertrag zurücktreten als die typische Arbeit suchende Person
- Die typische Kredit gebende Person kann leichter vom Kreditvertrag zurücktreten als die typische Kredit suchende Person
- Die typische Immobilienverwaltung kann leichter vom Miet- oder Kaufvertrag zurücktreten als die typische Wohnung suchende Person
- Der typische Konzern (z. B. Aldi) kann leichter vom Liefervertrag zurücktreten als einer seiner tausend Zulieferbetriebe.

In einer relevanten Zahl von angeblichen »freien« Markttauschvorgängen gibt es somit ein Machtgefälle, das von der mächtigeren Partei in der Regel auch ausgenutzt wird. Dazu wird sie von der ökonomischen Wissenschaft ermutigt. Das ist der Kern der ökonomischen Rationalität.

Wenn sich aber strukturell der Mächtigere auf Kosten des Schwächeren durchsetzen darf, hat das nicht nur nichts mit Freiheit, sondern auch mit Leistung nichts mehr zu tun. Wer hat, erhält noch mehr. Die erste Million ist sauschwer, für die

große Mehrheit unerreichbar. Danach wird es immer leichter. Die zweite Million ist nicht halb so schwer wie die erste. Die Arbeit, die für die 101. Million nötig ist, merkt man kaum noch. Wer eine Milliarde Euro besitzt, muss täglich 220 000 Euro ausgeben, um nicht reicher zu werden. Das nennen wir dann »Leistungsgesellschaft« (weil wir uns Macht als Leistung verkaufen lassen).

Die bestbezahlten Manager in den USA erzielen ein Jahreseinkommen von 3,7 Milliarden US-Dollar (Felber 2009) – das 360 000fache des gesetzlichen Mindestlohnes – dafür, dass sie das Geld der Reichen schneller vermehren als das Geld aller anderen, was zur zwingenden Folge hat, dass andere verarmen. Gesamtgesellschaftlich bewertet besteht ihre Leistung in der Produktion von Ungleichheit; damit in der Erhöhung des innergesellschaftlichen Aggressions- und Gewaltpotentials. Sozialmedizinische Forschungen haben ergeben, dass Menschen in Stress geraten und mit Erkrankung oder Aggression reagieren, wenn die Ungleichheiten in einer Bezugsgruppe zu groß werden, weil das den Gruppenzusammenhalt gefährdet.

Der bestbezahlte europäische Manager – Porsche-Chef Wendelin Wiedeking – kassiert 60 Millionen Euro dafür, dass er die umweltschädlichsten europäischen Autos »effizient« produzieren lässt und der Gesellschaft via »BILD«-Zeitung den »Wirtschaftskrieg« erklärt, wenn sie ihn dazu zwingen will, dass er etwas weniger umweltschädliche Autos herstellt.

Nokia nimmt 88 Millionen Euro Subventionen für den Standort Bochum und sperrt ihn zu, trotz Rekordgewinnsprung um 67 Prozent auf sieben Milliarden Euro in einem Jahr und obwohl der Standort profitabel war – nicht profitabel genug für die Ansprüche der Aktionäre.

Wal Mart ist zum größten Konzern der Welt geworden – durch Lohndumping, Sozialdumping, Diskriminierung von Frauen und die Verdrängung von Dutzenden tausend selbständigen Einzelhändler/innen. Wal Mart kostet die Allgemeinheit jährlich 1,5 Mrd. US-Dollar Wohnbeihilfe, Essenmarken und Krankenversicherungszuschuss für seine Beschäftigten, die so wenig verdienen, dass sie diese öffentlichen Leistungen in Anspruch nehmen müssen.

Wer nimmt, dem wird gegeben. Das Nehmen wird seit 250 Jahren belohnt. Damals stellte Adam Smith – wie oben zitiert – fest, dass das Eigennutzstreben der einzelnen Wirtschaftsakteure im Endeffekt zum Wohl aller führen würde. Dieses Paradoxon, der blinde Glaube an die segensreiche Wirkung einer »unsichtbaren Hand«, hat einen spezifischen historischen Hintergrund: Als sich Adam Smith vor 250 Jahren für unternehmerische Freiheit einsetzte, tat er das nicht so sehr, weil das für ihn die höchste Freiheit war. Die wirtschaftliche Freiheit war für ihn auch ein Vehikel für die politische Freiheit. Es war die Zeit der Aufklärung und des Übergangs vom Absolutismus zur Demokratie. Smith hoffte, dass Menschen, die wirtschaftlich die Initiative ergreifen, auch politisch mündig würden. Die politische Freiheit galt dem Liberalen Smith mehr. Außerdem bildeten im typischen Unternehmen seiner Zeit Arbeitgeber, Arbeitnehmer

und Eigentümer eine Personalunion. Freiheit und Verantwortung waren in einer Person vereint.

Heute ist die Situation eine ganz andere: In vielen Ländern sind Demokratien eingerichtet und Bürgerrechte in den Verfassungen festgeschrieben, wir brauchen wirtschaftliche und Eigentumsfreiheit nicht mehr als Vehikel für die Durchsetzung politischer Freiheiten. Im Gegenteil: Die extreme Konzentration von Eigentum und die riesige Größe und Macht von Unternehmen sind zur größten Gefahr für die Demokratie geworden. Der Umsatz der 500 größten Konzerne im Verhältnis zum Weltwirtschaftsprodukt hat sich von einem Viertel vor 10 Jahren auf heute ein Drittel erhöht.

Diese »Personen« – globale Konzerne sind juristische Personen – haben ein oberstes Ziel: Maximalen Gewinn. Da sie ungleich größer und mächtiger sind als natürliche Personen, können sie dieses Ziel effektiver verfolgen als diese. Sie werden weniger von Skrupeln geplagt, und die Verantwortung versickert leichter in anonymen Vertragsgeflechten. Juristische Personen werden nicht nur durch das Gesetz zur Gewinnerzielung verpflichtet, sie sind dazu durch die Konkurrenz gezwungen. Nur wer einen höheren Gewinn erzielt als die anderen, überlebt: So müssen alle den Gewinn maximieren.

Zudem werden heute selbst die größten Industriekonzerne von einer neuen Schicht von Eigentümern zur Gewinnmaximierung um jeden sozialen, ökologischen und demokratischen Preis genötigt: Finanzinvestoren wie Private-Equity-Fonds oder Hedge-Fonds übernehmen das Kommando und fordern Rendite. Keine langweilige, sondern eine spektakuläre. Joseph Ackermann, Chef der Deutschen Bank, musste ein Renditeziel von 25 Prozent formulieren, um die Ansprüche der Eigentümer zu befriedigen. Für den Geschäftsführer von Blackstone, einem der renommiertesten Private-Equity-Fonds, beginnt »Erfolg« ab einer Jahresrendite von 30 Prozent. Da Finanzinvestoren ihrerseits zueinander in Konkurrenz stehen, müssen alle folgen, wenn einer eine »Benchmark« vorgibt. Andernfalls verlieren sie ihre Kundschaft und damit die ökonomische Konkurrenz, zu der sie in der »freien« Marktwirtschaft gezwungen sind.

Die Konkurrenz sei es, welche die Marktwirtschaft zu einer historisch angeblich unerreichten Produktivität geführt habe. Konkurrenz sei der beste Ansporn für Menschen, sie führe zur höchsten Leistung, wird heute auf allen Wirtschaftsuniversitäten der Welt gelehrt. »Konkurrenz ist die effizienteste Strategie, die wir kennen«, meinte der Vordenker des Neoliberalismus, Friedrich von Hayek (2004). Doch haben die Ökonomen diese Behauptung jemals wissenschaftlich bewiesen? Wo sind die empirisch nachprüfbaren Experimente, die diese Aussage stützen? Es gibt sie nicht. Die Ökonomen glauben unhinterfragt an die motivierende Wirkung der Konkurrenz. Es gibt sie ja auch, bloß: Sozialwissenschaftliche Forscher/innen haben eine Fülle von Experimenten durchgeführt und kamen zu einem anderen Ergebnis: Neun von zehn Studien ergaben (Kohn, 1986/1992, 205), dass nicht Konkurrenz zur höchsten Leistung führt, sondern Kooperation. Wollte die Markt-

wirtschaft ihr Wirtschaftsmodell auf der effektivsten Strategie aufbauen, die wir kennen, so müsste sie systematisch auf Kooperation setzen und nicht auf Konkurrenz.

Der Grund, warum die Kooperation stärker motiviert als Konkurrenz ist die unterschiedliche Art, wie beide Strategien motivieren: Kooperation motiviert durch Wertschätzung, Anerkennung und gemeinsame Zielerreichung: Mein Erfolg ist dein Erfolg. Das Gelingen von Beziehungen lässt unsere Hirne laut neurobiologischen Forschungen die höchste Anzahl von Motivationsstoffen ausschütten: Wir leisten am meisten, wenn wir kooperieren (Bauer 2006). Konkurrenz motiviert hingegen primär durch Angst, Druck, Stress. Sie lässt Beziehungen misslingen: Ich gewinne, indem du verlierst. Konkurrenz führt zu Misstrauen und Unsicherheit: Sie ist ein soziales Multigift.

Das Fazit ist: Die Anreizkombination aus Gewinnstreben und Konkurrenz ist auf globaler Ebene zur größten Gefahr für ein humanes Zusammenleben geworden. Die Annahme, dass das Gewinnstreben einander konkurrierender Unternehmen zum größtmöglichen Gemeinwohl führt, ist die Lebenslüge des Kapitalismus. Das Gewinnstreben globaler Konzerne und Finanzinvestoren führt heute vielmehr

1. zur systematischen Verletzung der Menschenwürde, weil der Schwächere auf dem Markt nicht human behandelt wird, sondern sehr oft erniedrigt wird und verschiedenste Formen von Gewalt erfährt
2. zu ungerechter Verteilung infolge der Machtgefälle:  
Die Umwandlung des Gemeinwohl orientierten in einen Gewinn orientierten Finanzsektor hat diese Entwicklung stark angetrieben
3. zu ökologischer Zerstörung
4. zur Verringerung kultureller Vielfalt
5. zur Durchsetzung von Produkten, die keiner braucht oder will:  
Auf die durchschnittliche US-Bürger/in hageln täglich 3 600 Werbebotschaften ein. Kaufsucht nimmt epidemische Ausmaße an. In Österreich ist jede zweite junge Frau Kaufsucht gefährdet. Die Gentechnikkonzerne schaffen es, gegen den Mehrheitswillen der Bevölkerung ihre Produkte durchzusetzen
6. während gleichzeitig Grundbedürfnisse ungestillt bleiben, die über keine Kaufkraft verfügen:  
Täglich sterben 13 000 Menschen an heilbaren Krankheiten, weil das Ziel der Pharmakonzerne nicht die Versorgung mit notwendigen Gütern ist, sondern ihr Gewinn
7. zur systematischen Beschränkung des Wettbewerbs, der die Voraussetzung dafür wäre, dass – in klassisch »liberaler« ökonomischer Sicht – dieser in Form niedriger Preise Wohlstand schaffe (unbeantwortet bleibt: auf wessen Kosten?)
8. zur Untergrabung der Demokratie:  
Grundsätzlich gilt: Wenn die größten Organisationen in einer Demokratie undemokratisch organisiert sind, schwächt das die Demokratie. Wer im Arbeits-

leben die tägliche Erfahrung macht, dass es keine Demokratie gibt, wird sich auch »in der Politik« weniger überzeugt für ihren Erhalt einsetzen.

Für eine juristische Person ist die Entscheidung, ob sie ein Gesetz einhält, eine ökonomische Entscheidung, keine moralische. Solche Abwägungen führen zum Bankrott des Rechtsstaates.

Juristische Personen tun alles, um Gesetze, die ihrem Interesse entgegenstehen, zu verhindern. Porsche klagt gerade gegen die Citymaut in London, Monsanto gegen das deutsche Gentechnik-Anbauverbot. Die Finanzunternehmen der Wall Street investierten 1998 – 2008 mehr als fünf Milliarden US-Dollar in Lobbyisten (Felber 2009). Mit ihrer Hilfe verhinderten sie zum Beispiel die Regulierung von Finanzderivaten, die einen maßgeblichen Beitrag zur Entstehung der derzeitigen Finanzkrise leisteten. Andere Finanzmarktregulierungen, teilweise noch solche aus der Großen Depression der 1930er Jahre, wurden erfolgreich gesprengt.

Sie setzen mächtige Ressourcen ein, um Gesetze durchzubringen, die ihnen nützen, aber der Allgemeinheit schaden. Die Globalisierung, die wir heute haben, ihre wirtschaftspolitischen Spielregeln sind keine demokratischen Errungenschaften, sondern Lobbying-Erfolge kapitaler Minderheiten. Der freie Kapitalverkehr zwischen der EU und dem Rest der Welt wurde im Primärrecht der EU verankert. Durch diese Regulierung konnte sich die EU nicht vor der Ansteckung mit der Finanzkrise schützen: Sie musste dem finanziellen Giftmüll, der nun die Bilanzen der Banken belastet, freie Einreise gewähren.

Gewinnorientierte juristische Personen zeigen in der Regel keine demokratische Verantwortung, weil die Demokratie für sie nur ein Mittel wie jedes andere für ihren vorrangigen Zweck des Gewinnerzielens ist. Dabei richten sie die Demokratie zugrunde.

Wenn man aufzählt, was das Gewinnstreben alles anrichtet, dann heißt es heute oft und immer öfter: »Wir müssen das Gewinnstreben mäßigen/zügeln.« Ich glaube nicht an das mäßige Gewinnstreben, das alle einfordern. Warum nicht? Weil der Wettbewerb denjenigen, der maximales Gewinnstreben praktiziert, gegenüber demjenigen, der mäßiges Gewinnstreben praktiziert, begünstigt. Der mit dem höheren Gewinn gewinnt – egal, ob er auf rücksichtsvolle oder skrupellose Weise zu diesem Gewinn kommt. Der mäßige Gewinnstreber könnte nur dann gewinnen, wenn ihm das Gesetz gegenüber dem Profitmaximierer einen Vorteil gewähren würde. Das ist nicht der Fall. Im Gegenteil, der Gesetzgeber bevorzugt den Profitmaximierer, indem er beide zueinander in freie Konkurrenz setzt. Da gewinnt zwangsläufig der mit dem höheren Gewinn.

Wie sehr das mäßige Gewinnstreben ein Widerspruch in sich ist und wie gespalten unsere Ethik ist, lässt sich auf anschauliche Weise am Verhalten von Nationalstaaten in der Globalisierung zeigen. »Wir« Deutsche, Österreicher/innen, Finnen/Finninnen, Chinesen oder Chinesinnen tun auf der einen Seite alles dafür, dass »unsere« Konzerne wettbewerbsfähig sind und sich in der globalen Konkur-

renz durchsetzen – und auf der andern Seite sollen sie das Gewinnstreben nicht übertreiben? Das ist ein abgründiger und peinlicher Widerspruch! Welches Unternehmen gewinnt den globalen Wettbewerb? Das Nettteste? Das sozial Verantwortlichste? Das ökologisch Nachhaltigste? Das Innovativste? Es gewinnt das mit dem höchsten Profit, egal wie es den zustande bringt. Wenn wir daher für globale Wettbewerbsfähigkeit eintreten, dann treten wir automatisch für Profitmaximierung ein und nicht für Gewinnmäßigung!

Das ist auch der Grund, warum ČSR (corporate social responsibility / soziale Verantwortung von Unternehmen) in der Regel nicht funktioniert, solange sie freiwillig und unverbindlich bleibt: ČSR-Unternehmen sind im Regelfall »netter« als skrupullose Profitmaximierer, sie zahlen höhere Löhne, gewähren großzügigere Sozialleistungen, achten stärker auf die Umwelt und quetschen die Zulieferbetriebe nicht aus. Dadurch handeln sie sich jedoch eine Reihe von Wettbewerbsnachteilen ein. Im Ausnahmefall kann das nettere Unternehmen, wenn es auch noch ganz außerordentlich geschäftstüchtig ist oder eine Marktnische findet, den kapitalistischen Wettbewerb gewinnen oder diesem ausweichen. In der Regel aber setzt sich der Rücksichtslosere, der Billigere durch, und der Nette ist der Dumme.

Der Nette könnte nur dann gewinnen, wenn er aus dem Nettsein einen rechtlichen Wettbewerbsvorteil zöge (und nicht nur einen moralischen). Dazu müsste das Nettsein, die soziale und ökologische Verantwortung, das Leben von Demokratie und Solidarität, zum Ziel des Wettbewerbs werden – anstelle des Gewinns. Wie ließe sich das bewerkstelligen? Drei Schritte führen zum Ziel:

Wir müssen die Unternehmen mit demselben Ziel ausstatten, um das es in der Gesamtveranstaltung geht: Das allgemeine Wohl. Anstatt zur Gewinnorientierung verpflichten wir sie per Gesetz zur Gemeinwohlorientierung. Dann würde das Ziel der Einzelakteure mit dem Ziel der Gesamtveranstaltung übereinstimmen. Und wir müssten das allgemeine Wohl nicht länger als Nebeneffekt und Abfallprodukt des egoistischen Gewinnstrebens der ökonomischen Einzelakteure erhoffen.

Das neue Ziel – Gemeinwohlorientierung – ist auch die neue Bedeutung von unternehmerischem »Erfolg«. Dieser muss gemessen und verglichen werden können: Die Hauptbilanz der Unternehmen muss daher eine »Gemeinwohlbilanz« sein, in der soziale, ökologische, demokratische und solidarische Leistungen aufscheinen. Die – aussageschwache – finanzielle Bilanz wird zum Nebenschauplatz. Finanzgewinn ist nicht mehr das primäre Ziel, sondern Geld ist nur noch ein Mittel für höhere Ziele. Die finanzielle Bilanz braucht nur noch ausgewogen zu sein: Kostendeckendes Wirtschaften über den Investitions- und den Konjunkturzyklus.

Nettsein wird belohnt: Je sozial verantwortlicher, ökologisch nachhaltiger, demokratischer, solidarischer und lokal empathischer sich ein Unternehmen verhält, je »erfolgreicher« es in der neuen Bedeutung ist, desto größere rechtliche Vorteile erhält es: Einen niedrigeren Zolltarif, Steuererleichterungen, Vorrang beim öffentlichen Einkauf (ein Fünftel des BIP), einen billigeren öffentlichen Kredit, Vorrang

bei öffentlichen Forschungsk Kooperationen, etc. Mit der konsequenten Belohnung gesellschaftlich erwünschten Verhaltens werden sich die sozial verantwortlichsten und ökologischsten Unternehmen durchsetzen: Der Nettere gewinnt.

Der Wettbewerb ändert dadurch sein Wesen:

Wenn Unternehmen keinen höheren Gewinn erzielen müssen als die Konkurrenz und diese nicht mehr fressen müssen, um selbst nicht gefressen zu werden, sind alle vom wechselseitigen Fresszwang und vom Wachstumszwang erlöst. Die Systemdynamik der kapitalistischen Marktwirtschaft erlischt.

Aus der heutigen Kontrakurrenz (lateinisch: gegeneinander laufen) könnte eine Konkurrenz im lateinischen Wortsinn werden: Miteinander laufen, gemeinsam auf ein Ziel hinlaufen, im Endeffekt: kooperieren. Wer dem Mitunternehmen die Hand reicht und dadurch Vertrauen bildet und Sicherheit schafft, wird dafür belohnt. (Kartelle machen in dieser Wirtschaftsform keinen Sinn, weil sie ein Mittel zur Maximierung des Gewinns sind; doch es geht nicht mehr um Gewinn, dieser würde weggesteuert.) Kapital wäre in diesen Unternehmen nur noch ein Mittel und nicht mehr der Zweck.

Ein Teil der gegenwärtigen Unternehmer/innen wird sich fragen, welches Motiv jemand in einer solchen Wirtschaft haben sollte, ein Unternehmen zu gründen. Ich glaube, es werden mehr Menschen und Personengruppen sein als heute. Aus einem triftigen Grund: Weil sie nicht mehr systemisch und rechtlich zur Gewinnmaximierung genötigt wären – auf Kosten anderer und des Gemeinwohls; sondern weil sie einen Beitrag zum allgemeinen Wohle leisten dürften, auf kooperativere Weise. Das gibt vielen Menschen mehr Sinn; Sinn macht glücklich und motiviert. Heute ist ein Unternehmen ein Mittel zum Eigennutz, das Allgemeinwohl ist das daraus erhoffte Abfallprodukt. In der neuen Wirtschaft wäre ein Unternehmen ein Mittel zur Erhöhung des Gemeinwohls, in dem das eigene Wohl inbegriffen ist. Durch diese Umpolung würden sozialere und reifere Menschen und Menschengruppen zum Zuge kommen als heute. Heute findet sich in den höchsten ökonomischen Entscheidungsetagen ein weit überdurchschnittlicher Anteil an soziopathologischen, nicht zum Mitgefühl fähigen, narzisstischen und suchtkranken Persönlichkeitstypen (Haller 2006, Bakan 2005, Fromm 1992, 146). Das ist eine fatale Selektionswirkung des aktuellen Wirtschaftssystems. Der vorgeschlagene Anreizrahmen würde diese Selektionswirkung umkehren.

In der Psychologie gilt ein Mensch als reif, wenn er/sie nicht nur die eigenen Bedürfnisse wahrnimmt, sondern auch die Bedürfnisse anderer. Schon Aristoteles sprach vom »sozialen Selbst«, die Ökophilosophie spricht heute vom »ökologischen Selbst«. Die Ausdehnung der Wahrnehmung, des Mitfühlens auf alle anderen und alles andere ist ein erstrebenswerter humaner Wert. Wir sollten deshalb auf dem Markt dazu angereizt werden, dass wir unsere Wahrnehmung auf unseren sozialen und ökologischen Lebenszusammenhang, auf andere Menschen, Tiere, Pflanzen, alles Seiende ausweiten. Aus dieser Verbundenheit entsteht Mitgefühl, aus Mitgefühl erwächst Solidarität und Gewaltlosigkeit.

Das sollten wir von klein auf in der Schule lernen, in vier Grundfächern: Gefühlkunde, Wertekunde, Naturerfahrungkunde, Demokratiekunde.

Wir sollten die Demokratie, wenn wir sie schon für einen zentralen Wert des Abendlandes halten, konsequenterweise auch in der Wirtschaft fördern. Je mehr Mitbestimmung in den – privaten! – Betrieben gelebt wird, je mehr sich alle Beteiligten einbringen können, je demokratischer Unternehmen organisiert sind, desto mehr Vorteile können sie für sich erwarten. Manche Betriebe sollten wir zur Gänze demokratisch organisieren: Das Bildungswesen, die Gesundheitsversorgung, den öffentlichen Verkehr, die Versorgung mit Energie und Trinkwasser, aber auch die Banken.

Wenn die Menschen in Kernbereichen der Wirtschaft die Erfahrung machen, dass wir in einer Demokratie leben, dass ihre aktive Mitbestimmung gefragt ist, dann stärken diese Menschen auch die allgemeine politische Demokratie. Auch hier sollten wir auf einheitliche Werte achten.

Wir sollten die Werte zusammenführen, den Wert-Widerspruch heilen (= ganz machen). Wir sollten die Werte, die unseren Freundschaftsbeziehungen zugrunde liegen, auch den Wirtschaftsbeziehungen zugrunde legen. Die Gesetze und Institutionen der Wirtschaftspolitik sollten dieselben Verhaltensweisen und Werte fördern, die unsere zwischenmenschlichen Beziehungen gelingen lassen.

Dumm die Gesellschaft, die die Werte fördert, die sie schwächen.

Klug die Gesellschaft, die die Werte fördert, welche sie stärken.

Wenn alle geizen, kommen alle zu kurz.

Wenn alle großzügig sind, ist genug für alle da.

Wird Geiz belohnt, entstehen Knappheit und Angst.

Wird Großzügigkeit belohnt, entstehen Verbundenheit und Sicherheit.

Großzügigkeit ist die intelligentere soziale Strategie.

Geiz ist die dümmere soziale Strategie.

Geiz ist nicht geil, Geist ist geil!

Freiheit im Kapitalismus ist die Freiheit zur materiellen Konkurrenz, zum grenzenlosen Besitz und zum Konsum. Drei geistlose Freiheiten, die in die Achtlosigkeit und Unfreiheit führen.

Freiheit im demokratischen Sinn heißt, dass wir diejenigen Werte frei wählen können, nach denen wir leben und die Regeln für das Wirtschaften gestalten wollen.

Diese Freiheit sollten wir uns nehmen.

## Literatur

- Bakan, J. (2005): The Corporation. The pathological pursuit of profit and power. New York.
- Bauer, J. (2006): Prinzip Menschlichkeit. Warum wir von Natur aus kooperieren. Hamburg.
- Felber, Ch. (2008): Neue Werte für die Wirtschaft. Eine Alternative zu Kommunismus und Kapitalismus. Wien.
- Felber, Ch. (2009): Kooperation statt Konkurrenz. 10 Schritte aus der Krise. Wien.
- Fromm, E. (1992): Haben oder Sein. Die seelischen Grundlagen einer neuen Gesellschaft. 21. Auflage. München.
- Haller, R. (2006): Interview in: Der Standard v. 23. Dezember.
- Hayek, F. A. (2004): Der Weg zur Knechtschaft. Wien.
- Kohn, A. (1986/1992): No Contest. The Case against Competition. Why we lose in our race to win. Boston/New York.
- Smith, A. (1976): Eine Untersuchung über das Wesen und die Ursachen des Reichtums der Nationen. Berlin.

## **Einige Schlussfolgerungen für sozialistische Wirtschaftspolitik**

Die Debatte zu Krisen und Staatsinterventionismus beweist von Neuem, dass die bei der Gründung von Attac thematisierte »ökonomische Alphabetisierung« immer dringlicher wird. Schließlich verschleiern die im politischen und wissenschaftlichen Mainstream gebrauchten Kategorien und Formulierungen Geschichtlichkeit, widerstreitende Interessen, Ursachen und Verursacher von Problemen, orientieren nicht auf die Interessen der Marginalisierten, auf gesellschaftliche Veränderungen und deren Akteure. So müssen schon »Wirtschaftspolitik«, »sozialistische Wirtschaftspolitik« und »Staat« begrifflich neu geklärt werden.

Wird dem gefolgt, kann der gegenwärtige Staatsinterventionismus, also das gegenwärtige Agieren der »sichtbaren Hand« als Pragmatismus von Akteuren des internationalen Finanzkapitals gesehen werden, die so ihre Verwertungs- und Handlungsspielräume erhalten, neue erschließen, weitere Machtverschiebungen zu ihren Gunsten erreichen wollen. Soll dem Widerstand entgegengesetzt und sollen solche Veränderungen der gesellschaftspolitischen Kräfteverhältnisse erwirkt werden, dass die Ursachen sozialer und ökologischer Zerstörung angegriffen und nachhaltig bekämpft werden, müssen die Ressourcenverteilung und Ressourcennutzung *einerseits* und die natürlichen Lebensbedingungen Klima und Biodiversität *andererseits* zu gesellschaftspolitischen Schwerpunkten und systematisch gemeinsam bearbeitet werden. Dabei erweist sich die Demokratisierung von Entscheidungen zum Ressourceneinsatz und zur Ressourcennutzung – insbesondere zu öffentlichen Finanzen und zur dezentralisierten Wirtschaftsentwicklung – und ihrer Kontrolle als politische Schlüsselfrage.

### **Zum Problem der Begriffe und zu »Marx-Kritik« im Marxschen Sinne**

Immer häufiger und immer intensiver sind jene Wirtschaftswissenschaftler/innen, die sowohl in Fachkreisen und mit Berufspolitikern/innen diskutieren als auch mit Bürger/innen und verschiedenen Linken mit dem Problem »der Sprache« konfrontiert. Begriffe und Worte werden mit großer Selbstverständlichkeit gebraucht, ohne zu prüfen, ob die Anwesenden damit gleiche Vorstellungen verbinden. Das macht Verständigung nicht einfacher und schon gar nicht die Arbeit an linken politischen Strategien. Ökonomische Kategorien wären also daran zu prüfen, inwiefern sie die in der Gesellschaft vorhandenen Interessenkonflikte reflektieren, auf

gesellschaftliche Akteure und Veränderungen orientieren. Eine derartige Prüfung kann durchaus in »Marx-Kritik« münden.

Das beginnt bereits mit »Politik«. Der Duden (<http://duden-suche.de>) als repräsentativer Spiegel von Sprachdeutung erläutert »Polliltik« insbesondere vom Griechischen abgeleitet als »Kunst der Staatsverwaltung« und schreibt: »auf die Durchsetzung bestimmter Ziele bes. im staatlichen Bereich u. auf die Gestaltung des öffentlichen Lebens gerichtetes Handeln von Regierungen, Parlamenten, Parteien, Organisationen o. Ä.«. Organisationen können sehr vielfältig sein, aber Bürger/innen sind laut Duden keine Akteure von Politik. Und weiter: »Wirtschaftspolliltik« gilt als »Gesamtheit der staatlichen Maßnahmen zur Gestaltung der Wirtschaft«, ist also Angelegenheit einzig des Staates. Der politische Staat wird dreifach erklärt, als: »a) Macht, Staatswesen; ... b) Land, Reich, Staatsgebiet. c) Obrigkeit, Regierung, Staatsgewalt, Staatsmacht.« In einem weiterführenden Artikel wird dann erklärt: »Staat« sei »seit Beginn der Neuzeit«, d. h. der bürgerlichen Gesellschaft, die »Herrschaftsordnung, durch die ein Personenverband (Volk) auf abgegrenztem Gebiet durch hoheitliche Gewalt zur Wahrung gemeinsamer Güter verbunden ist.«

»Politik« wird also wesentlich an den »Staat« gebunden. Bei »Wirtschaftspolitik« ist die staatliche Bindung noch stärker. »Politik«, »Wirtschaftspolitik«, »Staat« und »Gesellschaft« werden in einen instrumentellen Zusammenhang gestellt, die Begriffserklärungen nicht mit der Frage nach Akteuren und (grundlegenden) Veränderungen der Verhältnisse zwischen ihnen verknüpft.

Die Gesellschaftswissenschaften im Allgemeinen und die Wirtschaftswissenschaften im Besonderen setzen hier an. Auch wenn teilweise von der Konzentration auf den Staat abgegangen wird, wird die Akteursfrage nicht klar gestellt und »Politik« nicht mit der Auseinandersetzung von Akteuren mit konkreten Interessen um gesellschaftliche Entwicklung erklärt.

Meyers online Lexikon definiert Wirtschaftspolitik als »alle Maßnahmen staatlicher Instanzen zur Gestaltung der Wirtschaftsordnung ... , zur Beeinflussung der Struktur ... und des Ablaufs des arbeitsteiligen Wirtschaftsprozesses. ... Träger der Wirtschaftspolitik sind u. a. Parlament, Regierung, Verwaltung, Zentralbank« (<http://lexikon.meyers.de/meyers/Wirtschaftspolitik>).

Wikipedia geht etwas weiter und erklärt: »Wirtschaftspolitik ist die Gesamtheit aller politischen, vor allem staatlichen Bestrebungen, Handlungen und Maßnahmen, die darauf abzielen, den Ablauf des Wirtschaftsgeschehens in einem Gebiet oder Bereich zu ordnen, zu beeinflussen, zu gestalten oder unmittelbar festzulegen« (<http://de.wikipedia.org/wiki/Wirtschaft#Wirtschaftspolitik>).

Nun zeigen sich in den Diskussionen der Linken zwei Extreme: *Zum einen* eine zunehmende Akzeptanz der im politischen Alltag und in der gängigen Wissenschaftssprache gebrauchten Begriffe, womit zugleich Denkweisen über- bzw. angenommen werden. *Zum anderen* ein unkritischer Rückgriff auf Kategorien in den Schriften von Karl Marx.

Beide Extreme verstellen Grundprämissen für die Arbeit an sozialistischen Strategien, ja sogar die Artikulation des Anliegens, an solchen Strategien zu arbeiten, denn der Duden teilt »ideologiefrei«, um Wahrheit und Sachlichkeit bemüht, mit: »solzialallistisch <Adj.> ... den Sozialismus betreffend, zum Sozialismus gehörend; in der Art des Sozialismus: -e Ideale; die -e Revolution; die -en Staaten; ... s. regierte Länder ...« und »Solzialallismus« ... 1. <o. Pl.> (nach Karl Marx die dem Kommunismus vorausgehende) Entwicklungsstufe, die auf gesellschaftlichen od. staatlichen Besitz der Produktionsmittel u. eine gerechte Verteilung der Güter an alle Mitglieder der Gemeinschaft hinzielt: der real existierende S. (DDR; der [in den sozialistischen Ländern] verwirklichte Sozialismus); den S. aufbauen; unter dem S. leben. ... 2. <Pl. selten> politische Richtung, Bewegung, die den gesellschaftlichen Besitz der Produktionsmittel u. die Kontrolle der Warenproduktion u. -verteilung verfißt: der demokratische, bürokratische S. ...« (<http://duden-suche.de>).

Ein theoretisches Grundproblem bei Marx hat mit seiner Leistung zu tun, die er in der Auseinandersetzung mit Widersprüchen erbracht hat und die selbst widersprüchlich ist. Das zeigt sich insbesondere in seiner Gesellschaftsauffassung: »Die Gesellschaft besteht nicht aus Individuen, sondern drückt die Summe der Beziehungen, der Verhältnisse aus, worin diese Individuen zueinander stehn« (Marx 1974, 176). Würde hingegen formuliert: Die Gesellschaft ist die Summe der Individuen und »die Summe der Beziehungen, der Verhältnisse, worin diese Individuen zueinander stehn«, wären die Akteure von Veränderungen zwischen den Individuen erfasst, würde auf sie und ihr Verhalten zur »Summe der Beziehungen, der Verhältnisse« orientiert. Die Aktivitäten der Akteure – als einzelne Gesellschaftsmitglieder und in Organisationen – um ihre Interessen zu realisieren und sich mit den Regeln, Traditionen und mit der Ordnung auseinandersetzen, nach denen sich die Individuen in ihrer Gesamtheit bewegen, können »Politik« genannt werden. Politik bezieht sich also auf die Auseinandersetzung mit der »Summe der Beziehungen, der Verhältnisse, worin die Individuen zueinander stehn«.

Bei Marx selbst finden sich Passagen, die so interpretiert werden können, als verbinde er Politik grundsätzlich mit dem Staat (z. B. Marx/Engels 1978, 62), was eine Einengung wäre.

Es geht also um die kritische Aneignung Marxschen theoretischen Erbes. Dafür relevant ist eigenes Fazit: »Meine Untersuchung mündete in dem Ergebnis, dass Rechtsverhältnisse wie Staatsformen ... in den materiellen Lebensverhältnissen wurzeln. ... In der gesellschaftlichen Produktion ihres Lebens gehen die Menschen bestimmte, notwendige, von ihrem Willen unabhängige Verhältnisse ein, Produktionsverhältnisse, die einer bestimmten Entwicklungsstufe ihrer materiellen Produktivkräfte entsprechen. Die Gesamtheit dieser Produktionsverhältnisse bildet die ökonomische Struktur der Gesellschaft, die reale Basis, worauf sich ein juristischer und politischer Überbau erhebt, und welcher bestimmte gesellschaftliche Bewusst-

seinsformen entsprechen. Die Produktionsweise des materiellen Lebens bedingt den sozialen, politischen und geistigen Lebensprozess überhaupt.« (Marx 1961, 8/9). In der wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit Automatismen im Denken merkte Engels an: »Die politische, rechtliche, philosophische, religiöse, literarische, künstlerische etc. Entwicklung beruht auf der ökonomischen. Aber sie alle reagieren auch aufeinander und auf die ökonomische Basis. ... Es ist also nicht ... eine automatische Wirkung der ökonomischen Lage, sondern die Menschen machen ihre Geschichte selbst, aber in einem gegebenen, sie bedingenden Milieu, auf Grundlage vorgefundener tatsächlicher Verhältnisse, unter denen die ökonomischen, so sehr sie auch von den übrigen politischen und ideologischen beeinflusst werden mögen, doch in letzter Instanz die entscheidenden sind und den durchgehenden, allein zum Verständnis führenden roten Faden bilden.« (Engels 1973, 206)

Dies weiter untersuchend und konkretisierend, weil er die Programmatik und Strategie der Italienischen Kommunistischen Partei fortschreiben wollte, entwickelte Antonio Gramsci sein »Hegemonie-Konzept«.

## **Wirtschaftspolitik und sozialistische Wirtschaftspolitik neu definieren**

In Bezug auf das Verständnis von Wirtschaftspolitik wäre also die Frage zu stellen, wie Individuen und Kollektive im Prozess der Produktion, Distribution, Zirkulation und Konsumtion von Ergebnissen gesellschaftlicher Arbeit und damit im Stoffwechsel mit der Natur bzw. auf diese einwirkend, ihre Interessen realisieren – wie sie dabei Traditionen, Gewohnheiten und Regeln im gesellschaftlichen Wirtschaftsleben, Produktionsverhältnisse verteidigen, angreifen und (um)gestalten, wie sie die ökonomische Struktur der Gesellschaft verändern.

Diese Auffassung von Wirtschaftspolitik hat zwei praktische Konsequenzen:

1.) Während im gesellschaftlichen und wissenschaftlichen Mainstream auf den wirtschaftspolitischen Akteur Staat fokussiert wird, bestenfalls neben diesem noch die Parlamente, Parteien mit Parlamentsfraktionen, Gewerkschaften und Unternehmerverbände interessieren, können nach der von Marxscher politischer Ökonomie kritisch abgeleiteten Position auch Bürgerinnen und Bürger, Anti-Armutsimpulse bzw. Zusammenschlüsse von Hartz-IV-Betroffenen, Umweltinitiativen, Friedensbewegungen, im Verbraucherschutz Engagierte, lokale und regionale Agenden 21, PatientInneninitiativen usw. Akteure von Wirtschaftspolitik sein bzw. werden.

Während es im Verständnis von Wirtschaftswissenschaft im gesellschaftlichen und wissenschaftlichen Mainstream vorrangig um »gutes Verwalten und Gestalten« geht, wobei die von ihnen genannten Akteure darüber befinden, was »gut« ist, können sich entsprechend der alternativen Auffassung von Wirtschaftspolitik wesentlich mehr sozial sehr heterogene Akteure mit sehr verschiedenen Interessen und politischen Positionen an der Auseinandersetzung beteiligen.

Dabei kann es durchaus verschiedenen Akteuren um mehr als »nur« um »gutes Verwalten und Gestalten« gehen, so etwa um die Überwindung der kapitalistischen Produktionsweise, um das Ziel einer sozialistischen Gesellschaft.

2.) Der gesellschaftliche und gesellschaftswissenschaftliche Mainstream bestimmt ausgehend von der Logik des »Verwaltens und Gestaltens« darüber, wie die Aufgaben der offiziellen parlamentarischen Ausschüsse und Verwaltungsressorts formuliert werden. Daher sollte eine Partei, die Wirtschaftspolitik im entwickelten Sinne versteht und eine sozialistische Gesellschaft erstrebt, nicht pragmatisch ihre in parlamentarische Ausschüsse für Wirtschaftspolitik entsandten Sprecher/innen oder ihre für das Ressort »Wirtschaft« in die Verwaltungen Berufenen zu Verantwortlichen für Wirtschaftspolitik der Partei wählen oder ernennen. Das gilt auch umgekehrt.

Es geht hierbei keineswegs um eine politische Abwertung der Arbeit in Parlamenten und Verwaltungen, sondern um eine Teilantwort auf die Frage, wie die linke Partei, die sozialistische Organisation es ausnutzen können, dass sie Wirtschaftspolitik und Politik insgesamt anders als der Mainstream verstehen.

Diese wären ausgehend von einer grundsätzlichen Kritik des Kapitalismus zu definieren und sollten wegen dessen gesellschaftlicher und ökologischer Zerstörung<sup>37</sup> auf seine Überwindung orientieren (Dellheim 2009, 54).

Aber die erwähnten beiden Extreme in den Diskussionen der Linken zeigen sich auch in der Formulierung des Ziels ihrer Politik. Während die einen auf weitgehende Nivellierung von sozialen Spaltungen, gesellschaftlichen Wohlstand für die Allgemeinheit und sozialen Frieden zielen, geht es den anderen mit Verweis auf Marx um die Eroberung des Staates zwecks Verwirklichung der klassenlosen Gesellschaft.

Beispielsweise Claus Offe neigt keinem der Extrema zu: »Im Kern geht es bei ... der Kapitalismus-Kritik um die Frage nach der rationalen Beherrschung kapitalistischer ›Anarchie‹. Im Hintergrund steht paradigmatisch die Marxsche (wenn auch keineswegs exklusiv ›marxistische‹) Diagnose, dass die Menschen ihre Geschichte zwar ›machen‹, aber ohne Willen und Bewusstsein. Derselben Intuition entstammt das Spiel mit dem changierenden Doppelsinn des Wortes ›Vergesellschaftung‹: Auf der einen Seite ist eine *Trendaussage* über ein immer engeres Geflecht von interdependenten Zusammenhängen zwischen den Trägern arbeitsteilig ausgeübter Funktionen, ihren Voraussetzungen und Fernwirkungen gemeint, auf der anderen Seite die *politische Forderung* danach, die Auslöser dieser Wechsel-

37 Wenn hier die Rede von »gesellschaftlicher und ökologischer Zerstörung« oder von »(gesellschaftlich bzw. sozial und ökologisch) zerstörerischen Prozessen« ist, sind vor allem gemeint: a.) Armut, soziale Ausgrenzung (darunter Arbeitslosigkeit), Prekarisierung, (wachsende) soziale und territoriale Spaltungen, b.) Natur- und Kulturzerstörung, vorrangig globale Erwärmung und Artensterben, c.) Entdemokratisierung, Überwachung und Repression, Verlust an demokratischen Gestaltungs- und politischen Steuerungsmöglichkeiten (insbesondere durch die Privatisierung öffentlicher Leistungen, die Verarmung von Kommunen und Regionen), Neofaschismus, religiöse Fundamentalismen und politische Extremismen, d.) Militarisierung und Kriege, bewaffnete Konflikte und Attacken.

und Fernwirkungen unter politische Kontrolle zu nehmen, d. h. ihre bisher nach ›privaten‹ (d. h. blinden und rücksichtslosen) Rentabilitätskalkülen verwendeten Produktivvermögen zu ›vergesellschaften‹ und in eine absichtsvolle und bewusste gesellschaftliche Lenkung zu nehmen« (Offe 2006, 186).

Die Vergesellschaftung der Arbeit bei privater bzw. kapitalistischer Aneignung ihrer Ergebnisse geht mit einer Zerstückelung des Menschen und der Natur einher. Sozialistische Bewegung beginnt mit den Utopisten, die sich »vollständig im reinen [waren] über die Wirkungen der Teilung der Arbeit, über die Verkümmern einerseits des Arbeiters, andererseits der Arbeitstätigkeit selbst« (Engels 1978, 292). Die Ausbeutung zerstört die Gesundheit, Würde und Sozialbeziehungen der Arbeiterinnen und Arbeiter. Die Springquellen der Natur werden untergraben. Die Vergesellschaftung der Produktion in Zentren ist mit der Abkopplung (ländlicher) Räume, ganzer Territorien verbunden, mit sozialer Ausgrenzung und sozialen Spaltungen.

Die Notwendigkeit der »Expropriation der Expropriateure« bzw. der »Aneignung einer Totalität von Produktionsinstrumenten durch die Individuen«, die Proletarier/innen hatten »die Klassiker« insbesondere damit begründet, dass nur so die Möglichkeiten geschaffen werden könnten, dass die Proletarier/innen all ihre Fähigkeiten entwickeln können. Dass sie nur so gewährleisten können, dass produziert wird, was sie brauchen, dass die Produktivkräfte aufhören, Destruktivkräfte zu sein und die Springquellen der Natur zu untergraben. »Die Individuen, die nicht mehr unter die Teilung der Arbeit subsumiert werden, haben die Philosophen als Ideal unter dem Namen ›der Mensch‹ vorgestellt ...« (Marx/Engels 1978, 69).

Weil bei der Aneignung der Produktionsmittel durch die Proletarier/innen »die Masse von Produktionsinstrumenten unter jedes Individuum und das Eigentum unter Alle subsumiert werden« (Marx/Engels 1978, 68), wird die freie Entwicklung eines jeden zum Ziel der Produktion.

Es geht also um die individuelle Freiheit für jede und jeden, um die soziale Gleichheit und das solidarische Miteinander aller, um ihre Vernunft und Verantwortung im Umgang mit der Natur, kurz: um ein »magisches Viereck neuen Typus« (Dellheim 2009, 52).

Entscheidend ist, ob Politik im Allgemeinen und Wirtschaftspolitik im Besonderen an diesem Ideal ausgerichtet werden – was nicht gleichbedeutend ist mit dem Glauben an die Realisierbarkeit dieses Ideals. Die Antwort bestimmt die Radikalität im Ringen um die strukturelle Rückdrängung und Überwindung der sozial und ökologisch zerstörerischen Prozesse.

Somit kann »sozialistische Wirtschaftspolitik« als Ringen demokratischer Akteure um eine solche Organisation der gesellschaftlichen Arbeit, um eine solche Realisierung des materiellen gesellschaftlichen Produktions- und Reproduktionsprozesses verstanden werden, dass gesellschaftliche, ökologische und globale Probleme demokratisch und gerecht gemildert und letztendlich nachhaltig gelöst werden.

Sozialistische Wirtschaftspolitik orientiert auf sozialökologischen Umbau, auf einen reflexiven, fortwährenden Such- und Transformationsprozess, in dem sowohl die gesellschaftspolitischen Macht- und Eigentumsverhältnisse und die gesellschaftlichen Strukturen als auch die Lebensweisen der Menschen durch diese selbst so verändert werden, dass die sozialen und natürlichen Lebensbedingungen der Menschen erhalten und fortschreitend verbessert werden. Dabei verhalten sich die Menschen zueinander immer solidarischer, werden einander schrittweise sozial gleich, leben zunehmend selbstbestimmt in Würde und in Vernunft mit der Natur (vgl. Brangsch 2008, 9/10).

### **Zum Staat und gegenwärtigen Staatsinterventionismus**

Die vielfältigen Funktionen des Staates sind historisch entstanden, haben mit Vergesellschaftungsprozessen, notwendiger Regelung von Interessenwidersprüchen unter den Herrschenden und in der Gesellschaft zu tun, mit Konkurrenz unter den individuellen Kapitalen. Sie sind zueinander widersprüchlich, was sich in Widersprüchen in und zwischen seinen Apparaten niederschlägt und das Handeln der hier Agierenden beeinflusst. Widersprüche prägen auch den gegenwärtigen Staatsinterventionismus, der die Herrschaftsverhältnisse und entscheidende Krisenursachen nicht angreift und der gesellschaftliche Hierarchien stärkt. Das betrifft auch und insbesondere die Unterordnung des globalen Südens unter die Reproduktionsinteressen der global Herrschenden.

In der Auseinandersetzung mit den sozial und ökologisch zerstörerischen Prozessen kommt dem Staat ein besonderer Stellenwert zu. Und wiederum zeigen sich zwei Extreme in den Diskussionen der Linken: Da ist *einerseits* der Staat als Wahrer der »Gemeinschaftsgüter«, der aufgefordert wird, im Interesse des Gemeinwohls zu agieren. Vielfach wird er dem »Markt« gegenübergestellt, der als Handelsplatz verstanden wird, wo Käufer und Verkäufer unter- und gegeneinander konkurrieren.

Da sind *andererseits* der Repressionsstaat und der vielfach nach außen aggressive Staat. Staat und Markt werden prinzipiell negativ gesehen, weil sie Grundbedingungen für Kapitalakkumulation sind.

Die verschiedenen Verwaltungssysteme in den EU-Mitgliedsstaaten haben eine Geschichte, die vielfach in den Feudalismus zurückreicht und mit spezifischer kapitalistischer Entwicklung zu tun hat. In dieser formieren sich Nationalstaaten, die um ihre Stellung in der Welt konkurrieren bzw. Kriege führen. Sowohl zur Entstehung als auch zur Reproduktion der Kapitalverhältnisse, die auf das Engste mit Märkten verbunden sind, wird der Staat gebraucht. Der Staat muss ermöglichen helfen, dass die Ressourcen für die Kapitalakkumulation in erforderlicher Qualität zur Verfügung stehen, was eine gewisse Beachtung von Reproduktionserfordernissen der Arbeitskräfte verlangt.

Er ist Raum und Repräsentant eines Zwangskollektivs in der internationalen Arena, Konzentration von vielfältiger nach innen und außen gerichteter Gewalt, Repressionsapparat zur Niederhaltung der Beherrschten, Instrument zur Durchsetzung eines allgemeinen Kapitalinteresses gegenüber individuellen Kapitalinteressen, Verwalter des Gemeinwesens und seiner Güter, Garant eines Kompromisses unter den Herrschenden und eines gewissen Kompromisses zwischen diesen und den sozial heterogenen Beherrschten mit ihren widersprüchlichen Interessen. Der Staat ist die »Zusammenfassung der bürgerlichen Gesellschaft« (Marx 1961, 639), ein ständig »umkämpftes Strukturmerkmal der bürgerlichen Gesellschaften« (Hirsch 2001, 19). »Staat« und »Gesellschaft« sind immer Ausdruck eines widersprüchlichen gesellschaftlichen Gesamtzusammenhangs (Gramsci 1986, 199 ff., Hirsch 1995, Poulantzas 1978).

Als »umkämpftes Strukturmerkmal« wird auch er durch Vergesellschaftungsprozesse verändert bzw. er verändert sich. So hat sein Berater-Stab Einrichtungen und Repressionen erfunden und organisiert, um die Arbeitskraftbesitzer/innen zu nötigen, an der Milderung von »drei unterschiedlichen Bezugsproblemen« mit zuwirken – »das der Arbeitsbereitschaft, der individuellen Arbeitsfähigkeit und das der objektiven ›Verkaufschancen‹ der Arbeitskraft« (Offe 2006, 169).

Weil mit den Machtgewinnen der transnationalen Konzerne in der wirtschaftlichen Sphäre die Widersprüche zwischen den unterschiedlichen Staats- und Interessenharmonisierungsfunktionen wachsen und zugleich die Widersprüche zwischen den Komponenten der Sozialpolitik, sind sowohl Konzerne als auch Akteure der staatlichen sozialen Sicherungspolitik daran interessiert, sich von Verantwortung für das gesellschaftliche Leben zu »befreien«. Diese »Befreiung« kann nur bei Delegation von »Verantwortung« auf die Bürgerinnen und Bürger erfolgen. Das geschieht auch indirekt, indem verschiedene staatliche Aufgaben auf untergeordnete Verwaltungsebenen verlagert werden, ohne deren Finanzausstattung entsprechend zu erweitern. So werden wichtige Verursacher der gesellschaftlichen Zustände verschleiert und Interessenwidersprüche innerhalb des Staates gemehrt. Staatliche sozialpolitische Repression muss insgesamt wachsen, weil die Voraussetzungen dafür, dass die Bürgerinnen und Bürger die auf sie delegierte Verantwortung wahrnehmen können, nicht geschaffen werden und teilweise sogar schwinden.

Die widersprüchliche Interessenübereinstimmung zwischen Staat und transnational agierenden Konzernen bleibt spannungsgeladen, denn allein die individuellen Kapitale, verschiedenen Kapitalfraktionen, und die Sozialstruktur der Gesellschaft bedingen sehr unterschiedliche Interessen. Hinzu kommt, dass sich innerhalb und zwischen den staatlichen Akteuren auf den verschiedenen Ebenen bzw. in den Staatsapparaten Interessenwidersprüche auf- und abbauen. Diese Widersprüche sind latent, weil es unterschiedliche Funktionen der Apparate und damit Konfrontation mit unterschiedlichen Akteuren auf den verschiedenen Verwaltungsebenen gibt.

Die staatlichen Interventionen im Kontext mit der Finanz- und Wirtschaftskrise sind aus den widersprüchlichen Funktionen des Staates erklärbar, der mit den Krisen unter Handlungsdruck geraten ist. Dieser Druck ist ein sozial und politisch sehr heterogener, das »Strukturmerkmal der bürgerlichen Gesellschaft« außerordentlich umkämpft.

*Unter dem Druck insbesondere der Finanz- und Wirtschaftskrise handeln die regierenden bzw. staatlichen Akteure in den USA, in den europäischen Ländern und insbesondere in der Europäischen Union zunehmend pragmatisch intervenierend. Es ist vor allem Reaktion, nicht eine neue Denkweise, keinesfalls eine Politik mit neuen, zukunftsfähigen Prioritäten. Mit Hilfe dieses Pragmatismus suchen die Akteure des internationalen Finanzkapitals ihre Verwertungs- und Handlungsspielräume zu erhalten, neue zu erschließen, weitere Machtverschiebungen zu ihren Gunsten zu erreichen. Damit wachsen Interessenwidersprüche, soziale und globale Spaltungen. Die Verflechtung verschiedener Krisen – der Finanz- und Wirtschaftskrise, der Energie-, Ernährungs- und Klimakrise – wird seitens der Regierenden bzw. staatlichen Akteure zunehmend gesehen, jedoch nicht systematisch bearbeitet. Das bewirkt eine teilweise wechselseitige Verstärkung der Krisen. Repressive und militärische Elemente in der Gesellschaftspolitik werden gemehrt. Deren Leitbild bleibt eine Gesellschaft, in der die und der Einzelne Unternehmer/in ihrer bzw. seiner Arbeitskraft und sozialen Sicherung sein sollen. Das Regierungs- bzw. Staatshandeln nimmt gesellschaftlich und ökologisch zerstörerische Prozesse hin, verstärkt sie vielfach sogar und insbesondere die Unterordnung des globalen Südens unter die Interessen der global Herrschenden.<sup>38</sup>*

Die Regierenden in Deutschland, in der Europäischen Union und in anderen kapitalistischen Metropolen haben mit ihrer Gesellschafts- und Wirtschaftspolitik über lange Zeiträume hinweg die internationale Finanzkrise befördert, ihre Dimension und Auswirkungen potenziert. Dann sahen sie sich gezwungen, Banken zu übernehmen, Spekulanten staatliche Subventionen und Bürgschaften zu gewähren. Ihre pragmatische Lernfähigkeit ging so weit, dass sie über Maßnahmen zur effektiven Kontrolle und Regulierung der Finanzmärkte redeten, inkonsequent punktuell aktiv wurden – nicht nur nationalstaatlich, sondern in der EU und global.

Die Grenzen regierungsoffizieller Veränderungsbereitschaft bleiben gravierend: Die Regierenden planen die Rückgabe nationalisierter Banken an den privaten Sektor. Bei ihren Rettungs- und Stabilisierungsmaßnahmen für Banken und Finanzinstitutionen verzichteten sie darauf, Bedingungen im Interesse der (Steuerzahlenden) Bevölkerungsmehrheiten zu vereinbaren. Die Spekulation mit Währungskursen und Rohstoffen wie Erdöl, besonders riskante und destabilisierende Geschäftsoperationen und ihre Agenten, die globalen Ungleichgewichte in

38 Der kursiv gedruckte Text ist die Fortschreibung der zentralen These, die in Vorbereitung auf den Workshop formuliert wurde.

den Handels- und Leistungsbilanzen wurden eher marginalisiert statt angegriffen. Den Akteuren und Ursachen der Finanzkrise ist nach wie vor kein Kampf angesagt. Das betrifft:

- die Orientierung am shareholder value und ein enormes Ausmaß von Spekulation, die vor allem auf die Explosion von Einkommen und Vermögen – und so von liquiden Geldmitteln – in den Händen einer kleinen gesellschaftlichen Minderheit zurückgeht

- den Fortschritt sozialer Spaltungen einerseits und der Privatisierung öffentlicher Güter andererseits, so dass selbst Menschen in unteren und mittleren Einkommensgruppen zu kapitalgedeckten sozialen Leistungen (Krankenversicherung, Altersvorsorge, Schaffung von Wohneigentum) gedrängt wurden

- die globalen Ungleichgewichte in den Weltwirtschaftsbeziehungen, insbesondere die riesigen Defizite der USA in ihren Handels- und Leistungsbilanzen

- die Deregulierung und globale Integration der Finanzmärkte, die vielfach mit den globalen Ungleichgewichten in den Weltwirtschaftsbeziehungen verknüpft ist (Arbeitsgemeinschaft 2008, 6).

Die hinter diesen Prozessen stehenden Hauptakteure sind weitestgehend zugleich auch die Hauptakteure der gesellschaftlich und ökologisch zerstörerischen Prozesse und die Hauptverursacher der Klima-, Umwelt-, Nahrungsmittel- und Energiekrisen: Die Hauptakteure der herrschenden Produktions- und Konsumtionsstrukturen – die Regierungen in den kapitalistischen Metropolen und die sie tragenden politischen Parteien, die Institutionen des globalen und europäischen Finanzkapitals, transnationale Konzerne, Banken, Fonds und Versicherungen, das militärische Establishment mit seinem strategischen Vordenkern und seinem militärisch-industriellen Komplex – die in der Europäischen Union und weltweit Herrschenden.

### **Einige weitere Konsequenzen**

Da die Fakten insgesamt ein mit den Krisen verwickeltes forciertes Fortschreiten der sozial und ökologisch zerstörerischen Prozesse bzw. ein Anwachsen der gesellschaftlichen, ökologischen und globalen Probleme beweisen, steht gegenwärtig die Frage nach einer möglichen Verlangsamung und des Stopps von weiterer Zerstörung bzw. Zuspitzung. Anders formuliert: Werden die Tatsachen und damit die Dimension und Intensität der zerstörerischen Tendenzen einer für alle lebenswerten Zukunft bzw. den Zielen sozialistischer Politik gegenübergestellt, scheinen diese immer weniger erreichbar.

Die Herausforderung besteht also darin, die miteinander verflochtenen und sich gegenseitig befördernden Krisen zu erkennen und Wege aufzuzeigen, wie ihre akutesten Auswirkungen so gemildert werden können, dass *zum einen* der Krisenverflechtung Rechnung getragen wird (neue politische Allianzen und Sy-

nergieeffekte in der Krisenbearbeitung) und *zum anderen* notwendige tiefgreifende Strukturveränderungen real werden.

Dafür ist die Konzentration der gesellschaftlichen Gegenkräfte auf jene Probleme unerlässlich, die besonders dramatisch menschliche Lebensbedingungen vernichten und bedrohen, daher außerordentlich deutlich soziale und ökologische Zerstörung verkörpern und folglich dringliche Herausforderungen für sozialistische Politik sind. Es geht um elementare Lebens- und soziale Zusammenlebensbedingungen und damit um die Bekämpfung von Armut und sozialen Spaltungen *einerseits*, von Klimawandel und schwindender Biodiversität *andererseits*. Sollen deren Ursachen angegriffen und bekämpft werden, muss gegen die sozial und ökologisch zerstörerischen Prozesse insgesamt vorgegangen werden, denn Entdemokratisierung, Repression, Militarisierung und Krieg produzieren wesentlich diese dramatischen Probleme bzw. verstellen ihre Lösung.

Die Ressourcenverteilung und Ressourcennutzung *einerseits*, der Erhalt und die Entlastung der überlasteten Ökosysteme *andererseits* erweisen sich als Kernfragen gesellschaftlichen Lebens und gesellschaftspolitischer Alternativen. Um Ressourcen so einsetzen und nutzen zu können, dass auf allen Ebenen – von der lokalen, über die regionale, nationalstaatliche hin zur EU- und globalen Ebene – Armut und soziale Spaltungen, die Verschmutzung und Zerstörung von Atmosphäre und Ökosystemen eingedämmt und strukturell zurückgedrängt werden und damit soziale und ökologische Zerstörung insgesamt, müssen die diesbezüglichen Entscheidungen, die Kontrolle ihrer Realisierung und der Zugriff auf die Ressourcen demokratisiert werden. Das wiederum verlangt die Demokratisierung des staatlichen bzw. öffentlichen Ressourceneinsatzes und Ressourcengebrauchs, insbesondere der öffentlichen Haushalte und Finanzen, der kommunalen und regionalen Infrastrukturen. Elementare Voraussetzung dafür ist, dass weitere Privatisierungen öffentlicher Leistungen und Einrichtungen, neue Steuererhöhungen für Reiche und ökonomisch starke Unternehmen verhindert und in ihr Gegenteil verkehrt werden, dass Großvorhaben in der Rüstung, in der atomar-fossilen Energiewirtschaft und zur Erhöhung von Transportströmen vermieden werden und dass es vor allem die dafür erforderlichen erfolgreich kämpfenden Akteure gibt.

Zur Stärkung der veränderungsbereiten demokratischen Akteure, zur Verlangsamung und zum Stopp der zerstörerischen Prozesse können Moratorien geeignet und produktiv sein. Das setzt voraus, dass mit ihnen weitere Schritte für Problemlösungen diskutiert und erwirkt werden, wofür es der Stärkung veränderungsbereiter demokratischer Akteure bedarf. »Stärkung« bedeutet nachhaltige Mehrung und Qualifizierung, lokale und regionale Verankerung bei zeitgleicher überregionaler, europäischer und globaler Vernetzung. Lokale und regionale Verankerung hat wesentlich mit Kämpfen für den Erhalt und die Demokratisierung von lokaler, kommunaler und regionaler Infrastruktur zu tun, mit partizipativen

Haushalten, Planungs- und Kontrollprozessen, mit Projekten solidarischer Ökonomie, mit sozialer und ökologischer Lokal- und Regionalentwicklung.

Diese Kämpfe können und sollten zeitgleich mit dem Ringen um Moratorien über Verhandlungen und Verträge zusammen gehen, die der MDG-Realisierung<sup>39</sup>, der Armutsbekämpfung und ökologisch verantwortungsvoller Politik zuwiderlaufen: Moratorien über die Shame Directive – die Direktive zur Rückführung von sich illegal in der EU Aufhaltenden –, über die Europäische Sicherheitsstrategie und die Europäische Verteidigungsstrategie, Moratorien über die EU-Dienstleistungsrichtlinie und Verhandlungen zur Liberalisierung der sozialen Dienstleistungen, Moratorien über Verhandlungen zu Freihandelsabkommen zwischen der EU und Entwicklungsländern oder über die Umsetzung derartiger Abkommen – Stichworte: Wirtschaftspartnerschaften der EU mit den AKP-Staaten<sup>40</sup>. Auch Moratorien über die Privatisierung sozialer Sicherung, über den Bau von Projekten atomar-fossiler Energiewirtschaft, über Waffenexporte in Krisengebiete und die Modernisierung von Waffenarsenalen usw. können Zwischenziele für wichtige politische Kämpfe und Strategien sein.

Es würde also um eine Veränderung der gesellschaftspolitischen Kräfteverhältnisse und damit um den Staat gekämpft, um dessen anderen Umgang mit widersprüchlichen gesellschaftlichen Interessen und um eine andere Art und Weise, staatliche Politik zu realisieren – um ihre Ausrichtung an den Lebensinteressen der sozial Schwächsten und Schwachen sowie der Bevölkerungsmehrheiten (im eigenen Land, in der EU und weltweit) und an den ökologischen Erfordernissen bei wachsender Teilhabe der Bürger/innen an politischen Entscheidungen, der linken Akteure, der Akteure sozialistischer Wirtschaftspolitik.

Fortschritte in Richtung nachhaltiger Demokratisierung des gesellschaftlichen Lebens und »der Wirtschaft« bedeuten auch und insbesondere Veränderung der gesellschaftlichen Arbeitsteilung, womit Reformen thematisiert werden, die schrittweise

- jene gesellschaftlichen Zustände überwinden, da über den Beruf, die konkrete Beschäftigung und den Arbeitsplatz der Menschen nach ihrer sozialen und ethnischen Herkunft, nach ihrem Geschlecht, ihrem Geburts- und Lebensort und nach ihrer körperlichen Verfasstheit bestimmt wird

- jede und jeden entsprechend ihrer Fähigkeiten und zunehmend ihrer Neigungen an Berufsarbeit, Leitung des Betriebes/der Einrichtung, Entscheidung und Gestaltung gesellschaftlicher Belange teilhaben lassen

- im Berufsalltag einfache und komplizierte Arbeiten so kombinieren, dass für alle Qualifizierung Normalität und die Arbeitsinhalte interessant(er) werden bzw. interessant bleiben

- Vernunft und Verantwortung im Umgang mit der Natur und den Ressourcen ermöglichen und erfordern.

39 Millennium Development Goals (die Entwicklungsziele der Vereinten Nationen)

40 Staaten der Afrika-Karabik-Pazifik-Region

Solche Reformen setzen auf individuelles und kollektives Engagement, auf Solidarität und Innovation, auf die Entwicklung von Wissenschaft und Technologie, auf neue Vergesellschaftungsformen. Dabei werden insbesondere lokale und regionale Ressourcen zur Bedürfnisbefriedigung der dort Lebenden erschlossen und genutzt. Die Strom-, Wärme- und Kälteproduktion erfolgt zunehmend auf der Basis vorrangig dezentral gewonnener und angewandter erneuerbarer Energien. Die überregionale und internationale Arbeitsteilung soll dabei zum einen diesem Grundprinzip entsprechen, zum anderen bei weit(est)gehender Ressourcenökonomie und minimaler Belastung der Ökosysteme solidarisch individuelle Freiheit für jede und jeden in der sozialen Gleichheit aller realisieren helfen.

## Literatur

- Arbeitsgemeinschaft Wirtschaftspolitik (2008), Diskussionsangebot »Demokratisch und solidarisch: Europa von LINKS verändern«. In: Arbeitsgemeinschaft Wirtschaftspolitik der LINKEN. Beiträge zur Wirtschaftspolitik, Demokratisch und solidarisch Europa von LINKS verändern – auch und insbesondere mit linken Wirtschaftspolitiker/innen, Berlin.
- Brangsch, L. (2008), Statt eines Vorworts: Sozialökologischer Umbau als neue Stufe von Vergesellschaftung. In: Dellheim, J.; Krause, G. (Hrsg.): Für eine neue Alternative. Herausforderungen einer sozialökologischen Transformation, Manuskripte 77, Berlin.
- Dellheim, J. (2009): Marx' Kritik der politischen Ökonomie als Bedingung für linke Wirtschaftspolitik heute. In: Marx' Kritik der politischen Ökonomie und die Linke heute, Pankower Vorträge, Heft 135. Berlin.
- Engels, F. (1978): Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft (»Anti-Dühring«). In: Marx, K.; Engels, F., Werke (MEW), Bd. 20. Berlin.
- Engels, F. (1973): Engels an W. Borgius, 25.1.1894. In: MEW, Bd. 39. Berlin.
- Gramsci, A. (1986): Gefängnishefte. Herausgegeben von K. Bochmann, W. F. Haug. Hamburg.
- Hirsch, J. (2001): Des Staates neue Kleider. NGO im Prozess der Internationalisierung des Staates. In: U. Brand, A. Demirovic, Ch. Görg, J. Hirsch (Hrsg.): Nichtregierungsorganisationen in der Transformation des Staates. Münster.
- Hirsch, J. (1995): Der nationale Wettbewerbsstaat. Staat, Demokratie und Politik im globalen Kapitalismus. Berlin.
- Marx, K.; Engels, F. (1978): Die deutsche Ideologie. In: MEW, Bd. 3. Berlin.
- Marx, K. (1974): Grundrisse zur Kritik der politischen Ökonomie. Berlin.
- Marx, K. (1961): Einleitung zur Kritik der politischen Ökonomie. In: MEW, Bd. 13. Berlin.
- Poulantzas, N. (1978): Staatstheorie. Politischer Überbau, Ideologie, Sozialistische Demokratie. Hamburg.
- Offe, C. (2006), Strukturprobleme des kapitalistischen Staates. Aufsätze zur Politischen Soziologie. Veränderte Neuausgabe, herausgegeben und eingeleitet von J. Borchert und St. Lessenich. Mit einem Vor- und Nachwort von C. Offe. Frankfurt am Main/New York.

## Exkurs

Tadeusz Kowalik

### Die Niederlage der sozialdemokratischen Alternative

»Einige der größten Kosten des sozialistischen Experiments der letzten 70 Jahre scheint darin zu bestehen, dass es *ausgeschlossen hat, viele andere Wege auszuprobieren*. So wie die ehemaligen sozialistischen Ökonomien sich auf den Weg gemacht haben, lässt uns hoffen, dass sie nicht nur den engeren Kreis der Wirtschaftsfragen, die ich aufgezeigt habe, im Gedächtnis behalten ..., sondern auch den weiteren Kreis gesellschaftlicher Ideen, der viele der Begründer der sozialistischen Tradition motivierte. Wahrscheinlich werden einige von ihnen *den weniger befahrenen Weg nehmen und wahrscheinlich wird das den ganzen Unterschied ausmachen, nicht nur für sie, sondern auch für den Rest von uns*« (Stiglitz 1990, 75).

»Zu unserem Unglück haben wir gewonnen« (Lech Walesa, nach seiner Wahl, in der Nacht des 4. Juni 1989)

#### Thema und Umfang der Betrachtung

Unter der sozialdemokratischen Option verstehe ich die gemischte Wirtschaftsordnung der staatlichen Marktwirtschaft, die darauf ausgerichtet ist, die Einkommens- und Lohnunterschiede zu mildern.<sup>41</sup> Die Politik des Staates beschränkt sich nicht auf die Festlegung rechtlicher Rahmen für den Markt, sondern strebt eine Vollbeschäftigung und den Erhalt oder die Stärkung des »Fürsorgestaates« an. Das bedeutet: Ein regulierter Markt, kein freier Markt, der die Tendenz hätte, alles zu privatisieren, was nur möglich ist. Ein starkes Merkmal dieser Option ist die Arbeitnehmerbeteiligung, deren Formen verschieden sein können: von den deutschen Betriebsräten bis zu den schwedischen Gewerkschaften, die die gesellschaftliche Basis der politischen Macht darstellen. Ein Musterbeispiel sind die sozialökonomischen Systeme der skandinavischen Länder. Nah heran kommt auch die partnerschaftliche Gesellschaftsordnung in Österreich. Zumindest bis in die 1970er, 1980er Jahre konnten die bundesdeutsche soziale Marktwirtschaft und die sozialen Systeme in Belgien und Holland als Beispiel gelten. Die Rede ist hier von den sozial-ökonomischen Optionen und nicht von den Parteien, die sich mit dieser Bezeichnung schmücken, deren Leistungen auf diesem Gebiet (bis auf wenige Ausnahmen) keinen Grund für Optimismus bieten.

41 Joseph Stiglitz (2004) bezeichnet sogar die US-amerikanische Wirtschaft mit dem Begriff »gemischt«.

Für einige Leserinnen und Leser mag es eine Überraschung sein, dass ich entgegen aller Vorbehalte gegenüber der Mehrgleisigkeit der Bewegung in ihrem Anfangsstadium und der Aufdringlichkeit der in der polnischen katholischen Kirche dominierenden konservativen Strömung die »Solidarnosc« für eine gesellschaftliche Bewegung halte, die sozialdemokratisch dominiert war. Den deutlichsten Ausdruck hat dies in ihrem Programm »Samorządna Rzeczpospolita« (»Selbstverwaltete Republik«) gefunden, das durch den ersten Kongress ratifiziert wurde (September, Oktober 1981).

In Polen hat es nie eine echte sozialdemokratische Regierung gegeben. Es gehören zwar gleich drei polnische Parteien der Sozialistischen Internationale an: der Bund der Demokratischen Linken (Sojusz Lewicy Demokratycznej, SLD), die Union der Arbeit (Unia Pracy, UP) und die Sozialdemokratie der Republik Polen (Socjaldemokracja Rzeczypospolitej Polskiej, SdRP). Als die erstgenannte Partei und danach zwei von den genannten Parteien an der Macht waren, unternahmen sie keinen ernsthaften Versuch, von dem in den Jahren 1989-1990 festgelegten Weg des Systemwechsels abzuweichen, von einem Weg, der mehr oder weniger konsequent den »Washington Consensus« umsetzte. Gerade dafür strichen sie allgemeines Lob von den Neoliberalen ein.

Aus diesem Grund versuche ich eher eine Antwort auf die Frage zu geben, warum die sozialdemokratischen Ideen im entscheidenden Moment großer Wahlen und richtungsweisender Entscheidungen eine Niederlage erlitten haben und möchte – wenn auch einseitig – auf ausgewählte Probleme hinweisen, die bisher notorisch vernachlässigt worden sind. Die Leserin, den Leser bitte ich zu bedenken, dass die Geschichte der von den Linken unternommenen Versuche, alternative Konzepte zu schaffen, wie auch die Geschichte der Linksparteien (in der Regel sind es viele kleine), Fraktionen, großer und kleiner Zeitschriften noch nicht aufgearbeitet ist. Sie wartet darauf, geschrieben zu werden.

Die interessanteste Fragestellung ist die nach den Ursachen für die überaus schnelle und konsequente Verwandlung der »Solidarnosc« – einer 10 Millionen Mitglieder zählenden gesellschaftlichen Bewegung mit einer anfänglichen Ausrichtung auf Arbeiterschaft und Sozialdemokratie – in ein unbedeutendes Anhängsel der Rechtsparteien. Schaut man zurück, so scheint das genannte Programm eher die Zusammenfassung eines kurzen und stürmischen Werdegangs der Gewerkschaftsbewegung zu sein als die Festlegung künftiger Handlungsrichtungen.

Unter vielen Einflussfaktoren trug am meisten der Kriegszustand dazu bei, während dessen Dauer die »Solidarnosc« zu einer Kaderpartei antikommunistischer Revolutionäre wurde. Darauf folgte die »Dekapitation« der wiederentstehenden Gewerkschaft, als deren aktivste Führer und Berater mit Lech Walesa an der Spitze den Exodus zu den Gipfeln der Macht antraten.

Aus der Perspektive von fast dreißig Jahren (1980-2009) sollte der am Beginn zitierte Ausspruch Walesas vor allem aussagen: Die gesellschaftliche Bewegung der »Solidarnosc« hat politisch gesiegt, indem – natürlich unter reformatorischer

Hilfe eines Teils des alten Systems – der »real existierende Sozialismus« abgeschafft wurde. Gleich darauf betrat Polen jedoch den gefährlichen Weg der alternativen Nachahmung des neoliberalen Musters, auf dem die Totengräber des alten Systems, die Industriearbeiter, wieder in die Position der »Proleten« abgeschoben wurden. So verstehe ich dieses von Walesa gesetzte Ausrufezeichen hinter seinen Worten. Natürlich könnte der damalige Arbeiterführer auch ausschließlich daran gedacht haben, dass zu dieser schwierigen Zeit die Leute aus der »Solidarnosc«, sein Stab, überhaupt nicht auf die Machtausübung vorbereitet waren. Am wenigstens erwies sich gerade er, Lech Walesa, als darauf vorbereitet. Er war der Meinung, dass eine starke Gewerkschaft ein Reformhindernis darstelle. Eine solche Antwort gab er führenden Gewerkschaftern, als sie ihm vorwarfen, dass er nicht den Wiederaufbau einer starken Gewerkschaft anstrebe (Lawinski 1989). Er war sich dessen nicht bewusst, dass gerade starke Gewerkschaften eine gesellschaftliche Basis für die Reformen hätten werden können, hätte man die schwedische Erfahrung genutzt. Voreilig (ohne Inhalte zu kennen) unterstützte er das Programm von Leszek Balcerowicz mit seiner Ausrichtung gegen Gewerkschaften und Arbeiterschaft.

Der Vorschlag Walesas, der Regierung außerordentliche Befugnisse von fast unbegrenztem Ausmaß zu übereignen, findet in der Geschichte der Gewerkschaften wohl nicht seinesgleichen. Im Wortlaut seiner Erklärung vom 13. Dezember 1989 heißt es: »Ich schlage vor, die Regierung mit besonderen Vollmachten bei der rechtlichen Regelung folgender Fragen auszustatten:

- Strukturwandel der Wirtschaft
- Eigentumsänderungen
- Demonopolisierung des staatlichen und genossenschaftlichen Sektors
- Steuersystem
- System der Buchhaltung
- Bankensystem
- Änderung der Strukturen des Staates, darunter der kommunalen Selbstverwaltungen.«

Das ist ein geradezu schockierender Vorschlag. Wo die Gesellschaft hätte erwarten können, dass der Arbeiterführer verlangt, ein solch radikales Regierungsprogramm mit den Gewerkschaften zu verhandeln, verkündet er einen Vorschlag, der deutlich über die Grenzen der aktuellen Reform hinausgeht – einen Vorschlag, der mit einer totalen Kapitulation der Gewerkschaften zugunsten autoritärer Macht gleichzusetzen ist. Die Funktionäre der »Solidarnosc«, meistens Arbeiter, bezichtigen die Intelligenz des Verrates. Aber was tat der »Arbeiter Nr. 1« im Lande »seinen« Kollegen an?

Mehrfach habe ich mich mit dem im Titel genannten Problem befasst – sowohl als Anhänger der sozialdemokratischen Option, als ich zu ihren Gunsten argumentierte (bis 2002 als einer der Begründer und Mitglied der Unia Pracy), als auch als Wirtschaftswissenschaftler, der sich auf die vergleichende Analyse öko-

nomischer Systeme spezialisiert hat. Über den höchsten Grad an Systematik und Analytik verfügt die englische Studie mit dem Titel »Why social democratic option failed? Case of Poland« (Kowalik 2001). Eine sehr detailreiche Besprechung der entstandenen sozialökonomischen Ordnung in Polen enthalten die Positionen in Kowalik (2005, 2006).

Nicht in Frage stellen will ich die Tatsache, dass dieselbe geopolitische Aura, die es möglich gemacht hatte, dass Polen friedlich aus der Beherrschung durch die UdSSR ausbrechen und der »real existierende Sozialismus« begraben werden konnte, einem eigenständigen Weg in eine neue Ordnung nicht gerade förderlich war. Die ideelle und politische Invasion des Reaganismus und Thatcherismus, insbesondere die imperiale Politik der USA als einzige verbliebene militärpolitische Supermacht, erwies sich sowohl für die Gewerkschaften als auch für die sozialdemokratische Option als vernichtend.

Aber es war nur eine Aura, der man sich gerade mit der »Solidarnosc«, die zu einem mächtigen internationalen Mythos geworden war, hätte entgegensetzen können; dank der Gesprächs- und Kompromisskultur, die Polen so meisterhaft in Gdansk und Szczecin initiiert und mit den Vereinbarungen des Runden Tisches gekrönt hatte, die die Umriss einer »neuen ökonomischen Ordnung« gemäß der Idee der »Selbstverwalteten Republik« enthielten. Nicht alles aus dem Programm der »Solidarnosc« und aus den Vereinbarungen des runden Tisches hätte aufrechterhalten werden können. Aber die Bewegung und ihr Programm gaben Hoffnung und schufen die Grundlage dafür, dass Polen die einfache Imitation hätte verhindern können. Gerade, weil die Globalisierung die Systemunterschiede der damaligen Welt nicht nivelliert hatte. Am Beginn des neuen Jahrtausends stand – im Gegenteil – eine Verstärkung dieser Systemunterschiede, belegt durch den Systemwandel in China, Indien, Brasilien und Venezuela. Und in Europa gibt es die erstaunlich beständige Erfahrung der skandinavischen Länder. Schweden und Finnland befanden sich Anfang der 1990er Jahre in einer tiefen Krise. Ihre Rettung suchten sie jedoch nicht im IWF, sondern schafften es mit eigenen Kräften, nicht nur innerhalb weniger Jahre aus der Krise zu gelangen, sondern sich auf Spitzenpositionen im weltweiten Ranking der wissenschaftsgestützten Wirtschaftssysteme zu schieben. Dabei bewahrten sie ihre Systemeigenheiten, obwohl sie seit 1995 der neoliberalen EU angehörten.

Anfänglich hätten die Wahlen vom 4. Juni 1989 ein Sieg für die Vertreter einer starken, von der Idee der Selbstverwaltung beseelten Arbeiterbewegung auf sozialdemokratischer Grundlage sein können. Jedoch wurde nach dem Sieg im Sommer des Jahres 1989 ein Rechtsruck spürbar und vollzogen, in dessen Ergebnis eines der ungerechtesten sozialökonomischen Systeme Europas in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts entstand. Die Arbeiterrevolte fand ihren Abschluss in einer epigonischen bürgerlichen Restauration des Kapitalismus nach angelsächsischem Muster.

Ohne auf Einzelheiten einzugehen, halte ich für die wichtigsten Merkmale dieser Ordnung:

- die höchste Arbeitslosenquote unter den EU-Ländern bei Langzeitarbeitslosen, die höchste Arbeitslosenquote bei Jugendlichen
- die größten Ausmaße von Armut, insbesondere von Kinderarmut,
- enorme Einkommensunterschiede in der EU (wahrscheinlich die größten nach Portugal)
- konfliktbelastete Arbeitsverhältnisse.

Diese Merkmale sind konstitutive Eigenschaften des polnischen Kapitalismus, die nur sehr schwer abzuschaffen sein werden.<sup>42</sup>

Was hat eine solche Form der Veränderung der Gesellschaftsordnung bedingt? Welche Faktoren haben gewirkt? Die Leserin, der Leser mögen bewerten, ob es mir etwas gelingt, dieses Paradoxon zu beleuchten.

### *Die »Schwedische Lektion« wurde ignoriert*

Welch viel versprechende Schritte waren doch unternommen worden. Noch am Vorabend der systementscheidenden Wahlen, zog das schwedische Modell die Aufmerksamkeit der polnischen Wirtschaftswissenschaftler/innen auf sich. Neun von ihnen gingen Ende Januar/Anfang Februar 1989 mit dem Stellvertretenden Vorsitzenden des Konsultationsrates Wirtschaft (KRG) der Regierung, Jan Mujzel, an der Spitze auf eine Studienreise nach Stockholm. Das Ergebnis war ein 70 Seiten umfassender Bericht mit einigen Anhängen (Konsultacyjna 1989). Es ist schwer zu verstehen, warum dieses Ereignis nicht der Ausgangspunkt für die Debatte über das Gesellschaftsmodell wurde – weder im Parlament noch am Runden Tisch. Das Fazit hätte sehr wohl Anlass dazu gegeben.

Die Autoren nehmen auf das schon damals in Mode gekommene Wort Bezug, man müsse auf »bewährte Lösungen« zurückgreifen, akzentuieren aber die Unterschiede. »Während die Grundmechanismen des Marktes in den entwickelten Industriestaaten analog oder ähnlich funktionieren, sind z. B. die Proportionen der Verteilung des Sozialprodukts und die Prinzipien der Wirtschaftspolitik grundsätzlich verschieden. Unter diesem Gesichtspunkt ist das schwedische Wirtschaftsmodell besonderes Interesse wert. Die schwedische Wirtschaft funktioniert unter den Gegebenheiten harter Effizienzmaßstäbe, die durch den internationalen Markt aufgezwungen werden. Aus diesem Grund gibt es u.a. keinen Platz für Paternalismus gegenüber Unternehmen oder dauerhaft nicht effizienten Branchen. Aber selbst umfangreiche Programme zum Strukturwandel wie zum Beispiel die Liquidierung fast der gesamten Werftindustrie (die bis vor kurzem als eine der modernsten in der Welt galt), verlaufen dort unter den Bedingungen von sozialer Ruhe, trotz anhaltender gewerkschaftlicher Stärke. Das Geheimnis des Erfolges liegt darin, was die Schweden aktive Beschäftigungspolitik nennen. Anstelle Gelder für die Unterstützung Arbeitsloser bereit zu stellen, sucht man zuerst eine Ar-

<sup>42</sup> Eine genauere Besprechung der entstandenen sozialökonomischen Ordnung in Polen enthalten Kowalik (2005, 2009).

beitsmöglichkeit für potenziell von der Arbeitslosigkeit bedrohte Beschäftigte. In der Belegschaft der liquidierten Werften wurde niemand dem eigenen Schicksal überlassen (...). Wirtschaftlicher Radikalismus koexistiert in Schweden mit sozialer Solidarität, und diese Philosophie der Lösung von Konfliktsituationen ist die Antithese zum Thatcherismus. In England zieht die Schließung unrentabler Unternehmen meist größere Arbeitslosigkeit und in deren Folge Streiks und soziale Spannungen nach sich. In Schweden verläuft eine solche Operation eher konfliktfrei« (ebenda, 3-4).

Die Autoren weisen darauf hin, dass die Liquidierung der Werftindustrie von den Sozialdemokraten vorgenommen wurde, während die zuvor regierenden Konservativen diesen Industriezweig subventioniert hatten.

In dem damals in Schweden unabhängig von der Marktposition des jeweiligen Unternehmens geltenden Grundsatz »gleicher Lohn für gleiche Arbeit« sahen die Autoren den interessanten Mechanismus eines automatischen Strukturwandels in der Wirtschaft bei Eliminierung von schwachen Firmen und Motivation der Innovationskraft der anderen. Sie verglichen in den nachfolgend genannten Fragen die schwedische Realität mit der polnischen: Haltung der grundlegenden sozialen Kräfte zu strukturellen Veränderungen in der Industrie, Verständnis der Prioritäten im Prozess des Strukturwandels, herrschende Mechanismen und ihre finanziellen Aspekte, Unternehmensmanagement und Organisationsstruktur zur Steuerung der Industrie, Agrarpolitik, Genossenschaften usw. Der Bericht ist für einen nur fünftägigen Aufenthalt in Stockholm ungeheuer ausgereift. Geholfen haben die dort angesiedelten Emigranten aus Polen.

Die allgemeine Botschaft an die polnische Regierung nimmt die Festlegungen der späteren Verfassung der Republik Polen voraus: »Festzustellen ist demnach eine wesentliche Ähnlichkeit zwischen den Werten, denen die Wirtschafts- und Sozialpolitik der Sozialdemokraten in Schweden untergeordnet ist, und denen, die wir in Polen verwirklichen oder zu verwirklichen versuchen: Vollbeschäftigung, leistungsabhängige Entlohnung, soziale Sicherheit. Umso mehr lohnt es, die schwedischen Erfahrungen zu studieren; einige von ihnen sind unmittelbar für den Prozess der Wirtschaftsreformen und die laufende Politik nützlich« (ebenda, 5).

Unter besonderer Berücksichtigung der Industriepolitik, insbesondere des Strukturwandels in den alten Branchen, erarbeiteten die Autoren spezielle Anhänge, die dem vom Konsens geprägten Strukturwandel in der Stahl- und Werftindustrie gewidmet sind.<sup>43</sup> Man kann sagen, dass sie vernünftige Proportionen zwischen der Beschreibung der systeminhärenten Prinzipien der schwedischen Wirtschaft einerseits und den brennenden pragmatischen Fragen andererseits, die sich aus Modellannahmen ergaben, gewahrt haben.

43 Im Bericht wurde auch darüber informiert, dass die Studien zu den allgemeinen Grundsätzen der schwedischen Industriepolitik sich zur Einsichtnahme am Sitz des Konsultationsrates Wirtschaft befanden. Danuta Gotz-Kozierkiewicz (1989) veröffentlichte einen Artikel über das schwedische Steuersystem.

Schweden lieferte noch ein weiteres – wie sich später erwies – potenziell sehr wichtiges Beispiel für Polen: die Beibehaltung der elementaren Grundsätze des Keynesianismus in der Wirtschaftspolitik. Dies hing mit Sicherheit damit zusammen, dass die schwedischen Ökonomen daran mitgewirkt haben. In Schweden hielten der Monetarismus und die marktwirtschaftliche Rhetorik von Reagan nur in sehr beschränktem Maße Einzug. Das fand seinen Ausdruck darin, wie die konservativ-liberale Regierung von Carl Bildt auf die Krise der schwedischen Wirtschaft in den Jahren 1991-1994 reagierte. Auf dem Gipfel der Krise erreichte die Arbeitslosigkeit 13 Prozent. Welche Reaktion gab es seitens der Regierung? Im Jahr 1993 bediente man sich eines für ein hoch entwickeltes Land absolut überhöhten Haushaltsdefizits. Der Unterschied zwischen den Einnahmen des Staates am Bruttoinlandsprodukt (60 Prozent) und den Ausgaben (73 Prozent), d. h. das Defizit des Sektors der öffentlichen Finanzen, erreichte 13 Prozent des BIP. Erinnern wir uns auch daran, dass Schweden damals zur Rettung der Liquidität der Banken und der Währung den Mut aufbrachte, drastische Mittel einzusetzen (an dieses Beispiel erinnerten die Amerikaner im Kampf mit der aktuellen Krise). Dank dieser Maßnahmen wuchs die Armut trotz der für dieses Land beispielslos hohen Arbeitslosigkeit (von 13 Prozent) nicht; auch die Einkommensunterschiede entwickelten sich nicht wesentlich.

Eingefleischte Marktwirtschaftler stimmen bei einem großen Defizit gewöhnlich eine Wehklage an: Für solchen Leichtsinn zahlt man eine lange Zeit. Schweden demonstrierte – neben Finnland – über eine lange Zeit eine ungewöhnliche Begabung, die Politik der Krisenbewältigung mit einem Modernisierungsschub zu kombinieren. Bereits wenige Jahre später belegten beide Länder vordere Plätze im weltweiten Ranking der wissensorientierten Gesellschaften.

Potenziell richtete sich der aus Schweden mitgebrachte Bericht gegen die ein halbes Jahr später unter der Federführung des IWF vorbereitete Notoperation, die offiziell »Balcerowicz-Plan« genannt wurde. Aber was konnte es nutzen, wenn selbst die Teilnehmer dieser Studienreise, Jan Mujzel und Marcin Swicki, nicht ein einziges Mal während der Beratungen des Runden Tisches darauf Bezug genommen haben, obwohl sie zu den aktivsten Teilnehmern zählten. Wahrscheinlich hat diese wenigen Monate später, als sich das Schicksal der neuen sozialökonomischen Ordnung entschied, keiner der führenden Köpfe und Autoren des sozialökonomischen Programms diesem Bericht und den daraus resultierenden Empfehlungen auch nur die geringste Aufmerksamkeit geschenkt.

Potenziell hätte das Phänomen, das nur wenig später als das »The East Asian Miracle« (World Bank 1993) bezeichnet wurde, eine ähnlich interessante Erfahrung wie die schwedische darstellen können. Diese Bezeichnung vergab die Weltbank an ein Buch, das den »ostasiatischen Tigern« gewidmet war. Die Erfahrung dieser Länder und ihrer Wirtschaftssysteme wurde zur Grundlage einer der tiefgehendsten Revisionen der herrschenden ökonomischen Doktrin. Japan und Taiwan durchbrachen – wie wenig später Südkorea – die bis dahin vorherrschende Über-

zeugung, dass das Anwachsen der Einkommensunterschiede und in der Konsequenz der Vermögensunterschiede der Preis der kapitalistischen Industrialisierung sein müssten. Alle drei Länder begannen den Prozess der beschleunigten Industrialisierung mit einem radikalen Ausgleich von Vermögens- und Eigentumsverhältnissen.

Aus dieser Erfahrung leitet der Vizechef der Weltbank und spätere Nobelpreisträger Joseph Stiglitz einige Jahre später eine wichtige theoretische Schlussfolgerung ab. Er wird erklären, dass die ostasiatische Erfahrung ihn dazu bewegt habe, von der Überzeugung abzugehen, dass Frühstadien der Industrialisierung unbedingt mit einem Anwachsen der Ungleichheit einhergehen müssen. Die Länder Südasiens haben mit ihrer egalitären Politik die bekannte ›trickle down‹ Konzeption für ungültig erklärt, dass eine automatische Reduzierung der Ungleichheiten erst im Ergebnis der wirtschaftlichen Entwicklung eintritt. Simon Kuznets bewies, dass wirtschaftliches Wachstum mit einem Anwachsen der Ungleichheit verbunden ist; Arthur Lewis war der Meinung, dass Ungleichheit notwendig ist, weil die Akkumulation des Kapitals Kern der Entwicklung ist. Weil die Reichen mehr sparen als die Armen, vergrößern größere Ungleichheiten die Spareinlagen und damit auch das Wachstum.

»Die ostasiatischen Wirtschaften haben gezeigt, dass ein hoher Spargrad auch in einer egalitären Umgebung gesichert sein kann und dass die Akkumulation des menschlichen Kapitals genau so wichtig – wenn nicht wichtiger als das Wachstum des physischen Kapitals ist« (Stiglitz 1997, 13).

Auf eben diese Vorteile der »asiatischen Tiger« verwies Kazimierz Laski (1989), als er unterstrich, dass Polen eine Mischung ähnlich dem südkoreanischen oder früh-japanischen Modell benötigen würde. In beiden Ländern wurden die besten Eigenschaften der privaten Marktwirtschaft und des staatlichen Interventionismus geschickt verbunden. »Eine solche Symbiose ergibt – wie zu sehen ist – einen kolossalen Beschleunigungseffekt.« Das sagte er einem Journalisten von »Zycie Gospodarze« kurz bevor das Parlament das Balcerowicz-Programm annahm.

»Ich kann mir nicht vorstellen« – sagte er – »dass ein moderner Staat auf seine aktive Rolle in der Wirtschaft verzichtet und alles nur darauf ankommen lässt, was der Markt mit sich bringt. Um so weniger, weil absolut unklar ist, wie der Markt solche Probleme wie z. B. die Finanzierung von Grundlagenforschung in Bereichen des technischen Fortschritts oder des Ausbaus der wirtschaftlichen Infrastruktur lösen sollte. Dies aus der Hand zu geben, wäre genau so gefährlich wie die Doktrin, dass jedes Bund Petersilie vom Staat verkauft werden müsse« (ebenda).

## Die Transformationsalternativen von Brus/Laski und Kornai

Obwohl – wie wir wissen – der politische Diskurs und die politische Szene vom Zeitgeist des freien Marktes dominiert wurden, gab es damals viele Stimmen, die der oben zitierten ähnlich waren.<sup>44</sup> Sie beschränkten sich auf keinen Fall nur auf publizistische Impressionen. Ein von dem angelsächsischen Modell abweichender Transformationsweg fand eine breite theoretische Begründung. Unter den polnischen Ökonomen in der Emigration überwog zwar die Richtung, die von den bekannten »Marriott-Brigaden« vorgegeben wurde, welche das Evangelium des »Washington Consensus« predigten. Aber auch bei den Linken war die Stimme eines Teils von ihnen eindringlich und eindeutig zu vernehmen.

Kazimierz Laski, der ehemalige Prorektor der Handelshochschule (Szkola Główna Handlowa) war einer von denen, die Polen im Ergebnis der antisemitischen und antirevisionistischen Kampagne im März 1968 vertrieben hatte und der es dennoch über alle Erniedrigung hinweg bis heute als sein übergeordnetes Ziel betrachtet, seinem ehemaligen Vaterland zu helfen.

In der Emigration befanden sich auch zwei weitere hervorragende Ökonomen, der in Oxford ansässige Włodzimierz Brus und sein ehemaliger Schüler an der Warschauer Universität, der Dozent der London School of Economics, Stanisław Gomulka. Anfänglich waren alle drei bereit, sich in den Dienst der polnischen Reformen zu stellen, wenn auch auf unterschiedliche Art und Weise. Das Schicksal dieser drei Ökonomen mit dezidierten Ansichten kann als Modellbeispiel für eine Plus-Minus-Darstellung verwendet werden, d. h. dafür, wer angehört wurde und wessen Meinung ignoriert wurde. Zu dieser Gruppe ist noch Janos Kornai hinzuzufügen, dessen vorher und nachher in Polen verlegte Bücher eine bedeutende Rolle spielten.

Im Jahr 1989 erschienen zwei sich in vielen Aspekten unterscheidende Publikationen – allerdings mit ein und derselben Botschaft. Diese Bücher waren sozusagen »auf aktuelle Bestellung« der Gesellschaft geschrieben. Es geht um das Pamphlet des ungarischen Ökonomen Janos Kornai »Der Weg zur freien Wirtschaft« ([1989]1991) und das mehr historisch-analytische Werk von Brus/Laski »Von Marx zum Markt« ([1989]1992). Brus war damals schon durch seinen jahrzehntelangen »Albtraum der Reformierung des sozialistischen Wirtschaftssystems« bekannt. Laski, sein Schüler und Freund, damals in Polen und im Westen weniger bekannt, wurde mit diesem Buch zum neuen »Schreckgespenst« für die Korrektur des Übergangs zur privaten Marktwirtschaft ernannt. Unter den neuen

44 Der einzige Kandidat für den Ministerposten in der Regierung von T. Mazowiecki, der sich auf das schwedische Modell berief, war Witold Trzeciakowski. Während der Anhörung vor der Sejmkommission soll er gesagt haben, dass sein Traum die »Marktwirtschaft in der schwedischen Ausführung sei, d. h. ein kapitalistisches Produktionssystem aber ein sozialistisches Verteilungssystem«. »Die Privatisierung würde ich nicht um jeden Preis anstreben – zugunsten von Mittelwegen mit Verweis auf die Produktivität der eigenständigen Staatsbetriebe z. B. in Italien« (Przeglad 1989).

Bedingungen und gegenüber den neuen Herausforderungen übernahm Laski quasi den Staffelnstab von seinem Meister, der enttäuscht durch die fast völlige Ignoranz gegenüber seiner Botschaft aus dem Spätsommer 1989, in privaten Gesprächen wiederholte: »Ich habe genug Ratschläge erteilt«.

Brus und Kornai gehörten unter den damals lebenden Reformökonomien des Sowjetblocks zu denen, die zuerst – sogar in der Stalinzeit – Anhänger des Staatssozialismus gewesen waren und nachfolgend zu dessen konsequentesten Kritikern wurden.

Nachdem sie anfänglich an die Möglichkeit geglaubt hatten, ihn sinnvoll zu gestalten, waren sie nach Wegfall dieser Hoffnungen auf der Suche nach Alternativen.

Allerdings enden hier die Ähnlichkeiten. Kornai – Sohn eines Landes, in dem der Sozialismus im Herbst 1956 auf den Straßen von Budapest »erschossen« wurde – verabschiedete sich damals von der regierenden Partei und machte bis auf eine Ausnahme (sein Eintritt in den Rat der Zentralbank) den »real existierenden Sozialismus« zum Gegenstand der objektiven Analyse, weit davon entfernt, Rezepte verteilen zu wollen. Brus hingegen kämpfte seit 1953 hartnäckig um Reformen, beteiligte sich an verschiedenen Partei- und Staatsgremien (war einer der aktivsten Stellvertretenden Vorsitzenden des Ökonomischen Rates beim Ministerrat und ein Hauptautor dessen Programmdokumente). In die Weltliteratur fand er Eingang als Schöpfer des Modells der »Planwirtschaft mit eingebautem Marktmechanismus« und der Partei kehrte er erst 1967 den Rücken.

Im Jahr 1989 gaben beide die Hoffnung auf eine Reformation des »real existierenden Sozialismus« auf. Mit welcher Botschaft überbrachten sie ihre Schlussfolgerungen?

Kornai unterstrich manifest die Bindung an die »freie Wirtschaft«, d. h. die kapitalistische Wirtschaft des freien Marktes, mit einer deutlichen Verbeugung vor den Monetaristen (»Inflation wird von den Regierungen gemacht«) und ohne jegliche Bindung an den Sozialismus, seiner Meinung nach galt sogar die »Idee des Marktsozialismus« als verbrannte Idee. 1989 wirft er alle Waffen eines Weisen<sup>45</sup> in die Waagschale für einen normativen, an mancher Stelle pamphletischen Kampf um die Gestalt der kapitalistischen Wirtschaft. In seinem Buch finden Leserinnen und Leser einige Dutzend Gebote und mindestens genau so viele Verbote. Es erinnert also mehr an einen Katechismus als an ein analytisches Werk.

Das Buch von Brus/Laski ist analytisch. Erst gegen Ende enthüllen die Autoren ihre axiologischen Annahmen. Obwohl sie den Sozialismus (auch in der Marktversion) als Alternative zum Kapitalismus ablehnen, verzichten sie nicht auf sozialistische Werte. Somit unterzogen sie die Instrumente der Wirtschaftspolitik einer näheren Betrachtung, die auf Vollbeschäftigung, Eindämmung der zyklischen Krise und der Einkommensunterschiede hinzielen.

45 Jemand, der auch heute zu sagen vermag, dass auf seine Ansichten Friedrich A. Hayek, Joseph Schumpeter, aber am stärksten Karl Marx Einfluss genommen haben (Kornai 2008).

Trotz dieser Unterschiede verbindet beide Bücher etwas sehr Wichtiges in Hinsicht auf die grundsätzliche Entscheidung, vor der ihre Länder – Ungarn und Polen und nachfolgend andere postkommunistische Länder – standen. Obwohl Kornai seine Schlussfolgerungen mit der Eigentumsproblematik einleitet und die polnischen Ökonomen ihre mit dieser Problematik beenden, ist sich das Trio einig, dass die Eigentumsstruktur die grundlegende Säule der neuen Ordnung darstellt. Schlüsselangelegenheit ist die Perspektive einer vernünftigen Schaffung der neuen Ordnung – und damit solcher Eigentumsumgestaltungen, die die Grundlage für eine effiziente und zugleich gerechte Wirtschaft bilden. In beiden Fällen geht es um die Aussicht einer *evolutionären* Entwicklung. Kornai verurteilt mit ganzer Härte den »Kavallerieangriff« der ungarischen Radikalen, weist die Vorstellung, öffentliches Eigentum zu verteilen, zurück, protestiert gegen die leichtsinnige Abwertung des Vermögens beim Verkauf staatlicher Betriebe.

Und das ist die allgemeine Vision von Kornai: Wir »müssen damit rechnen, dass über die nächsten zwei Jahrzehnte hinweg in Ungarn eine *dualistische* (...) Wirtschaft bestehen wird, die sich aus den beiden Teilen des staatlichen und des privaten Sektors zusammensetzen wird. Der Anteil des staatlichen Sektors kann sich nur schrittweise verringern: wir müssen uns bemühen, die Effizienz dieses Sektors zu erhöhen, aber sollten uns keinen falschen Hoffnungen hingeben. Ob es uns gefällt oder nicht, der staatliche Sektor beinhaltet viele negative Eigenschaften. Wir müssen danach streben, diese durch die Anwendung einer strikten Finanzdisziplin und entsprechende parlamentarische Kontrolle (...) zu minimieren. Die Bedingungen für den privaten Sektor müssen konsequent liberalisiert werden, bürokratische Hindernisse sind abzuschaffen. Es sind entsprechende fiskalische und monetäre Instrumente anzuwenden, um seine schnelle und dynamische Entwicklung zu unterstützen (...), aber wir werden dennoch einen langen Zeitraum der Koexistenz beider Sektoren vor uns haben« (Kornai 1991, 64).

Ähnlich, wenn auch nur bis zu gewissen Grenzen, schreiben Brus/Laski: »Ausgangspunkt des Evolutionsprozesses ist ein Zustand, in dem Staatsbetriebe dominieren, und diese Tatsache ist nicht von heute auf morgen zu ändern. Die einzige realistische Perspektive für den Marktsozialismus ist somit in der absehbaren Zukunft die *Mischform*, in der verschiedene Formen der Staatsunternehmen gleichberechtigt mit privaten und genossenschaftlichen Unternehmen konkurrieren.

Dies bedeutet, dass das Einfügen der Staatsunternehmen in die tatsächlichen Marktrahmen (inklusive Kapitalmarkt) mit möglichst geringen Verlusten von wesentlicher Bedeutung ist. Was eine langfristige Perspektive betrifft, so muss die Entwicklung der Eigentumsstruktur einer *objektiven* Überprüfung auf ihre soziale und ökonomische Eignung unter den sich ständig ändernden Bedingungen (...) unterzogen werden« (1992,183).

Die Botschaft der polnischen Autoren bedarf einer Erläuterung. *Erstens* verstanden Brus/Laski unter Marktsozialismus die durch die Umstände erzwungene, verhältnismäßig schnelle Privatisierung der Wirtschaft unter den Bedingungen der

Koexistenz staatlicher und privater Unternehmen mit anfänglicher Übermacht der erstgenannten Unternehmen. *Zweitens* sprechen sich Brus/Laski für die »objektive Überprüfung« der Effizienz beider Sektoren »auf gleicher Augenhöhe« aus. Hier ist der Pessimismus bezüglich der Leistungsfähigkeit staatlicher Firmen geringer als beim ungarischen Ökonomen. Die Vorlage zu einer solchen Herangehensweise erhielten die polnischen Autoren u. a. aus der britischen Erfahrung. Unter Berufung auf die Meinung »einiger Beobachter«, die die Schuld für die schlechten Ergebnisse nicht im öffentlichen Eigentum als solchem, sondern in der falschen Politik der Regierung suchen, merken die polnischen Autoren an: »Eine gewisse Ironie des Schicksals bewirkt, dass das letzte Argument paradoxe Bestätigung in der Verbesserung der Betriebsergebnisse öffentlicher Firmen in Großbritannien gefunden hat, als die konservative Regierung von Margaret Thatcher im Zeitraum vor der Privatisierung die Haushaltsbeschränkungen eingefroren und den nationalisierten Unternehmen eine ganz ordentliche Wirtschaftlichkeit abgerungen hat« (ebenda, 170).

Eine andere Politik für die Sektoren schlug Kornai vor. Er sprach sich für eine diskriminierende Politik gegenüber dem in der Vergangenheit stark privilegierten Staatssektor aus. Umso mehr verdient es besondere Aufmerksamkeit, dass er den Zeitraum der dualen Wirtschaft sogar auf zwanzig Jahre festsetzte und das in einem Land, das einige Male kleiner als Polen ist und infolge der Reform von 1968 stärker kommerzialisiert war. Fügen wir hinzu, dass Kornai deutlich das Entstehen von Unternehmen natürlicher Personen bevorzugte. Nur die, die reicher werden und ihre Kraft verspüren, könnten sich in Gesellschaften zusammenschließen. Diese Strategie sollte dem organischen Prozess der Entstehung einer gesunden Mittelschicht dienen – durch die Akkumulation von Ersparnissen. Kornais Botschaft beinhaltete, dass die Systemtransformation ein Stück »gute Arbeit« sein kann und sein sollte, was heißt, dass Eile hier fehl am Platz ist.<sup>46</sup>

Kornai äußerte sich auch vorsichtig zum ausländischen Kapital. Er zählte die daraus resultierenden Vorteile auf, aber unterstrich gleichzeitig, dass eine Zulassung nur bis zu bestimmten Grenzen in Übereinstimmung mit dem nationalen Interesse erfolgen sollte. Er überlegte, ob seitens der Regierung nicht von vornherein eine Grenze für die Zulassung von ausländischem Kapital gesetzt werden sollte.

Die ultraradikale Euphorie der polnischen Machthaber sowie ihre selbstverschuldete Isolation bewirkten, dass weder die ungarische Originalausgabe (1989), noch die nachfolgende englische (1990) oder polnische Ausgabe (1991) von Kornais Buch wahrgenommen wurden. Ähnlich war es um das Schicksal der Bücher der beiden polnischen Autoren bestellt. Sowohl die aufeinander folgenden englischen Ausgaben (1989, 1990) wurden wie die polnische Übersetzung (1992) und

46 Gerade diese Botschaft entschied darüber, dass die Stiftung Polska Praca beschloss, Kornais Buch so schnell wie möglich in polnischer Sprache herauszugeben. Wir hatten nur übersehen, dass die Veröffentlichung durch eine linke Organisation eine hohe Barriere für seine Verbreitung darstellt.

auch der Besuch von Brus in Polen durch die politische Elite, einschließlich der führenden Medien, total ignoriert.

Heute kann man – ausschließlich zu Studienzwecken – folgendes Denkspiel durchführen. Wie anders hätte sich die polnische Variante des Kapitalismus entwickeln können, wenn die Machthaber ihre Reformbestrebungen erst nach aufmerksamer Lektüre, Verdauung und Anwendung dieser beiden Bücher durchgeführt hätten.

Fügen wir noch eines dazu. Obwohl die Equipe um Balcerowicz sich so gern auf die Schriften von F. A Hayek berief, waren es in den hier angesprochenen Fragen eben Kornai, Brus und Laski, die mit dem österreichischen Ökonomen übereinstimmten und nicht die Equipe Balcerowicz. Wovor warnte Hayek die Politiker im Zusammenhang mit dem Übergang von der zentralisierten Kriegswirtschaft zur Marktwirtschaft? »So sehr wir uns auch eine schnelle Rückkehr zur freien Wirtschaft wünschen, so kann dies doch nicht bedeuten, alle kriegsbedingten Beschränkungen auf einen Schlag abzuschaffen. Nichts würde das System des freien Unternehmertums mehr kompromittieren als eine gewaltsame (...) Umverlagerung und Instabilität, die durch solche Maßnahmen verursacht werden könnten. Das Problem besteht darin, welche Art des Systems im Ergebnis einer genau durchdachten Politik der schrittweisen Verringerung der Kontrolle in eine beständige Struktur umgewandelt werden muss, was sich über Jahre hinweg ziehen muss« (Hayek 1996, 210, Anmerkung). Und noch deutlicher: »Die einzige Sache, die die moderne Demokratie nicht überstehen kann, ohne Schaden an sich selbst zu nehmen, ist die wesentliche Verschlechterung des Lebensstandards in Friedenszeiten und sogar eine längere Stagnation der wirtschaftlichen Bedingungen« (ebenda, 211). Die spätere Praxis der Mannschaft um Ludwig Erhard ging eben diesen Weg der Verantwortung für den Wohlstand der Bevölkerung. Alle hier Genannten, Brus, Kornai, Laski wie auch Hayek, waren der Meinung, dass Ökonomen an etwas Wichtigeres als die Wirtschaft denken müssen, an die Menschen und die Gesellschaft. Trotz wesentlicher Unterschiede war dies ein verbindender Gedanke.

## **Emotionen und Ideen regieren die Welt**

Man kann darüber nachdenken, warum die Botschaft von Brus/Laski ignoriert wurde, obwohl gerade Brus über viele Jahre hinweg (1974, 1985, 1987, 1989) hartnäckig behauptet hatte, dass eine Bedingung für erfolgreiche Reformen politische Demokratisierung sei. Als er an seinem Buch und der Polemik mit Stanislaw Gomulka Ende der 1970er Jahre einige Korrekturen vornahm, schrieb er: »All das heißt nicht, dass ich der politischen Demokratisierung als Faktor für die Rationalisierung der Wirtschaft in den Ländern des real existierenden Sozialismus gegenwärtig weniger Bedeutung beimessen würde. Im Gegenteil, die Erfahrung der

letzten Dekade (es geht um die Jahre 1977-1987 – T. K.) verstärkt, meiner Meinung nach (...), die Bedeutung politischer Veränderungen (...), die sich aus den Schwachstellen (...) ergeben und die größte Schwachstelle ist die monozentrische Ordnung (...). Deshalb kann ich der von Stanislaw Gomulka vorgeschlagenen Reihenfolge der Prozesse nicht zustimmen: »An erster Stelle die ökonomische Entwicklung durch die Marktorientierung der Wirtschaft und erst danach – unter dem Einfluss von Veränderungen in der sozialen Struktur und im Verhältnis des Bedarfs an materiellen und immateriellen Gütern (zugunsten der letztgenannten) – eine wahrscheinliche Stärkung des Demokratiebedarfs« (Brus 1987).

Die großen Ereignisse des Jahres 1989 scheinen zu beweisen, dass Brus' Meinung spektakuläre Bestätigung gefunden hat. Denn nicht nur in Polen, sondern im gesamten Ostblock, fand zuerst der Zusammenbruch des monozentrischen Systems statt. Es erfolgte die Schaffung eines pluralistischen Systems, und erst in weiterer Folge dieses Zusammenbruchs nahm man tief greifende grundsätzliche Systemänderungen in der Wirtschaft vor. Und es hätte scheinen können, dass die Ereignisse die Aktualität der langfristigen und evolutionären Konzeption von Stanislaw Gomulka durchstrichen, die hauptsächlich auf der Erfahrung der autoritären Regierungen in China und Nordkorea basierte.

Paradoxerweise wurde sowohl in Polen wie auch in einer Reihe anderer Länder eine Schocktherapie à la Margaret Thatcher vorgenommen, deren Anhänger und einflussreicher Berater Gegenspieler von Brus waren. Warum? Es war nicht zuerst der Sieg der Sachargumente gewesen, sondern der Emotionen, die durch die Atmosphäre eines leichten politischen Sieges (шапками закидаем)<sup>47</sup> sowie des von Margaret Thatcher und Ronald Reagan gestalteten »Zeitgeistes« entstanden waren. Damals waren ihre Ideen im Anmarsch und die sozialdemokratischen Ideen auf dem Rückzug, obwohl Reagan 1989 bereits in Rente war und M. Thatcher nur ein Jahr später (Ende 1990) auf spektakuläre Weise ihr Amt als Premier verlor.

Um Missverständnisse zu vermeiden, erkläre ich, dass die These von der dominierenden Rolle von Ideen und Emotionen nicht besagt, dass sowohl die Machthaber als auch ihre Berater keinerlei Sachargumente verwendet hätten. Ich behaupte nur, dass es schwierig ist, zu sagen wessen Argumente per se stärker waren. Gesiegt haben jedoch die, die mit dem Geist der Zeit (oder was die Welt dafür hielt) übereinstimmten. Die Wahl einer bestimmten Gesellschaftsordnung stützt sich auf Werte und Werte unterliegen nicht den Kriterien »wahr« und »falsch«. Daher spielen psychologische Motive bei ihrer Wahl eine so große Rolle.

Eine symbolträchtige Gestalt für diesen Zeitgeist wurde der Präsident der Vereinigten Staaten, Ronald Reagan. Man wollte nicht bemerken, dass er sein Markenzeichen – das Schlagwort von der Rückkehr zum »freien Markt« – erfolgreich

47 A. d. Ü.: Der Autor verwendet hier die russische Redewendung mit der Bedeutung »eine leichte Beute haben«, die ins Polnische Eingang gefunden hat.

an die internationale Meinung (und einen Teil der manipulierten US-amerikanischen Meinung) verkauft hat. Selber aber griff er stärker als jeder seiner Vorgänger im Weißen Haus in der Nachkriegszeit nach dem Instrument der staatlichen Intervention (Chomsky 1999). Und mehr noch: Die zweite symbolträchtige Gestalt für die intellektuelle Umkehr wurde Margaret Thatcher, über deren Konzeptionen in sozialliberalen und sozialdemokratischen Kreisen gesagt wurde, es sei Reaganomics – jedoch ohne Entwicklungsimpulse.

Dieser Frage lohnt es, etwas mehr Aufmerksamkeit zu schenken. John M. Keynes beendet, wie wir uns erinnern, sein großes Werk mit der Überzeugung, dass Ideen die Welt regieren. Zuvor hat er viele Gedanken über die ökonomische Rolle der »animal spirits« dargelegt, im Vergleich zu denen sogar die Ideen wie rationale Produkte aussehen. Viel Raum gab er der Psychologie der Investoren und Konsumenten. Eindringlich schrieb er über die »Börsenmentalität« nicht nur bei den Einwohnern der Neuen Welt. Er warnte: »Mit der Verbesserung der Marktorganisation ergibt sich die wesentliche Gefahr, dass die Spekulation die Oberhand über das Unternehmertum gewinnt (...). Selbst außerhalb des Finanzbereichs haben die Amerikaner einen übermäßigen Zug zu Spekulationen, was für die durchschnittliche Meinung der Allgemeinheit gehalten wird. Diese Schwäche wird an der Börse gerächt (...). Ein Amerikaner, der ein Wertpapier erwirbt, achtet nicht so sehr auf die voraussichtliche Rendite, sondern auf günstige Änderungen der konventionellen Bewertung – mit anderen Worten – er ist ein Spekulant. Spekulanten können ungefährlich sein, wenn sie nur die Schaumkronen auf dem ruhig dahinfließenden Strom des Unternehmertums sind. Aber die Situation wird ernst, wenn die (...) Akkumulation eines Landes zum Nebenprodukt des Glücksspiels wird – die Ergebnisse sind dann immer beklagenswert. (...). Die besten Köpfe der Wall Street interessieren sich für nichts anderes [als die Akkumulation]« (Keynes 1956, 483).

Diese Warnung von Keynes sowie der bestätigende und schnell voranschreitende Prozess der Börsenausrichtung der Weltwirtschaft gaben die Annahme für die Entwicklung dessen, was als »Behavioral Keynesianism« oder »Verhaltensökonomik« bezeichnet wird. Unter einer Reihe von Publikationen nimmt das Buch zweier US-amerikanischer Autoren (einer davon ist Nobelpreisträger) einen vorderen Platz ein: George Akerlof und Robert Shiller schrieben »Animal Spirits«, mit dem vielsagenden Untertitel »Wie die humanistische Psychologie die Wirtschaft steuert und warum das für den globalen Kapitalismus wichtig ist« (2009).

Wohl wissend, dass hierin eine Teilantwort auf die Frage steckt, welche Gründe für die Wahl der Gesellschaftsordnung im Jahr 1989 ausschlaggebend waren, kann man jedoch nicht die Rolle der kollektiven psychologischen Motive ignorieren. Freiheit und demokratische Verfahren erleichtern ihre Wirkung eher als dass sie diese hemmen würden. Ich erinnere an einige Ereignisse, die das illustrieren.

An den Dialog, der sich zwischen Bugaj und Kuron während der eineinhalbstündigen Festrede von Jeffrey Sachs im Säulensaal des Sejm auf der Versammlung der Abgeordneten der Bürgerlichen Parlamentsfraktion (Obywatelski Kom-

tet Parlamentarny, OKP) entspann. Kuroń erinnert sich: »Rysiek sagte ›was für Mist der Kerl erzählt! Und ich darauf: ›Ich kenne mich damit nicht aus (...), aber vom Zuhören weiß ich, dass diese Lösung einen politischen Wert hat. (...) Das Programm kann wirtschaftlich besser oder schlechter sein. Aber es muss einen politischen Wert haben, d. h. man stellt das Programm den Leuten vor und sie verstehen, was du gesagt hast und unterstützen es. Wenn man ihre Unterstützung gewinnt und sie halten kann, kannst du die komischsten Sachen veranstalten« (Rozmowa 1991). Karol Modzelewski erklärte die Begeisterung Kurons für die Konzeption von Sachs: Weil er »auf die schwierigsten Fragen einfache Antworten gab. Das konnte man verständlich darstellen. Jacek konnte das« (ebenda, 1991).

Also entschieden der politische Wert und die Einfachheit über die Unterstützung für etwas, das eher Vision als Programm war, unabhängig vom Inhalt.<sup>48</sup> Die Rolle der Psychologie zeigte am deutlichsten Aleksander Malachowski. So erinnert er sich an die Zustimmung des Sejm zum Balcerowicz-Programm: »Wir waren wie die Hammel, die zur Schlachtbank geführt werden, und erlagen dem Versprechen der Politiker, die die entscheidende Stimme bei der praktischen Umsetzung schädlicher Lösungen hatten. Ich erinnere mich, wie leicht wir noch im damaligen Sejm der Schocktherapie von Balcerowicz zustimmten (...). Das einzige, zu dem wir uns durchringen konnten, war der von Ryszard Bugaj geschriebene Beschluss, in dem der Regierung bestimmte Bedingungen und Auflagen für diese Therapie gestellt wurden (...) Balcerowicz (...) und sein Mentor Professor Sachs, haben uns Abgeordnete ohne Erfahrung ganz einfach betrogen ...« (Malachowski 2001). Förderlich dafür war auch der Charakter der Dokumente, über die kurz und wenig sachlich diskutiert wurde – ein Dutzend Gesetzentwürfe, deren allgemeinen Sinn nur wenige Beteiligte verstehen konnten.

Der Sachverständige des IWF (Bruno 1992) enthüllte, dass zuvor die Minister einstimmig die schärfste der drei vom IWF vorgeschlagenen Varianten gewählt hatten. Das hatte beim Sachverständigen Verwunderung erregt, weil ähnliche Pläne in den Ländern der Dritten Welt meist auf deutlichen Widerstand stießen, der die Verhandlungen verlängert und Zugeständnisse erzwingt. Auch Kuczynski (1992) informiert, dass die Verhandlungen mit dem IWF in einer Atmosphäre des gegenseitigen Verständnisses verlaufen sind. Dabei entsteht die Frage, ob die Minister eine ganz bewusste Entscheidung getroffen haben oder selbst in der kleinen Gruppe der Stimmung der Menge erlegen waren.

48 Nach einigen Jahren wird Kuroń von seiner Begeisterung für das Rezept von Jeffrey Sachs und den freien Markt Abstand nehmen. Für einen großen Fehler wird er die Aufgabe linker Ansichten halten: »(M)eine Ansprache auf dem Parteitag der ROAD (Vorgängerpartei der Unia Demokratyczna, später Unia Wolności – T. K.) offenbart meine Dummheit und den grundsätzlichen Fehler, den ich begangen habe« (Kuroń 1997, 86). Und auch Sachs wird anerkennen, wenngleich viel später, dass seine damaligen Konzeptionen aus der Begeisterung für die Orthodoxie des Mainstream entstammten. Obwohl er hinzufügen wird, dass er im Grunde seiner Seele immer Anhänger sozialdemokratischer Lösungen gewesen wäre (vgl. Sachs 2009).

## Ökonomisches Vorstellungsvermögen alter und neuer politischer Eliten

Der wichtigste Grund lag meiner Überzeugung nach jedoch darin, dass jeglicher »Dritte Weg« durch das extrem mythologisierte sozialökonomische Vorstellungsvermögen der neuen politischen Eliten und des Großteils der Politiker der alten Ordnung verhindert wurde. Charakteristisch dafür sind folgende, nur selten öffentlich formulierte Annahmen:

1. Die Überzeugung, dass die Wirtschaft des Staatssozialismus auch in Polen von einem weitgehenden Egalitarismus gekennzeichnet war. Der Übergang zur Marktwirtschaft musste ein radikales Anwachsen der Einkommensunterschiede bedeuten. Man war sich dessen nicht bewusst, dass die egalitäre Ideologie wenig mit der Wirklichkeit zu tun hatte. Bereits in den 1970er und 1980er Jahren waren die Einkommensunterschiede in Polen wesentlich stärker als in Skandinavien und nicht weniger stark als in der Mehrzahl der Länder Westeuropas mit Ausnahme der Mittelmeerländer.

2. Die Überzeugung, dass Polen die Phase der »ursprünglichen Akkumulation des Kapitals« durchläuft. Notwendig ist also eine Beschleunigung der privaten Vermögensbildung als Quelle der Akkumulation. Die Transformation und insbesondere die Privatisierung können nicht gerecht sein. Gewöhnlich wurde gesagt, dass das die Zeit der Schaffung der Fundamente der Marktwirtschaft war. So schnell wie möglich mussten die Reichen, die Mittelschicht, her. Eines der Fundamente sollte eine möglichst hohe private Akkumulation des Kapitals sein, die die Grundlage für ein schnelles Wirtschaftswachstum und damit für einen größeren Wohlstand der Gesellschaft darstellt. Zur Erhöhung der Effizienz ist ein elitäres Vergütungssystem notwendig (Boni 1997).

Selbst ein so harscher Kritiker des Balcerowicz-Programms wie Grzegorz Kolodko schrieb, dass die »radikale Änderung der Verteilungsmechanismen ein Instrument für die weitere Akkumulation von Reichtum ist. Das wiederum schafft eine neue Mittelschicht und Oberschicht, ohne die das marktwirtschaftliche System nicht existieren könnte (...) Wenn die Politik auf die Herausbildung einer neuen Mittelschicht ausgerichtet ist, und die Einkommen in dieser Zeit sinken, dann muss die Armut wachsen. Aus makroökonomischer Sicht ist eines der charakteristischen Merkmale des Zusammenbruchs während des Transformationsprozesses der Transfer von Einkommensbestandteilen aus ärmeren Schichten zu den wohlhabenderen«. Nach Kolodko handelt es sich hier um eine »vielleicht schwierigere Aufgabe als während des ähnlichen historischen Prozesses der ursprünglichen Akkumulation des Kapitals, weil ein ernsthafter Zusammenbruch oder sogar eine Depression andauert« (1999, 201-202). Dieser letzte Satz ist kaum anders als Zustimmung zu interpretieren, sogar dass in Zeiten der Rezession der Transfer von Ressourcen von ärmeren zu wohlhabenderen Schichten erfolgt.

3. Wenn der Markt von administrativen Beschränkungen befreit wird, wird er alle Produktivkräfte, also auch die Arbeit gerecht vergüten, also nach dem tatsäch-

lichen Anteil an der Schaffung des Reichtums. Der Markt ist doch, wie das zwei unserer führenden Soziologen gefasst haben, »seinem Wesen nach eine Meritokratie«, d. h. »der Markt gleicht Chancen aus (...) gibt den Besseren bessere Chancen« (Domanski, Rychard 1998). Viel besser verstand diese Frage der konservative Liberale J. M. Keynes, der unterstrich, dass dem Kapitalismus zwei Mängel eigen sind: Unfähigkeit zur Vollbeschäftigung und »*die beliebige und sozial ungerechte Verteilung der Güter und Einkommen*« (1956, 483, Hervorhebung – T. K.).

4. Die Überzeugung, dass unsere Wirtschaft zu sozial sei, dass der Anteil der Staatsausgaben am Nationaleinkommen in Polen wesentlich höher sei als in vergleichbar entwickelten Ländern. Daraus leitete man ab, dass man eine Einschränkung der Staatsausgaben für soziale Zwecke anzustreben habe. Dem sollte die Reform des Gesundheitswesens dienen, die Reform der Alters- und Invalidenrenten sowie die formelle und informelle Privatisierung des Bildungswesens.

5. Die wohl größte Konsequenz hatte die Überzeugung, dass zur Marktwirtschaft der Weg der »Schocktherapie« führt, sozusagen ein einmaliger Sprung. Dabei verhindert eine solche Strategie die Entstehung gesunder Marktinstitute. In der Folge können nur ein kranker Markt und ein kranker Staat entstehen. Joseph Stiglitz (2001) verglich die »Schocktherapie« mit der Kulturrevolution in China und der bolschewistischen Revolution.

6. Völliges Vergessen des dauerhaften Beitrags zur Ökonomie, den J. M. Keynes und Michal Kalecki geleistet haben. Auf der Grundlage eigener Beobachtungen in Polen und im Ausland sowie aus Gesprächen mit ausländischen KollegInnen kann ich behaupten, dass in keinem der mir bekannten Länder der Reaganismus und Thatcherismus eine solch große Verwüstung in den Köpfen der ÖkonomInnen und WirtschaftspolitikerInnen hinterlassen haben wie in Polen. Ein zusätzlicher, aber wichtiger Faktor war die Zerstörung der Schule von Kalecki im Ergebnis der Hetzjagd im März 1968. Bis heute dominiert die Ansicht, dass Keynes und besonders Kalecki passé sind, und selbst die klügsten WirtschaftspolitikerInnen und ÖkonomInnen demonstrieren hier eine beschämende Ignoranz.

7. Und letztendlich der Mythos vom »Sprung nach Europa« oder, was noch schlimmer ist, die Meinung, dass nur weitreichende Entbehrungen dorthin führen. Am besten brachte das wahrscheinlich einer der einflussreichsten Führer der neuen Macht, Bronislaw Geremek, zum Ausdruck, als er sagte: »Als ich die Schwierigkeiten verstanden hatte, vor die uns der Balcerowicz-Plan stellte, wusste ich, dass dies wirklich der einzige Weg ist, der Polen die Chance gibt, einen Platz in der europäischen Wirtschaftsordnung zu erlangen (...), ohne Entbehrungen und ohne harte Entbehrungen hatten wir keine Chance, diese Entfernung zu überwinden, die uns von der Schwelle trennte, von der aus wir die Integrationsprozesse beginnen konnten. Ich wusste auch, dass wir uns auf diesem Weg sehr schnell vorwärts bewegen mussten, weil Europa nicht gewillt war, auf uns zu warten, und damit wurde auch diese Mindestschwelle immer höher« (Geremek 1990). Aber auch die

gegenwärtige proeuropäische Propaganda ist häufig von der Aufforderung begleitet, neue Entbehrungen auf sich zu nehmen.

Die hier vorgestellte Denkweise führte zu einer epigonischen bürgerlichen Revolution. Epigonisch deshalb, weil im Europa des 20. Jahrhunderts Länder es geschafft hatten, eine industrielle Modernisierung des Landes ohne die Verschiebung des Reichtums von den Armen zu den Reichen durchzuführen, obwohl an dem Wirtschaftswachstum verschiedene soziale Gruppen in unterschiedlicher Weise beteiligt gewesen sind. Das betrifft die sprichwörtliche »erste Million«, die aus Raub, Korruption und Betrug entsteht. Das ist eine anarchische Denkweise, weil die Zeit der industriellen Modernisierung der europäischen Wirtschaft mittels Verschiebung von Reichtum (Einkommen) von ärmeren Gruppen zu wohlhabenderen der Vergangenheit angehört. Die großen Firmen, die im 20. Jahrhundert auf dem europäischen Kontinent entstanden sind, sind eben gerade nicht auf diese Weise entstanden.

Gegenwärtig ist es selbstverständlich, dass ein Vorgehen nach den Prinzipien der britischen ursprünglichen Akkumulation des Kapitals mit der einhergehenden Verarmung der Massen und Ausbeutung, gleichzeitig eine »Verarmung« des menschlichen Kapitals bedeutet. Es ist also entwicklungsfeindlich. Einen ähnlich entwicklungsfeindlichen Charakter hat die Politik, die den »Fürsorgestaat« zurückdrängt. Wir waren und wir sind nicht in der Phase der ursprünglichen Akkumulation des Kapitals. Im Gegenteil, Polen hat als Land mit einem mittleren Niveau der Industrialisierung eine weitgehende doktrinäre Deindustrialisierung erfahren. Die Akkumulation des Kapitals ist die grundlegende Bedingung der wirtschaftlichen Entwicklung, aber ihre Quelle müssen nicht die Ersparnisse der privaten Haushalte sein. Die Hauptquelle sind in solchen Wirtschaftssystemen nicht ausgeschüttete Gewinne der Unternehmen (der Gesellschaften) sowie der Staatshaushalt. Selbst im Nachkriegsdeutschland waren die staatlichen Investitionen über eine Reihe von Jahren auf vergleichbarer Höhe mit den Investitionen der privaten Wirtschaft, manchmal (1953-54) lagen sie sogar über ihnen. In den letzten 50 Jahren sind zahlreiche Länder industrialisiert worden (in Europa etwa die skandinavischen Länder und Österreich), in Asien Japan und Taiwan, ohne dass große Bevölkerungsgruppen verarmten. In Finnland sucht man zum Beispiel vergebens die Reichen nach angelsächsischem Vorbild. Es stimmt zwar, dass der Anteil der Sozialausgaben in Polen dem EU-Durchschnitt entspricht. Das rührt aber aus der massenhaften Passivierung der Gesellschaft. In deren Ergebnis ist die Zahl der »Sozialkunden« der Staatskasse gewaltsam gewachsen, Arbeitslose werden zwischen Altersrentnern und Berufsunfähigen versteckt, die als Bezieherinnen und Bezieher sozialer Transfers dominieren.

## Fremde Rollen

In der Geschichte gibt es Augenblicke, in denen ein Individuum oder eine kleine Gruppe von Menschen eine entscheidende Rolle spielt. Ein solcher Augenblick war meiner Überzeugung nach das Jahr 1989, und besonders das halbe Jahr zwischen dem Abschluss der Beratungen des Runden Tisches und der Berufung der Wirtschaftsequipe der Regierung von Tadeusz Mazowiecki. Nur selten gibt die Geschichte Individuen eine solche Bandbreite an Wahlmöglichkeiten. Gerade damals sind Schlüsselentscheidungen gefallen, die die Gestalt der neuen sozialökonomischen Ordnung festlegten.

Meiner Überzeugung nach wurden die wichtigsten Entscheidungen im Dreieck Tadeusz Mazowiecki – Waldemar Kuczynski – Jacek Kuron gefällt. Die Berufung von L. Balcerowicz zum Wirtschaftschef war schon eine Konsequenz der Formierung dieses Dreiecks. Es kann verblüffend klingen, aber als Sieger erwies sich Kuczynski – frisch aus Frankreich eingewandert, formal Berater des Premierministers, aus diesem Trio am wenigstens bekannt und wohl mit den geringsten Machtambitionen. Mazowiecki und Kuron spielten eine fremde Rolle, aufgezwungen durch den historischen Kontext oder das Spiel des Zufalls. »Fremde Rolle« in dem Sinne, dass man aufgrund der nur unwesentlich früher von ihnen verkündeten Ansichten eine radikal andere Vorgehensweise erwarten konnte.

Was konnte man von Tadeusz Mazowiecki erwarten? Er hatte im Spätherbst 1988, also in einer Zeit, wo die von Pausen unterbrochenen Verhandlungen andauerten, die zum großen Treffen von Regierung und Opposition führten, ein Referat gehalten, das sein Credo zeigte (Mazowiecki 1990). Es implizierte eine auf die Botschaft von Johannes Paul II. gestützte Politik. Ich meine das Referat, welches er auf der Konferenz in Radziejowice, die unter Leitung der polnischen Filiale des Club of Rome stattfand, gehalten hat. Sie vereinte 25 HistorikerInnen, SoziologInnen, JuristInnen, PolitologInnen und ÖkonomInnen. Sieben von ihnen sollten an den Beratungen des Runden Tisches teilnehmen. Die Hauptreferate entfielen auf Tadeusz Mazowiecki und Bronislaw Geremek, das Hirn der »Solidarnosc«. Aktiv beteiligte sich Adam Michnik an der Debatte. Von den führenden Oppositionellen fehlte nur Jacek Kuron.

Bei der Analyse des Prozesses der Annäherung von christlichen und sozialistischen Ideen konzentrierte sich der künftige Premierminister auf Fragen, die Gegenstand einer Kontroverse zwischen zwei Strömungen wurden. Das »Verhältnis zum Eigentumsrecht und [zum] Klassenkampf«. Für »in vielen Punkten zielsicher und berechtigt« erkannte er die Kritik der Sozialisten an, die der Kirche vorwarfen, die Verteidigung des Rechts auf Eigentum (gemeint war auf privates Eigentum) als Verteidigung des bestehenden Systems zu betreiben. Zwar war die Kirche zu Recht der Meinung, dass die Liquidation des Privateigentums die Grundlage für den Totalitarismus darstellt. Aber erst mit der Zeit begann sie, einen Unterschied zwischen Verstaatlichung und Vergesellschaftung zu machen.

Das war ein großes Verdienst von Johannes Paul II., der eine solche Gesellschaftsordnung postuliert hatte, in der »der in einem vergesellschafteten System arbeitende Mensch das Gefühl hat, er arbeite eigenverantwortlich für sich« (ebenda, 48). Er bemerkte, dass der sozialistische Gedanke eine ähnliche Evolution durchlaufen habe, der der Verstaatlichung zugunsten der »wirtschaftlichen Selbstorganisation in Gruppen« den Vorrang gab.

Und hier taucht das persönliche Credo von Mazowiecki auf, das die »Solidarnosc« als ideelle Dreier-Synthese darstellt: »Die Verbindung der hier genannten Werte und Traditionen« – fuhr der Referent fort – »ist die polnische Solidarnosc-Bewegung. Eine solche Verbindung vorzunehmen, ist von großer Bedeutung. Ich würde hier drei unterschiedliche Traditionsgruppen nennen, die in der »Solidarnosc« ihre Verschmelzung gefunden haben: die national-unabhängige Tradition, die christliche und die sozialistische« (Mazowiecki 1990, 52). Er erklärte, dass man im Programm der Gewerkschaft »nicht den Mut hatte«, sich auf bestimmte sozialistische Traditionen zu berufen, sondern nur auf die Tradition der Arbeiterbewegung. Der einzige Grund dafür liege in der mit diesem Begriff verbundenen Usurpation. Mit dem Zweifel, ob jene »sehr wichtige Erfahrung«, die Annäherung von Christentum und Sozialismus sich als beständig erweist, bemühte er dieses Thema nachdrücklich. Er erinnerte an die Mahnung, die Johannes Paul II. der »Solidarnosc« hatte zu Teil werden lassen und brachte sein Bedauern zum Ausdruck, dass nach wie vor das Bestreben »alles Rote hinauszuwerfen« vorherrsche gegenüber dem Kampf »um etwas, um bestimmte Werte«. Das »ärgert und schmerzt« ihn. Er mahnte eine Rückkehr zum Ethos der gesellschaftlichen Gerechtigkeit für die Gestaltung der post-totalitären Gesellschaft an, setzte sich – taktvoll aber entschlossen – gegen einen bestimmten »oppositionellen Konformismus ein, der von der gesellschaftlichen Sensibilität als integraler Bestandteil der eigenen Tradition nichts wissen wollte.«

Mazowiecki bemerkte, dass der Sozialismus von der Idee der Diktatur des Proletariats zu Gunsten evolutionärer Umgestaltungen und unter Beachtung demokratischer Strukturen abgewichen war. Er wäre eher zu »einer bestimmten pragmatischen Methode für das Handeln in der Politik und die Lösung sozialer Fragen« geworden (ebenda, 51). Beim französischen Theologen Jaques Maritain hatte Mazowiecki die Konzeption vom Zusammentreffen von Christen und Nichtchristen in der gesellschaftlichen Tätigkeit, von der Vereinigung verschiedener Menschen bei der gemeinsamen Realisierung bestimmter gesellschaftlicher Projekte gefunden. Die Gruppe der Monatszeitschrift »Wież« hätte eben dieses Verständnis für das Verhältnis zum anti-totalitären Sozialismus. Armut und Ausschluss sowie organisierter Kampf gegen diese Erscheinungen wurden »der gemeinsamen Sorge von Christen und Sozialisten« unterstellt. Auch hinsichtlich des Klassenkampfes bemerkte Mazowiecki eine Annäherung: Obwohl die Kirche sich im Prinzip dem Klassenkampf »als organisierter Methode für gesellschaftliche Veränderungen«, die zu Hass und unmenschlichen Beziehungen führt, wider-

setze, unterschätze sie die »Konsequenzen der objektiven Klassenteilung«. Der anderen Seite warf er vor, dass der aus der Rationalismustradition des 19. Jahrhunderts stammende Sozialismus die vom Christentum bestimmten Grenzen für die Expansion und den Ehrgeiz des Menschen nicht achte. Bestimmte Veränderungen der Meinung bemerkte er in der Einstellung von Leszek Kolakowski und Jan Strzelecki.

Von den elf DiskussionsteilnehmerInnen erhielt Mazowiecki geringe Unterstützung, besonders von Seiten jener, die später in der Politik eine wichtige Rolle spielen sollten. Adam Michnik warnte vor möglichen Täuschungen des katholischen Neophyten, da die »Kirche ihre dauerhaften Eigenschaften hat und sehr schwer zu erwarten sei, dass sie diese ändere«. Die Referate sowohl von Mazowiecki als auch von Geremek schätzte er wie folgt ein: »Momentaufnahme einer Situation, in der sich die eine Identität ändert und man nicht weiß, wie es weiter geht« (ebenda, 58). In der Frage der Gesellschaftsordnung, also der von Mazowiecki entworfenen Vision, stellte er fest, dass »die gesamte Problematik eines dritten Weges für ihn auf einem Missverständnis zu beruhen scheint«. Das waren aber eher nur Erklärungen und keine Argumente, die Mazowiecki hätten überzeugen können. Sie konnten ihn höchstens bestärken, dass die Umsetzung der von ihm vorgestellten Konzeption, selbst in seinen Kreisen schwieriger sein würde, als er vermutete hatte.

Nichts wies jedoch darauf hin, dass Mazowiecki, als er nur wenige Monate später am Runden Tisch Platz nahm und später das Amt des Premierministers antrat, sich von dieser Dreier-Synthese lossagen würde. Wie ist es also gekommen, dass er die Annahme und Realisierung eines Programms akzeptierte, welches so stark zur Dreier-Synthese im Widerspruch stand? Eine indirekte und nur teilweise Antwort gibt der Verweis auf Ludwig Erhard und die Idee der sozialen Marktwirtschaft.

Erinnern wir uns: Als Tadeusz Mazowiecki im Spätsommer 1989 einen Ökonomen suchte, der in der Regierung für die Wirtschaft verantwortlich sein sollte, pflegte er zu sagen, er suche »seinen Erhard«. Aber hier muss man fragen, welchen Erhard? Nur den Erhard von der Preis- und Währungsreform aus dem Juni 1948 oder auch den (Mit-) Schöpfer des Modells der sozialen Marktwirtschaft? Das wechselnde Schicksal dieses Modells in Deutschland lässt sich nicht in knappen Worten beschreiben (im Telegrammstil: verwaist durch die CDU Helmut Kohls und akzeptiert [annektiert?] durch die SPD, von dieser unter der Führung von Gerhard Schröder dann eingeschränkt).

Wollte man der Präzision der Erinnerungen von Balcerowicz und Kuczynski glauben, dann suchte und fand Mazowiecki in der Person von L. Balcerowicz einfach einen Anhänger des freien Marktes, der sich zu einer radikalen Reform des Preis- und Währungsgefüges entschied.<sup>49</sup> Die Erinnerungen verschleiern jedoch

49 Balcerowicz erinnert sich an dieses Gespräch: »Der Premierminister begann damit, dass er seinen Ludwig Erhard suche. Es ging ihm um eine Person, die sich so wie Erhard im Nachkriegsdeutschland der Durchführung einer radikalen Wirtschaftsreform annimmt« (Balcerowicz 1992, 10). Ähnlich erinnert sich der Berater des

die Dramatik der Sache. Und die Berufung von Balcerowicz bedeutete eine Politik, die sich radikal von der Ludwig Erhards unterschied.

Wie geschah es, dass die Wahl auf Balcerowicz fiel, dass ein christlicher Demokrat die wichtigsten Dinge einem überzeugten Anhänger der freien Marktwirtschaft übertrug? Sowohl über diese Ernennung als auch über die von verschiedenen Kabinettsmitgliedern entschieden viele Zufallsfaktoren. Es mag komisch erscheinen, aber über die Wahl von Balcerowicz entschied letzten Endes nicht der Premierminister, sondern Waldemar Kuczynski. Die Memoiren Kuczynskis zeigen die große Bedeutung, die in solchen historischen Momenten Beziehungen und Bekanntschaften haben. Kuczynski war gerade erst aus der Emigration zurückkehrt und zog bei der Suche nach Kandidaten die Notizbücher einiger Freunde zu Rate.<sup>50</sup> Aus gänzlich unterschiedlichen Gründen heraus, erhielt er eine Absage von Professor Witold Trzeciakowski, der prinzipiell den Marsch zum freien Markt nicht akzeptierte. Professor Cezary Jozefiak machte – im Gegenteil – seine Zustimmung von einer im Voraus erteilten Unterstützungsgarantie für die vom Premierminister als notwendig erachteten schmerzhaften Maßnahmen beim Übergang zum freien Markt abhängig. Während eines Gesprächs mit Tadeusz Mazowiecki sagte auch der Professor der Handelshochschule (SGPiS), Wladyslaw Szymanski, ab. Es entfielen auch die Kandidaturen einiger anderer Kandidaten (in diesem Kontext werden die Professoren Janusz Beksiak und Witold Kiezun – von der Handelshochschule – und Janusz Goscinski von der Universität Warschau genannt). Die endgültige Wahl fiel auf Balcerowicz.

Zuvor war Balcerowicz eine der breiteren Öffentlichkeit wenig bekannte Person. Unter den ÖkonomInnen hatte er einen guten Ruf als Inspirator und Leiter einer informellen Gruppe, die 1981 das professionellste – obwohl weit vom Radikalismus entfernte – Reformprogramm erarbeitet hatte. Ein wenig hatte er mit der »Solidarnosc« zusammengearbeitet, hauptsächlich mit dem sogenannten Netzwerk der Großbetriebe (Siec Wielkich Zakladow Pracy), aber an der Oppositionstätigkeit war er fast unbeteiligt, weil mit der Wissenschaft beschäftigt. Zweifelsohne basiert seine Karriere als Wirtschaftspolitiker auf seiner Prinzipienfestigkeit und Hartnäckigkeit bei der Umsetzung der beschlossenen Konzeptionen. Innerhalb von nur zwei Jahren – geachtet von den einen, gehasst von den anderen – wurde

Premierministers: »Ich brauche meinen Ludwig Erhard. Wir werden mit der Inflation kämpfen und die Wirtschaft auf normale, freiwirtschaftliche Gleise umstellen. Wären Sie [an Balcerowicz] bereit mich bei dieser Arbeit zu begleiten?« (Kuczynski 1992, 56). Wir bemerken, dass die, die von den freiwirtschaftlichen Bahnen als den normalen sprechen, meist das angelsächsische Modell im Kopf haben, das für geringe staatliche Fürsorge und stark beschränkte Intervention des Staates in die Wirtschaft bekannt ist. Dies widerspricht den früheren, eher pro-interventionistischen Ansichten von Kuczynski (1996), passt aber gut zu seinen späteren Ansichten, die über eine Reihe von Jahren hinweg unter dem gemeinsamen Übertitel »Rozwazania monetarysty« (Überlegungen eines Monetaristen) in der neophytisch-rechten Wochenzeitung »Wprost« veröffentlicht wurden.

50 Aus dieser anfänglich moralischen sauberen Notwendigkeit erwuchs später – nach Meinung von Kuron – die Methode der Gestaltung einer korrupten »Mittelschicht«. »Kandidaten für die Ministerposten suchten die nächsten Mitarbeiter des Premierministers in ihren Notizbüchern. Diese Methode wurde in den nächsten Monaten und Jahren beibehalten, als die Posten in den Banken, Gesellschaften, Wojewodschaften, Botschaften und staatlichen Medien (...) zu besetzen waren. Die polnische Mittelschicht, die in der »ersten Stunde« des

er eine der weltweit bekanntesten, wenn auch äußerst kontroversen Persönlichkeiten.<sup>51</sup> In meiner Hochachtung für diese Eigenschaften habe ich, obwohl ich ihn (anfänglich eher freundschaftlich) kritisierte, entschieden zu lange versäumt zu bemerken, dass er zu den Persönlichkeiten gehört, die gegenüber anderen Argumenten sehr resistent sind, was ernsthafte Folgen hatte.<sup>52</sup>

Von Kuczynski wissen wir, dass Mazowiecki negativ auf den sich ihm aufdrängenden Jeffrey Sachs reagierte: »Er hatte kein Vertrauen zu einem Menschen, der Polen und seine Realitäten nicht kannte und sich so kategorisch äußerte. Tadeusz begegnet Menschen sehr misstrauisch, wenn sie zu beweisen versuchen, dass sie 100 Prozent recht haben, und Sachs vermittelte den Eindruck bei ihm wären es 105 Prozent.« Und er sagt weiter: »Ich denke, ich habe einen Teil der Befürchtungen Mazowieckis gegenüber Sachs zerstreuen können, indem ich ihm ein ›Zeugnis der Ernsthaftigkeit‹ ausstellte. Tadeusz ist kein Ökonom und meine Meinung in diesem Bereich, auch die persönliche, war häufig ausschlaggebend« (Kuczynski 1992, 84-85).

Es ist nicht klar, ob dieses Misstrauen gegenüber Sachs nur aus seiner Arroganz, seinem typisch freiwirtschaftlichen Schockrezept oder aus Zusammenarbeit mit der Gruppe von Janusz Beksiaak resultierte.

Wahrscheinlich konnte Mazowiecki gerade wegen des letzten Punktes der Meinung sein, er wähle die »goldene Mitte«, wenn er sich für Balcerowicz entscheidet. Die Gruppe um Beksiaak (Beksiaak et al. 1989) erstellte im Auftrag von Bronislaw Geremek, dem Vorsitzenden der Bürgerlichen Parlamentsfraktion OKP, einen Bericht, der für den absoluten Rückzug des Staates aus der Wirtschaft plädierte, damit die Marktwirtschaft spontan entstehen könne – keinerlei Lohnregulierung, keinerlei Konstruktivismus. Diese bestätigte nochmals das durch Beksiaak bereits am Runden Tisch bewiesene Gedankengut eines extremen »Laissez-Faire« ohne jegliche Kompromissbereitschaft. Übrigens sprachen neben Beksiaak die Namen von Jan Winiecki und Stefan Kurowski für sich.

post-sozialistischen Kapitalismus entstand, hat ihre Position nicht am normalen Markt erarbeiten müssen. Für den großen Teil davon – und auf alle Fälle für die, die zu großen Vermögen gelangten – war nicht der freie Markt das wichtigste, sondern eben die Notizbücher. Wenn diese Gruppe also etwas tatsächlich verteidigt, dann sind es diese Notizbücher – Kontakte, Beziehungen, Kontingente, Regierungsaufträge, Limits, Zollschranken, Monopole, wodurch sie ihre heutige Position erlangt hat. Das ist das polnische Drama« (Kuron 1997, 91-92).

51 Zwei Titel von Presseinformationen mögen diese Kontroverse illustrieren: »Balcerowicz vors Gericht?« (Gazeta Wyborcza, 9.08.1991) und »Nobelpreis für Balcerowicz« (vgl. Krajewski 1991). Als er nach zweieinhalb Jahren das Regierungssamt verließ, schreiben die Autoren der biografischen Skizze »Der Abgang des Tyrannen« (Eysymont et al. 1992), dass sich im kollektiven Bewusstsein die von seinen Feinden verbreitete Meinung verwurzelt hat, die ihm brutale Attribute nicht erspart. In dieser Sicht zerstört Balcerowicz die polnische Wirtschaft durch Ausverkauf und Affären, er ist Diktator, Monetarist, Unterdrücker des Volkes, Feind der Bauern und Handwerker. Natürlich ist die Skizze von Balcerowicz-Enthusiasten geschrieben.

52 Besonders gut spiegeln das die Worte seines Befürworters, Adam Michnik, wider: »Ich schätze ihn, ich unterstütze ihn, aber manchmal scheint es mir, als würde er in einigen seiner Äußerungen zu seiner eigenen Karikatur. Er stellt seine Argumente so dar, als wären seine Gegner ausschließlich Idioten« (Michnik 1993).

Mazowiecki gab Sachs und der OKP nicht nach, ließ sich nicht Kuron als Stellvertreter und wahrscheinlich Beksiak als Finanzminister aufdrängen, wofür sich laut Kuczynski die OKP und Sachs stark gemacht hatten. Kuczynski schreibt zwar, dass Balcerowicz von Sachs »verzaubert« gewesen sei, aber es wäre eine Tatsache, dass gegenüber der Aufdringlichkeit und der Ideen von Sachs sich der wortkarge Balcerowicz als ein sehr ausgewogener und vernünftiger Mensch präsentierte.

Mazowiecki konnte also denken, er habe sich der Radikalen entledigt oder sie zumindest unschädlich gemacht. Auch das, was später geschah – viele Monate intensiver Arbeit, Einbindung vieler Experten des IWF und der Weltbank – konnte beim ökonomischen Laien den Eindruck erzeugen, die richtige Wende zu Professionalismus und Verantwortungsbewusstsein sei vollzogen.

Mazowiecki, der sich nie für die Wirtschaft interessierte und sie nie verstand, irrte sich wie Kolumbus. Er hatte nach einem Vorbild in Bonn gesucht, aber er landete bei einem Rezept aus Chicago und Washington, das ihm untergeschoben worden war, welches er anfänglich mit Schwankungen irgendwie akzeptierte und später zu rationalisieren versuchte. Vor allem wollte er loyal zu Balcerowicz sein, der häufig herabgewürdigt wurde. Diesen Fehler beging er, ohne sich der Konsequenz seiner Wahl bewusst zu sein. Er verließ sich auf die Meinung seines ökonomischen Beraters, Waldemar Kuczynski. Die Sensibilität des Geisteswissenschaftlers unterlag in dieser Konfrontation mit dem Fachmann.

Zwar sprach sich Mazowiecki für das Modell der sozialen Marktwirtschaft aus, aber bekam keine Unterstützung aus seiner engeren Umgebung. Balcerowicz äußerte sich vielfach ironisch zum Adjektiv »sozial«, und Kuczynski hielt es für ein rein verbales Zugeständnis. Dass andererseits fast jeder gesellschaftliche Diskurs der Logik der Medien untergeordnet wurde, bewirkte, dass beide Sichtweisen als politisches Spiel, ja als Flirt, mit dem anderen Teil der öffentlichen Meinung verstanden werden konnten. Aus den zugänglichen Dokumenten kann man wesentliche Unterschiede in den Ansichten zwischen dem Premierminister und seinen ÖkonomInnen herauslesen. In seinen Reden und Interviews taucht der freie Markt auf, aber eher unbedacht im Zusammenhang mit der sozialen Marktwirtschaft. Nicht nur die ideologische Linie von »Wiezi«, die er gegründet und als Redakteur betreut hatte, sondern auch das spätere Ausscheiden aus der von ihm geführten Unia Wolności, der eine öffentliche Distanzierung von der eng auf Haushaltsfragen ausgerichteten Politik des neuen Vorsitzenden der UW, Balcerowicz, vorangegangen war, bestätigen eher die These, dass Mazowiecki im entscheidenden Augenblick der Zustimmung nicht in der Lage war, nicht einmal in groben Zügen die Konsequenzen dieses Plans abzuschätzen. Und das, obwohl Mazowiecki, wie Władysław Baka (2007) berichtet, als einziger unter den Kabinettsmitgliedern Zweifel angemeldet hat. Darauf werde ich zurückkommen.

Bereits im Interview von Teresa Toranska wird er sagen: »Schwer war es für mich, mir vorzustellen, dass die Großbetriebe in die Knie gehen werden. Zu ei-

nem bestimmten Moment, Anfang 1990, bereits nach Inkrafttreten der Gesetze zur Einführung der Marktwirtschaft, sagte mein Freund und Berater Waldemar Kuczynski zu mir: Was ist los, sie müssten schon zusammenbrechen, aber sie tun es nicht! So hatte es sich aus der Rechnung der Ökonomen ergeben. Dass die nicht effizienten Unternehmen kaputt gehen müssen. Ich bekam Gänsehaut. Ich wusste, was das bedeuten kann (...). Für mich war es ein riesiges moralisches Dilemma. Die Wiedergewinnung der Souveränität verdankten wir doch den Streiks in den Großbetrieben im Jahr 1980. Sie hatten doch die »Solidarnosc« erkämpft. *Ich hatte darauf gerechnet, dass das Anlaufen der Marktwirtschaft durch die Sozialpolitik ausgeglichen wird*« (Mazowiecki 2004).

Diese und andere Tatsachen untergraben die Richtigkeit der Meinung des Konservativen und de Gaulle-Anhängers, Aleksander Hall: »[Mazowiecki] weckte meine große Hochachtung, weil er, obwohl seine soziale Sensibilität und seine Begeisterung für die Arbeiterschaft ihn eher in die Denkrichtung von Ryszard Bugaj gehen ließ, sich für das Balcerowicz-Programm entschieden hat, was seiner Sensibilität widersprach aber gut für Polen war« (Friszke 2002). Als die wichtigsten Entscheidungen fielen, war sich Mazowiecki wenig der dramatischen Dimension dieser Wahl bewusst. Er rechnete darauf, dass die Folgen der »Schocktherapie« nicht die Möglichkeiten eines erfolgreichen Entgegensteuerns durch die Sozialpolitik übersteigen mögen.

Aus der obigen Aussage wird deutlich, dass selbst nach vielen Jahren Mazowiecki sich dessen nicht bewusst ist, dass es nicht die Rechnung eines Ökonomen allgemein war, sondern dieses einen besonderen Ökonomen, genauer: der Gruppe von Ökonomen, mit denen er sich umgeben hatte. Er isolierte sich hingegen von anderen Ökonomen, die erfolglos versuchten, an den Gipfeln der Macht Alarm zu schlagen und unterstrichen, dass die drastischen sozialen Folgen eher leicht vorherzusehen sind und überhaupt nicht durch die historische Notwendigkeit erzwungen sind.

Dass Mazowiecki das damals vorgeschlagene Programm für alternativlos hielt, konnte aus unzureichender Information herrühren. Es ergab sich so, dass Mazowiecki wie auch seine Wirtschaftsberater »frankofon« waren, zumindest damals sich des Englischen eher nicht bedienten. Im Ergebnis dessen konnte es sein, dass er nicht wusste, dass er zum Beispiel die Unterstützung von George Soros (1989a und 1989b) erhalten hatte, der zwar die Reise der Befürworter der »Schocktherapie«, von Sachs, seinem Assistenten Lipton und Stanislaw Gomulka finanziert hatte, selbst aber anderslautende Vorschläge unterbreitete. In zwei aufeinanderfolgenden Versionen des »Plans für Polen« (aus dem Juli und August 1989) empfahl er, dass das Reformprogramm zwar mit Hilfe des IWF erarbeitet werden sollte, aber dass es »eher der deutschen Währungsreform von 1948 als einem typischen IWF-Programm ähneln solle.«<sup>53</sup>

53 Wir wissen nicht, welche Variante seines Plans (zwischen März und August 1989 gab es fünf davon) den polnischen Regierungsverantwortlichen ausgehändigt wurde. Es ist auch nicht klar, was sich Soros von der deut-

Mit Sicherheit war Mazowiecki auch der dem »Washington Consensus« des freien Marktes widersprechende Vorschlag von Sachs unbekannt, den er für die zweite Reformetappe, d. h. für die Zeit, nachdem man die Inflation in den Griff bekommen hat, erarbeitet hatte. Diese hätte ein Ausgangspunkt für eine notwendige Korrektur des Balcerowicz-Plans werden können, als sich nach einigen Monaten herausstellte, dass seine Umsetzung in den grundlegenden Kennzahlen um mehrere hundert Prozent von den Ausgangsannahmen des Planes abwich. Im »Memorandum« (1989) von Sachs/Lipton mit dem Datum vom 05.08.1989 lesen wir: »In der Zukunft wird es sich als notwendig erweisen, gesamtstaatliche Prinzipien für die Lohngestaltung festzulegen. Mein Zukunftsmodell [beachtenswert ist hier die Verwendung des Singulars in einem Text zweier Autoren – T. K.] wäre Schweden, wo im Ergebnis der Verhandlungen auf der Ebene des Landesverbandes der Arbeitgeber und Gewerkschaften grundlegende Lohnvereinbarungen ausgehandelt werden. Auf diese Art und Weise wird ein Muster für die Arbeitnehmer in der gesamten Wirtschaft vorgegeben. Sinn dieses Vertrags ist die Schaffung eines »(Spiel)Raums« für Lohnwachstum. Es wird das Inflationsziel festgelegt und die erwartete Steigerung der Arbeitsproduktivität geschätzt. Richtiger Lohn ist dann der Reallohn, der sich auf das erwartete Wachstum der Inflation und nicht auf die Inflation des vergangenen Zeitraumes bezieht (der ein fester Bestandteil der Lohnindizierung ist).«

Natürlich war sich Sachs nicht dessen bewusst, welcher grundlegende Widerspruch zwischen der Perspektive des schwedischen Weges und seinen Vorschlägen des »großen Sprungs in den Markt« klaffte.<sup>54</sup> Dieser Sprung bedeutete die Verschiebung eines wesentlichen Teils der Einkommen von den Armen zu den

schen Reform gemerkt hatte. Vielleicht nur die Tatsache des Geldumtauschs. Aber unabhängig davon, hätte die Stimme dieses einflussreichen US-Amerikaners in Verhandlungen mit dem IWF genutzt werden können. Außerdem befanden sich in den Soros-Plänen einige andere interessante Vorschläge. Er schlug die schnelle Privatisierung der Wohnungen vor, aber gegenüber den Staatsbetrieben war er zurückhaltend. Er stellte die gewinnbasierte Forderung nach ihrer Korporatisierung und der Verteilung der Anteile unter einer ausreichenden Anzahl von Finanzinstitutionen wie Rentenfonds, Banken, Fond für Auslandsschulden. Er sah die Notwendigkeit, Anreize für ausländisches Kapital zu schaffen, aber war auch der Meinung, dass die Regierung einen zulässigen Prozentsatz für ausländisches Eigentum festlegen müsse. Und später bemühte sich Soros, die polnische Regierung zu besänftigen. Noch in seinem Interview aus dem Dezember 1989 gab er ihr zu bedenken, ob die Reformen nicht zwischenzeitlich einzuschränken seien – »bis zur Einführung freier Preise, Lohnindizierung mit gleichzeitiger Bemühung um eine Senkung der Inflation und bis zur Durchführung einer stabilisierenden Operation« (Soros 1989c). Sein Interview, das erschien, nachdem die Gewerkschaften als der – wie es schien – selbstverständliche Verhandlungspartner ignoriert worden waren, mit dem bedeutsamen Titel: »Wählen muss die Gesellschaft«. Rechnen wir hier noch die Zurückhaltung von Soros in Fragen der Privatisierung hinzu, erhalten wir eine in ihrem Verlauf gestreckte Perspektive schrittweiser, mit der Gesellschaft ausgehandelter sozialer Veränderungen, also eine Konzeption, die das Gegenteil der Regierungskonzeption darstellte.

54 Teilweise rührten Sachs' bravouröse Vorschläge aus Unkenntnis. Wladyslaw Baka (2007, 275) nahm mit Verwunderung seine Meinung zur Kenntnis, dass der vorgeschlagene Stabilisierungsplan Arbeitslosigkeit in der Größenordnung von »100 – 200 000 Personen« erzeugen wird. Ähnliche Informationen sind dem Interview Adam Przeworskis (2009) zu entnehmen. Auf seine Frage nach dem Beschäftigungsgrad in der polnischen Landwirtschaft gab Sachs die Zahl von 10 Prozent an, wobei sie damals tatsächlich bei 27 Prozent lag. Die von Sachs genannte Zahl entsprach Bolivien, wo er damals als Berater tätig war.

Reichen, das plötzliche Auftreten von Massenarbeitslosigkeit und damit von Armut. Es entstand eine Gesellschaft der »ursprünglichen Akkumulation des Kapitals«. Sie musste großes Misstrauen gegenüber der Macht und gegenüber der entstehenden Gesellschaftsordnung entwickeln.<sup>55</sup> Unabhängig von diesem Widerspruch war es aber die Stimme eines weiteren einflussreichen US-Amerikaners, der die Nutzung des schwedischen Beispiels anregte.

### **Auf dem Weg zur Abrechnung**

Der zwanzigste Jahrestag des Beginns des gesellschaftlichen Umbruchs brachte eine neue Welle der Rechtfertigung des Balcerowicz-Plans und der Bewertung der polnischen Transformation als außerordentlichen Erfolg mit sich. Unter diesen Bedingungen ist es nicht einfach, mit dem ehemaligen Premierminister öffentlich abzurechnen, den viele Apologeten auf einen hohen Sockel stellen. Mit um so größerer Hochachtung ist zu unterstreichen, dass Mazowiecki selbst sich dieser feierlichen Stimmung nicht hingeeben hat. Gerade aus diesem Anlass hat er die bisher selbstkritischste Äußerung getan, obwohl auch diese nicht frei von dem Mythos ist, welcher tief verwurzelt ist und von den Funktionären der ehemaligen Unia Wolnosci hartnäckig verbreitet wird.

So lauten Titel und Kurzfassung der »Wissenschaftlichen Konferenz: Polen 1989« an der Universität Warschau: »Es tat sehr weh, aber es musste sein. Hätte ich gewusst, dass die Arbeitslosigkeit auf 19 Prozent anwächst, hätte ich lange über die Entscheidungen zur wirtschaftlichen Transformation nachgedacht« (Wronski 2009).

Die Worte im Untertitel stammen von Mazowiecki. Unterschwellig soll mitgeteilt werden, dass niemand oder zumindest niemand aus den Kreisen der Macht die traurigen Folgen dieser Schocktherapie voraussehen konnte. Aber das dazu nötige Wissen lag quasi »auf der Straße«. Alles hing ausschließlich vom Informationsfluss in der Umgebung des Premiers ab, hing davon ab, ob ihm seine Mitarbeiter die entsprechenden Dokumente zuarbeiteten oder nicht. Im damaligen Finanzministerium wurde ein Szenarium für die Entwicklung der polnischen Wirtschaft bis 2000 entwickelt (ein Wunschsznarium, keine Warnung), in dem dieser Grad von Arbeitslosigkeit vorausgesagt wurde. Auch als dann das Jahr 2000 erreicht war, d. h. elf Jahre später, sollte sie immer noch 16 Prozent betragen und das bei einem sehr hohen jährlichen Wachstum des Bruttoinlandsproduktes zwischen 6 und 8 Prozent. Bereits im Mai 1990 wurde dieses Szenarium veröffentlicht (Gomulka 1990). Es bleibt die Frage, ob der Premierminister nach solchen Informationen verlangte, ob er sie kennen wollte?

55 Weil die damals wichtigste Gewerkschaft über diesem »Sprung« den Fallschirm öffnete, sägte sie den Ast ab, auf dem sie saß. Ein paar Jahre später schrieb Jacek Kuron (1994), dass »Verwaltung und Regierung die gesellschaftliche Bewegung »Solidarnosc« zerstört hätten«.

Und das ist der erwähnte Mythos der alten Unia Wolności. Der ehemalige Premier tat aus diesem Anlass auch seine Meinung zur Niederlage der staatlichen Landwirtschaftsbetriebe (PGR) kund: »Uns schien es, wenn wir den Menschen eine Chance geben, werden sie Grund und Boden nehmen und darauf zu wirtschaften anfangen. Es stellte sich jedoch heraus, dass in den Staatsgütern Bauern mit der Mentalität von Industriearbeitern tätig waren, die nicht auf ihrer eigenen Scholle sein wollten und nicht in den Kategorien der eigenen Landwirtschaft zu denken vermochten«. Diese Meinung wird, wenn auch häufig in einer verschleierte Form, von Wissenschaftlern wiederholt. Für Agrarexperten, und von denen hatten wir viele auf sehr hohem Niveau, hat diese Anklage etwas Absurdes.

Erinnern wir uns daran, wie sich die Sache verhalten hat. Die Staatsgüter wurden quasi von heute auf morgen liquidiert. Kraft des Gesetzes aus dem November 1991 wurden sie zum 1.1.1992 liquidiert und das Inventar der neu gegründeten Agentur übergeben, die von einem der besessensten Privatisierer geleitet wurde, von Adam Tański. Das war das Jahr der Talsohle. Zerstört wurden private Sparanlagen, der Staat druckte neues Geld, um das große Loch im Haushalt zu stopfen. Radikal wurde der Zinssatz für Darlehen angehoben. Damit gab es keinerlei Möglichkeiten, Kredite in Anspruch zu nehmen.

Mazowiecki ist sich dessen nicht bewusst, dass der alternative Gedanke der Übergabe der Staatsgüter an die Arbeiter eine große logistische Operation erfordert hätte, damit die Entwicklung der Landarbeiter zu wirklichen Eigentümern ihres Besitzes möglich wird.

Hier haben die Chinesen ein Beispiel geliefert, wo in den 1980er Jahren ein erfolgreicher Übergang von den Kommunen, die noch viel strenger als die polnischen Staatsgüter geführt waren, zu der Kollektiv- und Privatwirtschaft gelang. Aber dort wurden zuerst Town-Village-Enterprises (Stadt-Dorf-Betriebe) gegründet, die vom Charakter her den Genossenschaften nahe kamen. Damit begann die Belebung und wirtschaftliche Beschleunigung. Hätte man mit den Staatsgütern ähnlich verfahren wollen, hätte man »parteibereinigte« Arbeiterselbstverwaltungen einbeziehen müssen, finanzielle Hilfe durch den Staat und organisatorische Hilfe durch die kommunalen Strukturen erweisen müssen. Der Prozess der Vergesellschaftung der Staatsbetriebe hätte einige Jahre dauern müssen. Benötigt hätte er die Unterstützung des Staates und eine förderliche allgemeine politische Atmosphäre, nicht jene, die dem genossenschaftlichen Gedanken und gemeinsamen Produktionsformen feindlich gesinnt war.

Überdeutlich wird hier der grundlegende Mangel der polnischen »Schocktherapie«. Es wurden Ziele festgesetzt, aber über die Wege zu ihrer Umsetzung wurde nicht nachgedacht. Verfahren der Transformation wurden ignoriert, alles dem Mythos »Markt« überlassen. Auf diesen Mangel hat vielfach, sogar mit einer bestimmten Besessenheit, der langjährige IWF-Experte, Marcin Wyczalkowski (2004), hingewiesen, der die polnische Regierung mit seinen Memoranden und

Vorschlägen überhäufte. Hauptsächlich deshalb verglich er den polnischen Sprung in den Markt mit der Schlacht von Samosierra.

Mazowiecki musste sich nicht zur Liquidation der Staatsgüter äußern, weil das schon nach seiner Regierungszeit passierte. Sicher war er jedoch der Meinung, dass es ein gutes Symbol von allgemeingültiger Aussage sei. Er meinte, an diesem Beispiel sei am besten die Passivität der Gesellschaft zu illustrieren. Die Kreise der alten Unia Wolności oder – weiter gefasst – die neuen politischen Eliten sind nach wie vor der Überzeugung verhaftet, dass ihre klugen Vertreter gute Programme hatten, aber gegen eine Mauer des passivem Unverstands einer zurückgebliebenen Gesellschaft, die ihre eigenen langfristigeren Interessen nicht zu erkennen vermochte, anliefen. Ihr Fehler sollte allein darin bestanden haben, dass sie es nicht schafften, die Gesellschaft von ihrer Sicht zu überzeugen.

Hier ist kein Platz, um zu zeigen, dass auch der zweite führende Kopf der »Solidarnosc«, Jacek Kuron, damals in eine »fremde Rolle« geschlüpft war. Aber sowohl die Tatsache, dass er seine linken Ansichten aufgegeben hatte, als auch seine Äußerung, dass dies die dümmste Entscheidung seines Lebens gewesen sei, sind gut bekannt.

\*

Die obigen Ausführungen sollen zeigen, dass für die grundlegenden Entscheidungen über die Richtung der wirtschaftlichen Transformation und die Grundlagen der neuen Gesellschaftsordnung in Polen im geringeren Maße Überlegungen und professionell erarbeitete Programme ausschlaggebend waren, sondern eher eine »Kavallerieattacke«, verbunden mit arg beschränktem Wissen. Das führte dazu, dass die in Polen populären, sogar von US-amerikanischen Sozialliberalen vorgeschlagenen, sozialdemokratischen Lösungen – wie zum Beispiel die schwedische oder österreichische – komplett ignoriert wurden.

## Literatur

- Akerlof, G.; Shiller, R. (2009): *Animal spirits*. Princeton-Oxford.
- Baka, W. (2007): *Zmagania z reforma*. Warszawa.
- Balcerowicz, L. (1992): *800. Szok kontrolowany*. Warszawa.
- Beksiak, J. et al. (1989): *Zarys programu stabilizacyjnego i zmian systemowych*. Warszawa. n. Outline of a Pro Boni M. (1997): *Zroznicowanie dochodow. Stare nawyki, nowe wyzwania*. In: *Gazeta Bankowa*, 16.2.
- Bruno, M. (1992): *Stabilization and Reform in Eastern Europe: a preliminary evaluation*. IMF working paper, no. 92/30, Washington D.C.
- Brus, W. (1974): *Uspolecznienie a ustroj polityczny*. Upsala.
- Brus, W. (1985): *Feasible and viable?* In: *The New Left Review*, no. 153.
- Brus, W. (1987): *Demokratyzacja a efektywnosc gospodarza: spojrzcie po dziesieciu latach*. In: *Dwadziescia jeden*, Nr. 5.
- Brus, W. (1989): *Refleksje o postepujacej nieoznaczonosci socjalizmu*. In: A. Jasinska; W. Wesolowski (Red.), *Demokracja i socjalizm*. Wroclaw-Warszawa-Krakow.
- Brus, W.; Laski, K. (1992): *Od Marksa do rynku*. Warszawa.
- Domanski, H.; Rychard, A. (1998): *Nowe spoleczenstwo klasow? Rozmowa z R. Krasowski i J. Ostrowski*. In: *Zycie*, 20.3.
- Chomsky, N. (1999): *Power in the global arena*. In: *The New Left Review*, no. 230.
- Eysymont, E. et al. (1992): *Odejscie tyrana*. In: *Spotkania*, 8.1.
- Friskze, A. (2002): *Polityka i wartosci*. In: *Rzeczpospolita*, 18.4.

- Geremek, B. (1990): Geremek odpowiada Zakowski pyta. Warszawa.
- Gomulka, S. (1990): Stabilizacja i wzrost. In: *Gospodarka Narodowa*, Mai.
- Gotz-Kozierkiewicz D. (1989): Jakie podatki placa Szwedzi? In: *Wektory Gospodarki*, Nr. 9/10.
- Keynes, J. M. (1956): *Ogólna teoria zatrudnienia procentu i pieniądza*. Warszawa.
- Hayek, F. A. (1996): *Droga do zniewolenia*. Krakow.
- Kolodko, G. (1999): *Od szoku do terapii*. Warszawa.
- Konsultacyjna Rada Gospodarcza (1989): *Model szwedzki*. Warszawa.
- Kornai, J. (1991): *Droga do wolnej gospodarki*. Warszawa.
- Kornai, J. (2008): *Marx through the Eyes of an East European Intellectual*. Kanagawa University, Yokohama (Maschinengeschriebenes Exemplar, im Besitz des Autors).
- Kowalik T., (2001): *Why the Social Democratic Option Failed: Poland's Experience of Systemic Change*. In: G. Andrew, (ed.), *Social Democracy in Neo-liberal Times*. Oxford.
- Kowalik T., (2005): *Systemy gospodarcze. Efekty i defekty reform i zmian ustrojowych*. Warszawa.
- Kowalik T., (2009): [www.TRANSFORMACJA.POLSKA.pl](http://www.TRANSFORMACJA.POLSKA.pl) (Buchmanuskript beim Verlag Wydawnictwie MUZA eingereicht).
- Krajewski, A. (1991): Balcerowicz kandydatem do Nobla. In: *Gazeta Wyborcza*, 28. 6.
- Kuczynski, W. (1992): *Zwierzenia zauszniaka*. Warszawa.
- Kuczynski, W. (1996): *Kłopoty z socjalizmem*. In: W. Kuczynski, *Agonia socjalizmu*. Warszawa.
- Kuron, J. (1991): *Moja zupa*. Warszawa.
- Kuron, J. (1994): *Rzeczpospolita dla każdego*. In: *Zycie Gospodarcze*, Nr. 21.
- Kuron, J. (1997): *Siedmiolatka, czyli kto ukradł Polskę*. Wrocław.
- Larosiere, J. (2009): *The de Larosiere Group*. [ec.europa.eu/internal\\_market/finances/docs/de\\_larosiere\\_report\\_en.pdf](http://ec.europa.eu/internal_market/finances/docs/de_larosiere_report_en.pdf)
- Lutkowski, K., (1989): *Z czym do Funduszu. Powinnismy przekonac MFW, ze Polska wymaga odmiennego traktowania*. In: *Polityka – Ekspert – Import*, Nr. 19, 20.
- Laski, K. (1989): *Jak z jajeczniczy zrobic jajko*. (Interview). In: *Zycie Gospodarcze*, Nr. 52-53.
- Lawinski, P., (1989): *Ile wytrzymacie?* In: *Tygodnik Solidarnosc*, 29.7.
- Malachowski, A. (2001): *Lzy sie cisna do oczu*. In: *Przeglad*, Nr. 11.
- Mazowiecki, T. (1990): *Spotkania chrzescijanstwa z ideami socjalistycznymi i kontrowersje miedzy nimi*. In: W. Wesolowski W. (Red.): *Losy idei socjalistycznych i wyzwania wspolczesnosci*. Warszawa.
- Mazowiecki, T. (2004): *Na poczatku jest pustka*, [polishschool.org.au/.../new\\_history/z\\_mazowieckim/z\\_mazowieckim.htm](http://polishschool.org.au/.../new_history/z_mazowieckim/z_mazowieckim.htm)
- Modzelewska K., (1993): *Dokad od komunizmu?*, Warszawa.
- Michnik A., (1993): *Gdzies we wschodniej czesci Europy*. Rozmowa z W. Guzik, W. Beres, K. Burnetka, A. Romanowski ... In: *Tygodnik Powszechny*, Nr. 35.
- Przeglad* (1989): *Kto tu rzadzi*. In: *Przeglad Tygodniowy*, Nr. 38.
- Przeworski A., (2009): *Demokracja to nierownosc*. Rozmowa z M. Nowicki. In: *Dziennik*, 30/31.5.
- Przychodzen, J.; Przychodzen, W. (2009): *Szara strefa a nierownosci dochodowe w gospodarkach posocjalistycznych*. In: *Master of Business Administration*, no. 2 (97).
- Rozmowa redakcyjna (1991): *Podzialy w Solidarnosci. Dlaczego?* In: *Zycie Gospodarcze*, Nr. 21.
- Sachs, J.; Lipton, D. (1989): *Memorandum on Current Economic Issues*. 5. August (Computerausdruck, aus dem Archiv von S. Gomulka).
- Sachs, J. (2009): *Nauka przetrwania*. (Interview) In: *Polityka*, Nr. 4, 24.1.
- Soros, G. (1989a): *A Plan for Poland (revised draft submitted for comments)*, 14.7. (aus dem Archiv von S. Gomulka).
- Soros, G. (1989b): *A Plan for Poland*, 30.8. (aus dem Archiv von S. Gomulka).
- Soros, G. (1989c): *Wybrac musi spoleczenstwo*. (Interview) In: *Zycie Gospodarcze*, 24/31.12..
- Stiglitz, J. (1990): *Whither socialism? Vorlesungen an der Universität Stockholm*. Vervielfältigter Text. Stockholm.
- Stiglitz J. (1997): *The role of government in economic development (keynote address)*. In: *Annual World Bank Conference on Development Economics 1996*. World Bank, Washington D.C.
- Stiglitz, J. (2004): *Ekonomia sektora publicznego*. Warszawa.
- Stiglitz, J. (2001): *Development thinking at the Millennium*. In: B. Pleskovic, N. Stern (eds.): *Annual World Bank Conference on Development Economics 2000*, World Bank, Washington D.C.
- Toranska, T. (1993): *Rozmowa z T. Mazowieckim*. In: *Gazeta Wyborcza*, 18/9.9.
- Wesolowski, W. (Red.), (1990): *Losy idei socjalistycznych i wyzwania wspolczesnosci*, Warszawa. World Bank (1993), *The East Asian Miracle*. Washington D.C.
- Walesa, L., (1989): *Oswiadczenie, Dajmy rzadowi uprawnienia nadzwyczajne*. In: *Gazeta Wyborcza*, 13.12.
- Wronski, P. (2009): *Mocno bolalo, ale bym musialo*. *Gdybym wiedzial, ze bezrobocie wzrosnie do 19 proc., dlugo bym sie zastanawial nad decyzjami o transformacji gospodarczej*. In: *Gazeta Wyborcza*, 6/7.6.
- Wyczalkowski, M. (2004), *Zywot czlowieka kontrowersyjnego*. Warszawa.

## Autorinnen und Autoren

### **Bischoff, Joachim:**

promovierter Wirtschafts- und Sozialwissenschaftler, Journalist, Mitherausgeber der Zeitschrift »Sozialismus«, Abgeordneter für DIE LINKE. in der Hamburger Bürgerschaft.

### **Brangsch, Lutz:**

promovierter Wirtschaftswissenschaftler, Mitarbeiter am Institut für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Mitinitiator des Zukunftskonvents.

### **Custers, Peter:**

promovierter Wirtschafts- und Sozialwissenschaftler, Theoretiker und Campaigner, aktiv in Friedens-, Umwelt- und Nord-Süd-Politik, forscht insbesondere zu Fragen von Militarisierung und Abrüstung.

### **Dellheim, Judith:**

promovierte Wirtschaftswissenschaftlerin, freie Mitarbeiterin am Institut für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Sprecherin der AG Wirtschaftspolitik der Partei DIE LINKE., Mitinitiatorin des Zukunftskonvents.

### **Felber, Christian:**

Romanist (Mag. phil.), freier Publizist und Tänzer, Lektor an der Wirtschaftsuniversität Wien, Gründungsmitglied und gegenwärtig Sprecher von attac Österreich.

### **Goldberg, Jörg:**

promovierter Wirtschaftswissenschaftler, langjährige Erfahrungen im Entwicklungsdienst, wissenschaftliche Arbeit zu Problemen von Entwicklungsländern, langjährige Mitarbeit in der Memorandum-Gruppe.

### **Huffschmid, Jörg †:**

emeritierter Professor für politische Ökonomie und Wirtschaftspolitik an der Universität Bremen, langjährige Mitarbeit in der Memorandum-Gruppe und der europäischen AG Alternativer Wirtschaftswissenschaftler/innen.

**Kowalik, Tadeusz:**

emeritierter Professor für Sozialwissenschaften an der Akademie für Wissenschaften in Warschau, Berater der Solidarnosc, langjährige Mitarbeit in der europäischen AG Alternativer Wirtschaftswissenschaftler/innen.

**Krause, Günter:**

Professor (i. R.) für Geschichte der politischen Ökonomie, freier Mitarbeiter am Institut für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Mitarbeit in der Memorandum-Gruppe, Mitglied der Leibniz-Sozietät.

**Leibiger Jürgen:**

habilitierter Wirtschaftswissenschaftler, Dozent für Volkswirtschaftslehre an der Sächsischen Verwaltungs- und Wirtschaftsakademie, Dresden.

**Rosen, Richard:**

promovierter Physiker, Stellvertretender Exekutivdirektor und Gründungsmitglied des Tellus Institutes, Direktor für ökonomische Systemprogrammierung, Boston.

**Sifikis-Kapetanakis, Catherine:**

promovierte Wirtschaftswissenschaftlerin an der Universität Grenoble, Mitarbeit in verschiedenen internationalen Projekten.

**Wahl, Asbjørn:**

Studierter Historiker und Soziologe, Koordinator für einen starken Wohlfahrtsstaat in Norwegen, Aktivist und Koordinator in internationalen Sozialforumsprozessen und Netzwerken wie »Globalization and Labour«.

**Wolf, Frieder O.:**

Honorarprofessor an der Freien Universität Berlin, promovierter, Philosoph, Präsident der Humanistischen Akademie Deutschland, aktiv in verschiedenen europäischen Forschungsnetzwerken.

**Zhang, Xinhua:**

Professor, Spezialist für nachhaltige Landwirtschaft und Entwicklung ländlicher Räume in China, Projektpartner der Rosa-Luxemburg-Stiftung in China.

